BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 6 Köln, 25. Juni 1960 **Preis DM 1,50**

Fünfter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Dr. Hermann Etzel, „Die Lage"* S. 521
- *Dr. Hermann Rauschning, „Pause der Besinnung"* S. 528
- *Dr. Seiei Shinohara, Tokio, „Sicherheit oder Sicherheits-Pakt?"* S. 534
- *Dr. Achim von Borries, „Abschied von der Opposition?"* S. 542
- *Klaus Ehrler, „Wer verliert den kalten Krieg?"* S. 553
- *Harold Davies, M. P., „Nato und nukleare Illusionen"* S. 557
- *Wladimir Massitsch, Moskau, „Friedensvertrag und Wiedervereinigung Deutschlands"* S. 563
- *Horst Andel, „Afrika wohin?"* S. 573
- *Major a. D. Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz, „Abrüstung ist der Preis des Friedens!"* S. 583
- *Johannes Weidenheim, „Denkt schneller, Christen!"* S. 589
- *Dr. Hans-Wilkin von Borries, „Handel zwischen den ‚Blöcken' und Koexistenz"* S. 592
- *Dr. Eugen Koller, „Untergang des Abendlandes?"* S. 599
- *Rudolf Pikola, „Der Ruf der Völker"* S. 606
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 608

Dr. Hermann Etzel

Die Lage

Die Gipfelkonferenz ist nicht gescheitert, sie hat nicht stattgefunden. Beide Seiten geben sich die Schuld. Eine Analyse der Gründe und Beweggründe für die plötzliche Wende hat nur Wert, wenn und soweit sie solche symptomatischer Art ermittelt. Die Vermutung, es habe sich unmittelbar am Vorabend der Konferenz etwas Entscheidendes ereignet, was den sowjetischen Partner zu einer Kehrtwendung veranlaßte, ist kaum zu beweisen. Immerhin hatte Chrustschow noch bei seiner Ankunft auf dem Flughafen Orly erklärt, er hoffe, die Konferenz werde erfolgreich sein. Näher liegt eine andere Erklärung. Chrustschow hatte als Konferenzthemen immer wieder die Abrüstung, den Friedensvertrag mit den Deutschen und die Berliner Frage genannt. Auf Grund seiner Aussprache mit Eisenhower in Camp David glaubte er sich anscheinend berechtigt, mit einer entgegenkommenden Haltung Amerikas in den beiden letztgenannten Fragen zu rechnen. Seit Mitte März aber, nach dem Besuch des deutschen Bundeskanzlers in Washington, trat immer deutlicher eine merkliche Versteifung des westlichen

Standpunktes in der Berliner, überhaupt in der deutschen Frage zutage, auf die dann der sowjetische Ministerpräsident in Baku so heftig reagierte. Auch der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des norwegischen Storting, Finn Moe, hat in der Debatte darauf hingewiesen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der U 2-Zwischenfall und seine mehr als ungeschickte Behandlung durch Washington dann als letzter Tropfen das Gefäß der russischen Enttäuschung und Verstimmung über den „Treubruch" grimmig überlaufen ließ und den explodierenden Sowjetführer bewog, dem Westen den Bettel der Gipfelkonferenz vor die Füße zu werfen. Zweifellos wirkte höchst ungünstig, daß Eisenhower die U 2-Flüge als Element der US-Politik bejahte, zu rechtfertigen versuchte und auf eigene Verantwortung nahm, ihre Fortsetzung ankündigte und die dann doch verfügte Einstellung zeitlich auf seine Amtsperiode beschänkte und überdies zu spät, nämlich erst am 16. Mai, mitteilte, und daß Washington den Alarmbefehl des Verteidigungsministers Gates öffentlich bekanntmachte. Einen weiteren wesentlichen Punkt hat der Oppositionsführer Gaitskell in der Unterhausdebatte gerügt. Er sagte, es habe überrascht, daß sich die drei westlichen Staatsmänner darauf einigten, das Treffen, zu dem sie Chrustschow einluden, nicht als ein Vorbereitungsgespräch zur Erörterung weiterer Bedingungen für den Start zum Gipfel, sondern als eine erste formelle Sitzung der Konferenz anzusehen. Er, Gaitskell, verstehe nicht, warum Chrustschow, als er telephonisch den Charakter der für Dienstag nachmittag angesetzten Zusammenkunft erfragen ließ, nicht die Auskunft gegeben wurde, daß es sich um ein vorbereitendes Gespräch handle. Der Westen hätte mit einer solchen Antwort nichts aus der Hand gegeben. Zumindest hätte er eine letzte Anstrengung unternommen. Denn wenn eine letzte Chance bestanden habe, dann sei sie hier gegeben gewesen. Es sei sehr bedauerlich, daß kein Versuch unternommen wurde, sie wahrzunehmen.

Die Frage, ob Chrustschow in seinem Entschluß durch innenpolitische, vor allem stalinistische und militärische Einflüsse, oder durch chinesischen Druck bestimmt worden sei, kann als überwiegend spekulativ auf sich beruhen. Adlai Stevenson sagte, die amerikanische Regierung selbst habe den Russen die Werkzeuge, Hammer und Meißel, für den Job geliefert, und Kennedy bekannte, er jedenfalls hätte sich für den Zwischenfall mit der U 2 entschuldigt. Tschu En-lai hat kürzlich am Ende seines Besuchs in der Mongolei ausdrücklich die sowjetische Führerschaft innerhalb der sozialistischen Völkerfamilie anerkannt und betont.

Die Ereignisse und Entwicklungen der jüngsten Zeit haben der Welt das Schauspiel einer erstaunlichen Unsicherheit und Ungeschicklichkeit, ja Unfähigkeit und Direktionslosigkeit der republikanischen Regierung der Vereinigten Staaten und ihrer Spitze geboten. Die amerikanische Öffentlichkeit ist verwirrt, empört, schockiert. Sie ist erschreckt durch die Erkenntnis, daß das Parallelogramm der politischen Einrichtungen und Kräfte, des Weißen Hauses, des Außenministeriums, des Pentagons und des Geheimdienstes, nicht auf eine einheitliche Diagonale gebracht werden konnte. Der Leiter des letzteren, Allan Dulles, hat vor dem Senat ausgesagt, nicht er und sein Dienst, sondern Beamte des Außenministeriums und des Pentagons hätten die U 2-Flüge veranlaßt und organisiert. Die Amerikaner fühlen sich gedemütigt, ihr Selbstbewußtsein ist angeschlagen. Die Erscheinungsbilder der Führer der Nation, der Eisenhower, Nixon, Herter, Dillon, sind fragwürdig geworden. Es ist einmalig in der neueren Geschichte, wie der politische Führer einer Weltmacht mit der politischen Führung der zweiten Weltmacht umspringen konnte. Die amerikanische Reaktion auf den schmetternden Schlag war zaghaft, schwächlich, sentimental, kaum politisch. Dem Dynamismus des anderen, dessen frische Gelüste, kraftvolle Spontaneität und kühne Ent-

würfe und Parolen unerschöpflich zu sein scheinen, kann nicht dadurch begegnet werden, daß man sich moralisch entrüstet, seine Form und Methode als anstößig oder ekelerregend bezeichnet und sich als von ihnen angewidert schüttelt.

Das politische Geschehen wird durch eherne Tatsachen beherrscht und bestimmt. Von den Fakten hat daher jede substantiierte politische Überlegung auszugehen. Hier sind sie. Die Raketenüberlegenheit der Sowjets besteht. Im Kriegsfalle würde auch „Gottes eigenes Land" Schauplatz der Zerstörung. Die festen Abschußrampen und auswärtigen Stützpunkte der Amerikaner sind den Sowjets offenbar bekannt und zugänglich. Das strategische Bomberkommando SAC, auf dem die US-Verteidigung noch wesentlich beruht, beginnt seine Wirkungskraft zu verlieren oder hat sie bereits verloren, noch ehe Amerika in den Raketen aufgeholt und gleichgezogen hat. Die Vereinten Nationen können in dem Maße, wie die Völker der farbigen Welt in ihre Vollversammlung und Ausschüsse einziehen, nicht mehr wie bisher den Interessen der amerikanischen Politik dienstbar gemacht werden. Nimbus und Prestige der Stellung der Vereinigten Staaten in der Welt, besonders auch bei den neutralistischen, farbigen und wirtschaftlich unterentwickelten Ländern, haben eine empfindliche Einbuße erlitten. Ihre Einschließungs- und Bündnisfront zeigt Zerfallserscheinungen. Unter dem Eindruck der neuesten Entwicklung sind schwere Gegensätze und korrupte Zustände an den Rändern des durch Dollars und Waffenhilfe aufgebauten künstlichen Bündnis- und Stützpunktsystems akut aufgebrochen. Die Vorgänge in Südkorea, Japan, der Türkei beweisen es. Japan ist ein glühendes, unheilverkündendes Feuerzeichen. Die Vereinigten Staaten haben das Gesicht verloren. In Südvietnam ist die Herrschaft des amerikanischen Statthalters Diem, dessen Stellung auch durch die Unterzeichnung eines französisch-nordvietnamesischen Repatriierungsabkommens belastet wurde, ernstlich gefährdet. Auch in Laos und Kambodscha drohen der amerikanischen Politik Gefahren. Bemerkenswert und bezeichnend ist die vorsichtige, besorgte Zurückhaltung, die sich neuerdings Verbündete Amerikas auferlegen. So machte sich das Kommuniqué der Konferenz des Ministerrats der Seato in Washington die Schärfe, mit der sich Außenminister Herter gegen Peking gewandt hatte, nicht zu eigen. Die Konferenzmächte (Australien, Neuseeland, Frankreich, Großbritannien, Pakistan, Philippinen, Thailand) setzten sich auch über den entschiedenen Widerstand Herters gegen die Aufnahme Chinas in die Weltorganisation hinweg und beschlossen, die mögliche diplomatische Anerkennung Pekings ebenso wie die Frage seiner Zulassung zu den Vereinten Nationen dem Ermessen der einzelnen Seato-Staaten zu überlassen.

Das verwirrte Verhalten der Amerikaner in der U 2-Affäre und ihr den Stützpunkten am Vorabend der Gipfelkonferenz gegebener Alarm enthüllten, wie schlecht ihre Zusammenarbeit mit den Verbündeten ist. Das Nichtzustandekommen der Konferenz ist ein persönlicher Mißerfolg M a c m i l l a n s , der als Anwalt der persönlichen Diplomatie ihr eifrigster Befürworter war, ein Mißerfolg aber auch für d e G a u l l e , der auf ihr als Vermittler, wenn nicht sogar als Schiedsrichter zu wirken, dadurch die internationale Stellung Frankreichs zu erhöhen und einiges auch für Algerien in die Scheuer zu bringen gedachte. Die Position der Bundesrepublik, von der Sowjetunion propagandistisch weiterhin aufs Korn genommen, hat sich alles andere als gebessert. Die Lage in Westeuropa überhaupt ist unklar und widerspruchsvoll, sein politisches Verlegenheits- und Unsicherheitsgefühl hat zugenommen. Das Hegemonialringen zwischen England, Frankreich und der Bundesrepublik, zwischen den Briten und den kontinentalen Karolingern, den Schutzzöllnern und den Freihändlern, den Kleineuropäern und den OEEC- und GATT-Auffassungen geht trotz der nach außen gerichteten Erklärungen ihrer politischen Solidarität und des scheinbaren Zusammenrückens in

der ersten Schrecksekunde nach Paris unentwegt weiter. Der französische Präsident sieht sich durch den Verlauf und Ausgang der Gemeindewahlen in Algerien in eine heikle Lage versetzt. Er kann dort nicht auf halbem Wege stehenbleiben, sondern muß weitergehen und sich im Raum zwischen der Scylla der radikalen weißen Siedler und der Charybdis der algerischen Freiheitskämpfer zerreiben. Seine Hoffnungen auf eine Communauté Française, die er nach dem Vorbild des Commonwealth aufbauen wollte, schwinden dahin. Guinea hat sich ihr versagt. Seinem Beispiel folgen jetzt vier weitere afrikanische Staaten: die Elfenbeinküste, Niger, Dahomey und Obervolta, die ihre selbständige Vertretung bei den Vereinten Nationen und die sonstigen Merkmale äußerer Unabhängigkeit fordern, ehe sie bereit sind, sich über Assoziierungsverträge mit Frankreich schlüssig zu machen. Daß die aus dem französischen Sudan und Senegal bestehende Malifödération sowie Madagaskar noch vor dem Übergang zur äußeren Selbständigkeit Assoziierungsverträge mit Frankreich schlossen, dürfte eine Modalität der Reihenfolge sein und ihr Ausscheiden aus der Communauté nur verzögern, aber nicht versperren. Die Republik Mitelkongo hat ebenfalls bereits ihre Unabhängigkeit angekündigt, und die restlichen vier Mitgliedsstaaten der Communauté von insgesamt zwölf, nämlich Mauretanien, Gabun, Tschad und die Zentralafrikanische Republik, werden bald folgen. Die UN werden über kurz oder lang zwölf neue, nicht amerikahörige Staaten aus der ehemaligen, nunmehr toten Communauté aufweisen. In Belgisch-Kongo stehen mit dem Beginn seiner Unabhängigkeit Ende Juni ernste, schwerwiegende Veränderungen und Schwierigkeiten bevor.

Der Nato gegenüber behält de Gaulle seine distanzierte Haltung bei. Auch an seinem Vorschlag eines Dreierdirektoriums, eines Führungsgremiums innerhalb der Nato, und seinem von Amerika und England ungern gesehenen, reichlich hektischen Versuch, atomar mitzutun, hält er fest. In Frankreich selbst nehmen die sozialen Spannungen und die Ausbrüche einer tiefgehenden, echten, mehr und mehr auch politische Akzente zeigenden Unzufriedenheit zu. Das Experiment der Fünften Französischen Republik in Gestalt der Präsidialdemokratie de Gaulles erscheint noch keineswegs gelungen, obschon im ganzen gesehen gegenüber der Vierten Republik für's erste eine Festigung der Stellung Frankreichs und eine Stärkung seiner Selbstsicherheit erreicht worden war.

Die Bedrängnisse der britischen Politik in Europa nehmen zu. In den ersten Nachkriegsjahren war England der weitaus mächtigste Verbündete der Vereinigten Staaten. Dadurch hatte es bei diesen eine Sonderstellung mit dem Etikett des Angloamerikanismus, die es sich aufrechtzuerhalten müht. Daher seine Ablehnung des Gaulle'schen Vorschlags eines Natodirektoriums. Die wachsende Stärke und Zusammenarbeit der Achse Paris-Bonn alteriert aber die Lage Englands. Die sechs Karolinger, die England am liebsten vom Kontinent fernhalten möchten, sind zufrieden, daß ihr Europa klein, wenn es nur gleichartig, in sich geschlossen und nach außen abgeschirmt ist. Es soll überwiegend bürgerlich, katholisch, gegenüber sozialen Wandlungen mißtrauisch oder abgeneigt und im Verkehr mit dem Osten unnachgiebig sein. Die Verkümmerung seines demokratischen politischen Charakters zugunsten einer technisch einwandfrei arbeitenden autoritären, oligarchischen Regierungsform wird nicht bloß in Kauf genommen, sondern gewünscht. In einer solchen Welt sieht England keinen Platz für sich. Es klammert sich an Commonwealth, OEEC und GATT, will auf keinen Fall die Präferenzen in Commonwealth aufgeben, lehnt die politische Föderierung oder auch nur Konföderierung Westeuropas ab und sieht mit Sorge auf den, wie die Times am 31. Mai sich ausdrückte, „gewaltigen wirtschaftlichen Konkurrenten" Westdeutschland. Deshalb hat es zur Verlegenheitslösung der EFTA gegriffen. Die Ansicht, daß das Nichtzustandekommen der Gipfelkonferenz die Gründe für eine

Bindung Englands an den Kontinent verstärkt habe, findet in der Wirklichkeit keine überzeugende Stütze. In einer von Paris-Bonn geführten westeuropäischen Kombination würde England nur eine zweitrangige Rolle spielen können. Das würde die weitere Schwächung der realen Bindungen innerhalb des Commonwealth beschleunigen, das auch mit der südafrikanischen Apartheid schwer belastet ist. In der Tat, die britische Politik steht in einem gefährlichen Dilemma. Die Rede, die Macmillan nach Paris im Unterhaus gehalten hat, bewies es. Der wohl etwas vorschnell erklärten britischen Bereitschaft, die Assoziierung mit Montanunion und Euratom zu erwägen, sind noch keine Taten gefolgt. Die Grundtatsache der nunmehrigen Existenz zweier Handels- und Zollblöcke in Westeuropa wird auch nicht dadurch beseitigt, daß jetzt auf der Pariser „Konferenz der 21" ein Ausschuß zur pragmatischen Behandlung der bei den einzelnen Warengruppen auftretenden Handelshemmnisse gebildet wurde. Übrigens gehen Widerstände gegen eine Einbeziehung Englands in Montanunion und Euratom auch von dem Bonner Außenministerium und der EWG-Führung in Brüssel aus. Die Schwierigkeiten der Position Englands, das zudem atomar von Amerika abhängig ist, sind wohl der Grund für seine eifrigen, von Amerika immer wieder gedämpften Bemühungen, Entspannung gegenüber dem Osten herbeizuführen und Kontakt mit ihm zu halten. Mit der Rückendeckung einer solchen Entspannung könnte vielleicht, so hofft es wohl, eine Erleichterung seines Verhältnisses zum Kontinent möglich und eine ausdrückliche Entscheidung über sein Verhältnis zur Achse Paris-Bonn entbehrlich werden. Die Nato steckt wahrlich voll von offenen und verborgenen Gegensätzen, sie wäre gehemmt, auch wenn Frankreich nicht so blutig in Algerien beschäftigt wäre.

Der deutsche Bundeskanzler behauptet, die Ereignisse der Maitage hätten ihm recht gegeben, und er zeigt sich gewillt, seine Schmalspurpolitik im Kielwasser Washingtons und den kalten Krieg fortzusetzen. Darum hat er sich mit der amerikanischen Haltung zu der Gipfelkonferenz und in der U 2-Affäre uneingeschränkt identifiziert und den westdeutschen Botschafter in Moskau wie Washington den seinigen an der Veranstaltung des 28. Mai im Kreml demonstrativ nicht teilnehmen lassen, im betonten Gegensatz zur Anwesenheit des gesamten diplomatischen Korps. In Wahrheit hat auch der Pariser Gipfel die Politik des Bundeskanzlers widerlegt. Seine Politik der militärischen Stärke blieb erfolglos; sie erhöht die internationalen Spannungen und blockiert die deutsche Wiedervereinigung. Der Westen will diese nicht, weil er ein wirtschaftlich, militärisch und politisch starkes, übermächtiges Gesamtdeutschland für eine Gefahr hält. Er erachtet ein in seiner Kontrolle gehaltenes Westdeutschland als Sicherung auch für sich. Die Behauptung Chrustschows, Eisenhower habe sich ihm gegenüber in Camp David gegen die Wiederherstellung der deutschen Einheit ausgesprochen, konnte nicht überraschen. Sie bestätigte nur, was alle Welt, auch der Bundeskanzler, weiß, der früher immer wieder versicherte, die Wiedervereinigung werde nur mit der Hilfe des Westens erreicht werden. Gleichwohl folgt er dieser Politik. Er lebt in engster Bindung an einen Mann, der die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze bejaht und ein Dreier-Direktorium in der Nato unter Ausschluß der Bundesrepublik fordert. Mit einem gegen England gerichteten Kleineuropa wird die wirtschaftliche Spaltung Westeuropas herbeigeführt. Das ist nicht mehr eine Symbiose mit Frankreich, sondern wirkt, gewollt oder nicht, wie eine Unterstützung ihres Hegemonialstrebens und Abschirmung ihres Kampfes gegen die algerische Freiheitsbewegung. Ist es noch eine sinnvolle, vom deutschen Standpunkt aus zu verantwortende Politik, als Partner des Westens sich mit England zu überwerfen und durch dick und dünn mit einer Weltmacht zu gehen, deren ständige Mißerfolge,

Niederlagen und, um mit Madame Tabouis im Paris Jour zu sprechen, „katastrophale Fluktuationen" nicht bloß Phasen und Strafpunkte einer permanenten Pechsträhne, sondern Erscheinungen einer in Gang gekommenen unaufhaltsamen Umbildung der globalen Machtverhältnisse und (Rockefeller) einer „Schwäche der Verteidigungs-, Erziehungs- und Sozialstruktur" der Vereinigten Staaten sind? Ist es, muß man weiter fragen, klug und verantwortungsvoll, sich als Bollwerk dieser so wenig mehr erfolgreichen Macht mit dem aufsteigenden Osten anzulegen und in einem unheilvollen Gegensatz zu ihm zu verharren? Es ist eine mit inneren Widersprüchen und Gegensätzen übersättigte Politik.

Aber er kann mit ihr fortfahren, weil es keine parlamentarische Opposition gibt, die ihm wirklich Widerpart bietet. Wenn heute Kreise der Oppositionspartei eine Bestandsaufnahme zur Prüfung der Möglichkeiten einer gemeinsamen Außen- und Deutschlandpolitik vorschlagen, so darf gefragt werden, was mit einer solchen Inventur der Übereinstimmungen oder Meinungsverschiedenheiten erreicht werden will. Wozu sollen die einzelnen Posten durchgegangen und zur Tabelle festgestellt werden, die Fragen der Wehrpflicht, der atomaren Bewaffnung, der Schaffung einer rüstungsbegrenzten, atomfreien Zone in Mitteleuropa oder auch Probleme der Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung? Es waren doch die Vertreter unserer Regierungspartei, die am 1. Juni allein im Parlament der WEU für die Ausrüstung der Streitkräfte der WEU in Europa mit taktischen Kernwaffen eintraten und stimmten. Wer also soll und will wen und wozu bekehren? Sprecher der Regierungspartei gaben bereits mehrfach zu verstehen, es könne nur darum gehen, daß sich die Opposition zur außenpolitischen Lehre und Praxis des Bundeskanzlers bekennt. Soll eine Abmachung nur zu dem Zweck angestrebt werden, zu verhindern, daß die Außen- und Deutschlandpolitik zu Kampfparolen der Wahlen von 1961 gemacht wird, und zu erreichen, daß sich der Weg für eine Koalitionsregierung nach den Wahlen öffnet? Angesichts der Tatsache, daß die Opposition ihren Deutschlandplan noch vor der Gipfelkonferenz fallen ließ, sind Zweifel erlaubt, daß es eine Opposition, die eine echte Bedrohung der Regierung bedeutet, und nicht nur ein braves, arbeitstüchtiges Schattenkabinett geben wird. Vielleicht ändert sich das, wenn die Widerlegung der Richtigkeit der bisherigen Politik der Bundesregierung noch deutlicher wird, oder wenn der Gaitskellkurs der Labour Party, ebenfalls unter dem Druck der weltweiten Verschiebungen, von einem radikaleren abgelöst wird; denn erfahrungsgemäß bleiben Haltung und Politik der Labour Party nicht ohne Einfluß auf die deutsche Oppositionspartei.

Auf die Probleme und Schwierigkeiten, die mit der Überhitzung der Konjunktur, dem Preisanstieg, Arbeitskräftemangel und Anschwellen des Geldstroms in der Bundesrepublik zusammenhängen, kann hier nicht eingegangen werden; auch nicht auf die sonstigen Spannungen auf dem innenpolitischen Gebiet, die geplante Notstandsgesetzgebung und die Gefahren, die durch die Tätigkeit radikaler Kreise und Organisationen, die Durchdringung der öffentlichen Bereiche mit neonazistischen Elementen und das auch im Ausland mit Sorge verfolgte Auftreten von Vertriebenenverbänden heraufbeschworen werden.

So ist die Lage. Der Westen befindet sich in schwieriger Defensive. Die Vereinigten Staaten sind massiv, offen und öffentlich herausgefordert, ja gestellt. Sie sehen sich in die Enge getrieben, eine Beute ihres eigenen kalten Krieges und ihres überspitzten Eifers, überall als Weltpolizist, Weltbankier und Welternährer gegenwärtig zu sein, und ein Opfer ihres offensichtlichen Unvermögens, politische, diplomatische und psychologische Entwicklungen und Lagen rechtzeitig zu erkennen und ihre immanenten Kräfte richtig zu beurteilen. Als Chrustschow erkannte, daß in der Deutschland- und Berlin-Frage für Paris kein Fortschritt erwartet wer-

den konnte, sondern eine neue bedenkliche Verzankung der beiden Blöcke befürchtet werden mußte, zögerte er nicht, den Gipfel fortzuwischen, die deutschen Fragen für acht Monate auf Eis zu legen, das Schwergewicht der politisch-strategischen Stöße gegen die Vereinigten Staaten und ihre Einschließungs- und Stützpunktpolitik zunächst nach Asien, Afrika, Lateinamerika zu verlegen und Volkschina verstärkt ins Spiel und Geschäft zu bringen. Manchmal scheint es, als ob er an den Rand des Krieges träte, den er aber offenbar nicht will, weil er ihn verabscheut und nicht braucht, noch brauchen kann. Daher äußert er sich auch wieder zuversichtlich über die Möglichkeiten der Entspannung, Friedenserhaltung, Koexistenz. Bei den amerikanisen Präsidentschaftswahlen, die überwiegend unter dem Aspekt der Außenpolitik stattfinden werden, rechnet er wahrscheinlich mit einem Sieg der Demokraten, die schärfste Kritik an dem außenpolitischen Kurs der Grand Old Party üben. Die Sowjetunion glaubt diese Kritik für sich buchen zu können. Wahrscheinlich dürfte eine weitere Verstärkung der sowjetischen Initiativen erfolgen, wenn der Präsidentschaftskampf nach der Nominierung der Kandidaten durch die Nationalkonvente der beiden Parteien im Juli auf Hochtouren kommt. Anzunehmen, daß in diesem vorgeschrittenen Stadium die Fäden noch zwischen der im Abgesang stehenden republikanischen Administration und Moskau erfolgreich auf dem diplomatischen Wege fortgesponnen werden könnten, wie Stimmen aus Washington die Öffentlichkeit glauben machen möchten, ist unrealistisch. Man kann nicht so tun, als ob im Mai nichts geschehen wäre. Die Auseinandersetzungen werden in diesem Jahre auf dem offenen Markt, nicht in den diplomatischen Dunkelkammern abrollen.

Die Sowjetunion zielt vor allem, wie auch die Ausführungen Sorins auf der wiederaufgenommenen Abrüstungskonferenz der zehn Mächte erkennen ließen, auf die Beseitigung des amerikanischen Zernierungsgürtels, durch den sie sich bedroht fühlt. Mit ihrer Ankunft in Syrien und Ägypten hat sie begonnen, ihn zu überspringen. Ihr Erscheinen im Irak und im afrikanischen Guinea und ihr gemeinsam mit China erfolgender Einzug im „Hinterhof der USA", in Kuba, hier mit noch nicht abzusehenden Folgen für Lateinamerika, setzten diese neue Strategie fort. Der durch seine politisch-diplomatischen Erfolge gestraffte Osten handelt augenscheinlich aus einer rasch wachsenden Fülle seines gesamten Potentials und dem Bewußtsein eindeutiger militärischer Überlegenheit.

Im kommenden Jahre, dem Bundestagswahljahr 1961, wird eine neuerliche, vermutlich ultimative Hervorkehrung der Deutschland- und Berlin-Frage durch Moskau zu erwarten sein. Die welt- und machtpolitischen Bedingungen dürften dann für uns ungünstiger als gegenwärtig liegen. Es fragt sich, ob die moralischen Kräfte Westdeutschlands, das sich so sehr zum praktischen Materialismus hingewendet hat, ausreichen werden, den Wirbelsturm zu bestehen.

Spannung, Schwebezustand und Rüstungswettlauf zwischen West und Ost können nicht mehr auf unbegrenzte Zeit fortbestehen. Sollte die amerikanische Wahl nicht ernsthaft verständigungsbereite politische Kräfte ans Ruder bringen, die den bisherigen, für die Vereinigten Staaten selbst so verderblichen Kurs ändern, den kalten Krieg, die leichtfertige Selbtsttäuschung, den politischen Zynismus beenden und die Vernunft walten lassen, dann kann die Zukunft nur dunkel sein. Dann wird sich die oberflächliche vulgäre Meinung, es werde schon, weil es zu gefährlich sei, nichts passieren, als trügerisch erweisen, die erste Rakete von selbst losgehen, die erste Nuklearbombe sich ausklinken und die schreckliche Großtragödie der Menschheit ihren Anfang nehmen. Zu solchem Pessimismus sieht sich heute bei unvoreingenommener Beurteilung der Lage und ihrer Faktoren auch derjenige veranlaßt, der sich bisher weigerte, eine derartig düstere unmittelbare, nicht nur entfernte Möglichkeit in Betracht zu ziehen.

Dr. Hermann Rauschning

Pause der Besinnung

I.

Nachdem der Dunst und Brodem müßiger Mutmaßungen und leerer Redebemühungen verflogen ist und sich der Staub des großen Einsturzes zu setzen beginnt, beginnen sich auch ein paar Konturen der wirklichen Lage stärker abzuzeichnen, einer zum Teil durch die Ereignisse um die U 2-Affäre und den Abbruch der Pariser Gipfelkonferenz veränderten Lage. Es ist deshalb zu begrüßen, daß durch Sowjetrußland eine Art Moratorium in der Berliner Frage und der eines deutschen Friedensvertrages erklärt worden ist. Es ergibt sich damit eine erwünschte, eine sehr notwendige Pause zur gründlichen Überprüfung der politischen Konzeptionen, eine Pause der Selbstbesinnung. Denn unter den sich abhebenden Zügen der veränderten Lage kann man als erstes das definitive Ende von Illusionen und vagen Hoffnungen auf ein Wunder der Einsicht und des Entgegenkommens, bei der anderen, nicht der eigenen Seite, und die Notwendigkeit einer Überprüfung und Redefinition der eigenen Politik aller Staaten bezeichnen. Ob man von einer Wiederaufnahme des „Kalten Krieges" wird sprechen wollen, ist Geschmackssache. Aber als zweiten Zug wird man zweifellos in der amerikanischen Verhandlungsbereitschaft mit Sowjetrußland eine Versteifung, eine Abkühlung der öffentlichen Meinung im Westen, die bisher überwiegend für ein gewisses Entgegenkommen auf sowjetische Forderungen gestimmt war, feststellen müssen. Aber der Westen muß sich auch auf einen härteren Widerstand auf der anderen Seite gefaßt machen, und es ist kaum zuviel gesagt, daß er den energischten Promotor einer Verständigung auf der Gegenseite, der offenbar eine solche als den Kern seiner außenpolitischen und auch zum Teil innerpolitischen Konzeption vertrat, sich entfremdet hat. Nicht neu ist ein vierter Zug: die Möglichkeit der jeden Augenblick durch Fehlleistungen und unverantwortliches Handeln, aber auch durch den bloßen Mechanismus der bereit gestellten Zerstörungsmittel wider den Willen der Politiker über uns hereinbrechenden Atomkatastrophe als ein fast unvermeidliches Geschehen. Schließlich kann man als einen fünften Zug paradoxerweise eine überraschende Änderung, wenn nicht sogar Besserung der deutschen Lage nennen, der einer einsichtigen deutschen Politik auf beiden Ufern der Elbe eine neue Chance gibt, wie sie seit der Berliner Konferenz 1953/54 nicht mehr bestanden hat. Zu diesen fünf Punkten zunächst ein paar Bemerkungen.

1. Die sich in den Vereinigten Staaten allgemein durchsetzende Beurteilung der Lage hat jüngst der Präsidentschaftskandidat John F. Kennedy im Senat am kürzesten und treffendsten charakterisiert. Er stellt fest, daß die Gipfelkonferenz keinen wirklichen Erfolg hätte haben können; denn die USA wären nicht nur unvorbereitet für eine Gipfelkonferenz gewesen, sondern auch „ohne frische Ideen", allein gerüstet mit der alten „obsoleten Politik und bedeutungslosen Slogans'. Amerikas Verbündete und das amerikanische Volk selbst seien zu dem Glauben verleitet worden, daß die USA wirklich etwas mehr zu sagen vorbereitet gewesen seien als nur, was sie an Änderungen des Status nicht akzeptieren würden; daß sie einige alternative Vorschläge mitbrächten, die für beide Mächtegruppen annehmbar hätten sein können. „Als ob den Russen durch das Wunder persönlichen Charms ein Nachgeben in ihren hart gewonnenen Stärkepositionen abgeschmeichelt werden könnte", sagte der Senator und begrüßte die Art, in der die Sowjets ihren Entschluß, die Gipfelkonferenz zu vereiteln, bekannt gegeben

hätten, als glücklich für Amerika. Denn dadurch gehe das Scheitern der Konferenz zu Lasten Chrustschows.

2. Hier, in der Art, wie die Gipfelkonferenz schließlich durch die Sowjets vereitelt wurde, ist auch der Grund für eine Konsolidierung der öffentlichen Meinung in USA im Sinne einer Versteifung der Lage zu suchen. Was immer die Gründe der Sprache des russischen Ministerpräsidenten in Paris gewesen sein mögen, sie haben — mindestens vorläufig — die Gewichte verschoben, die Fehler des Westens in den wohltätigen Schatten gerückt und die geballte Faust des Premiers in die Hitze der tausendkerzigen Propagandalampen. Man braucht nur die Bilder in der letzten Mainummer des „Life" zu sehen, um sich darüber klar zu sein, wie die starke Sprache auf den amerikanischen Mann der Straße gewirkt haben muß. Es ist damit der gewünschte Anlaß gegeben worden, die Öffentlichkeit von dem Kern der Vorkommnisse abzulenken. Mit Triumph schreibt das große Wochenmagazin vom Ende des Wunschdenkens und dem wiedererwachten Westen. In der Tat hat denn auch, wiederum mindestens zunächst, die wenig glückliche Behandlung der U 2-Affäre durch die Sowjets statt die Westmächte zu spalten, sie fester als je aufeinander gewiesen und zusammengeschlossen und selbst neutrale Staaten in Schrecken versetzt. Die Bereitschaft des amerikanischen Volkes zur Selbstkritik, die Erkenntnis, daß seine Diplomatie in einem „Wirrwarr von Lügen und Fehlleistungen" ertappt wurde, das Eingeständnis, daß eine empfindliche politische Niederlage erlitten wurde, daß die Administration das „Gesicht verloren habe", die Kritik, die von allen angesehensten politischen Kommentatoren freimütig an der Regierung geübt worden ist, sollte nicht als der Beginn einer nun etwa nachgiebigeren Haltung gegenüber den Sowjets aufgefaßt werden. Die nationale Demütigung hat vielmehr das entgegengesetzte Ergebnis gezeitigt: eine unversöhnlichere Haltung gegenüber den Sowjets auch dort, wo bisher ein Eingehen auf sowjetische Ideen warm vertreten wurde.

3. Aber auch in Sowjetrußland haben zweifellos die Kräfte an Macht und Einfluß gewonnen, die eine Annäherung an den Westen ablehnten oder nur als taktisches Mittel einer kurzen Übergangsphase behandelt wissen wollten, ohne ernsthafte Zugeständnisse zu machen. Gewiß hat der russische Ministerpräsident mit seinen Ausführungen in Paris nicht einfach seinen „alten Krieg gegen die westliche Zivilisation wieder erklärt", wie es in der in Amerika beliebten Vereinfachung lautet. Aber es könnte doch sein, daß Chrustschow nicht mehr seine bisherige Politik eines möglichen Ausgleiches mit dem Westen wird verfolgen können und daß der Westen damit vielleicht nicht einen Freund, aber doch einen einsichtigen Gegner verliert, der imstande und willens war, die politischen Lebensbedingungen des Gegners zu sehen und zu berücksichtigen. Mag der Westen durch die brutale Sprache des sowjetischen ersten Politikers irritiert und beleidigt sein, es bleibt ein Faktum, daß C h r u s t s c h o w den gemäßigten, „liberalen" Flügel der kommunistischen Partei vertritt, so weit man solche bürgerlichen Klischees auf die bolschewistischen Verhältnisse überhaupt anwenden kann. Höchstens den Kreisen, denen im Westen an einer dauernden Feindschaft mit Sowjetrußland gelegen ist, an einer „reinlichen" Scheidung von allem Kommunistischen, könnte mit dem Wiederaufleben eines härteren Kurses in der Sowjetunion gedient sein. Es bedurfte gewiß keines „Druckes" von irgendeiner Seite her, um bei Chrustschow die Absage der Gipfelkonferenz, die Rücknahme der Einladung Eisenhowers und die starke Sprache zu erklären. Es spricht eine tiefe persönliche Enttäuschung, es spricht eine enttäuschte Art Sympathie des Ministerpräsidenten aus der Heftigkeit der persönlichen Angriffe. Selbst wenn man solche menschlichen Beziehungen bei einem bolschewistischen Politiker anzunehmen für abwegig hält, so bleibt doch die Tatsache, daß Chrustschow seine

Konzeption und Taktik der Entspannungsverhandlungen auf die Person des amerikanischen Präsidenten abgestellt hatte. Die Art, wie sich Eisenhower hinter die Spionageaffäre stellte, wie er die Verantwortlichen deckte — menschlich gewiß anständig, politisch höchst unklug —, wie er sogar ein Recht auf die Flüge reklamierte, mußte unfehlbar bei Chrustschow den Eindruck erwecken, daß er von dem Präsidenten persönlich getäuscht worden sei. Er als der Hauptbefürworter Eisenhowers als einen Freund Rußlands, als der großen Ausnahme in der sonst feindseligen politischen Welt des Westens, erlitt mit dieser „Selbstdemaskierung" des Präsidenten selbst eine persönliche Niederlage. Nicht die Spionageaffäre als solche, sondern die Enthüllung der tatsächlichen Lage, der unzulänglichen Verhandlungsbereitschaft USA's — wie sie Kennedy charakterisiert hat — und daß der Haupttreffer über Nacht sich als Niete erwies, führte zu dem Bruch.

Die anfängliche Behandlung des Vorfalles durch den sowjetischen Ministerpräsidenten baute dem amerikanischen Präsidenten nicht nur eine Brücke, die von jedem, von erfahrenen Diplomaten beratenen Staatsoberhaupt in solch delikaten Fällen betreten worden wäre, sondern zielte auch offenbar darauf hin, den Präsidenten in einen Gegensatz zu den politischen Gruppen in USA zu bringen, von denen die Sowjetführung — und nicht nur sie — überzeugt war, daß sie keine Verständigung mit den Sowjets wünsche und die sie für das Vorkommnis verantwortlich glaubte. Wäre es gelungen, den Präsidenten von der Verantwortung für den Vorfall vor der russischen Öffentlichkeit frei zu halten, ihn als zentrale Figur in den Bestrebungen um eine Entspannung zu bewahren, und in Gegensatz zu Elementen zu bringen, die die Sowjets als ihnen besonders feindlich betrachten, dann wäre das, von Chrustschow aus gesehen, eine Bestätigung seiner auf Eisenhower persönlich begründeten Verständigungspolitik gewesen. Dann konnte er ihn um so glänzender als Freund dem russischen Volk bei seinem Besuch präsentieren. Statt dessen hat der Präsident — gewiß ohne es bewußt gewollt zu haben — sich in den Augen des sowjetischen Staatsmannes gerade mit den als die eigentlichen Feinde Rußlands angesehenen Gruppen identifiziert. Ohne das persönliche Fundament in Gestalt Eisenhowers hing somit Chrustschows Politik in der Luft. Seine Konzeption war nicht mehr zu retten. Man sollte sich diesem Zusammenhang nicht verschließen, wenn man aus der Katastrophe lernend die Pause der Besinnung fruchtbar verwenden will und nicht im schablonenhaften Denken hängen bleibt. Walter Lippmann beurteilt die Motive des Verhaltens des russischen Ministerpräsidenten in Paris und seine persönlichen Angriffe dort und später auf ähnliche Weise.

4. Der wichtigste Zug der gegenwärtigen Situation ist indessen die Gefährlichkeit der Lage, die wiederum an einem zufälligen Geschehen offenkundig geworden ist. Was Eisenbowers Regierung vor der weltweiten Denunziation bewahrt habe, die Welt an den Abgrund des Krieges gebracht zu haben, ist — wie Well's Newsletter schreiben — die Sympathie mit dem Präsidenten in seiner Haltung und ruhigen Würde im Angesicht der Chrustschow'schen persönlichen Angriffe. Das Faktum bleibt, daß die Welt durch Amerika an den Rand eines Atomkrieges gebracht worden ist, und daß dies die dauernde Situation ist, in der wir uns befinden. Hatte die Alarmierung der Streitkräfte durch den Verteidigungsminister in der Nacht vom 15. zum 16. Mai, die einer Art Vorbereitung für den drohenden Krieg gleichkam, größtes Bedenken darüber erregt, wer im Ernstfalle über Krieg und Frieden entscheidet, so ließ die Antwort des Verteidigungsministers Gates im Senatsausschuß für Auswärtiges keinen Zweifel übrig. Auf die Frage des Oregoner Senators Wayne Morse, wie er die Drohung des Marschalls Malinowski beurteile, daß er im Falle des Aufstieges einer anderen U 2 den Stütz-

punkt, von dem das Flugzeug aufgestiegen sei, mit Raketen bombardieren lassen werde, antwortete der Minister, er glaube, er müsse die Verantwortung auf sich nehmen, dann einen allgemeinen Krieg auszulösen...

Es ist somit augenscheinlich, daß nicht der Kongreß über Krieg oder Frieden entscheiden wird, weil keine Zeit mehr dafür da ist, ihn zur Entscheidung anzurufen. Nicht einmal der Präsident als oberster Befehlshaber kann in allen Fällen die letzte Entscheidung treffen. Das Schicksal der Welt ist vielmehr in die Hände von Militärs gelegt, die zwar höchst ehrenhaft, pflichtgetreu und patriotische Männer sein mögen, und in der Regel sind, aber selten oder nie die politische Einsicht und Erfahrung, die Mäßigung und Geduld besitzen, die im kritischen Augenblick das Unheil noch verhindern könnten, sondern die zu schnellem Handeln trainiert sind. Solange diese Lage bestehen bleibt, solange hier keine Sicherungen eingebaut werden können, solange es keine Bremsvorrichtungen gibt, die einen Automatismus im Höhepunkt einer Krise abriegeln, werden alle mühsam zu erringenden Entspannungs- und Kontrollvereinbarungen zu spät kommen. Diese Gefahr des Automatismus in der Katastrophenentwicklung wächst mit jeder Runde im Wettlauf der Rüstungen, mit jeder neuen Waffenentwicklung im Angriff wie in der Verteidigung.

Deshalb wird unsere Lage von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr, trotz dem „atomaren Patt", dem Atommachtgleichgewicht, immer gefährlicher. Trotzdem ist damit zu rechnen, daß die Vereinigten Staaten ihr Rüstungsbudget erhöhen werden. Beide Parteien in den USA sind für eine Verstärkung der Rüstungen, die der Präsident, einer angeblich falschen Wirtschaftsphilosophie folgend, eingeschränkt habe. Es wäre zu diesem Punkt noch vieles zu sagen, insbesondere über Elemente, die an einer Aufrechterhaltung der Weltspannung interessiert sind. Es muß im Augenblick mit dieser Andeutung sein Bewenden haben. Ob sich während der Pause der Besinnung eine reifere Einsicht über den circulus vitiosus durchsetzen wird, in den die Welt durch ihr Streben nach dem absoluten Maximum der Macht geraten ist, muß angesichts vieler entgegenstehender Interessen bezweifelt werden.

So ist das Bild, das sich von Amerika aus als neue Weltlage präsentiert, noch wenig klar, aber überwiegend dunkel und besorgniserregend. Stückwerk blieben auch die fast tragisch anmutenden Bemühungen des in seiner Friedenspolitik gescheiterten Präsidenten in dem Besuch der Philippinen, Formosas und Japans. Die Absage des Besuches in Japan durch den Ministerpräsidenten, der keine Gewähr für die persönliche Sicherheit Eisenhowers zu geben vermochte, zeigt die wachsenden Schwierigkeiten, denen die bisherige militärische Bündnispolitik Amerikas im asiatischen Raum begegnet. Die Gewaltakte gegen die derzeitige japanische Regierung und das amerikanisch-japanische Sicherheitsabkommen stehen gewiß nicht nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Vorfall der U 2 und dem Scheitern der Gipfelkonferenz. Wohl aber sind sie ein Protest gegen die weltpolitische Lage, die je länger, je weniger erträglich wird, weil sie nicht dem Friedensbegehren, dem Selbstbestimmungsrecht, noch den Existenzbedingungen vieler Völker Rechnung trägt. Es wäre unrichtig, die Gewaltakte auf kommunistische Drahtzieher allein zurückführen zu wollen. Es sind nationale Beweggründe, vielleicht wirtschaftlich verbunden mit sozialistischen, die sich hier Ausdruck verschaffen. Es ist der Schlagschatten der künftigen Atommacht China, der schon heute auf Japan fällt. Es sind wirtschaftliche Kalamitäten und es ist die Erkenntnis des Truges einer auf militärischen Abkommen allein begründeten Sicherheit, die hier zur

Geltung kommen. Die Kündigung des Besuches von Japan nach der von Rußland bedeutet in den großen, Eisenhowers Präsidentenkarriere abschließenden Friedensbemühungen ein Scheitern, das den Politikern der USA zeigen sollte: so wie bisher mit Militärbündnissen rund um die kommunistische Zitadelle geht es nicht mehr und ungenügende und undurchdachte Friedensveranstaltungen fallen wenig ins Gewicht, wie alles unverbindliche politische Handeln. Vor der Realität der gescheiterten, unzulänglich begründeten Gipfelkonferenz und den Unruhen in Japan bleiben die wohlgemeinten Ausführungen des Präsidenten vor den Philippinern über den konstruktiven Nationalismus als dem Todfeind des Kommunismus trotz des rauschenden Beifalles ohne Gewicht, seine Verurteilung des Kommunismus als moderne Art Kolonialismus ohne bleibenden Widerhall bei den Völkern Asiens.

5. Aber vielleicht findet die Idee eines konstruktiven Nationalismus einen größeren Widerhall im deutschen Volk, das lange darauf gewartet hat, daß man sein nationales Einheitsstreben nicht als Nationalismus oder gar wiedererwachenden Nationalsozialismus verdamme. In der Tat scheint sich in Amerika eine größere Bereitwilligkeit an das Tageslicht zu wagen, das deutsche Einheitsstreben positiver zu bewerten als bisher. Denn davon kann keine Rede sein, wie das hier und da in der amerikanischen Presse jetzt zum Ausdruck kommt, als hätte der Westen im Gegensatz zum Osten unbeirrt an der Forderung der deutschen Einheit als Kern des deutschen Problems und eines deutschen Friedensschlusses festgehalten. Wie zahlreich die Stimmen und welchen Gewichtes sie waren, die sich mit der Teilung als der bequemsten und besten Lösung abfinden wollten, ist in diesen Blättern oft genug belegt worden, und erst kürzlich noch hat ein angesehenes englisches Blatt wieder die Meinung vertreten, man solle Ostdeutschland als eine „eigene Nation" anerkennen. In Amerika scheint nunmehr die Einsicht Raum zu gewinnen, daß es eine isolierte Lösung der Berliner Frage nicht geben könne, daß man aus dem Provisorium herauskommen müsse und damit auch aus dem auf die Dauer nicht aufrecht zu erhaltenden Status Westberlins, wie er gegenwärtig ist. Die Berliner Frage ist nur im Rahmen einer deutschen Gesamtlösung zu liquidieren, eine solche aber muß die Wiedervereinigung zu einer einzigen Nation als Grundlage haben.

Diese für die Deutschen erfreuliche Wiederentdeckung einer elementaren Wahrheit hat jedoch eine fatale Kehrseite. Wenn die deutsche Wiedervereinigung ihre westlichen Unterstützer verliere, argumentiert „Life", so bedeute das den Tod Berlins; die Anerkennung des kommunistischen Ostdeutschlands müsse unabsehbare Folgen zugunsten des Kommunismus haben. Berlin, so argumentiert „Life" weiter, sei die ernsthafteste und wahrscheinlichste Ursache eines Krieges. Die amerikanische Position sei hier zwar fest, aber nicht sehr intelligent. Die Festigkeit sei wahrscheinlich unhaltbar, wenn sie nicht begleitet sei von einer gleichen Festigkeit im Willen zur Befreung Ostdeutschlands. Heißt dies nicht nur mit einem wahrscheinlichen Kriege zu rechnnen, sondern ihn bewußt als kalkuliertes Risiko heraufbeschwören wollen? So verführerisch diese Argumentation für viele deutsche Ohren klingen mag, die Geneigtheit, die Wiederherstellung der deutschen Einheit statt der Erhaltung des Status quo in Westberlin zum Ziel der amerikanischen Politik machen zu wollen, zielt in dieser Form auf nichts anderes als eine neue Art der „Rückrollpolitik" John Foster Dulles und ist schwerlich anders durchführbar als durch einen Krieg. Aber gibt es nicht andere Möglichkeiten, dem deutschen Selbstbestimmungsrecht legitime Auswirkungsmöglichkeiten zu bieten?

Auf die Dauer ist die Anerkennung dieses Rechtes keiner Nation vorzuenthalten. Keine diplomatischen Kunstkniffe und selbst nicht die überlegenen Machtmittel der Atomgroßmächte können nationalen Selbstbehauptungswillen unterdrücken, sofern die Nation den Willen und nicht nur den Wunsch hat, wieder vereint zu sein. Ob die große Massenkundgebung für das Selbstbestimmungsrecht in Hamburg in diesem Sinne einen festen Willen dokumentiert, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Wohl aber ist eine Lage eingetreten, die dem deutschen Volk eine größere politische Bewegungsfreiheit eröffnet. Jedenfalls ist fürs erste durch die Panne der Pariser Gipfelkonferenz und die neu aufgeflammte Feindseligkeit zwischen Amerika und Rußland der Albdruck einer Einigung der USA und der Sowjetunion auf Kosten Deutschlands von den deutschen Politikern genommen und einer einsichtigen und aushilfsreichen politischen Führung die Möglichkeit zurückgegeben, daß Deutschland sich in die Entspannungsbestrebungen als selbständiger Faktor einschaltet und eine Lösung der deutschen Schicksalsfrage von sich aus vorschlägt, in der den Interessen beider Mächte Rechnung zu tragen versucht wird.

Vielleicht erwächst der deutschen Politik in dem General de Gaulle ein politischer Sekundant bei solchen Bemühungen und wird diesen damit das Odium einer dem Westen abträglichen Entwicklung genommen. Denn keine Äußerung von Staatsmännern und führenden Politikern, die nach dem Pariser Debakel zur gegenwärtigen Lage getan wurde, erreicht die geistige Höhe und den historisch politischen Weitblick der jüngsten Adresse des französischen Präsidenten, die mit der Feststellung begann, daß die Aufspaltung der Völker Europas und Nordamerikas das schlimmste Übel unserer Zeit sei. Zwei Lager stünden einander derart gegenüber, daß es allein von Moskau und Washington abhinge, ob oder ob nicht ein großer Teil der Menschheit in wenigen Stunden weggerafft werden würde. Frankreich sei der Überzeugung, daß es keine territorialen noch ideologischen Streitigkeiten von irgendwelcher Bedeutung im Vergleich mit der Notwendigkeit gebe, die monströse Gefahr zu beseitigen. Der General sieht die Einheit ganz Europas einschließlich Rußlands, die Einheit vom Atlantik zum Ural als den bestimmenden Faktor der künftigen politischen Gestaltung. Er beurteilt die unter dem Schutz des Atlantischen Bündnisses zusammengeschlossenen Völker Westeuropas und ihre gemeinsame Selbstbehauptung nur als Vorstufe einer größeren Konföderation mit dem Ziel der Einheit Ganz-Europas, in der der Gegensatz zwischen West und Ost nur von vorübergehender Bedeutung ist.

In diesem Koordinatensystem ist nach einer Lösung der deutschen Schicksalsfrage zu suchen: aus der Idee und Wiederverwirklichung Europas als einer geistigen, politischen und sozialen Einheit trotz seiner Gegensätze; und aus dem Selbstbehauptungswillen und -recht der geschichtsbefugten Nation. Beidem ist gerecht zu werden. Wie das geschehen könnte, soll in einem folgenden zweiten Teil ausgeführt werden. Die Verwirklichung wird schwierig, mühsam und voller Risiken sein, und die Nation wird mehr noch dessen bedürfen, was soeben Walter Lippmann für die Vereinigten Staaten fordert: des politischen „Erneuerers". Auch für Deutschland gilt: „Nicht die Nation ist alt, nur ihre Führung". Auch für Deutschland gilt, daß seine alten Vorhaben einesteils überlebt, andernteils unerheblich sind. Auch für Deutschland ist eine Neuformulierung der Politik unerläßlich, die zu einem großen Teil nur einer schon versunkenen Weltlage entspricht. Es gilt endlich ein Ende mit dem konventionellen Denken zu machen und den Geist von den politischen Stereotypen reinzuwaschen.

Rang, Bedeutung und dauernde Wirkung einer Nation werden nicht allein durch die Machtmittel und das wirtschaftliche Potential bestimmt, sondern durch die politische Einsicht und Urteilsfähigkeit ihrer politischen Führung. Dem deutschen Volk ist durch das Debakel von Paris unerwartet die große Chance zuteil geworden, noch einmal die Richtigkeit seiner bisherigen Politik überprüfen zu können.

Dr. Seiei Shinohara, Tokio

Sicherheit oder Sicherheits-Pakt?

Ein Bericht aus Japan

Der nachfolgende Beitrag, der uns kurz vor Redaktionsschluß erreichte, ist unmittelbar vor der Absage des Eisenhower-Besuches in Japan und der ihr folgenden Entwicklung geschrieben worden. D. Red.

Es war gegen 16 Uhr des 11. Juni 1960. Riesige Menschenmengen, einmal zu zweien, dreien, einmal in kleinen und großen Scharen, eilten zum Hibiya-Stadtpark im Zentrum Tokios. Jeder wußte, daß dies der Tag für die bisher größte Protestaktion gegen die Ratifizierung des neuen japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes und die Regierung Kishi werden würde, die, nachdem am 15. April des vergangenen Jahres die erste, in ihrer Breite und Tiefe viel bescheidenere Aktion gestartet war, nunmehr als die 18. Protestaktion der Nation eine entscheidende Wendung im Kampf gegen die militaristisch-reaktionäre Politik der Regierung Kishi herbeiführen sollte.

Als ich den Hibiya-Stadtpark erreichte, erfuhr ich, daß schon seit den letzten Vormittagsstunden unzählige Marschkolonnen der Protestierenden, die ununterbrochen hier ankamen, in nicht endenden Demonstrationszügen ihren Marsch in Richtung auf die amerikanische Botschaft und die Amtswohnung Kishis antraten. Nachdem ich am Sammelplatz angekommen war, mußte ich noch über eine ganze Stunde warten, bevor die Kolonne, der ich mich anschloß, sich in Bewegung setzen durfte. Inzwischen kam dauernd die Mitteilung, daß die Hauptstraßen, die durch den sogenannten Ministerien-Bezirk und am Parlamentsgebäude vorbei zur Amtswohnung und zur Botschaft führen, von den Demonstranten vollständig verstopft wurden und daß es nur sehr langsam vorwärts ging. Langsam setzte sich auch meine Kolonne in Bewegung. Ich sah, welche grundlegend und gewaltig veränderte Bedeutung die heutige Protestaktion gegenüber allen bisherigen Aktionen hatte. Auch diejenigen Schichten der Bevölkerung, die an solchen „politischen Aktionen" bisher kaum teilgenommen zu haben schienen, waren heute zusammengekommen: Schüler und Schülerinnen verschiedener High Schools, ältere Ehepaare, Väter und Mütter mit ihren Kleinen, Lehrer jener Mission Schools, die als äußerst konservativ angesehen wurden. Ich sah da ein sehr altes Ehepaar stehen, anständig gekleidet, das sich zögernd entschloß, der Kolonne beizutreten. Vermutlich hat dieses friedliche alte Ehepaar von anscheinend sehr gutem Hause zum erstenmal in seinem Leben sich zu einem solchen „politischen Abenteuer" entschlossen.

Als meine Kolonne in der Nähe der amerikanischen Botschaft ankam, war es schon ziemlich dunkel, und Tausende von Laternenlichtern der Demonstranten leuchteten auf. Eine kolossale Menschenmenge hatte sich bereits dicht bis an das Botschaftsgebäude herangeschoben, und unübersehbare Marschkolonnen reichten von hier bis zum Hibiya-Stadtpark. Rings um das amerikanische Botschaftsgebäude standen 2000 mit Stahlhelm und Pistole bewaffnete Polizisten, aber komischerweise sahen sie gegen die riesige Menschenmenge der Protestierenden aus wie kleine Puppen. Von den Menge dröhnten ununterbrochen mit empörter Stimme die scharfen Protestrufe: „Wir wollen kein Militärbündnis!", „Weg mit den schwarzen U 2!", „Eisenhower soll nicht nach Japan kommen!", „Hagerty, verlaß Japan sofort!", „Go home, Yankee!", „Nieder mit der Kishi-Regierung!" Meine Kolonne blieb eine ganze Weile vor der Botschaft und protestierte mit. Dann zog sie langsam ab, um neu ankommenden Kolonnen Platz zu machen. Als die letzte Kolonne die amerikanische Botschaft verließ, war es schon gegen 22 Uhr, und die Zeitungen am nächsten Morgen berichteten, daß an dieser 18. Protestaktion des Volkes insgesamt 230 000 Bürger der Hauptstadt und Vertreter aus verschiedenen Provinzen Japans teilgenommen haben.

Am Tage vorher, also am 10. Juni, landete der Pressesekretär des amerikanischen Präsidenten Hagerty um 15 Uhr 40 mit einem Militärflugzeug auf Tokios Flughafen Haneda. Es wäre überflüssig, hier nochmals von dem zu berichten, was kurz nach seiner Ankunft geschah, weil es auch in Deutschland schon genügend bekannt sein dürfte. Das Ereignis selbst war natürlich sehr zu bedauern. Aber wenn man eine richtige Vorstellung davon haben will, so muß man zuerst gründlich wissen, warum es geschehen konnte. Es ist vollkommen falsch, dieses Vorkommnis einfach als eine „von den Kommunisten vorbereitete Provokation" zu bezeichnen und damit als erledigt anzusehen. Denn jeder vernünftig denkende Mensch Asiens weiß, daß der größte Teil der Übel in diesem Kontinent nicht durch den Kommunismus, sondern durch die Westmächte, ganz besonders durch die USA, verursacht worden ist.

Wie jedem Ereignis seine Ursache vorangegangen ist, sind auch dem Vorkommnis, das am 10. Juni in Haneda passierte, nicht nur eine, sondern viele komplizierte Ursachen vorangegangen, die ich jetzt nicht alle besprechen kann. Statt dessen möchte ich hier nur einige wichtige Dinge als Denkmaterial für die Leser herausgreifen. In einem Interview mit der japanischen und der ausländischen Presse, das nach dem Vorfall von Haneda in der amerikanischen Botschaft in Tokio abgehalten wurde, sagte der amerikanische Botschafter MacArthur ausdrücklich, daß die japanischen Arbeiter, die unhöfliche Taten am Pressesekretär begangen hatten, Männer seien, die keine Treue zu ihrem Vaterland hätten, und zwar schon deshalb, weil bei diesem unhöflichen Protest auch die „Internationale" gesungen worden war (!). Das ist also die wahre Denkweise des höchsten diplomatischen Vertreters Amerikas in Japan. Was würden z. B. die französischen Arbeiter dazu sagen? Die bekannte Christin Frau Tamaki Uemura, Präsidentin der YWCA Japans, sagte zu diesem Haneda-Fall: „Es ist zu bedauern, daß die Demonstranten in Haneda Herrn Hagerty verhindert haben, zu fahren . . . Ich habe lange in Amerika gelebt und habe viele Freunde dort . . . Ich persönlich würde sehr gerne Eisenhower hier in Japan als hohen Gast begrüßen. Aber nicht jetzt. Denn, sollte er doch jetzt nach Japan kommen, so könnte sein Besuch nur dazu beitragen, den im ganzen Volk verbreiteten Verdacht, Eisenhowers Besuch bezwecke eine verstärkte politische Unterstützung für die Regierung Kishi, zu vergrößern. Vielleicht denkt sich Amerika, daß, wenn der Besuch Eisenhowers nicht stattfindet, es wieder einen schweren Verlust an politischem Prestige erleiden würde. Aber Amerika weiß zu wenig von den wahren Verhältnissen in

Japan. Es scheint, daß die zuständigen amtlichen Vertretungen Amerikas in Japan schlecht informiert seien. Denn meine amerikanischen Freunde schreiben mir in allem Ernst, ob Japan wirklich kommunistisch geworden sei. Ich habe den Eindruck, daß der amerikanische Botschafter M a c A r t h u r , der eigentlich am besten in der Lage sein sollte, richtige Mitteilungen von den wahren Verhältnissen in Japan nach Washington zu schicken, in schlecht orientiertem Sinn arbeitet . . ."

Sollte der Vorfall von Haneda tatsächlich „von den Kommunisten vorbereitet und provoziert" worden sein, wie es von der amerikanischen Presse und auch von einem großen Teil der europäischen Presse behauptet und verbreitet wird, wie ist es dann zu erklären, daß an der 18. Protestaktion des Volkes, die am folgenden Tag stattfand, eine so kolossale Menge von Menschen breitester Bevölkerungsschichten in so spantaner Weise teilgenommen hat? Soweit ich durch eigene Teilnahme an dieser Aktion am 11. Juni selber feststellen konnte, hat das Ereignis in Haneda nicht den geringsten negativen Einfluß auf die Teilnehmer ausgeübt, selbst auf diejenigen nicht, die zum erstenmal an solcher Aktion teilgenommen haben. Diese meinten sogar, daß sie gerade durch dieses Ereignis zur Teilnahme veranlaßt wurden, weil es ihnen zeigte, wie ernst die ganze politische Lage Japans geworden ist. Sie glaubten, daß Japan sich jetzt in einer politisch ungewöhnlich unglücklichen Lage befinde und daß diese Lage durch niemand anders als durch Kishi und seine Regierung, aber auch zum großen Teil durch die Japan-Politik Amerikas herbeigeführt worden sei. Hieraus sei zu folgern, so meinten sie ferner, daß ein ausländischer Gast, der die Stimme des Volkes, er möchte bitte etwas später, nachdem sich die Lage normalisiert hat, kommen, nicht hören will, und trotzdem kommt, um der von der ganzen Nation so verhaßten Regierung zu helfen, — daß ein solcher Gast selbstverständlich auch damit rechnen müßte, daß ihm möglicherweise etwas Unhöfliches geschehen könnte.

Es sei noch hinzugefügt, daß das japanische Außenministerium das dringende Gesuch des Nationalen Rates, das lange vor der Ankunft Hagertys eingereicht war, und in dem der Nationale Rat bat, das Außenministerium möchte vermitteln, damit zwischen dem Nationalen Rat und dem Pressesekretär ein friedliches Gespräch über den Besuch Eisenhowers zustandekäme, vollkommen ignoriert hatte.

Im Juni 1957 besuchte Kishi als Ministerpräsident der neugebildeten Kishi-Regierung Eisenhower in Washington, und er kündigte, wieder nach Japan zurückgekehrt, den Beginn des sogenannten „neuen Zeitalters für die Zusammenarbeit zwischen Japan und Amerika" an. Während alle vorangegangenen konservativen Regierungen Yoshidas, Hatoyamas und Ishibashis an der Remilitarisierung Japans mehr oder weniger zurückhaltend und zögernd arbeiteten, hat die Regierung Kishis zum erstenmal in der Geschichte Japans nach 1945 sehr offene Worte für den militärischen Ausbau Japans und für eine ganz verstärkte militärische Zusammenarbeit mit Amerika ausgesprochen, was auf der anderen Seite der Politik Amerikas gegenüber den Völker Asiens, ganz besonders gegenüber der Volksrepublik China, entsprach.

Im September 1958 ging der Außenminister F u j i y a m a im geheimen Auftrag Kishis nach Washington, um dort mit den verantwortlichen Männern im Weißen Haus und im Pentagon über eine Revision des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes zum Zweck eines Militärbündnisses zwischen den beiden Staaten zu beraten. Der neue Pakt, der dann nach 2⅓ Jahren — am 19. Januar 1960 — in Washington von Japans Ministerpräsident Kishi und dem amerikanischen Außenminister H e r t e r unterzeichnet wurde, enthält zwei völlig neue Artikel, die in dem bisherigen Pakt nicht enthalten waren: Artikel 3 und Artikel 5. In dem ersteren wird Japan gegenüber Amerika verpflichtet, „seine Verteidigungskräfte dauernd und effektiv zu verstärken", während im letzteren sich Japan verpflichtet, in

dem Fall, in dem Amerika in kriegerische Auseinandersetzung mit einem dritten Staat eingetreten ist, automatisch in diesen Krieg mit einzutreten. Als die Revision des Paktes in Aussicht genommen wurde, wurde selbst von seiten vieler Anhänger der Regierungspartei der dringende Wunsch ausgesprochen, daß in dem neuen Pakt mindestens ein Artikel enthalten sein müßte, der sowohl die atomare Aufrüstung der japanischen Truppen als auch die Stationierung von amerikanischen Atomwaffen in Japan ausdrücklich verbietet. Dieser Wunsch wurde jedoch nicht gehört. Statt dessen ist in dem Protokoll, das als Anhang dem Haupttext beigegeben ist, lediglich von einer „vorherigen Beratung" zwischen Japan und Amerika bei den strittigen Fragen der Aufrüstung, der Benutzung der Militärstützpunkte in Japan, usw. die Rede, was praktisch nichts anderes bedeutet als das getarnte Ja auf der japanischen Seite zu jedem amerikanischen Vorschlag.

Nachdem im Zuge der Revision des Paktes alle nötigen außenpolitischen Schritte heimlich unternommen worden waren, ging die Regierung Kishi allmählich dazu über, innenpolitisch notwendige Vorbereitungen zu treffen. Der erste bezeichnende Schritt war das verstärkte Polizeigesetz, das am 4. Oktober 1958 im Parlament vorgelegt wurde. Hier will ich nichts Näheres von dieser Geschichte berichten, weil es auch in Deutschland einigermaßen gut bekannt sein sollte, daß dieses reaktionäre und für die Demokratie Japans sehr gefährliche Gesetz am hartnäckigen Widerstand des ganzen japanischen Volkes schließlich scheiterte. Ich möchte nur ganz kurz den „Nationalen Rat gegen das verstärkte Polizeigesetz" erwähnen, der am 13. Oktober desselben Jahres zuerst in Tokio, dann bis Ende des Monats in allen 46 Verwaltungsprovinzen Japans gebildet wurde. Dieser „Nationale Rat" wurde, nachdem er mit der Zerschlagung des reaktionären Gesetzes sein Ziel erreicht hatte, nicht aufgelöst; sondern die Vertreter des Nationalen Rates beschlossen, ihn als die Kernorganisation zum Kampf gegen die Revision des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes weiterbestehen zu lassen. Dies wurde am 28. März 1959 in Tokio offiziell proklamiert. An der Kundgebungsfeier der Umbildung nahm auch der Generalrat der japanischen Arbeitergewerkschaften Sohyo teil. Dieser Gewerkschaftszusammenschluß umfaßt 57 selbständige Gewerkschaften mit insgesamt 3 597 000 Arbeitern und Angestellten verschiedenster staatlicher und privater Unternehmen (Stand vom 1. 9. 1959). Weiter waren beteiligt die Sozialistische Partei Japans, die Kommunistische Partei Japans und 131 große und kleine Organisationen verschiedenster Gattungen. Es ist sehr bezeichnend für die Entwicklung im japanischen Volk, daß auf dieser Veranstaltung offiziell für die Beteiligung der Kommunistischen Partei gestimmt wurde, während bei der Bildung des Nationalen Rates gegen das verstärkte Polizeigesetz dieses noch nicht der Fall gewesen war. Auf dieser Kundgebungsfeier wurden folgende Richtlinien des Kampfes festgesetzt:

1. Das vordringliche Ziel unseres Kampfes ist, die bevorstehende Revision des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes zu verhindern. In der weiteren Entwicklung der Dinge wollen wir bestrebt sein, die Abschaffung des Paktes selbst zu ermöglichen und eine positive Neutralität Japans zu verwirklichen;
2. Wir wollen bestrebt sein, zugunsten der Verhinderung der Revision die verstärkte Aufmerksamkeit des ganzen Volkes auf den gefährlichen Charakter des neuen Paktes zu lenken;
3. Am 15. April 1959 soll die erste gemeinsame Protestaktion des Volkes stattfinden.

Bereits mit der 3. Protestaktion am 25. Juni in ganz Japan begann der Kampf recht aktiv zu werden. In dieser 3. Aktion traten 49 000 Kumpel von 4 großen Kohlengruben, die in Tanro (Japanischer Kohlengrubenarbeiter-Gewerkschafts-

bund, eine der stärksten Mitgliedorganisationen Sohyos) organisiert sind, in einen 24 Stunden langen Streik, während Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten anderer wichtiger Industrie- und Wirtschaftszweige für kürzere oder längere Zeit ihre Arbeit niederlegten und sich zu einer Protestkundgebung zusammenfanden. Der große Erfolg der 3. Aktion hat unverkennbar dazu beigetragen, sehr breite Schichten des Volkes, die in der Frage der Revision bisher unwissend oder unentschieden gewesen waren, allmählich für den Kampf zu gewinnen. In Städten und Dörfern wurden Vorträge, Diskussionskreise und ähnliche Veranstaltungen organisiert, in denen unter Teilnahme von Bürgern aus verschiedensten Bevölkerungsschichten dringliche Fragen zur Revision des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes lebhaft und eingehend besprochen wurden. Diese Entwicklung der Lage hat eine ernstliche Unruhe innerhalb der Regierung Kishi und seiner Partei hervorgerufen. Diejenigen Mitglieder der Regierungspartei, die zu den sogenannten „Anti-Kishi-Gruppen" gehören, begannen sich über die politischen Schritte Kishis kritisch auszusprechen und warnten vor der „voreiligen und unvollständigen Revision" des Paktes.

Eine ebenfalls sehr wichtige Folge der großen Wirkung der 3. Aktion war, daß uns dadurch ein kräftiger Anlaß gegeben wurde, den Kampf gegen den neuen Pakt einerseits und die Vorbereitungsarbeiten für die 5. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben andererseits miteinander organisch zu verbinden. Diese Tatsache war sehr bedeutungsschwer für die weitere Entwicklung des Kampfes gegen den neuen Pakt. Denn die große Bewegung gegen die Atom- und Wasserstoffbomben in Japan hatte als eine im wahrsten Sinne des Wortes nationale Bewegung bereits breiteste Schichten des japanischen Volkes in sich vereinigen können (die Unterschriften, die das japanische Volk für diese Bewegung gegeben hat, betragen 36 Millionen; die Zahl der Wahlberechtigten beträgt 53 Millionen). Eine organische Verbindung der beiden nationalen Bewegungen war allerdings schon bei den Vorbereitungsarbeiten der 4. Weltkonferenz 1958, also schon ein Jahr vorher, ein positiv diskutiertes Thema gewesen bei fast allen Organisationen, die an den Vorbereitungen teilgenommen hatten. Es ist kein Zufall, daß eine solche Verbindung nunmehr nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch möglich wurde. Denn, daß mit der vollzogenen Revision des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes erst einmal mit aller Offenheit der verhängnisvolle Weg zur atomaren Aufrüstung der japanischen Söldnertruppen und zur Entsendung dieser Truppen nach Übersee freigemacht werden würde, läßt sich nicht leugnen. Und viele von jenen Millionen Männern und Frauen, die ihre Unterschrift gegeben haben, begriffen allmählich diesen verhängnisvollen inneren Zusammenhang zwischen der Revision und dem möglichen Atomtod für Japan.

Im Anschluß an die 5. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben, die vom 1. bis 7. August 1959 in Hiroshima veranstaltet wurde, wurde in ganz Japan eine großartige Aktion zum Protest gegen die Revision organisiert und durchgeführt. In Tokio fanden sich über 50 000 Bürger aus sehr unterschiedlichen Bevölkerungsschichten zu einer Großkundgebung zusammen. Obwohl auf der 5. Weltkonferenz aus gewisser Rücksicht auf die Zusammensetzung der Teilnehmer darauf verzichtet wurde, in dem auf der Generalversammlung einstimmig angenommenen Beschluß sich ausdrücklich gegen die Revision auszusprechen, konnte die Konferenz selbst ihren aus fast allen Gegenden Japans versammelten 10 000 Delegierten eine ausgezeichnete Chance bieten, in mehreren Sitzungen, an denen auch ausländische Gäste teilnahmen, sich gründlich mit der Frage der Revision und überhaupt mit der Frage des japanisch-amerikanischen Militärbündnisses auseinanderzusetzen.

In der Zeit vom 22. bis 24. August desselben Jahres fand zudem in Tokio die 5. Konferenz der Mütter Japans statt, zu der aus ganz Japan über 12 000 junge und alte Mütter, darunter viele Kriegswitwen, erschienen. Auf dieser Konferenz der Mütter haben sich alle Teilnehmer entschieden gegen die von Kishi erstrebte Revision ausgesprochen.

Nachdem die Teilnehmer dieser beiden großen nationalen Konferenzen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt waren, berichteten sie in ihrem Verwandten- und Bekanntenkreis, in kleinen und großen öffentlichen Versammlungen von dem, was sie auf den Konferenzen mit ihren in- und ausländischen Freunden besprochen haben, und appellierten, über die große Gefahr im klaren zu sein, die die Revision unvermeidlich mit sich bringen muß. So konnte der Kampf gegen den neuen Pakt immer breiter und tiefer alle Schichten der Nation durchdringen. In Städten und Dörfern, in Fabriken und Büros wurden bis zu dieser Zeit über 600 Unterorganisationen des Nationalen Rates gebildet. Nicht nur Arbeiter, Bauern, Angestellte, Studenten, sondern auch Kulturschaffende — Wissenschaftler, Schriftsteller, Dichter, Schauspieler, usw., sowie Geistliche verschiedener Konfessionen, standen nunmehr zum Widerstand und Kampf auf.

Mit der 8. Aktion, die am 27. November 1959 durchgeführt wurde, wurde der Widerstand besonders kämpferisch. In Tokio fanden sich über 70 000 Arbeiter, Bauern, Studenten und andere Bürger zusammen und begaben sich in gewaltigen Demonstrationszügen zum Parlament, um dort ihre Eingabe gegen die Revision einzureichen. Aber alle Eingänge des Parlamentgebäudes waren auf Anordnung Kishis durch Tausende von bewaffneten Polizisten und Panzerwagen vorsorglich gesperrt. Aber selbst vor solcher Drohung schreckten die Demonstranten nicht zurück; über 20 000 Arbeiter und Studenten durchbrachen diesen starken Sperrgürtel und drangen bis dicht an das Parlamentsgebäude. Es war bezeichnend, daß, während bürgerliche Zeitungen mit allerlei schmutzigen Worten auf die „Einbrecher" schimpften, der überwiegend große Teil der Bevölkerung sich sehr sympathisch für die Demonstranten ausgesprochen hat. Ein unverkennbares Zeichen dafür, daß das Volk mehr oder weniger klar begriffen hat, was die Politik Kishis und die Revision für die Zukunft Japans mit sich bringen kann.

Das Jahr 1960. Am 16. Januar flogen Kishi und seine Gefolgsleute in einem Flugzeug der Japan-Air-Lines nach Washington, um den neuen Pakt zwischen Japan und Amerika zu unterzeichnen. Aber bevor er und seine Leute den Boden Japans verlassen konnten, hatten sie erneut zu ihrer Beunruhigung in unmittelbarster Weise zu spüren bekommen, wie heftig der Widerstand des Volkes gegen ihr gefährliches Unternehmen ist. Tausende Arbeiter und Studenten sperrten durch einen massiven Sitzstreik den Zugang zum Haneda-Flughafen, so daß die Autos, die Kishi und seine Begleiter zum Flughafen bringen sollten, einen mühevollen Umweg machen mußten. Zeitungen berichteten, daß Kishi und seine Gefolgsleute „fluchtartig Japan verlassen" hätten — ein sehr symbolisches Ereignis für die Zukunft des neuen Militärbündnisses zwischen Japan und Amerika.

Die in Washington in Anwesenheit Eisenhowers von Kishi und Herter vollzogene Unterzeichnung des neuen Paktes hat verständlicherweise eine neue Situation für die Opposition des japanischen Volkes mit sich gebracht. Ein neuer, heftigerer Kampf entbrannte, der Tag für Tag, Aktion für Aktion an Breite und Tiefe gewann, bis er am 20. Mai eine bisher nicht erreichte Höhe erlebte und dabei seinen Charakter grundlegend geändert hat.

Es war um 22 Uhr 25 Minuten des 19. Mai. Im Sonderausschuß für den neuen Pakt, der in einem kleineren Saal des Parlamentes tagte, unterbrach der Vorsitzende Ozawa, Abgeordneter der Regierungspartei, plötzlich die Diskussion über die noch ungeklärten, sehr wichtigen Fragen, die der neue Pakt gestellt

hat, und sprach ein paar Worte aus, von denen nur die drei Worte zu vernehmen waren: „Vor der Pause . . ." Im Stenogramm steht außerdem nur noch die Bemerkung: „Viele kommen zu Worte, und es verlassen viele ihren Platz; lauter Lärm, aufgeregtes Geschrei; unmöglich nachzuschreiben." Auf diese Weise hatten die Regierung Kishis und seine Partei die noch im Gang befindliche Diskussion im Sonderausschuß einseitig abgebrochen und dann erklärt, daß die Beratung im Sonderausschuß damit „ordnungsgemäß" abgeschlossen sei, um daraufhin den neuen Pakt im Parlament verabschieden zu lassen. Kurz danach wurden auf Veranlassung Kishis 500 Polizisten und eine ganze Schar von Mitgliedern eines Kishitreuen Verbandes im Parlament eingesetzt, und der letzte hartnäckige Widerstand der oppositionellen Abgeordneten wurde mit Gewalt unterdrückt. So wurde kurz nach Mitternach der neue Pakt „verabschiedet", in Abwesenheit der Oppositionsparteien und selbst einer Reihe von Mitgliedern der Regierungspartei, die im Protest gegen diese unverschämte Methode ihres Parteipräsidenten den Großen Saal verlassen hatten. Draußen standen, dicht das Parlamentsgebäude umsäumend, 30 000 Arbeiter, Studenten und andere Bürger, die in der Sondermeldung des Radio von dem großen Ernst der Lage gehört hatten und hierher geeilt waren. Es regnete ununterbrochen, aber dennoch ging keiner weg.

Weshalb Kishi und seine Leute zu dieser gewalttätigen Methode griffen, ist durchaus nicht schwer zu erklären. Nach den Bestimmungen der Artikel 60 und 61 der japanischen Verfassung gilt ein zwischenstaatlicher Vertrag, wenn er, nach Verabschiedung im Unterhaus, nicht innerhalb von 30 Tagen auch im Oberhaus verabschiedet wird, nach Verlauf dieser 30 Tage automatisch als endgültig ratifiziert. Also, da der neue Pakt am 20. Mai im Parlament — im Unterhaus — verabschiedet wurde, trat seine endgültige Ratifizierung automatisch am 19. Juni ein, also an dem Tage, an dem Eisenhower in Japan erwartet wurde.

Ich möchte hier einiges im Zusammenhang mit dem Fall der U 2 und der Vertagung des Gipfeltreffens in Paris bemerken. Trotz der wiederholten Versicherung seitens der japanischen und der amerikanischen Regierung, daß der neue Pakt keine aggressiven Ziele hätte und daß er sich nicht gegen die Sowjetunion und die Volksrepublik China richte, befürchten immer breitere Schichten des japanischen Volkes, daß sie dieser Versicherung nicht vertrauen können. Und nach dem Fall der U 2 und der Vertagung der Gipfelkonferenz in Paris glauben diese Schichten nun, daß ihr Verdacht über die Fragwürdigkeit des neuen Paktes durch diese beiden Ereignisse einwandfrei bestätigt ist.

Am 9. Juni, also vor jenem verhängnisvollen 20. Juni, ist der Parlamentsabgeordnete der Regierungspartei Eijun Ohtani aus der Partei Kishis ausgetreten. Er sagte: „In Anbetracht der Grausamkeit, mit der Amerika die Atombombe auf Japan warf, ist es fragwürdig, ob und wieweit wir Amerika vertrauen können. Mir scheint es zweifelhaft, daß Amerika, zumal in der veränderten Zeit von heute, in der die Allmacht Amerikas schwer erschüttert ist, im Ernstfall wirklich um jeden Preis für ein asiatisches Volk (Japan) kämpfen würde." Eijun Ohtani ist als hoher Priester des buddhistischen Higashi-Honganji-Tempels sehr bekannt; unter seiner Obhut stehen in ganz Japan 12 000 Tempel und etwa 10 Millionen Gläubige. In seinem Abschiedsbrief an Parteipräsident Kishi steht zu lesen: „Nachdem ich von meinem Standpunkt aus, daß ein ewiger Friede auf Erden und für Japan gesichert sein möge, als Schüler von Buddha den Inhalt des Paktes genau geprüft habe, bin ich zu der Feststellung gekommen, daß er Unruhe und Gefahr für die Zukunft unseres Volkes bringen wird. . ."

Kishi hat in einem Interview mit dem Berichterstatter des amerikanischen Fernsehsenders NBC, Brown, ausdrücklich gesagt, daß er keine Freundschaft mit der Volksrepublik China will. Aber bei einer Untersuchung der öffentlichen Mei-

nung, die kürzlich eine der repräsentativen Zeitungen Japans durchführte, haben 75 % der Angefragten ein klares Ja für ein friedliches Verhältnis Japans mit der Volksrepublik China ausgesprochen, während nur 5 % sich dagegen aussprachen.

Von dem Tag an, an dem Ohtani aus der Partei Kishis austrat, dauerte bis zum 26. Mai die 16. Protestaktion des Volkes ununterbrochen an, die, nachdem es zu jener gewaltsamen „Beschließung" des neuen Paktes im Unterhaus in der Mitternacht zum 20. Mai gekommen war, am letzten Tag der Aktion zu einem bisher nicht erreichten Höhepunkt gelangte. Allein in Tokio begaben sich über 170 000 Demonstranten in unendlichen Marschkolonnen zur Amtswohnung Kishis und zur amerikanischen Botschaft, um ihren Protest gegen die reaktionäre Politik Kishis und den neuen Pakt erneut und entschieden zu bekunden. Nicht nur in ihrem gewaltigen Ausmaß, sondern auch in der Zusammensetzung der Teilnehmer aus allen Bevölkerungsschichten war diese Protestkundgebung eine im wortwörtlichen Sinne nationale Aktion, die sich vielleicht mit der bisher größten Aktion am 11. Juni, von der ich eingangs berichtete, vergleichen läßt. Inzwischen konnte man feststellen, daß die Unterorganisationen des Nationalen Rates, die kurz nach der 5. Aktion 600 zählten, nunmehr auf über 2000 angewachsen sind.

Dann kam der 4. Juni 1960, der Tag der 17. Aktion, an dem zum erstenmal im Kampf gegen den neuen Pakt ein Generalstreik organisiert wurde. An diesem Generalstreik haben in ganz Japan 5,6 Millionen Männer und Frauen aus allen Berufsschichten teilgenommen, darunter 3,6 Millionen organisierte Arbeiter von 57 Gewerkschaften des Sohyo, eine halbe Million ebenfalls organisierte Arbeiter von 19 neutralen Gewerkschaften, eine halbe Million Studenten und Angehörige verschiedener Organisationen, sowie eine halbe Million nicht organisierte Arbeiter. 20 000 kleine und kleinste Kaufleute in ganz Japan haben durch einen „Ladenschluß-Streik" diesen Generalstreik zeitlich unterstützt. Durch diesen Generalstreik sind in ganz Japan 759 Eisenbahnzüge vollständig ausgefallen. Das war der größte Zugausfall in Japans Eisenbahnverbindung seit 1945. Allein in Tokio und in dessen Umgebung war drei Stunden lang der ganze Eisenbahnverkehr vollkommen stillgelegt. Viele von den 80 000 Studenten, die an diesem Generalstreik unterstützend teilnahmen, hatten sich etwas ganz besonders Originelles zur Aufgabe gemacht: sie standen an den Bahnhöfen und erklärten den Reisenden und Berufstätigen, die sich einfanden, warum dieser Streik sein mußte. Allerdings gab es wenige solcher „unbewußten Streikbrecher", wie die Zeitungen berichteten, weil, entgegen der Propaganda der Regierung, daß der Streik eine große Empörung der Bevölkerung hervorrufen und im ganzen Eisenbahnverkehr eine furchtbare Verwirrung verursachen würde, der überwiegend große Teil der Bevölkerung sich sehr verständnisvoll und sympathisch für die Streikenden verhalten hat. Sogar konnte man an manchen Bahnhöfen beobachten, daß Passagiere an der Protestkundgebung der Eisenbahner teilnahmen. Als der ganze Streik ohne die „prophezeite" Verwirrung endete, sagte die Regierung Kishi, daß dieser Ausgang der Dinge darauf zurückzuführen sei, daß die Arbeiter ganz schlaff und die Bevölkerung ganz gleichgültig gegenüber dem Streik gewesen seien.

In einer Tokioter Zeitung las man folgende Geschichte: An dem Tag des Generalstreiks stand der alte Schriftsteller Suekichi A o n o , Präsident des Japanischen Schriftstellerverbandes e. V., der in ganz Japan sehr bekannt und beliebt ist, in der Nähe des Parlaments. Ununterbrochen zogen die Marschkolonnen der Protestierenden vorbei. Da sah der Schriftsteller zwei kleine Jungen, die zwischen den Demonstranten hin und her liefen. Schließlich kamen sie zu ihm und fragten, wie sie auch am Protest teilnehmen könnten. Verwundert fragte der alte Mann mit väterlichem Lächeln zurück: „Warum seid Ihr allein hierher gekommen

und weshalb wollt Ihr an der Demonstration teilnehmen, die doch eigentlich Sache der Erwachsenen ist?" Die beiden Jungen antworteten: „Unser Vati ist im letzten Krieg gefallen; die Mutter sagte heute zu uns beiden Brüdern, daß wir an ihrer Stelle am Protest teilnehmen sollten."

Dr. Achim von Borries

Abschied von der Opposition?

Es war zu erwarten, daß die Regierung Adenauer das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz im Sinne einer verschärften Politik des kalten Krieges ausbeuten würde. Bereits am 23. Mai gab der Bundeskanzler vor dem Bundesparteiausschuß der CDU die neue Parole aus: Chrustschows angebliche Entspannungspolitik sei nichts anderes als ein geschickter taktischer Schachzug gewesen, den er, Adenauer, schon immer als einen solchen durchschaut habe. Er habe darum von vornherein von der Gipfelkonferenz nicht viel Gutes erwartet. Der Ausgang der Ereignisse in Paris sei eine neue Bestätigung der Richtigkeit der Außen- und Rüstungspolitik der Bundesregierung gewesen. In diesem Sinne forderten die Sprecher der CDU in den letzten Wochen immer wieder eine politische und militärische Stärkung des westlichen Bündnisses. Sie ließen keine Zweifel daran, daß sie die Koexistenz-Politik Chrustschows weniger denn je ernst zu nehmen gesonnen seien.

Auf der Linie dieser Interpretation der Vorgänge in Paris lag denn auch die Regierungserklärung vom 24. Mai, in der der Bundeskanzler Chrustschow für den Allein-Schuldigen des Pariser Debakels erklärte und abermals behauptete, seine eigene Politik habe eine weitere Bestätigung erfahren. Schon in diesen Verlautbarungen der Regierungspartei mußte die deutsche Öffentlichkeit ein Symptom dafür sehen, daß die Bundesregierung nicht gewillt ist, ihre Außenpolitik auch nur zu überprüfen, geschweige im Sinne einer konsequenten Entspannungs- und Abrüstungspolitik zu modifizieren. Und ebenfalls war sehr deutlich die Absage an alle Tendenzen hinsichtlich einer „gemeinsamen Außenpolitik", wie sie unmittelbar nach Paris von einigen Sprechern der SPD gefordert wurde. Weder zu einer außenpolitischen Gewissenserforschung noch zu einer außenpolitischen Gemeinsamkeit zeigte sich die Adenauer-Partei bereit.

Im Gegensatz zu dieser niederschmetternd simplifizierenden Interpretation der Vorgänge in Paris steht die Entwicklung in den USA und in den anderen großen Ländern des Westens, in denen die besonnenen Politiker die Notwendigkeit jener Gewissenserforschung des Westens durchaus erkannt haben. In Washington, in London und auch in Paris gab man wiederholt zu verstehen, welche ungeheure

Mitschuld die Regierung Eisenhower an dem Nichtzustandekommen der Pariser Konferenz gehabt hat. Gerade in den USA ließen einige Erklärungen angesehener Politiker und Publizisten an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Der bedeutende aus Deutschland stammende Journalist Manfred George (Herausgeber der angesehenen deutschsprachigen Zeitung Aufbau in New York, gleichzeitig Korrespondent bedeutender deutscher Tageszeitungen) berichtete in der Saarbrücker Zeitung vom 24. Mai folgendes: „In den Kreisen der politischen Intelligenz wurden zwei Äußerungen als richtungweisend und zutreffend empfunden. Die eine war der Artikel von Walter Lippmann in der „Herald Tribune", in dem der erfahrene und immer sehr in seiner Meinung abgewogene politische Kommentator den Kern des von Washington gemachten politischen Fehlers aufzeigte, indem er darauf hinwies, daß der Präsident Eisenhower oder seine Berater die Tür übersehen hatten, die der Moskauer Premier mit seinem Hinweis, daß der Präsident von den U-2-Flügen nichts gewußt hätte, offengelassen hatte. Eisenhower ging nicht darauf ein, übernahm die Verantwortung für die Flüge und „verwandelte so die Verlegenheit der Entdeckung eines Spionagefalles in eine offene Herausforderung der Souveränität der Sowjetunion". Dies sei der „tödliche Fehler" gewesen, denn er machte es für Chrustschow unmöglich, die Angelegenheit zu umgehen.

Die zweite vielgehörte Stimme ist die des bekannten Demokraten und uneingestandenen Präsidentschaftskandidaten Adlai E. Stevenson, der den Kollaps auf dem Gipfel ebenfalls mit der „Fehlbehandlung" des Spionagefalles erklärte und meinte: „Erst den Flug über russisches Territorium zu leugnen und dann zuzugeben und noch zu sagen, daß man diese Flüge fortsetzen würde, ließ dem Mann aus dem Kreml keine Wahl. Er konnte diese Drohung weiterer Verletzungen des sowjetischen Luftraumes kaum ignorieren, ohne seine Führerstellung zu Hause zu verlieren."

Diese Stimmen der Vernunft wurden immerhin von einflußreichen Kreisen der USA stark beachtet, wenn auch der größte Teil der Öffentlichkeit zunächst im Banne einer neuen heftigen antikommunistischen Propagandawelle steht, zu der auch die Parteien das ihrige beitragen. Nicht minder zu beachten ist die Zurückhaltung, die sich sowohl MacMillan wie auch de Gaulle in ihren Regierungserklärungen nach dem Pariser Fiasko auferlegten. Sie verzichteten darauf, Schuldsprüche abzugeben und antisowjetische Propaganda zu betreiben, eingedenk der ungeheuren Gefahren, die eine weitere Verschärfung der weltpolitischen Lage für alle Völker heraufbeschwören muß. Einzig und allein in der Regierungserklärung der deutschen Bundesregierung, die an der Konferenz selbst gar nicht beteiligt war, waren solche Töne zu vernehmen, und während man in London und Paris, aber auch in gewissen Kreisen Washingtons (natürlich nicht denen, die den kalten Krieg auf ihre Fahnen geschrieben haben) ein Bedauern über den Abbruch der Gespräche in Paris nicht verhehlte und eine gewisse Sorge über die weitere weltpolitische Entwicklung erkennen ließ, gab man sich in Bonn einer propagandistischen Vereinfachung und parteipolitischen Ausbeutung dieser bedrückenden Ereignisse hin. Wie es um die Hintergedanken der Bundesregierung, die niemals die Gipfelkonferenz gewollt hatte, weil sie stets von ihr Abmachungen über eine Beendigung des kalten Krieges befürchtete, wie es um ihre Hintergedanken steht, hat der Bonner Korrespondent der Berner Zeitung „Der Bund" am 19. Mai in seinem Blatte unter der Überschrift „Bonn mit dem Scheitern des Gipfeltreffens nicht ganz unzufrieden" geschildert: „Ganz so unzufrieden mit der Katastrophe von Paris ist man in Bonner Kreisen keineswegs. Jeden-

falls hält man es für eine selbstverständliche Folge des sowjetischen Auftretens in Paris, daß Amerika ... sich nunmehr wie ein Mann zusammenscharen werde. Das führte zu einer Verhärtung des amerikanischen Verhaltens gegenüber der Sowjetunion. Wenn man die Politiker nach den praktischen Folgerungen fragt, so antworten sie, man könne die Sowjets am härtesten mit einem umfassenden Embargo treffen, in das auch die Satellitenstaaten einbezogen werden könnten. Gegen diese Maßnahme sei freilich mit dem Protest jener Wirtschaftsgruppen in den verschiedensten Ländern zu rechnen, die sich auf den Handel mit dem Osten groß eingelassen hätten."

Diese Reaktionen der Bundesregierung verstärken noch den Eindruck, der sich längst aufdrängte: Bonn selbst hat nicht wenig dazu beigetragen, daß die Gipfelkonferenz nicht zustande kam, und Bonn ist nun ganz besonders daran interessiert, die Hintergründe des Scheiterns der Konferenz zu verschleiern, um unter Berufung auf die angebliche radikale Verhärtung des sowjetischen Standpunktes seine eigene Politik der Stärke abermals zu verschärfen! Die Bundesregierung trifft sich in diesem Interesse mit den Absichten jener Kreise in den USA, die schon Wochen vor Paris ihre Hand im Spiele hatten, um konkrete Vereinbarungen zwischen Eisenhower und Chrustschow zu verhindern. In der Stuttgarter Zeitung vom 14. Juni berichtet die amerikanische Korrespondentin Marlene Manthey unter der Überschrift „Sechs Wochen nach Swerdlowsk": „In gewissen Kreisen (der USA) hat die Behandlung des Zwischenfalls durch Washington (gemeint ist die U-2-Affäre) den Verdacht zumindest nicht zum Schweigen gebracht, daß die Affäre, wenn auch nicht vom Westen eingefädelt, so doch von ihm benutzt wurde, um den Zirkus der Gipfel-Strategien ad absurdum zu führen und zu zeigen, wie scharf in der Tat nach wie vor die realen Interessen und Ziele Amerikas und Rußlands aufeinanderprallen." Die Verfasserin weist gleichzeitig auf den besonders starken Einfluß des Stellvertreters des Außenministers Dillon auf die amerikanische Außenpolitik dieser Monate hin.

In den Vereinigten Staaten geben sich die Verantwortlichen heute Rechenschaft darüber, daß Chrustschows schockierendes Auftreten in Paris in erster Linie durch die amerikanische Politik unmittelbar vor der Konferenz bedingt war und daß der Abbruch der Verhandlungen, wie immer man ihn bedauern mag, nicht bedeutet, Chrustschow habe sein Entspannungskonzept, das heißt seine Koexistenz-Politik grundsätzlich geändert. Daraus aber resultiert die Einsicht in die Notwendigkeit einer nunmehr wirklich konsequenten westlichen Abrüstungs-, Entspannungs- und Koexistenz-Politik. Eine solche Konzeption bedeutet nicht eine Schwächung, sondern politisch und moralisch eine Stärkung der Position des Westens, die gerade jetzt in diesen Wochen überall in der Welt schwere politische und psychologische Einbußen erlitten hat.

Es ist in den westlichen Ländern in diesen Wochen aber nicht nur von der Mitverantwortung der USA, sondern auch von der nicht geringen Mitschuld Bonns am Scheitern der Gipfelkonferenz die Rede gewesen. Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Norwegischen Parlamentes, Finn Moe, erklärte in der außenpolitischen Debatte Anfang Juni (nach einer AP-Meldung vom 3. Juni), das Gipfelfiasko sei nicht erst durch den Luftzwischenfall über Swerdlowsk verursacht worden. Eine Verschärfung der internationalen Lage habe sich bereits in der Rede Chrustschows vom 25. April in Baku angekündigt.

Chrustschows Rede sei wiederum eine Auswirkung der vorangegangenen Ausführungen des amerikanischen Staatssekretärs Dillon gewesen und habe eine

Verschlechterung des Klimas im Zusammenhang mit der Berlinfrage widergespiegelt.

Die Versteifung des westlichen Standpunktes in der Berlinfrage datiere auf Mitte März zurück. Kurz vorher habe Bundeskanzler Adenauer Washington besucht. Moe folgerte hieraus, daß Bonn ebenso wie Washington und Moskau für den Zusammenbruch der Gipfelkonferenz mitverantwortlich sei. Der bekannte und angesehene amerikanische Bankier James Warburg schrieb in einem Leserbrief der New York Times vom 20. Mai, Präsident Eisenhowers aufrichtiger Friedenswille sei nicht zu bezweifeln, doch sei Eisenhower von seinen Beratern immer mehr auf die sterile Truman-Acheson-Dulles-Linie einer Ablehnung konkreter Koexistenz-Verhandlungen getrieben worden. Eisenhower habe es vor allem versäumt, zu einer gemeinsamen britisch-amerikanischen Abwehr der Obstruktionspolitik der Bonn-Paris-Achse zu kommen. Warburg sagt: Wäre es dem Kanzler Adenauer nicht erlaubt worden, jede konstruktive westliche Initiative zu blockieren, und wäre es Präsident de Gaulle nicht erlaubt worden, das Gipfeltreffen um mehrere Monate zu vertagen — die Geschichte würde wahrscheinlich eine sehr andere Wendung genommen haben. Warburg schreibt weiter, daß Chrustschow unter anderen Umständen auch den von ihm selbst für außerordentlich schwerwiegend gehaltenen U 2-Zwischenfall nicht derartig schwer genommen haben würde. Er ist der Meinung, die auch Walter Lippmann zum Ausdruck gebracht hat: durch ihre Politik vor Paris und durch das Verhalten in der U 2-Frage habe die amerikanische Regierung Chrustschow geradezu gezwungen, einen härteren Kurs einzuschlagen.

Es gehört in dieses Kapitel auch die Tatsache, daß die Bundesregierung zusammen mit der Regierung de Gaulle einige Monate vor Paris einen Plan torpediert hat, den im Auftrage von Eisenhower der Nato-Oberkommandierende General Norstad ausgearbeitet hatte. Dieser Plan sah eine Luft- und Boden-Inspektions-Zone in Europa vor, die u. a. die Bundesrepublik, die DDR, die Tschechoslowakei und Polen umfassen sollte. Später wurde der Entwurf sogar noch abgeändert zu Gunsten einer Erweiterung der vorgesehenen Zone auf das Gebiet vom Atlantik bis zum Dnjepr; dennoch weigerten sich Adenauer und de Gaulle diese Zone zu akzeptieren. Sie fürchteten, es könne auf der Gipfelkonferenz nicht allein über Berlin, sondern auch über solche Entspannungs- und Abrüstungspläne gesprochen werden. Der Bundeskanzler drängte darauf, daß der Plan unter den Tisch fiel, der denn auch auf der Istambuler Außenministerkonferenz Ende April nicht weiter diskutiert wurde. „Auf Festigkeit Amerikas wurde Wert gelegt, gegen seine gleichzeitige Wendigkeit wurden Minen gelegt" — schrieb dazu am 20. Mai treffend die in Bielefeld erscheinende „Freie Presse", eine der wenigen westdeutschen Zeitungen, die es, von der allgemeinen Nach-Paris-Hysterie nicht angesteckt, wagten, das Interesse und den Anteil Bonns an der neuen Verschärfung der internationalen Lage zu erwähnen und vor den verhängnisvollen Folgen einer weiteren Fortsetzung jener „Politik der Stärke" zu warnen, die zu dem Pariser Fiasko geführt hat.

Der Bundeskanzler hat in den letzten Wochen wiederholt erklärt, er habe Chrustschow ohnehin nie getraut und ein Scheitern der Gipfelkonferenz vorausgesehen, da diese Konferenz „nicht gründlich genug vorbereitet" worden sei. Die Fadenscheinigkeit dieser Argumentation ist offensichtlich. Denn Dr. Adenauer, der zunächst fürchtete, die Konferenz werde zu einer Konsolidierung der Koexistenz, das heißt zu ernsthaften Verhandlungen über die strittigen Probleme

führen, hat selbst alles getan, um eine „gründliche Vorbereitung", die Ausarbeitung konstruktiver westlicher Vorschläge zu verhindern! Und er hat mit dieser Taktik, schlimm genug, Erfolg gehabt. Der Kanzler wünschte nicht Fortschritte in der Abrüstungsfrage und Verhandlungen über Berlin, die das Prinzip der Koexistenz bestätigt hätten, sondern war um einen neuen Zeitgewinn bemüht — nicht etwa, um diese Zeit für die Ausarbeitung eines sinnvollen politischen Alternativ-Vorschlages, sondern um sie für eine weitere Verstärkung der westdeutschen Rüstung zu benützen. So nimmt es nicht wunder, was der amerikanische Journalist C. L. Sulzberger am 11. Juni über ein Gespräch mit Dr. Adenauer in Cadenabbia in der New York Times berichtete: der Kanzler rechne sich nüchtern die Vorteile der neuen Lage aus: „Nur ein westlicher Staatsmann betrachtet den Zusammenbruch der Gipfelkonferenz mit unverhohlenem Vergnügen: Konrad Adenauer, der sich gegenwärtig sorgenfrei am Comer See erholt."

Der westdeutsche Regierungschef versucht nunmehr aus dem von ihm selbst mitverschuldeten, offensichtlich aber auch von ihm begrüßten Fehlschlag des Gipfeltreffens militärpolitisches und parteipolitisches Kapital zu schlagen, indem er Chrustschow die Alleinschuld für jenes Scheitern in die Schuhe schiebt und aus den Pariser Vorgängen die fatale Konsequenz gezogen wissen will, die Bundesrepublik müsse nun erst recht mißtrauisch sein gegenüber der Sowjetunion und gleichzeitig ihre Aufrüstung sowie ihre westlichen politischen Bindungen verstärken. Mit welcher Bedenkenlosigkeit die Regierung weiterhin an ihrer absoluten politischen Intransigenz und ihrer militärischen Aufrüstung festzuhalten gedenkt — eine „Politik", die eine härtere Haltung Moskaus geradezu provoziert! — läßt ihre Behandlung der fatalen U 2-Affäre erkennen. Dr. Adenauer befürwortete noch am 9. Mai — als sich in den USA alle Einsichtigen bereits über die Tragweite des Zwischenfalles von Swerdlowsk klar und in der Öffentlichkeit schon lebhafte Auseinandersetzungen über die politische Zweckmäßigkeit jener Spionage-Aktionen im Gange waren — öffentlich die U 2-Flüge über der Sowjetunion. Das Bundesverteidigungsministerium erklärte, es seien von Deutschland aus keine Aufklärungsflüge dieser Art unternommen worden, eine Feststellung, die bereits am 12. Mai von der Frankfurter Rundschau in einem Eigenbericht bestritten wurde. In der Regierungserklärung, in den Ausführungen des Bundeskanzlers und in den Verlautbarungen anderer Sprecher Bonns nach dem Scheitern der Konferenz wurde nicht mit einem einzigen Wort auf die Affäre von Swerdlowsk eingegangen — man tat einfach so, als existiere sie gar nicht! Um so peinlicher für die Bundesregierung, um so alarmierender für die Bevölkerung der Bundesrepublik war es dann, als sich Ende Mai der sowjetische Botschafter in Bonn offiziell erkundigte, ob auch von westdeutschen Flugplätzen U 2-Flugzeuge in Richtung Osten gestartet seien. Und nun ergab sich folgende überaus aufschlußreiche Situation: in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 3. Juni standen unter- und nebeneinander zwei Meldungen, die eine aus Washington, die andere aus Bonn, beide zum Thema „Bundesrepublik und U 2". Aus Bonn meldete der Korrespondent des Blattes: „Vor der Pressekonferenz hat am Donnerstag der stellvertretende Bundespressechef erklärt, die Bundesregierung besitze keine Informationen über Flüge mit U 2-Maschinen von der Bundesrepublik aus. Der Bundeskanzler hatte stets nur mitgeteilt, bei seinem Besuch in Amerika allgemeine Kenntnis von diesen Flügen der U 2 erhalten zu haben." Gleichzeitig hieß es aber in der Meldung aus Washington: „Amerikanische Regierungsbeamte haben am Mittwoch bestätigt, daß Fernaufklärer des Typs U 2 von der Bundes-

republik aus operiert haben, sagten jedoch, heute seien keine solchen Maschinen mehr auf deutschem Boden stationiert. Die Mitteilung von amtlicher amerikanischer Seite wird als Antwort auf die Frage des sowjetischen Botschafters S m i r n o w angesehen, ob der Frankfurter Flughafen zu Aufklärungsflügen der amerikanischen Luftstreitkräfte gegen die Sowjetunion benutzt werde." Ein Vergleich dieser beiden Erklärungen über eine die Souveränität und die Sicherheit der Bundesrepublik (und der Sowjetunion) betreffende politisch und militärisch schwerwiegende Angelegenheit läßt nur zwei gleichermaßen beunruhigende Schlüsse zu. Entweder weiß die Bundesregierung wirklich nichts von dem, was die Amerikaner in Westdeutschland und vom Boden Westdeutschlands aus tun — das würfe ein Licht auf die „Souveränität" Bonns! Dabei tut es nichts zur Sache, ob diese Flüge heute noch durchgeführt werden oder, wie es heißt, eingestellt worden sind; denn ihnen entsprechen andere, politisch nicht weniger gefährliche militärische Aktionen, bei denen ebenfalls die Bundesrepublik als amerikanischer Stützpunkt fungiert. Oder aber die Bundesregierung verschweigt, was sie weiß, täuscht die deutsche Öffentlichkeit bewußt über die militärpolitische Rolle, die die sehr exponierte Bundesrepublik im Kalten Krieg spielt. Man weiß dann aber auch, was man von „beruhigenden" Bonner Erklärungen zu halten hat ... Verteidigungsminister S t r a u ß meinte am 7. Juni bei seiner Ankunft in New York, anläßlich eines USA-Besuches, der vor allem der Vorbereitung einer neuen Phase der Aufrüstung dienen sollte: „Wir haben nicht die geringste Ursache, die amerikanische Regierung wegen der U 2 zu tadeln."

D e r K n i e f a l l d e r O p p o s i t i o n

Niemals in der Geschichte der Bundesrepublik war außenpolitisch eine Scheidung der Geister notwendiger als in diesen Wochen nach Paris. Die Regierung hat unmißverständlich zu erkennen gegeben, welche Konsequenzen s i e aus der Situation zu ziehen gedenkt. Um so mehr mußte man hoffen — obwohl man nach allen bisherigen Erfahrungen kaum noch Anlaß zu solcher Hoffnung hatte —, die SPD werde nun endlich die Initiative ergreifen, von der Bundesregierung unnachsichtig Rechenschaft über ihre Außenpolitik verlangen und mit allem Nachdruck auf die Entwicklung einer deutschen Abrüstungs- und Entspannungs-Konzeption, im Rahmen der Entspannungsbemühungen der Großmächte, drängen. Mehr denn je war Anlaß für die Sozialdemokraten, die Mitverantwortung Bonns für die fortschreitende Vertiefung der deutschen Spaltung, für die Erschwerung der Abrüstungsverhandlungen und schließlich für das folgenschwere Debakel von Paris herauszustellen. Denn diese Bonner Politik spricht allen Entspannungs-Beteuerungen der Bundesregierung Hohn und macht faktisch den Friedenswillen der Bundesrepublik, von dem immer wieder die Rede ist, unglaubwürdig — ganz abgesehen von der unmittelbaren politischen und militärischen Gefährdung Deutschlands durch die zum Selbstzweck gewordene Aufrüstung-um-jeden-Preis. So ist denn eine Mobilisierung all jener ebenso besonnenen wie entschlossenen Kräfte in der Bundesrepublik, die der Politik der Stärke konsequent und konstruktiv Widerstand zu leisten gewillt sind, gerade jetzt das Gebot der Stunde, wenn verhindert werden soll, was verhindert werden m u ß : daß die Mächte des Kalten Krieges auch weiterhin die politische Szene in Bonn beherrschen, Krisen provozieren, die sie dann wiederum als „Rechtfertigung" ihrer Politik benutzen, bis eines Tages aus den Krisen die Katastrophe wird! Allen früheren Enttäuschungen zum Trotz wollte man doch die Hoffnung nicht aufgeben, die SPD werde sich nun

endlich auf ihre nationalpolitische Verantwortung besinnen und als aktive, initiativreiche Führerin jener Kräfte der Vernunft alles tun, um der Sache der Entspannung — ohne die an eine Wiedervereinigung überhaupt nicht zu denken ist — zum Erfolg zu verhelfen.

Das Verhalten der Bonner SPD-Führung in den Wochen nach Paris hat nicht allein diese Hoffnungen nicht erfüllt, sondern alle nur denkbaren Befürchtungen auch derer noch weit übertroffen, die von vornherein skeptisch geblieben waren hinsichtlich der Entschiedenheit der Opposition. Die SPD hat es, dank der Taktik jener Parteiführer, nicht nur versäumt, von Bonn Rechenschaft über seinen Beitrag zur Entspannung und Abrüstung zu verlangen, sie hat es nicht nur unterlassen, einen solchen Beitrag gerade in diesem Augenblick mit allem nur denkbaren Nachdruck zu fordern, sie hat nicht nur darauf verzichtet, die Mitverantwortung der Bundesrepublik für das Pariser Fiasko der deutschen Öffentlichkeit bekannt zu machen — die Partei ist darüberhinaus in diesen Wochen von ihren Führern in eine unbeschreibliche innere Verwirrung gestürzt worden! Denn ausgerechnet nach Paris haben diese die vermeintliche Zauberformel „gemeinsame Außenpolitik" entdeckt! Die Konsequenzen, die die Herren Erler, Mommer und Wehner aus der Entwicklung der weltpolitischen Lage gezogen haben, entsprechen denen, die die Bundesregierung selbst zog! Und das, obwohl das Nichtzustandekommen der Pariser Konferenz nicht zuletzt auch ein Ergebnis der bisher von der SPD — wenn auch sehr platonisch — „bekämpften" Bonner Politik der Stärke und Intransigenz ist. Niemals waren die fatalen Konsequenzen dieser Politik für die Sicherheit wie für die Wiedervereinigung Deutschlands so klar zu erkennen wie heute — nichtsdestotrotz proklamiert seit Ende Mai die Bonner SPD-Führung eine außenpolitische Umkehr der Opposition, die der endgültigen Selbstentmannung dieser einst so stolzen deutschen Partei gleichkommen würde.

Schon die Ausführungen Ollenhauers im Bundestag am 24. Mai, im Anschluß an die Regierungserklärung, ließen ernste Zweifel aufkommen an der Fähigkeit oder der Bereitschaft der Bonner SPD-Führung zu einer selbständigen, von der Regierungspropaganda unabhängigen Beurteilung der außenpolitischen Lage. Sie schlossen sich im Grundsätzlichen völlig der Interpretation der Pariser Vorgänge an, die das Regierungslager verbreitete und die es mit der Behauptung verband, seine eigene Politik sei durch die Ereignisse bestätigt worden. Der Einspruch Ollenhauers gegen diese Behauptung blieb schwach. Auch er erklärte, Chrustschow sei der für das Scheitern der Gipfelkonferenz allein Schuldige. Aber es kam noch weit schlimmer. Am 30. Mai erklärte auf einer von ihm selbst einberufenen Pressekonferenz Herr Barsig, der Pressechef der Partei, diese wolle nunmehr gewisse außen- und wehrpolitische Konsequenzen aus der Entwicklung der letzten Wochen ziehen, denn: „Es ist eben nach Paris eine neue Lage eingetreten". Als Barsig diese Erklärung abgab, war auch in Bonn längst der Text jener Ostberliner Rede Chrustschows bekannt, die, sofern es einer solchen Demonstration überhaupt noch bedurfte, erkennen ließ, daß die Sowjetregierung ungeachtet der krisenhaften Entwicklung vor und in Paris im Prinzip an ihrer Koexistenz-Politik festzuhalten gedenkt. In derselben Rede hatte Chrustschow auch ein neues Moratorium in der Berlin-Frage angekündigt. Dennoch verkündete der Sprecher der SPD, die Opposition werde nun im Bundestag unter Umständen für den bisher von ihr abgelehnten Wehr-Etat stimmen, sie werde in Zukunft darauf verzichten, der Bundesregierung Vorhaltungen zu machen wegen ihrer negativen Antwort auf die Stalin-Note zur Wiedervereinigungsfrage von 1952, und sie

werde von nun an auch nicht mehr behaupten, der Bundeskanzler sei schuld am Nichtzustandekommen der Wiedervereinigung! Die Gipfelkonferenz sei, das war auch hier die Quintessenz, einzig an Chrustschow gescheitert.

Die SPD-Führung verband mit diesen so erstaunlichen wie beschämenden Beteuerungen, wie „brav" sie nun endlich werden wolle, die Aufforderung an die Regierungspartei, den „Parteienhader" zu begraben und eine „gemeinsame Außenpolitik" zu beginnen! Das Wort von der „gemeinsamen Außenpolitik" geistert seither durch die Bundesrepublik. Die SPD-Führer, die die Initiatoren dieses defacto-Kapitulations-Versuches vor der Politik der Stärke sind, werden nicht müde, landauf, landab die Segnungen einer solchen „Gemeinsamkeit" zu preisen. Nachdem sie die zeitweise von der Partei unterstützte Bewegung gegen die atomare Aufrüstung blockiert, ihren eigenen Deutschland-Plan desavouiert haben, schwenken sie nunmehr in allen entscheidenden außen- und wehrpolitischen Fragen endgültig auf die Adenauer-Strauß-Linie ein. Denn sie haben mit ihrem Ruf nach einer „gemeinsamen Außenpolitik" nicht etwa die Erklärung verbunden, eine solche müsse im Gegensatz zur Politik Adenauers eine wirklich konsequente Koexistenz- und Entspannungspolitik sein — und damit auch die einzige heute mögliche, d. h. eine mittelbare, vorbereitende Wiedervereinigungspolitik — sondern sie proklamieren einfach eine „Gemeinsamkeit" als solche, was unter den heutigen Umständen nur heißen kann: eine Gemeinsamkeit zugunsten der Aufrüstungspolitik Adenauers. Die Ausführungen der SPD-Führer lassen denn auch den Schluß zu, daß sie nunmehr jener Politik der Stärke „grundsätzlich" ihr Placet geben wollen, die sie bisher wenigstens „grundsätzlich" und verbal, wenn auch sehr schwächlich kritisiert haben. Und deren Folgen von Tag zu Tag mehr offenbar werden!

Es ist eine Pein, die politischen Selbstdemütigungen zu verfolgen, denen sich in diesen Wochen die SPD-Führung unterzieht und auf die sie die Partei zu verpflichten beabsichtigt. Die SPD als selbständiger politischer Faktor wird damit kastriert. Außenpolitisch wird die SPD eine Adenauer-Partei ohne Adenauer. Diese Kapitulation vor der außenpolitischen Konzeption des Kanzlers und das anhaltende Buhlen um die Gunst der CDU kann der Regierungschef als seinen größten innenpolitischen Triumph seit 1949 betrachten. Dies um so mehr, als diese Gunstbezeugungen in einem Augenblick kommen, in dem der Kanzler viel eher schärfste Kritik erwarten müßte. So kann er es sich denn auch erlauben, kluger Wahlstratege, der er ist, den bei ihm so stürmisch Anklopfenden zunächst die kalte Schulter zu zeigen, ihnen immer neue Zugeständnisse und Verzichte abzuverlangen. Die SPD-Führer, die glaubten, mit der Parole „Gemeinsame Außenpolitik" ihren schmählichen defacto-Verzicht auf eine eigene außenpolitische Linie nationalpolitisch „aufwerten", aus ihrer Kapitulation eine wahltaktische Tugend machen zu können, sie haben damit — schlechte, korrumpierte Politiker nicht nur, sondern auch miserable Taktiker — in Wirklichkeit dem Kanzler einen entscheidenden Wahltrumpf in die Hand gespielt. Dr. Adenauer ist denn auch sofort zum Angriff — man kann angesichts des Verhaltens der SPD-Führung nicht einmal sagen zum „Gegenangriff"! — übergegangen. Er fordert jetzt eine totale öffentliche Anerkennung seiner Außenpolitik, nachdem die SPD zu erkennen gegeben hat, daß sie zur Preisgabe ihrer eigenen Konzeption bereit ist. Kommt ihm die Opposition immer weiter entgegen, dann kann er im Wahlkampf auf die von ihr bestätigte vermeintliche Richtigkeit seiner außenpolitischen Linie pochen. Oder aber er wird sie nun beim Worte nehmen und in einer hemmungslosen denunziatorischen Polemik erst recht der „Inkonsequenz" und „nationalen

Unzuverlässigkeit" bezichtigen. Jedenfalls denkt der Parteiführer Adenauer nicht daran, die Kompromißbereitschaft der SPD durch eigene Zugeständnisse oder gar durch die Bereitschaft zu einer wirklichen Zusammenarbeit zu honorieren! Ganz im Gegenteil. Er wird jetzt die Chance sehen, dieser sich selbst entmannenden Opposition den politischen Todesstoß zu geben[1]). Dem Bundeskanzler kann es aus außen- wie aus wahlpolitischen Gesichtspunkten nur darauf ankommen, daß die SPD ihm nicht mehr wehe tut, das heißt faktisch die g l e i c h e Außenpolitik macht wie er, daß daraus aber nicht eine Teilung der Macht, nicht eine g e m e i n s a m e Außenpolitik wird. Und er ist (unendlich zielbewußter und geschickter als seine Pseudo-Gegner, die nichts anderes mehr wollen als um jeden Preis „an die Macht kommen"!) auf dem besten Wege, gerade dieses Ziel zu erreichen. Die Opposition ist dann gerade so viel Opposition, Pseudo-Opposition noch, um Angriffsflächen zu bieten, und sie ist doch gleichzeitig eine Stütze des Regimes...

Die Ausbootung der SPD aus der Regierung in Stuttgart und die unglaublichen Behauptungen des CDU-Ministerpräsidenten v o n H a s s e l auf dem CDU-Landesparteitag in Mölln demonstrieren, was man bei der CDU von „nationaler Gemeinsamkeit" hält! Die Partei Adenauers, Hassels, Strauß', S c h r ö d e r s, J a e g e r s, M a j o n i c a s und R a s n e r s verlangt die völlige Unterwerfung. Anderenfalls ist sie zu einem gnadenlosen innerpolitischen Kampf entschlossen, um ihre Machtstellung zu behaupten. Längst muß die SPD-Führung das wissen. Aber alle diese Erfahrungen innenpolitischer Art, die sie ebenso wie die außenpolitische Entwicklung an sich zu einer Verschärfung ihrer Opposition veranlassen müßten, hindern sie nicht, in einer würdelosen Weise nach „Gemeinsamkeit" auf ihre eigenen Kosten, und auf die der Entspannung und Wiedervereinigung, zu rufen. Die SPD-Führer „genieren" sich offensichtlich, noch länger „oppositionell" zu sein. Darum beteuern sie, die SPD sei ja gar nicht so widerborstig ... Im Pressedienst der Partei wurde am 9. Juni, so unglaublich es klingt, vorgerechnet, immerhin habe die SPD im Bundestag 1958/59 „vier Fünfteln aller Gesetze" zugestimmt... Herbert Wehner sagte in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau am 18. Juni, die SPD sei „immer eine loyale Opposition gewesen" (wozu man nur sagen kann: wahrhaftig! und eine wie schwächliche außerdem! sie möge ihr Haupt darob verhüllen, anstatt sich damit zu brüsten!). Der Berliner SPD-Bürgermeister Willi B r a n d t, einer der Repräsentanten dieses hemmungslosen

---

[1]) Die Züricher TAT schrieb am 24. Mai: „Adenauer wünscht keine Annäherung von CDU und SPD. Ihm kommt es mit dem Blick auf die Wahlurne nicht darauf an, die politischen Gegensätze in der Bundesrepublik abzuschleifen, sondern im Gegenteil darauf, diese — sachlich bereits überwundenen — Gegensätze künstlich noch einmal aufzuputschen, um 1961 seine Wahlerfolge von 1953 und 1957 ein letztes Mal dadurch wiederholen zu können, daß er die Sozialdemokraten der Neigung zur Kapitulation vor dem östlichen Gegner bezichtigt". Und dasselbe Blatt meldete am 16. Juni aus Bonn: „Die CDU glaubt die kommenden Wahlen nur mit der Russenangst und mit dem Appell an das Sicherheitsbedürfnis des deutschen Bürgers zu gewinnen."

Die Interpretation des Pariser Debakels war der Auftakt zu dieser Agitation! Aus innenpolitischen Gründen kann der Kanzler keine Entspannung brauchen. Daß die SPD faktisch sich seiner Außenpolitik angepaßt hat und heute diese Anpassung auch noch expressis verbis und wirklich „aufrichtig" vollzieht, weiß er natürlich sehr gut, und dieses Wissen erhöht sein Selbstbewußtsein. Es hindert ihn aber nicht etwa, seinerseits die Opposition abermals der „Kapitulation vor Moskau" zu beschuldigen.

politischen Opportunismus, distanzierte sich ausdrücklich von einer in Westberlin veranstalteten Anti-Atomwaffen-Ausstellung. Und Dr. Mommer schließlich erklärte schon am 31. Mai, er glaube, „daß Regierung und Opposition gar nicht so weit auseinanderliegen würden, wenn sie ernsthaft die derzeitige Lage erörterten. Wenn die SPD jetzt offensichtlich in der Bündnis- und Verteidigungspolitik recht bemerkenswerte Zugeständnisse machen möchte, sollte die CDU nicht jede Verhandlungsmöglichkeit zerschlagen" (FAZ, 2. Juni).

Nun gibt es freilich innerhalb der SPD noch genügend Kräfte, die dieser für die Partei selbstmörderischen, für die Nation lebensgefährlichen Kapitulations-Politik der Bonner Führungsspitze die Zustimmung versagen. Man mußte es begrüßen, daß ein so angesehener Mann wie der Bundestagsabgeordnete Prof. B a a d e , Kiel, in der WELT mutig wider den Stachel löckte und, abweichend von der offiziellen Parteilinie, „Nun erst recht Koexistenz" forderte. Es fehlt auch nicht an anderen eher ermutigenden Zeichen. Aber man täusche sich nicht. Jene SPD-Führer, die nunmehr auf jede ernsthafte außen- und wehrpolitische Auseinandersetzung mit der CDU verzichten, werden um so wütender den Kampf gegen ihre parteiinternen Gegner führen! Siehe die Desavouierung des wegen seiner unabhängigen Linie „unangenehmen" Sozialistischen Studentenbundes durch die Parteiführung. Die „Opposition in der Opposition" hat nur dann noch eine Chance, wenn sie geschlossen und zielbewußt sich zur Wehr setzt und alle eigenen Kräfte mobilisiert. Sie darf es nicht hinnehmen, daß ausgerechnet heute, da die Zusammenhänge immer deutlicher werden, die SPD den Bundeskanzler aus seiner historischen Verantwortung für den Kalten Krieg und für das Ausbleiben der Wiedervereinigung entläßt, wie es die Bonner SPD-Führer tun, indem sie „großmütig" auf einen „Streit" über „Vergangenes" verzichten — als ob nicht dieses „Vergangene" in der Gestalt Adenauers und seiner Gefolgsleute nur allzu gegenwärtig, als ob es nicht ein drohender Schatten auch über der Zukunft wäre! Und als ob dies „Vergangene" nicht „fortzeugend" Böses gebäre!

Die Mommer, Wehner, Brandt haben die SPD in eine fatale Situation hineinmanövriert. Anstatt daß die Opposition sich darauf vorbereitet, die neue außenpolitische Debatte am 30. Juni 1960 offensiv, so entschlossen und konsequent wie noch nie zu führen, schickt sich die CDU an, auf dieser Debatte die SPD zu überrollen, ihr einmal mehr das Heft aus der Hand zu nehmen. Es muß befürchtet werden, daß jene SPD-Führer die Debatte als eine defacto-Kapitulations-Debatte, unter dem fadenscheinigen Motto „Gemeinsamkeits"-Debatte, führen werden und daß diese Sitzung des Bundestages am 30. Juni nicht zu einer Demonstration des Entspannungswillens und der Koexistenzbereitschaft zumindest der Opposition, sondern zu einem Wettrennen in aufrüstungswilliger antikommunistischer Gesinnungstüchtigkeit wird, auf Kosten jeder ernsthaften Erörterung politischer Alternativen.

Die deutsche Sozialdemokratie wird in diesen Wochen nicht nur durch das Erwachen der oppositionellen Elemente in der britischen Labour-Party, sondern vor allem durch die machtvollen Massendemonstrationen der Friedenskräfte in Japan beschämt, die zeigen, was eine zielbewußte Sammlung der Kräfte im Kampf gegen den Kalten Krieg vermag! Diese Demonstrationen sind nicht zuletzt ein Verdienst der japanischen Sozialistischen Partei. Sie hat den Kampf nicht gescheut und ist dabei, ihn zu gewinnen, nachdem sie ihn jahrelang beharrlich vorbereitet hatte. Längst sind jene eilfertigen Stimmen verstummt, die behaupteten, diese Demonstranten seien doch nur eine „kleine kommunistische Minderheit".

Merkwürdig, daß eine Regierung einer solchen „kleinen Minderheit" weichen muß ... Nein, die Entwicklung in Japan beruht auf einer Koalition all der Kräfte, die eingesehen hatten, daß die Außenpolitik Kishis Japan nicht Sicherheit bieten, sondern in immer größere Unsicherheit stürzen würde. Diese Kräfte haben gewußt um den Schrecken des Atomkrieges — und die japanischen Sozialisten haben im Gegensatz zu den deutschen die Kampagne gegen die Atomwaffen tatkräftig unterstützt, ja geführt, anstatt sie zuerst halbherzig zu unterstützen und dann immer mehr zu blockieren. Die WELT berichtete am 20. Juni: „Die ganze Tragweite des U 2-Zwischenfalles über Rußland werde erst jetzt deutlich, sagen die Kritiker Eisenhowers. Flugzeuge dieses Typs seien auch von japanischen Stützpunkten abgeflogen. Die Opposition gegen Kishi habe dadurch ein Argument in die Hand bekommen, mit dem allgemeinere neutralistische und antimilitaristische Gefühle aufgestört werden konnten."

Zu der außenpolitischen Kapitulation der SPD scheint nun auch die innenpolitische, in Gestalt einer weitgehenden Zustimmung zu einem nur geringfügig modifizierten Notstandsgesetzentwurf der CDU zu kommen, in dem — sehr aufschlußreich — nicht mehr nur vom „Verteidigungs"- sondern auch vom „Spannungsfall" die Rede ist ... Wie verlautet, soll die SPD bereit sein, diesem Entwurf jetzt zuzustimmen, wiederum auf Betreiben jener Bonner Führungsgruppe. Die deutsche Öffentlichkeit aber möge sich Gedanken über die folgenden Sätze der WELT vom 21. Juni machen, die die Hintergedanken der CDU bei diesen Gesetzentwürfen beim Namen nennen: „Mitglieder des Fraktionsvorstandes der Christlichen Demokraten nahmen die Ereignisse in Japan zum Anlaß, Gedanken über die Möglichkeiten der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in Krisenzeiten auch in der Bundesrepublik zu erörtern. Das Thema erhält dadurch eine innenpolitische Aktualität, daß auf der Tagesordnung der Bundestagssitzung dieser Woche den Regierungsentwurf eines Notdienstgesetzes steht."

Es ist deutlich, was die Stunde geschlagen hat! Und der „Abschied von der Opposition", den außen- und innenpolitisch allen Verklausulierungen zum Trotz faktisch die SPD-Führung begonnen hat, er bedeutet, wenn dieser Kapitulation nicht Einhalt geboten wird, für die SPD den Abschied von Selbständigkeit, Ehre und Würde, für die Nation aber den Abschied von Sicherheit und Freiheit, durch die Selbstausschaltung jener politischen Kraft, die heute noch in der Lage wäre, ein Deutschland des Friedens und der Freiheit zu erkämpfen — wenn sie sich endlich ermannte! Wenn aber die SPD von der Opposition so schmählich Abschied nimmt, wie es heute geplant wird, dann möge die Nation endgültig Abschied nehmen von dieser einst stolzen und respektgebietenden Partei!

Klaus Ehrler

Wer verliert den kalten Krieg?

Es kann offenbar geschehen, was will — unverdrossen sieht sich Dr. Adenauer in der Lage, festzustellen, seine Außenpolitik habe sich bei der jeweils jüngsten Wendung der Weltpolitik wieder einmal bestätigt und als die einzig richtige erwiesen.

Wir mußten das oft genug registrieren und dürfen offenbar weiterhin nicht müde werden, dies noch einigemale zu tun. Der Kalte Krieg hat zu lange gedauert, als daß einmal Genf und einmal Camp David ihn hätten erledigen können.

Die internationale Reaktion der Kalten Krieger hat durch intensive und extensive Propaganda-Aktionen tatsächlich einen Zwischenerfolg gegen die Entspannungspolitik davongetragen. Diese Tatsache zeichnete sich schon Monate vor dem Scheitern des Pariser Gipfelausflugs ab. Die innerpolitischen Auseinandersetzungen um die Ergebnisse von Camp David in den USA und in Westdeutschland zeigten Eisenhower und seine engere Mannschaft in der Defensive, dagegen das Pentagon und ausgediente wie professionelle Scharfmacher in der Offensive. Diese Offensive fand die noch eingespielten Assoziationsmechanismen des Antikommunismus und Kalten Krieges in den Bewußtseinsbildern der Publikationskonsumenten aller Art vor und hatte damit leichteres Spiel als die ganz auf Vernunft und Zukunft angewiesene Argumentation der Vertreter des neuen Entspannungskurses.

Mit den unwahren Schreckbildern der sog. Weltrevolution konnte so der lebensnotwendige Ansatz der politischen Vernunft taktisch mattgesetzt werden. Das Nicht-Ergebnis von Paris war danach nur ein logischer Endpunkt. Die innere Umkehr von Camp David wurde von den verantwortlichen Führungsschichten der Westwelt nicht nach- und mitvollzogen, und Eisenhower ist leider nicht der geniale Charakter, sich gerade im Interesse seines Landes und seines Weltdrittels darüber hinwegzusetzen. Die Bevölkerung der Westwelt hatte keine verfassungsmäßig vorgesehene Möglichkeit, den Kurs von Camp David zu ratifizieren oder zu verwerfen. Ihre politische Souveränität liegt in den Händen jener gegen den Eisenhower von Camp David meuternden Führungsschicht, die die Zeichen der Zeit nicht zu erkennen bereit ist.

Eisenhower traf in Paris bereits als ein von seiner Militärfronde geschlagener Mann ein. Die Vergangenheit hatte noch einmal gesiegt. Die vielberufene Einheit des Westens funktionierte noch nicht in Richtung Entspannung. Nur in Phasen künstlicher Schreckverschärfung konnte sie jeweils gemeldet werden. Hat sich damit das in einem gewandelten weltpolitischen Umfeld befindliche Westdrittel der Welt nicht einer gefährlichen Isolierung und Rückentwicklung genähert? Der nutzlos energievergeudende Kalte-Kriegszustand im Innern der Länder des Westens kann bei der gesteigerten Entwicklungskonkurrenz der planetarischen Sozialsysteme leicht zu unaufholbaren Rückschlägen führen. Denn auf die Dauer können sich in einem innenpolitischen Belagerungszustand kaum noch schöpferische Kräfte regen. Der Osten müsse dann im Kalten Krieg nachziehen und ebenso eine weniger sozialproduktive Phase einschieben? — hört man's am Stammtisch plaudern.

Der „Osten", wie man das sozialistisch strukturierte Ostdrittel der Welt pauschal und undifferenziert nennt, war seit jeher, das heißt seit seiner Emanzipation und Auskristallisation, noch stets in erster Linie von seinen inneren Bedürfnissen und Notwendigkeiten geleitet. Im Westen hat man eben dies durch stän-

dige Klagen darüber bestätigt, daß man selber permanent dem Osten gegenüber zur Politik des zweiten (statt des ersten) Schachzuges verurteilt sei. Was aber ist das erklärte Ziel der Länder des Ostdrittels? Fast jedes hat sich ein westliches Standardland ausgesucht, das es binnen bestimmter Fristen ökonomisch ein- und überholen will. Es gibt keinen Grund, an der Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung zu zweifeln.

Wird also nach dem inner-westlichen Zwischensieg der Kalten Krieger, der Paris letztlich zum Scheitern brachte, die als ökonomische Hauptaufgabe des Ostblocks erklärte politische Grundlinie der SU und ihrer Freundstaaten von C h r u s t s c h o w revidiert werden bzw. revidiert werden m ü s s e n?

Diese Grundfrage aller zukünftigen Weltpolitik ist zu verneinen. Die nachpariser Äußerungen des SU-Regierungschefs haben daran keinen Zweifel gelassen. Und je schneller der Westblock vor den neuen Realitäten in die innere und äußere Verschärfung seiner politischen Verhältnisse durch erhöhte Rüstungen und Polizeistaatlichkeit ausweicht, um so eher lassen die sinkenden Pegelstände des westlichen Lebensstandards die ökonomische Zielsetzung des Ostblocks Wirklichkeit werden.

Droht aber im Falle zu einseitiger westlicher Aufrechterhaltung des alten Spannungszustandes nicht eine Überrumpelungsgefahr für den Osten?

Hier ist es endlich Zeit, auf die steigende Bedeutung des Süddrittels unserer Welt hinzuweisen. Je weniger der internationale Neutralismus zwischen den nördlichen Weltblöcken (Westblock und Ostblock) für die Entspannung und Friedensstiftung auszurichten vermochte, um so mehr bereitete er seine künftige Weltstellung a u ß e r h a l b ihrer in den bislang politisch nur allzu gewichtsschwachen S ü d regionen des Globus vor.

Weder die österreichische noch die jugoslawische Neutralitätspolitik konnten in Europa Schule machen, und Nehru galt meist als ein für die atlantische Welt inkompetenter Außenseiter. Immerhin mußte die Beendigung des Kolonialkrieges in Indochina und die ihr nachfolgende Beschränkung des dortigen Kalten Krieges auf Südvietnam sowie die erfolgreiche Neutralitätspolitik der Königreiche Laos und Kambodscha seit 1954 auch in Europa als bemerkenswert gelten.

Die damit in Gang gekommene und seit Bandung 1955 unaufhaltsame Emanzipationswelle der afro-asiatischen Länder stellte die klassische Zweiblock-Auffassung der Weltpolitik endgültig in den Schatten der Unwirklichkeit. Die arabischen Länder Nordafrikas mit Ausnahme des noch immer furchtbar blutenden Algerien eröffneten ebenfalls um die Mitte der fünfziger Jahre den Reigen der arabischen und afrikanischen Unabhängigkeitserfolge. Das laufende Jahr 1960 wird in dieser Hinsicht geradezu als das magische Jahr Afrikas bezeichnet. Die kubanische Revolution läßt die Frage als sinnvoll erscheinen, inwiefern in Zukunft auch Latein a m e r i k a (Mittel- und Südamerika) der politischen Südwelt zugerechnet werden darf. Die Ereignisse in Südkorea, der Türkei und in Japan lassen erkennen, daß auch in den „braven" westlichen Mitläuferländern des Kalten Krieges neue Kräfte wirksam werden. Diese Bewegung auf weltrevolutionär-ferngesteuertes Untergrund-Konto „Moskau" zu setzen, grenzt an einen negativen Persönlichkeitskult bezüglich der Kräfte Chrustschows. Aber was bleibt der offiziellen Sprachregelung des Westens anderes übrig? Wo die Vernunft der Kalten Krieger am Ende ist, sitzt das Phantom des Kreml-Untergrundes. Inzwischen führt die Vernunft die Länder des Ostens und Südens enger zusammen. Der Westen droht sich in Wahnideen abzukapseln und einzubalsamieren.

Chrustschows Projekt totaler genereller Abrüstung ist deshalb ein Ultimatum des guten Willens an den Westen. Wenn der Westen nicht mitzieht, wird es ihm gehen wie jenem Fuhrmann in der Fabel Johann Peter Hebels, der dem anderen

die Passage über die Brücke nicht zuerst freigeben wollte. Er muß sich dann von dem anderen, also in unserem Falle von Chrustschow, klarmachen lassen, daß eben dieser selbst den guten Anfang allein machen wird. Die politisch freigewordene Südflanke des Ostblocks erleichtert eine solche Haltung. Nur militärisch ist sie durch das einkreisende US-Stützpunktsystem noch beschattet.

Was bedeutet das für Europa, das namentlich in seinem westdeutschen Teil offiziell noch voll den Kalten Krieg fortsetzt? Hier wird Chrustschow im Falle der „erfolgreichen" Härte des Kanzlers den Kalten Krieg entwaffnende vollendete Tatsachen schaffen. Da der cordon sanitaire des neutralen Südblocks sich politisch günstig für die Politik der SU ausgewirkt hat, wird Chrustschow den neutralen Gürtel Europas quasi auf eigene Rechnung komplettieren. Er kann Ostdeutschland als a k t i v e n Partner des Warschauer Paktes von seinen Pflichten entbinden und es als nur passives Regionalglied dieses Paktes in einen internationalen Neutralitätsstatus wie den der Schweiz bei voller Garantie der inneren Struktur versetzen. An einer derart geschlossenen mildklimatisierten neutralen Zwischenschicht mit völkerrechtlichen Garantien kann sich der Kalte Krieg nur abschmelzen. Es bleibt ihm dann nur der Rückzug in den Schmollwinkel restloser innerer Erstarrung. Dieser Rückzug schließt die „Richtigkeit" der Politik des Rückzuges nicht aus, denn a l s Kalter Krieger k a n n man sich heute nur noch zurückziehen. Jeder scheinbare Erfolg des Kalten Krieges ist nur ein Rückzug. Wir Deutschen haben auf diese Weise in zwei Weltkriegen militärisch „erfolgreich" gewirkt, bis zum Schluß sogar die Generale von „verlorenen Siegen" sprachen. Wenn wir doch endlich lernten, unsere beiden Niederlagen zu gewinnen, so wie einst die Schweizer ihre Niederlage von Marignano 1515 dadurch gewannen, daß sie fortan auf Großmachtsehrgeiz verzichteten. Desgleichen die Niederländer im 17. Jahrhundert ihre Unterlegenheit gegenüber England dadurch ausglichen, daß sie sich freiwillig mit dem zweiten Platz zur See begnügten. Auch Schweden leitete seine Wohlfahrtspolitik mit dem Verzicht auf Großmachtspolitik seit 1814 ein. Karls XII. Niederlage von Poltawa gegen Peter I. von Rußland war den Schweden eine fruchtbare Lehre geworden. Ihre Neutralität war während fünf Generationen ihr Glück.

Warum wiederholen unsere westdeutschen Politiker jetzt auf politischem Felde die Fehler unserer Militärs aus zwei Kriegen? Warum kämpfen sie siegreich von Wahl zu Wahl auf verlorenem Felde, nämlich dem des sinnlos weitergeführten Kalten Krieges? Erst die letzte Schlacht entscheidet jeweils über Sieg und Niederlage. Dr. Adenauer kann die letzte Schlacht nicht für den Kalten Krieg gewinnen. Seine „richtigen" Siege bleiben daher letztlich vergebens. Der Kalte Krieg wird unweigerlich von dem verloren, der ihn zuletzt führt. Wenn alle aktiv Beteiligten einigermaßen gleichzeitig damit aufhören, verteilt sich das Verlustkonto vielleicht noch kaum spürbar. Wenn Westdeutschland aber den Don Quichotte des Kalten Krieges spielt, wird seine Bevölkerung in langen Mühen die Hypotheken jahrelanger erfolgloser „Richtigkeiten" und „Erfolge" abtragen müssen. Nicht alle können wie Syng Man Rhee nach Hawai emigrieren, das Volk mußte noch stets alle versalzenen Suppen auslöffeln. Warum besinnen wir uns nicht in Anlehnung an die große Emanzipationsbewegung der Südblockländer auf unsere besten westlichen Emanzipationstraditionen, wie sie uns insbesondere im Beispiel des nordamerikanischen Unabhängigkeitskampfes vor noch nicht 200 Jahren gegeben sind? Die Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 enthält vergessener-, aber nach wie vor gültigerweise die drei Grundprinzipien v e r n ü n f t i g e r Politik in der richtigen Reihenfolge logischer Abhängigkeit: Leben, Freiheit und das Streben nach Glück. Die Formulierung dieser drei aufeinander aufbauenden Prinzipien als Menschenrechte mit grundgesetzlich-juristisch-verbind-

licher Wirksamkeit stellt wohl den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt der Wertung, aber doch eben prinzipiell j e d e n Menschen, auch die vielen Hundertmillionen Asiens und Afrikas. Kann auf die Dauer eine Minderheit, selbst eine Mehrheit der Menschheit (wenn es sie schon gäbe!), in Wohlstand und dem, was damit ihre Freiheit ausmacht, leben und immer weiter nach ihrem Glück streben, während noch ein großer, hier der größte Teil der Menschheit kaum das Leben selbst, die nackte Existenz gesichert sieht? Kann diese wohlhabende Minderheit der Menschheit gar auf die Dauer ihren exklusiven Standard und Freiheitsstatus auf Kosten der Bedrohung a l l e r durch Massenvernichtungsmittel wie Atomwaffen aufrechterzwingen wollen?

Gälte es nicht hier, ein Selbstbestimmungsrecht der Menschheit in E x i s t e n z erhaltungs- und -sicherungsfragen zu postulieren? Sollte nicht geradezu ein existenzkonservatives Veto gegen alle existenzbedrohenden Freiheitsforderungen völkerrechtlich verankert werden? Bevor nicht das jeweils grundlegendere Recht für alle gesichert und verwirklicht ist, darf im Namen des folgenden, darauf aufbauenden kein individueller oder sonderkollektiver Sonderstatus verlangt werden. Leben (Existenz) — Freiheit — Streben nach Glück. In d i e s e r Rang- und Reihenfolge. Das heißt nicht, jetzt die schon Freieren und Glücklicheren enterben, aber: Freiere und Glücklichere dürfen ihren Status nicht auf Kosten der Freiheit und des Glücks oder g a r der E x i s t e n z anderer aufrecht erhalten! Es darf nur Freiheit geben, sofern dadurch nicht Existenz noch so geringen Ausmaßes bedroht wird. Es darf nur Glück geben, sofern dadurch nicht Freiheit und vor allem Existenz bedroht werden. Solange Glücks- und Freiheitsansprüche mit existenzbedrohenden Mitteln erhoben werden, entbehren sie jeder moralischen Grundlage und Rechtfertigung.

Alles Existierende ist anzuerkennen als Existierendes. Existierendes als nichtexistierend zu behandeln auf Grund exklusiver Freiheits- und Glücksansprüche, widerspricht der menschheitlichen Grundmoral.

Wir können sehen, daß sich diese Konsequenzen auch zwanglos aus den ideengeschichtlichen Voraussetzungen unserer westlichen Welt ergeben. Warum aber richten sich unsere praktischen Politiker nicht danach? Seit Godesberg droht auch die Führung der SPD in die Schmollwinkel des Kalten Krieges abzugleiten, anstatt die existenzpolitischen Konsequenzen aus der Weltlage zu ziehen, d. h. das existenzielle Selbstbestimmungsrecht des Volkes in der Atomwaffenfrage zu fordern und durchzusetzen.

Daß alle Menschen und Völker existieren, frei und glücklich sein wollen, sollte unseren regierenden Parteien, die ja selbst nur einen Bruchteil der Bevölkerung ausmachen, darum mehr das stellvertretende statt des selbstgewissen Denkens annehmen sollten, doch Grund zu einer allein aufbaufähigen Entspannungspolitik sein. Es ist angesichts der verschärften Rüstungs- und Innenpolitik bei uns ein irreführender Unsinn, die dadurch drohende Gefahr als die des kollektiven atomaren S e l b s t mordes zu bezeichnen. Es handelt sich nicht um die Gefahr eines Selbstmordes, sondern ganz schlicht und unverblümt um die des glatten M o r d e s an anderen, die dazu selbst direkt NICHTS beigetragen haben. An den Hebeln sitzen nur sehr wenige. Und diese reden womöglich von Selbstbestimmung! Darum muß heute gefragt werden, ob nicht schon das Nichtstun gegenüber dieser Kollektiv-Fremdmordgefahr eine eventuelle indirekte Mitschuld bedeuten kann. Wir sind alle im Namen der Vernunft und der Menschheitsexistenz aufgerufen, das Veto der Milliardenmehrheit der Menschheit gegen die Mordfreiheit einiger weniger geltend zu machen.

Solange die die politische Souveränität wahrnehmenden Parteien eine exklusive Herrschaft üben, dazu von Wahl zu Wahl das Wahlgesetz, das fester Teil

der Verfassung sein sollte, immer monopolistischer manipulieren, muß das Volk mißtrauisch bleiben. Demokratie ist nicht Parteienherrschaft — der Idee nach. Gerade heute, wo der Kalte Krieg und sein eventuell bitteres Ende eine besonders verantwortungsvolle Politik zur Gewinnung eines sicheren Friedens fordern, ist das Funktionieren wahrer Demokratie existenznotwendig, d. h. kein Verfassungsluxus, sondern Lebensvoraussetzung.

Ein politischer Gewinn heute ist nur dann ein G e w i n n, wenn er nicht auf Kosten anderer „Besiegter" errungen wurde. Es gibt nur noch siegende, d. h. existierende und immer freier und glücklicher werdende Völker oder aber im Kalten Krieg erstarrende, sich selbst von wenigen verführen lassende Völker. Der Kampf wird nicht z w i s c h e n ihnen, sondern i n ihnen um Existenz und Demokratie ausgetragen. Wer keinen Krieg, auch keinen Kalten Krieg führt, kann ihn nicht verlieren.

Hoffen wir auf den Sieg der fortschrittlichen, zuallererst existenzkonservativen Vernunft auch in unserem Staat. Und — arbeiten wir für diesen Sieg, der — einmal errungen — nur ein Sieg aller für alle sein kann.

H a r o l d D a v i e s, M. P.

Nato und nukleare Illusionen

Wieder einmal ist die Menschheit in ein wahnsinniges Wettrüsten verwickelt, und diesmal ist es keine Plattheit, zu sagen, daß das Schicksal der Menschheit auf dem Spiele steht. Die furchtbare Lüge von der zivilen Verteidigung wird zwar noch aufrecht erhalten, aber dennoch wissen wir alle, daß es im Zeitalter der Atomwaffen so etwas wie Verteidigung nicht mehr gibt. Die Verschwörung des Schweigens über die Verbreitung schädlicher Atomabfälle in der ganzen Welt hält an. Wir haben eine Stufe in der menschlichen Geschichte erreicht, in der unsere Milch und andere Nahrungsmittel auf Strontium 90 und andere radioaktive Stoffe überwacht werden müssen. Wir weigern uns, der Tatsache ins Gesicht zu sehen, daß die Todesfälle infolge Leukämie in der Welt ansteigen. In England zum Beispiel betrugen die Todesfälle an Leukämie im Jahre 1938 54; im Jahre 1958 waren sie auf 2379 angestiegen. Kann all das zu einer besseren Erkenntnis der Lage beitragen, oder führt es zu einem „stillen Tod aus dem Himmel", eben als Ergebnis der Verrücktheit der Menschen mit ihren nuklearen Versuchen?

Die Nordatlantikpakt-Organisation erwuchs aus dem kalten Krieg. Man erwartete von ihr, daß sie die westliche Welt zu ihrer Sicherung und Verteidigung zusammenschweißen würde. Sie wurde für 20 Jahre errichtet, und wir sind jetzt in der zweiten Dekade ihres Bestehens. Welche wirkliche Sicherheit bietet die Nordatlantikpakt-Organisation den Menschen des Westens? Wie auch immer man versucht, die Tatsachen in der Propaganda des kalten Krieges zu verschleiern, in Wahrheit handelt es sich bei der Nato nicht um einen wirklichen Pakt im Rahmen der UNO. Tatsächlich kritisierte Trygve L e e ihre Bildung im Hinblick auf die ihr zugrunde liegenden Absichten. Bietet sie uns irgendeinen wirklichen Friedensplan an? Einigen von uns scheint sie einen geringeren Beitrag

zu einem konstruktiven Frieden zu bieten als der New Yorker Karikaturist Jules Feiffer, der sagte, wenn wir so täten, als sei der Krieg vorbei, ohne in den Krieg ziehen zu müssen, dann würden wir überleben. Ironisch weitergeführt war sein Gedanke, daß der Westen seine Truppen zur Besetzung Rußlands, Rußland seine Truppen um uns zu besetzen losschicken sollte. Das würde, so glaubte er, eine wohltätige „Nachkriegsreaktion" auslösen, ohne Krieg — absurd, nicht wahr? Aber nicht absurder als die Politik und die Zielsetzungen, die jetzt anscheinend von der Nato mit ihren nuklearen Illusionen verfolgt werden.

Atomwaffen befreien nichts

Solange der Westen fälschlicherweise glaubte, daß er eine atomare Überlegenheit gegenüber der Sowjet-Union besäße, hörten wir oft überhebliche und großsprecherische Vernichtungsdrohungen gegen China und die Sowjet-Union. Colliers Magazin brachte sogar eine besondere Nummer heraus, die den zukünftigen Triumph Amerikas und des Westens über ein atomisiertes Rußland zeigte. Von ein paar verrückten Parlamentsmitgliedern ist auch bekannt, daß sie einen atomaren Präventivkrieg gegen die Sowjet-Union befürworten. Sie waren zu dem Glauben bekehrt worden, daß ein kurzer, heftiger Atomkrieg zum Siege führen würde. Sie nannten sich selbst Realisten. Aber welchen Beitrag haben die militärischen Realisten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur moralischen Besserung und zum Glück der Menschen geleistet? Zu oft wurde das Problem aus dem engen Gesichtspunkt gerade des eigenen Landes gesehen und wurden dabei die Reaktionen der Völker Chinas, Afrikas und des restlichen Asiens übergangen. Gott sei Dank verschwinden langsam die atomaren Rasereien aus der Periode Foster Dulles' Politik am Rande des Krieges, und die harten Realitäten dessen, was atomare Politik bedeutet, machen mehr und mehr Eindruck auf der Welt.

Der Präsident der Vereinigten Staaten drückte dieses Dilemma auf seiner Pressekonferenz am 11. März 1959 aus. Auf die Frage, ob es die USA zu einem Atomkrieg kommen lassen würden, um das freie Berlin zu verteidigen, erwiderte der Präsident: „Ich weiß nicht, wie man etwas mit nuklearen Waffen befreien könnte". Auf weitere Fragen fügte er hinzu: „Ich habe nicht gesagt, daß ein Atomkrieg eine vollkommene Unmöglichkeit ist." Aber er ergänzte seine Erklärungen: „Ein Atomkrieg als eine übliche Angelegenheit scheint mir ein Ereignis zu sein, das uns alle selbst vernichtet."

Als Oberbefehlshaber der Nato in den Jahren 1951—1952 verlangte Eisenhower dringend eine Erhöhung der Zahl der westlichen Divisionen auf 96. Tatsächlich sind es heute 21. Als der Kongreß vor kurzem eine größere Landarmee verlangte, sagte Eisenhower: „Was wollen Sie mit mehr Landtruppen in Europa? ... Wir gehen sicherlich nicht einem Landkrieg in Europa entgegen."

Der amerikanische Präsident unterstützt hier also alle diejenigen unter uns, die die Nato für provokativ und kostspielig gehalten haben. Außerdem stellt er die Sinnlosigkeit eines Krieges zwischen Ost und West klar und betont die Tatsache, daß der amerikanische Kongreß immer noch in Begriffen denkt wie „Europa wird die Menschen, die USA werden die Waffen liefern".

Politische Schlagworte

Auf was für phantastische und irrsinnige Dinge wir uns einlassen, wird durch den Vorschlag von Professor Frederick Edmondson von der Cornell Universität illustriert, der eine Stadt für 9000 auserwählte Menschen geplant haben soll, die selbst wie auch ihre Nachkommen vielleicht bis in die fünfte Generation unterirdisch leben. Es ist in dem Plan alles aufgezeichnet: Kirchen (man beachte: Kirchen), Läden und Fabriken. Das alles soll unter dem Kalkstein und Granit von

Schoraie County/New York gebaut werden. Diese auserwählten Menschen sollen die Überlebenden eines Atomkrieges sein. Sie sollen so leben, mit oder ohne Krieg. Das ist, so sagt der Professor, die Prämie für die „Menschheits-Versicherung". Er gibt zu, daß es Generationen dauern könnte, ehe die Menschen der überlebenden Stadt heraufkommen. Er glaubt, daß auf diese Weise die Arche, mit Hilfe der Wissenschaft, „up to date" gebracht wird ... gerade wie bei Noah. Für diese Generationen sollen Lebensmittel eingelagert werden... Wasser, so meint er, wird man von tiefen Quellen bekommen. Allerdings scheint er bei seinen Überlegungen außer acht gelassen zu haben, daß radioaktives Wasser in die tiefsten Höhlen oder Quellen dringen wird... Wie verrückt können wir doch sein!

Kein Zweifel, daß der Professor sogenannte realistische Überlegungen anstellt. Aber die Lehre sollte für uns alle auf beiden Seiten des eisernen Vorhanges klar sein. Als Ergebnis des kalten Krieges ist ein „Alphabet" von Verträgen und Bündnissen gesponnen worden. Nichts davon ist das Papier wert, auf dem es geschrieben ist, als eine Sicherung für die Zukunft der Menschheit, da eine solche Konzeption eines Atomkrieges die Möglichkeiten vergrößert, die Menschheit durch einen Zufall zu vernichten.

Andere Wissenschaftler haben uns gewarnt. Professor Oliphant sagte: „Man kann sich im Augenblick keinen möglichen Weg vorstellen, auf dem irgendeine Regierung ihren Bürgern garantieren kann, in einem Kriege nicht vollkommen ausgelöscht zu werden. Das Unglück, das ohne Zweifel die ganze menschliche Rasse ereilen würde, kann auf keine andere Weise verhütet werden als durch Abschaffung der Atomwaffen. Das heißt aber den Krieg abschaffen."

Hat die Nato eine Zukunft?

Professor Hans Kohn, Inhaber eines Forschungsstipendiums der Nato, schrieb vor einiger Zeit in der Neuen Zürcher Zeitung, daß die Nato sich darin von den Vereinten Nationen unterscheide, daß sie sich auf ein genau bestimmtes strategisches Gebiet beschränkt, das Völker umfaßt, die an wesentlichen, ihnen allen gemeinsamen politischen Traditionen festhalten. Professor Kohn glaubt, daß die Nato nicht nur einen militärischen und politischen, sondern auch einen kulturellen und geistigen Zweck habe. Er glaubt, daß die wesentlichen strategischen Zielsetzungen der Nato in den vergangenen zehn Jahren erfüllt worden seien. Er glaubt, daß Westeuropa und die Bundesrepublik das Gefühl haben, vom militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus sicherer zu sein als zehn Jahre vorher. Wieviele unter uns halten das für wahr? Wieweit ist ein Volkswirtschaftler in der Lage, zu sagen, daß ein großer Teil des Wohlstandes in Westeuropa und den Vereinigten Staaten nicht auf den Fortschritten der westlichen Aufrüstung basiert? Ist es nicht so, daß im Westen noch immer das Wettrüsten die „Pumpe" darstellt, die unsere Wirtschaft in Gang hält? Um gerecht zu sein: Professor Kohn sieht das Dilemma insoweit, als es sich um die Zukunft der Nato handelt, denn er sagt: „In den kommenden zehn Jahren benötigt die Nato eine solide geistige Basis, und es ist weniger wichtig, die Anzahl der Nato-Mitglieder überhaupt zu erhöhen, als nur solche Nationen aufzunehmen, die demokratisch sind." Er fügt hinzu, daß es deshalb nicht in Frage käme, unter dem jetzigen Regime Spanien, oder auch Jugoslawien, in die Nato aufzunehmen. Er gibt zu, daß etwa die Aufnahme Spaniens in die Nato den Charakter eines Instrumentes zerstören würde, das dazu beitragen sollte, die Demokratie zu konsolidieren und weiter zu entwickeln.

Doch was sind die Tatsachen? Wir alle wissen, daß intensive Anstrengungen gemacht worden sind, um Spanien mit dem gegenwärtigen Regime in die Nato

aufzunehmen. So habe ich denn auf meinen Reisen in den Fernen Osten und nach Südostasien von Nichtkommunisten zynische Kritik an den Absichten der Nato gehört.

Demokratie und kalter Krieg

Als Mitglied der britischen Labour Party sehe ich eine betrübliche Lehre für die Sozialdemokratie in ganz Westeuropa ein. Es würde nur den Tatsachen entsprechen, zu sagen, daß, wo immer die Sozialdemokraten in Europa den kalten Krieg gefördert haben, sie Macht und Prestige in ihrem Land verloren haben. Das gilt für Großbritannien, Frankreich und Westdeutschland.

So sagte Demis Healey, Parlamentsmitglied und außenpolitischer Sprecher der britischen Labour Party im Unterhaus am 10. Februar 1960: „Die Regierung ihrer Majestät hat noch nicht begriffen, daß Abrüstung im weitesten Sinne, die Begrenzung und Kontrolle von Waffen und Streitkräften auf Grund internationaler Vereinbarungen, nicht, wie so oft geglaubt wird, eine Art utopischer Alternative zur militärischen Verteidigung und internationalen Diplomatie ist. Im Gegenteil, das ist heute der einzige Weg, um zu einer wirkungsvollen Verteidigung und Außenpolitik im Atomzeitalter zu gelangen."

In ihren außenpolitischen Erklärungen von Scarborough (1958) sprach sich die Labour Party für „einen neuen und dringenden Versuch in Fragen der Abrüstung aus". Wir sagten, „unser Ziel sollte nicht nur die Befreiung der Welt von atomaren und anderen Massenvernichtungswaffen sein, sondern auch die Verringerung aller bewaffneten Streitkräfte und Waffen auf einen Stand, der eine Aggression unmöglich machen würde".

Eine neue dringende Alternative in der Abrüstungsfrage ist einmal notwendig, weil jede Ausweitung der Raketenbasen durch die Nato in und um Europa herum die Gefahr eines Atomkrieges vergrößern wird, weil sie die schon bestehenden Gegensätze innerhalb der Nato ausweiten und neue Probleme aufwerfen würde. Außerdem wird sie die gegenwärtige internationale Atmosphäre verschlechtern, und, wie Professor P. H. S. Blackett, F.R.S., in seiner Stellungnahme am Ende des Buches „Nato in the 1960's" von Alastair Buchan sagte: „Mit einer großen Anzahl von Raketenbasen in den 15 Nato-Ländern und bei gemischten nationalen Gruppen in der lokalen Führung wird die Gefahr von zufällig ausgelösten atomaren Zwischenfällen viel größer sein als bisher. Ich glaube, daß in einer Zeit der Krise die Regierung eines jeden Landes mit aller Gewalt auf die Kontrolle über jede Raketenbasis auf ihrem Territorium dringen wird, um ihren eigenen Finger an allen Sicherungssperren zu haben. Welche Bindungskraft die Nato vorher immer gehabt haben mag, in einer Zeit der Krise würde sie aufgelöst."

Einige von uns im britischen Parlament wissen auch, daß die Arbeitsweise der Demokratie durch die Maschinerie der Nato eingeschränkt wird, weil diese auf der Europa beherrschenden Außenpolitik der Vereinigten Staaten basiert. In den Mitteilungen der Nordatlantikpakt-Organisation vom Dezember 1959 sagte M. Paul Henri Spaak: „Seit zwei Jahren sind alle Noten, die zwischen den Großmächten der Allianz und der Sowjet-Union ausgetauscht wurden, vorher im ständigen Rat ernsthaft behandelt und diskutiert worden. Es kann daher gesagt werden, daß diese Noten Ausdruck einer gemeinsamen Politik waren und nicht bloß die Ideen des einen oder anderen Mitgliedslandes."

Bei der Organisation der Nato-Streitkräfte hat das Parlament wenig oder keine Kontrolle über sie. Die meisten europäischen Luftstreitkräfte stehen unter dem Kommando der Nato. So wird zum Beispiel die Hälfte der amerikanischen Flugzeuge in Großbritannien vollständig von Nebraska aus befehligt.

Es sollte auch beachtet werden, daß dem deutschen Volk die Wiederaufrüstung aufgezwungen wurde, um den Zwecken des kalten Krieges und der Nato zu dienen. Bittere Auseinandersetzungen fanden zu dieser Zeit innerhalb der Labour Party statt und die große Masse der Labour Party wurde mehr oder weniger niedergeknüppelt, um die deutsche Wiederaufrüstung zu akzeptieren. Heute ist die Lage so, daß die deutsche Atombewaffnung für folgerichtig angesehen wird. Das wird die Tendenzen der deutschen Industrie und deutscher Militaristen bestärken, eine chauvinistische Politik zu unterstützen.

Die Sechs und die Sieben

Es gibt keine echte Zweckgemeinschaft in Europa, da die 15 Länder der Nato grundsätzlich wissen, wie unsinnig es ist, an die Theorie einer „balance of terror" zu glauben.

Das sich kräftig entwickelnde Deutschland trieb Dr. Schachts Plan für eine wirtschaftliche Union zwischen Deutschland und den westeuropäischen Ländern voran. Deutschland sollte das industrielle Zentrum sein, das Maschinen und schwerindustrielle Ausrüstung gegen Nahrungsgüter und Konsumgüter tauscht. Zuerst kam der Schuman-Plan für die Stahl- und Kohlenindustrie der sechs Länder — Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande und Italien. Dann wurde für dieselben sechs Länder die europäische Atomenergie-Gemeinschaft (EURATOM) errichtet, der der Gemeinsame Markt folgte. Die britische Regierung stellte fest, daß ihr Alternativplan für eine Freihandelszone aller siebzehn westeuropäischen Länder in Trümmern lag. Daher setzte sie sich für eine kleine Freihandelszone ein, deren Ziel die Beseitigung aller Zölle und Mengenbeschränkungen bis zum 1. Januar 1970 im Handel mit Industrieerzeugnissen zwischen den äußeren sieben Ländern sein sollte. Dieser Plan wurde am 21. Juli 1959 in Stockholm angenommen. Das ist die „Geschichte der Sechs und der Sieben" im Zuge der Vereinigung Europas. Die äußeren Sieben umfassen folgende Länder: Das Vereinigte Königreich, Schweden, Norwegen, Dänemark, Österreich, die Schweiz und Portugal.

Als Dr. Adenauer Washington besuchte, unterstützte Eisenhower öffentlich den Hallstein-Plan zur beschleunigten Ingangsetzung des Gemeinsamen Marktes mit einem gemeinsamen Außenzoll gegenüber den Nichtmitgliedern. Macmillan wies, als er den Präsidenten Ende März 1960 besuchte, darauf hin, daß eine solche Exklusivität die wirtschaftlichen Differenzen in Europa vergrößern und den britischen Handel beeinträchtigen würde. Aber Amerika unterstützt die Sechs und den Hallstein-Plan. Die Vereinigten Staaten scheinen zu glauben, dies sei der Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa. So führen kalter Krieg und Nato zum Handelskrieg. Aber Onkel Sams Geld ist offensichtlich auf seiten Westdeutschlands.

Es besteht die Gefahr, daß die alte englisch-deutsche wirtschaftliche Rivalität wiederaufleben wird. Die 160 Millionen Menschen der sechs Länder unter der Vorherrschaft Westdeutschlands befinden sich auf dem Wege zu einer großen und rücksichtslosen wirtschaftlichen Vereinigung. Dieser Gemeinsame Markt ist eine Herausforderung Deutschlands an Britannien. Ein dreiviertel Jahrhundert lang war Deutschland Britanniens hauptsächlicher industrieller Konkurrent. Bis zum Jahre 1913 hatte Deutschland 22 % des Weltmarktes für Industriegüterexporte gewonnen, während Britanniens Anteil von 38 % auf 27 % zurückgegangen war. Im Jahre 1939 betrug Deutschlands Anteil 20 % und hatte damit Britanniens Anteil übertroffen. Nach 1945 eroberte Britannien ein Viertel des Weltmarktes zurück, während Westdeutschlands Anteil auf 4 % reduziert worden war. Aber im Jahre 1957 überstieg Westdeutschlands Anteil denjenigen von Bri-

tannien, der auf 18 % gefallen war (U. K. Treasury Bulletin for Industry, Mai 1958).

Die Unruhe wächst

In Japan, Zypern und der Türkei sehen wir eine wachsende Spannung ungeachtet der Tatsache, daß am 25. Mai Eisenhower und am 28. Mai Chrustschow sich trotz des Zusammenbruches der Gipfelkonferenz dafür einsetzten, die Anstrengungen für eine gegenseitige Verständigung fortzusetzen.

In dieser kleinen und terrorisierten Welt kann es dazu nicht kommen, solange wir uns nicht der Organisation der Vereinten Nationen bedienen. Wir müssen unser Interesse auf die Flaute bei den Genfer Gesprächen richten, bis die Vereinigten Staaten, die Sowjet-Union und Großbritannien die Verhandlungen über die Einstellung der Atomversuche fortsetzen.

Auch wenn der Westen diese Tatsache zu verheimlichen versucht, der Flug des U-2-Flugzeuges tief in sowjetisches Gebiet hinein hat die internationalen Souveränitätsrechte verletzt, wie sie in der Pariser Konvention von 1919, der Konvention von Havanna 1928, der Konvention von Chicago 1944 und in verschiedenen Artikeln der Charta der UNO niedergelegt worden sind. Die Herter-Doktrin mit dem Recht der Luftspionage macht fremdes und internationales Recht nahezu zur offiziellen amerikanischen Politik, und das ist die Gefahr der NATO-Länder, die Basen zur Luftspionage beherbergen: Ein einziger Fehler, ein Mißverständnis oder ein falscher Druck auf den Knopf, und die Welt kann in ein unwiderrufliches Unglück gestürzt werden.

Es ist lächerlich, die U-2-Flüge mit der althergebrachten „Mantel-und-Dolch-Spionage" zu vergleichen. Wie das Wall Street Journal am 13. Mai ausführte, „können solche „Mantel- und Dolch-Arbeiter" schwerlich Vergeltungsraketen starten. Ein Flugzeug, auch wenn es unbewaffnet ist, kann das aber".

Die Auseinandersetzung um den U-2-Flug hat die Gefahren und unverantwortlichen Aktionen des amerikanischen Geheimdienstes enthüllt. Sie sind einer der Gründe für die gegenwärtigen Unruhen in Japan, die sich leicht auf andere Länder mit amerikanischen Basen ausbreiten können. Es muß immer daran gedacht werden, daß die Mittel für den Zusammenbruch der Gipfelgespräche von Eisenhower geliefert wurden.

Die Welt kann sich nicht mit der „balance of terror" abfinden; ebensowenig mit der Torheit, so zu tun, wie etwa im Falle des SEATO-Paktes, als ob eine Nation von 600 Millionen Menschen wie China nicht existieren würde.

Menschen guten Willens müssen sich, was auch immer ihre politische Ansicht sein mag, darüber im klaren sein, daß, wollen wir den mühsamen Entwicklungsprozeß unserer Zivilisation fortsetzen, der Nationalstaat unter eigenem Recht ein Anachronismus ist in einem Zeitalter, da die Wunder der Wissenschaft die Menschen in die Lage versetzen, ihre Stimmen in Sekunden von Pol zu Pol und in den Weltraum zu tragen und ihren Körper in Stunden von einer Seite der Welt zur anderen oder auch in den Weltraum zu befördern.

Mühsam sucht die Menschheit ihren Weg zu größeren Gruppierungen. In diesen Gruppierungen müssen der Warschauer Pakt und die NATO einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem unter dem Schirm der Vereinten Nationen Platz machen.

Die neuen Atomwaffen beschleunigen den Verfall des Nationalismus. Unsere Berechnungen und unser Verteidigungskonzept sind zusammengebrochen. Das Unglück ist, daß die älteren Staatsmänner und die Generäle sich darüber nicht im klaren sind.

Die Jugend Asiens und Afrikas weiß das, wie sie in der Solidarität der Bandung-Mächte gezeigt hat. Aber die Welt hat nicht viel Zeit und Verträge wie NATO und SEATO tragen nicht dazu bei, die Menschheit zusammenzuführen.

Was den Westen anbelangt, so besteht hier das Paradoxe in der Politik der „balance of terror". Die großen Abschreckungsmittel sind durch verantwortliche Staatsmänner — Militärs und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens — entlarvt worden. Generalleutnant Sir John Cowley, dem die Aufsicht über die Munition untersteht, drückte das treffend aus: „Wenn wir die atomare Abschreckung nicht anwenden, laufen wir Gefahr, geschlagen zu werden; wenn wir sie aber anwenden, begehen wir zwangsläufig Selbstmord."

Sir John bringt nun zum Ausdruck, daß die klassische Wahl zwischen Tod und Unehrenhaftigkeit, vor die gewöhnlich der Berufssoldat gestellt war, jetzt der ganzen Welt gestellt ist. Wir haben es mit Massenmord zu tun, nicht mit der Ritterlichkeit früherer Kriege. Muß eine ganze Nation eher den Tod wählen als in der Zukunft fortzuleben? Wir haben kein Recht, eine ungeborene Zukunft zu töten. Ist das die Wahl? Die Wahl ist nicht: „Lieber Rot als tot." Die Wahl für die Menschheit ist, entweder einen neuen Anfang für die friedliche Koexistenz zu machen oder in Staub und radioaktivem Elend zu enden.

Schließlich hoffen wir, daß Mr. Chrustschow bei seinem Besuch in Österreich noch einmal versuchen wird, einen Weg der Verständigung zu bahnen. Der Gedanke mag jetzt nicht naheliegen, aber einmal muß der Tag kommen, an dem Chrustschows Rußland und Eisenhowers Amerika lernen müssen, in Frieden miteinander zu leben.

Wladimir Massitsch

Friedensvertrag und Wiedervereinigung Deutschlands

Der Verfasser des nachfolgenden Artikels ist Lektor für deutsche Sprache und Geschichte an der Moskauer Universität. Im Jahre 1957 veröffentlichte der „Vorwärts" von ihm eine politische Artikelserie über das Deutschland-Problem. Wir glauben, daß die nachfolgenden Ausführungen zur Erläuterung des sowjetischen Standpunktes in der Deutschlandfrage beitragen können. D. Red.

Seit vielen Jahren sind die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und der Vorbereitung eines Friedensvertrages mit diesem Land Ursache und Gegenstand eines scharfen politischen Kampfes, hitziger Diskussionen und gegenseitiger Beschuldigungen. Bei aller Verschiedenheit der Standpunkte in bezug auf die Mittel und Wege zur Lösung dieser strittigen Probleme, läßt sich eine charakteristische Erscheinung beobachten: wie sich auch die Ereignisse entwickeln und was immer für Vorschläge gemacht werden — gewisse offizielle Kreise im Westen ziehen es vor, hartnäckig zu behaupten, daß positive Fortschritte von der Haltung der Sowjetunion abhängen.

Verhält es sich in Wirklichkeit so?

1. Vorschläge aus den ersten Nachkriegsjahren

Schon während des zweiten Weltkriegs bestanden zwischen den Partnern der Antihitler-Koalition beträchtliche Meinungsverschiedenheiten über den künftigen

Status Deutschlands. Die Verschiedenheit der Ansichten gegenüber diesem Problem führte dazu, daß die Vertreter der Sowjetunion sich auf den Konferenzen und Beratungen der Alliierten jener Periode gegen die amerikanischen und englischen Pläne wandten, die eine Zerstückelung Deutschlands vorsahen.

Im Sommer 1945 schlossen die Regierungschefs der Großmächte auf der Potsdamer Konferenz ein Abkommen, das auf eine Umgestaltung Deutschlands zu einem friedliebenden und demokratischen Staatswesen abzielte. Die Konferenzteilnehmer kamen zu der einhelligen Meinung, daß man die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland in Angriff nehmen müsse. Mit den Fragen der Friedensregelung sollte sich der Rat der Außenminister der Großmächte befassen, der auf Beschluß der Potsdamer Konferenz gebildet worden war. Obwohl die westlichen Länder auf der Potsdamer Konferenz den sowjetischen Vorschlag, eine Zentralregierung Deutschlands zu schaffen, ablehnten, gelang es der Sowjetunion immerhin durchzusetzen, daß in das Abkommen ein Punkt über die Schaffung deutscher Zentralverwaltungen für die Hauptwirtschaftszweige aufgenommen wurde. Die Verwirklichung dieses Beschlusses wäre eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung gewesen.

Um der Bildung einer solchen Regierung den Weg zu ebnen, setzten sich die Vertreter der UdSSR auf den Tagungen des Außenministerrats der Jahre 1946 bis 1949 wiederholt für die Schaffung gesamtdeutscher Verwaltungsorgane und für den Zusammenschluß der demokratischen politischen Parteien im gesamtdeutschen Maßstabe ein. Aus dem gleichen Grunde übte die Sowjetdelegation im Juli 1946 auf der Pariser Tagung des Außenministerrats an dem auf die Zerstückelung Deutschlands gerichteten amerikanischen Vorschlag Kritik. Auf dieser Tagung warf die Sowjetunion die Frage auf, als vordringlichste Maßnahme zur Schaffung einer künftigen gesamtdeutschen Regierung eine deutsche Zentralverwaltung ins Leben zu rufen.

Im Frühjahr 1947 legte die Sowjetdelegation auf der Moskauer Tagung einen konkreten Plan zur Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands vor. Der sowjetische Plan sah die Wiederherstellung Deutschlands als einer demokratischen Republik mit einem gesamtdeutschen Parlament, einer gesamtdeutschen Regierung und einer gesamtdeutschen Verfassung vor. Vorgeschlagen wurde die Gründung von deutschen Zentralverwaltungen für das Finanzwesen, die Industrie, das Transport- und Verkehrswesen und den Außenhandel. Die folgende Etappe sollte in der Ausarbeitung einer provisorischen demokratischen Verfassung und der Abhaltung von Wahlen für ein gesamtdeutsches, aus 2 Kammern bestehendes Parlament bestehen. Die Wahlen sollten auf der Grundlage eines allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts bei geheimer Abstimmung und nach dem Proportionalsystem durchgeführt werden. Hierauf sollte eine provisorische gesamtdeutsche Regierung gebildet werden. Der sowjetische Plan ging davon aus, daß die neuen Machtorgane unter Teilnahme der deutschen demokratischen Parteien, Gewerkschaften und anderer antifaschistischer Organisationen sowie der Vertreter der Länder geschaffen werden würden.

Auf der Londoner Tagung im Dezember 1947 schlug die Delegation der UdSSR erneut die Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung vor. Im Laufe dieser Tagung bestand die Sowjetdelegation weiterhin auf der Notwendigkeit, die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz über die Gründung von deutschen Zentralverwaltungen zu verwirklichen. Auf der Londoner Tagung wurde seitens der Sowjetunion der Vorschlag unterbreitet, unverzüglich in Berlin einen deutschen Konsultativrat aus Vertretern der Länder, der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften und anderer antinazistischer Organisationen zu schaffen.

Anderthalb Jahre später traten die Außenminister der Großmächte zu ihrer Pariser Tagung zusammen. Auch hier war die Sowjetdelegation weiterhin bestrebt, die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands zu erreichen. Am 25. Mai 1949 legte die Delegation der UdSSR der Tagung einen Vorschlag „Über die Einheit Deutschlands und die Bedingungen ihrer Verwirklichung" zur Behandlung vor. Dieser Vorschlag sah die Schaffung eines gesamtdeutschen Staatsrats als eines mit Regierungsfunktionen betrauten wirtschaftlichen und administrativen Zentralorgans vor.

Somit hatte es im Laufe der Jahre 1946—1949 auf den Tagungen des Außenministerrats nicht an sowjetischen Vorschlägen zur Wiedervereinigung Deutschlands gemangelt. Aber alle diese Vorschläge wurden von den Westmächten abgelehnt. Auf diesen Tagungen wurde die sowjetische Initiative zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland von den Außenministern der westlichen Staaten nicht unterstützt.

Nachdem sich auf dem Territorium Deutschlands zwei Staaten gebildet hatten, stellte die Sowjetregierung ihre Bemühungen zur Lösung des Deutschlandproblems keineswegs ein. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß gerade auf Initiative der UdSSR im Oktober 1950 in Prag eine Außenministerkonferenz der acht osteuropäischen Staaten stattfand, die gewisse Seiten des Deutschlandproblems erörterte. Die Prager Konferenz wandte sich an die vier Großmächte mit dem Vorschlag, so rasch wie möglich einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen. Der Friedensvertrag sollte die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und den Abzug der Besatzungstruppen von seinem Territorium innerhalb Jahresfrist nach Abschluß eines solchen Vertrages im Gefolge haben. Auf der Prager Konferenz wurde die Frage angeschnitten, auf paritätischer Grundlage aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands einen gesamtdeutschen Konstituierenden Rat zu schaffen, der die Aufgabe hätte, die Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung vorzubereiten.

Der Westen ignorierte die Vorschläge der Prager Konferenz.

2. Der Westen lehnte das sowjetische Projekt ab

Da die Lösung des Deutschlandproblems infolge der Haltung des Westens auf dem toten Punkt verharrte, unterbreitete die Sowjetregierung am 10. März 1952 ein Projekt der Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland. Dieses historische Dokument sah die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, den Abzug der ausländischen Truppen von seinem Territorium spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages vor, ferner die Liquidierung aller ausländischen Militärstützpunkte auf deutschem Territorium und die Verpflichtung Deutschlands, keinen Koalitionen oder Militärbündnissen beizutreten, die sich gegen ehemalige Gegner Deutschlands im zweiten Weltkrieg richten. Gemäß dem sowjetischen Projekt sollte es dem wiedervereinten Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte zu haben, die für die Landesverteidigung nötig wären. Vorgesehen waren auch verschiedene Maßnahmen, darauf gerichtet, die Souveränität des wiedervereinten Deutschland und seine gleichberechtigte Stellung unter den anderen Staaten zu gewährleisten. In dem sowjetischen Projekt war vorgeschlagen, Deutschland keine Beschränkungen in seinem Handel mit anderen Ländern, in der Seeschiffahrt und dem Zugang zum Weltmarkt aufzuerlegen. Somit eröffneten sich für die Entwicklung der Friedenswirtschaft des wiedervereinten deutschen Staates unbegrenzte Möglichkeiten.

Einen Monat später brachte die Sowjetunion zusätzliche Vorschläge über Maßnahmen zur Wiedervereinigung Deutschlands ein. In ihrer Note vom 9. April

machte die Sowjetregierung gegenüber den USA, England und Frankreich die Notwendigkeit geltend, gemeinsam schleunigste Maßnahmen zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zu treffen. In der Sowjetnote wurde auch vorgeschlagen, unverzüglich die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen in kürzester Frist zu erörtern.

Die neue Friedensinitiative der Sowjetunion fand auch diesmal keine Unterstützung bei den führenden Staatsmännern des Westens. Vermochte es aber den nationalen deutschen Interessen zu entsprechen, daß das sowjetische Projekt der Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland faktisch ohne irgendwelche Erörterung abgelehnt wurde?

Im Januar-Februar 1954 fand in Berlin die fällige Konferenz des Außenministerrats statt. Auf der Berliner Konferenz legte die Sowjetdelegation ein näher präzisiertes Projekt der Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland vor. Gegenüber dem Dokument vom 10. März 1952 enthielt das Projekt diesmal wichtige Zusätze in den Rubriken über die politische, wirtschaftliche und militärische Stellung Deutschlands. Von nicht geringer Bedeutung für das deutsche Volk war der Vorschlag, Deutschland die Bezahlung der bei den Großmächten gemachten staatlichen Nachkriegsschulden völlig zu erlassen, mit Ausnahme seiner aus Handelsverpflichtungen entstandenen Verschuldung.

Auf der Berliner Konferenz machte die Sowjetregierung erneut die Notwendigkeit geltend, aus den Vertretern der Parlamente beider deutscher Staaten unter weitgehender Einschaltung der demokratischen Organisationen eine provisorische gesamtdeutsche Regierung zu bilden. Wie die Sowjetdelegation unterstrich, würde die Hauptaufgabe dieser Regierung darin bestehen, den Entwurf eines gesamtdeutschen Wahlgesetzes vorzubereiten und wirklich freie gesamtdeutsche Wahlen ohne irgendwelchen Druck von außen durchzuführen. Darüber hinaus könnte die provisorische gesamtdeutsche Regierung Deutschland bei der Vorbereitung eines Friedensvertrages vertreten sowie andere Fragen von gesamtdeutscher Bedeutung lösen. Im Laufe der Berliner Verhandlungen unterbreitete die Sowjetseite den Vorschlag, daß noch vor der Durchführung von gesamtdeutschen Wahlen die Besatzungstruppen vom Territorium Deutschlands abgezogen würden. Ausgeschlossen von dieser Maßnahme sollten beschränkte Kontingente sein, die für die Erfüllung der Sicherungsfunktionen im Einklang mit den Kontrollaufgaben der Großmächte nötig wären.

Gestützt auf die Meinung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur von den Deutschen selber vollzogen werden kann, schlug die Sowjetregierung vor, auf der Konferenz die Vertreter beider deutscher Staaten anzuhören, um sich mit dem Standpunkt des deutschen Volkes selber bekanntzumachen. Die Sowjetdelegation hielt es auch für zweckmäßig, in ganz Deutschland eine Volksbefragung darüber durchzuführen, ob das deutsche Volk für einen Friedensvertrag oder für Militärpakte mit den Westmächten sei.

Während der Verhandlungen in Berlin bemühte sich die Sowjetseite nicht nur um eine Regelung des Deutschlandproblems. Sie setzte sich auch für eine Lösung jener praktischen Fragen ein, die einer unmittelbaren Annäherung zwischen West- und Ostdeutschland förderlich sein konnten. Insbesondere schlug die Sowjetdelegation konkret vor, gesamtdeutsche Ausschüsse für Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu schaffen.

Auch in Berlin fuhr der Westen damit fort, das Deutschlandproblem unter dem Gesichtswinkel der militärpolitischen Konzeptionen der Nato zu betrachten. Den Plänen auf Einbeziehung des westdeutschen Staates in die Nato zuliebe wurden die neuen sowjetischen Vorschläge abgelehnt, die den Abschluß eines Friedens-

vertrages mit Deutschland, die Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung und die Abhaltung von gesamtdeutschen freien Wahlen zwecks Wiedervereinigung Deutschlands vorsahen.

Im Januar 1955 schlug die Sowjetregierung den westlichen Ländern erneut vor, die Frage der Durchführung von gesamtdeutschen freien Wahlen zwecks Wiedervereinigung Deutschlands gemeinsam zu prüfen. Das Einverständnis der Regierungen der beiden deutschen Staaten vorausgesetzt, könnten diese Wahlen unter internationaler Kontrolle durchgeführt werden. Aber auch diesmal nahm der Westen die sowjetischen Vorschläge zum Deutschlandproblem nicht an.

Die Sowjetregierung hatte beizeiten darauf aufmerksam gemacht, daß die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in die Nato die Möglichkeiten für eine Lösung des Deutschlandproblems radikal einschränken würde. Das Leben hat erhärtet, daß diese Warnung auch im Interesse des deutschen Volkes erfolgt war.

Infolge des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zur Nato veränderte sich die Situation in Deutschland von Grund auf. In Erwiderung auf diese Aktion trat die deutsche Demokratische Republik der Verteidigungsorganisation der Teilnehmerstaaten am Warschauer Abkommen bei, wobei sie den Vorbehalt machte, daß ihre Verpflichtungen aus dem Warschauer Abkommen im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands unwirksam werden. Auf diese Weise gerieten die beiden deutschen Staaten infolge der einseitigen Aktionen des Westens in einander gegenüberstehende Militärbündnisse.

In der neuen Situation konnte an die Lösung des Deutschlandproblems schon nicht mehr vom früheren Standpunkt aus herangetreten werden. Angesichts der entstandenen Lage rückte das Problem der Vorbereitung und des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland in den Vordergrund, da die Lösung gerade dieses Problems zu den wichtigsten Voraussetzungen der Gewährleistung der europäischen Sicherheit gehört. Gleichzeitig ist die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in, gegen früher, noch erhöhtem Maße zu einer inneren Angelegenheit des deutschen Volkes geworden.

Den nationalen Interessen des deutschen Volkes entgegenkommend, prüfte die Sowjetregierung wohlwollend die Frage der weiteren Entwicklung ihrer Beziehungen mit dem ostdeutschen Staat, um dessen Souveränität zu konsolidieren. Als Ergebnis der stattgefundenen Verhandlungen wurde am 20. September 1955 ein Vertrag über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet. Diesem Vertrag zufolge trat die Sowjetunion an die DDR voll und ganz jene Rechte und Funktionen ab, die die UdSSR als Besatzungsmacht vorher im östlichen Teil Deutschlands wahrgenommen hatte. Von diesem Augenblick an wurde der ostdeutsche Staat völlig souverän und selbständig in allen Fragen der Außen- und Innenpolitik, darunter auch in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands.

3. Eine neue Initiative des Ostens

Im Sommer 1955 lenkte die Delegation der Sowjetunion im Laufe der Genfer Konferenz auf höchster Ebene die Aufmerksamkeit der Regierungen der USA, Englands und Frankreichs auf die tiefgreifende Veränderung der Lage in Deutschland, eine Veränderung, die unvermeidlich den Mitteln und Wegen zur Lösung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands ihren Stempel aufgedrückt habe. Insbesondere hob die Sowjetdelegation auf der Schlußsitzung der Genfer Konferenz am 23. Juli in ihrer Erklärung hervor, daß für die Wiedervereinigung Deutschlands eine Annäherung zwischen seinen beiden Teilen von größter Bedeutung sei. Und drei Tage später betonte N. S. Chru-

stschow auf der Kundgebung in Berlin, an der 250 000 Menschen teilnahmen, erneut besonders, daß für die Lösung des Deutschlandproblems von außerordentlich großer Bedeutung Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands sein können.

Die Sowjetregierung konnte nicht umhin, auch jenem bedeutsamen Umstand Rechnung zu tragen, daß die Position der amerikanischen Delegation in der Deutschlandfrage im Zuge der Genfer Konferenz eine grundlegende Veränderung erfahren hatte. Den Kernpunkt dieser Veränderung legte der USA-Präsident D. Eisenhower in seiner Rundfunkrede vom Abend des 25. Juli 1955 folgendermaßen dar: „Keine einzige Frage hat uns wohl so viel Unannehmlichkeiten bereitet wie die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Sicherheit. Anfänglich glaubten wir, daß sich diese Fragen getrennt behandeln ließen, die amerikanische Delegation ist aber zu dem Schluß gekommen, daß diese Probleme als einheitliche Frage zu betrachten seien." Die Sowjetunion reagierte negativ auf diesen Wandel in der Haltung der amerikanischen Delegation. Das erste der von D. Eisenhower genannten Probleme betrifft ja das deutsche Volk, während das zweite die Interessen aller europäischen Staaten berührt; deshalb konnten die künstlichen Versuche, die wechselseitige Verbindung dieser Probleme zu beweisen, die Lösung eines jeden von ihnen nur komplizieren.

An einer Regelung der verschiedenen Aspekte des Deutschlandproblems ist in erster Linie das deutsche Volk interessiert. Deshalb ist es ganz natürlich, von seinen offiziellen Vertretern eine Initiative nach dieser Richtung hin zu erwarten, die die reale Situation in Deutschland berücksichtigen würde. Was die Einstellung der Sowjetunion hierzu anbelangt, so hat sie ständig ihrer Bereitschaft Ausdruck gegeben, deutsche Vorschläge aufmerksam zu prüfen. Erinnern wir an einige Tatsachen.

Als die Deutsche Demokratische Republik im Jahre 1957 den Vorschlag machte, eine deutsche Konföderation zu schaffen, unterstützte die Sowjetunion diese Initiative. Von seiten der Sowjetregierung wurden mehrfach Erklärungen abgegeben dahingehend, daß sie ihrerseits die Bildung einer Konföderation als die einzig reale Grundlage für eine schrittweise Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands betrachte. Ein freiwillig geschlossener und völlig gleichberechtigter Bund der beiden deutschen Staaten im Rahmen einer Konföderation könnte das Programm für praktische Aktionen abgeben, die den nationalen Interessen des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit entsprechen würden. Eine Konföderation würde den Weg freimachen für ein Abkommen, demzufolge die beiden deutschen Staaten in Fragen, die für die Deutschen ein gesamtnationales Interesse bieten, eine gemeinsame Politik betreiben würden.

Befindet sich nicht deswegen, weil die Idee der Konföderation bis heute nicht verwirklicht wurde, die Sache der Wiedervereinigung Deutschlands wie früher auf dem toten Punkt?

Im September 1958 bekundete die Sowjetunion einer neuen Friedensinitiative des ostdeutschen Staates gegenüber ihre positive Einstellung. Es handelte sich dabei um die Bildung einer Kommission aus Vertretern der vier Großmächte zwecks Durchführung einer Konsultation über die Vorbereitung eines Friedensvertrages. Gleichzeitig wurde die Bildung einer Kommission aus Vertretern der beiden deutschen Staaten vorgeschlagen, die sich mit der Ausarbeitung eines Friedensvertragsentwurfes sowie mit der Prüfung der Frage nach Mitteln und Wegen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands hätte befassen können. Im Gegensatz zum Westen gab die Sowjetunion ihrer Bereitschaft Ausdruck, das Wirken einer solchen deutschen Kommission zu unterstützen.

Im Verlaufe der letzten Jahre hat die Sowjetunion ihre Bereitschaft bekundet, verschiedene konkrete Wege für eine Friedensregelung mit Deutschland zu erörtern. Die Sowjetunion ist einverstanden mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit einer deutschen Konföderation, wenn die Deutschen selber sich über die Schaffung einer solchen einigen; sie hat auch nichts gegen die Unterzeichnung des Vertrages durch eine speziell gebildete Einheitsdelegation der beiden deutschen Staaten und die anschließende Ratifizierung des Vertrages entsprechend den Gesetzen eines jeden dieser Staaten einzuwenden. Unter den heutigen Umständen wird es jedoch immer klarer, daß der Abschluß eines Friedensvertrages identischen Inhalts mit jedem der beiden deutschen Staaten der wahrscheinlichste Weg wäre, um zu einer Friedensregelung mit Deutschland zu gelangen.

Am 10. Januar 1959 legte die Sowjetregierung einen neuen Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland vor. Das neue sowjetische Dokument garantierte die Grundrechte und -freiheiten des Menschen und gewährleistete eine freie Betätigung der demokratischen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen. Deutschland wurde das Recht zuerkannt, die für die Landesverteidigung erforderlichen nationalen Streitkräfte zu besitzen. In dem von der Sowjetunion vorgelegten Entwurf wurde der Sicherung der Souveränitätsrechte des deutschen Volkes besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Der Vertrag eröffnete weiteste Möglichkeiten für die Entwicklung der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur des deutschen Volkes, und gewährte ihm uneingeschränkte Möglichkeiten, in friedlicher Aufbauarbeit seine besten Eigenschaften zu offenbaren. Das sowjetische Projekt auferlegte Deutschland keinerlei Beschränkungen in der Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, seines Handels, seiner Seeschiffahrt und in seinem Zugang zum Weltmarkt. In dem Projekt war vorgesehen, daß die Vertragsteilnehmer sich bereit erklären, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage einer Annäherung und Übereinkunft zwischen den beiden deutschen Staaten auf jede Weise zu unterstützen.

Das neue sowjetische Projekt eines Friedensvertrages mit Deutschland wurde im Sommer des vorigen Jahres auf der Genfer Außenministerkonferenz erörtert. Der Westen stellte diesem Projekt seinen sogenannten „Paketplan" entgegen, in dem die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland ganz in den Hintergrund gedrängt war. Eine solche Behandlung der Frage der Friedensregelung mit Deutschland und die offensichtliche Irrealität des „Paketplans" wurden von der Öffentlichkeit vieler Länder abfällig beurteilt.

Auf der Genfer Konferenz machte die Sowjetseite große Anstrengungen, um hinsichtlich der Friedensregelung mit Deutschland positive Fortschritte zu erzielen. Die Delegation der UdSSR mahnte ihre Verhandlungspartner ständig daran, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland nicht auf eine ferne Zukunft verschoben werden dürfe, da das Leben selbst eine schleunige Lösung dieses internationalen Problems fordert. Als Beweis des guten Willens der Sowjetdelegation diente ihr Einverständnis damit, das eigene Projekt eines Friedensvertrages um neue Punkte zu ergänzen, auf deren Zweckmäßigkeit die Vertreter des Westens hingewiesen hatten. Der Versuch der Vertreter der Sowjetunion, eine gemeinsame Plattform mit dem Westen zu finden und eine Annäherung zwischen den Positionen der Konferenzteilnehmer zu erreichen, zeitigte gewisse, wenn auch nicht sehr große, positive Resultate.

Zum erstenmal nach Kriegsende erhielten Vertreter des deutschen Volkes in Genf die Möglichkeit, unmittelbar vor den Großmächten das Wort zu nehmen und den Standpunkt der beiden deutschen Staaten darzulegen. Der Umstand,

daß an der Arbeit der Konferenz gleichzeitig die Vertreter der beiden Teile Deutschlands teilnahmen, war an und für sich schon ein positiver Faktor.

Sowohl auf der Genfer Konferenz selber wie nach ihrem Abschluß unterstützte die Sowjetunion aktiv jene deutschen Pläne und Ideen, die unter der Bevölkerung beider Teile Deutschlands populär sind, den nationalen Interessen des deutschen Volkes entsprechen und mit der Gewährleistung der Sicherheit in Europa nicht in Widerspruch stehen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß sich die UdSSR gegenüber der Idee, einen Gesamtdeutschen Ausschuß oder ein anderes analoges Organ auf paritätischer Basis zu bilden, das zur Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten beitragen könnte, positiv verhielt. Ein solcher Ausschuß, dessen Mitglieder in beiden Teilen Deutschlands auf der Grundlage des daselbst in Kraft befindlichen Wahlgesetzes gewählt würden, könnte insbesondere Maßnahmen zur Durchführung von gesamtdeutschen Wahlen ausarbeiten.

4. Vom Friedensvertrag zur Wiedervereinigung

In den Nachkriegsjahren ist die Stellungnahme der Sowjetunion zum Deutschlandproblem in offiziellen Sowjetnoten, in Erklärungen und Briefen führender Politiker der UdSSR, in den sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften eingehend dargelegt worden. Oben haben wir die hauptsächlichen sowjetischen Vorschläge zur Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland betrachtet, sowie die Einstellung der UdSSR zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. Wie aus diesen Vorschlägen hervorgeht, setzt sich die Sowjetunion ständig für eine Lösung des Deutschlandproblems auf der Grundlage eines konsequent demokratischen Programms ein, das sowohl den Lebensinteressen des überwiegenden Teils des ganzen deutschen Volkes als auch den Interessen der übrigen Völker Europas entsprechen würde.

Mit jedem Tag wird es deutlicher, wie unsinnig und gefährlich das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland ist. So wie eine Reihe anderer Mächte trägt die Sowjetunion einen Teil der Verantwortung für die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland und ist deshalb berechtigt, darauf hinzuarbeiten, daß endlich mit den Überresten des zweiten Weltkrieges Schluß gemacht werde. In der Sowjetunion ist man der Ansicht, daß das deutsche Volk volles Recht auf einen Friedensvertrag hat. Ein solcher Vertrag würde dem deutschen Volk normale Lebensbedingungen sichern, ihm eine friedliche Zukunft garantieren, Deutschland von der Stationierung ausländischer Truppen auf seinem Territorium befreien, seine innere Entwicklung vor jedwedem Versuch der Einmischung von außen schützen, die Normalisierung der Beziehungen mit anderen Staaten erleichtern und zur Lösung anderer Probleme führen, darunter auch der Westberlin-Frage. Ein Friedensvertrag würde Deutschland die Möglichkeit geben, der UNO beizutreten, den Ausbau seiner Friedenswirtschaft und die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung gewährleisten und die volle Souveränität der Deutschen in ihren innen- und außenpolitischen Angelegenheiten wiederherstellen.

Da gegenwärtig auf dem Territorium Deutschlands zwei selbständige Staaten existieren, erachtet es die Sowjetunion für nötig, einen Friedensvertrag mit jedem von ihnen zu unterzeichnen. Die Liquidierung der Überreste des zweiten Weltkrieges durch Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland würde zur Normalisierung der Lage in Europa führen. Und umgekehrt — das weitere Fehlen eines Friedensvertrages ist nur den Anhängern einer Revanchepolitik nützlich.

Gewisse Leute im Westen behaupten, der Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten könne zu einer Verankerung der Spaltung Deutschlands führen. In Beantwortung der Vorschläge, an die Vorbereitung und Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu gehen, macht der Westen den stereotypen Einwand geltend: erst Wiedervereinigung Deutschlands zu den Bedingungen des Westens, dann Friedensregelung. Dabei ist der springende Punkt ja gerade der, daß eben ein Friedensvertrag eine grundlegende Verbesserung der Lage in Deutschland herbeizuführen und dadurch die Aufnahme und Erweiterung von Kontakten zwischen den beiden deutschen Staaten zwecks Lösung des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands zu erleichtern vermag.

Die Situation ist gegenwärtig die, daß hinsichtlich der Lösung des Deutschlandproblems die Liquidierung der Überreste des zweiten Weltkrieges der Wiedervereinigung Deutschlands wahrscheinlich vorangehen wird. Zugleich kann der Abschluß eines Friedensvertrages eine Hauptetappe sein auf dem Wege zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten.

Die Wiedervereinigung Deutschlands liegt ausschließlich in der Kompetenz des deutschen Volkes. Dieses Problem können und müssen die beiden deutschen Staaten, die gegenwärtig auf dem Territorium Deutschlands bestehen, erörtern und lösen. Wie N. S. Chrustschow in einem seiner Schreiben an K. Adenauer unterstrichen hat, ist „die Wiedervereinigung die Aufgabe nicht irgendwelcher dritter Staaten, sondern die Aufgabe der beiden deutschen Staaten, des ganzen deutschen Volkes: die Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland". So und nur so ist es richtig, die Frage zu stellen, wenn man wirklich dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen Rechnung trägt.

Niemand wird es den Deutschen abnehmen, das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands zu lösen. Etwas anderes ist es, zur Herstellung von Kontakten zwischen den beiden deutschen Staaten und zur Verbesserung der Beziehungen zwischen ihnen beizutragen. Nach dieser Richtung hin ist die Sowjetunion ständig bereit, sich darum zu bemühen, die Liquidierung der zwischen dem westdeutschen und dem ostdeutschen Staat bestehenden Kluft zu erleichtern und bei ihrer allmählichen Annäherung auf einer vernünftigen und gegenseitig annehmbarer Basis behilflich zu sein. Es ist höchst kennzeichnend, daß die Sowjetunion die einzige Großmacht ist, die mit beiden deutschen Staaten diplomatische Beziehungen unterhält.

Naiv wäre es, darauf zu hoffen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands plötzlich erfolgen kann, wie durch den Wink mit einem Zauberstab. Die Sache ist die, daß die beiden deutschen Staaten ein unterschiedliches Gesellschafts- und Wirtschaftssystem haben und seit vielen Jahren eine einander diametral entgegengesetzte Innen- und Außenpolitik durchführen. Selbstverständlich kann heute von irgendeiner Form mechanischer Wiedervereinigung keine Rede sein. Das Problem der Wiedervereinigung läßt sich unmöglich durch eine mechanische Ausnutzung des Umstandes bei der Abstimmung lösen, daß der westdeutsche Staat eine erheblich größere Bevölkerung hat als der ostdeutsche. Nur langwährende gemeinsame Anstrengungen können nach und nach die zahlreichen Divergenzen, Meinungsverschiedenheiten, Streitigkeiten und andere Hindernisse aus dem Wege räumen, die in den Beziehungen zwischen West- und Ostdeutschland bestehen.

Der verstorbene John Dulles empfahl seinerzeit den Deutschen, ihre Hoffnung auf die „gesunde Zukunft" zu setzen, die seinen Berechnungen zufolge in 50 oder 100 Jahren eintreten dürfte. In der Zwischenzeit habe es, nach der Mei-

nung von Dulles, für die Deutschen keinen Zweck, mit einer Wiedervereinigung zu rechnen. Der Standpunkt des ehemaligen Staatssekretärs der USA erklärt sich nicht zuletzt aus seiner Furcht vor der Möglichkeit einer wirtschaftlichen Konkurrenz seitens eines wiedervereinten Deutschland, in noch höherem Maße aber aus der Furcht vor dem Kommunismus. Und heute fürchten viele Anhänger von Dulles, daß in dem friedlichen Wirtschaftswettbewerb der beiden sozialen Systeme der Sozialismus den Sieg davontragen wird. Die Ökonomik der sozialistischen Länder läuft ja hinsichtlich des Entwicklungstempos der kapitalistischen Ökonomik bei weitem den Rang ab. „Und wenn nun das wiedervereinigte Deutschland den sozialistischen Entwicklungsweg wählt?" fragen die Anhänger von Dulles. Alle diese Ängste spielen bei Bestimmung der Position des Westens in der Deutschlandfrage eine wesentliche Rolle. Schlimm für das deutsche Volk ist dabei, daß eine solche Politik der Furcht für die Sache der Wiedervereinigung Deutschlands in keiner Weise nutzbringend sein kann.

Es sind Fälle aus der Geschichte bekannt, wo sich scheinbar logisch aufgebaute politische Konzeptionen in der Wirklichkeit als eine völlige Illusion herausstellten. Wenn wir von diesem Standpunkt aus den heutigen Stand des Deutschlandproblems betrachten, so werden wir uns ohne besondere Mühe davon überzeugen, daß seine Regelung auf lange Zeit dadurch gehemmt wurde, daß der Westen den berüchtigten Theorien des Eindämmens, des Zurückwerfens, des Balancierens am Rande des Krieges und dergleichen mehr huldigte. Unter den Bedingungen der heutigen Entwicklung der Kriegstechnik sind diese Theorien historische Anachronismen. Nichtsdestoweniger orientieren sich auf diese Theorien hin gewisse Staatsmänner und Politiker, die an den hoffnungslos veralteten militärpolitischen Konzeptionen festhalten und Militärblocks anbeten.

Vor unseren Augen bekommen die verknöcherten Dogmen in der Deutschlandfrage, die gewisse Leute im Westen viele Jahre lang als Axiome auszugeben suchten, nach und nach einen Riß und stürzen in sich zusammen. Eines dieser Dogmen ist die sogenannte Doktrin der Nichtanerkennung des ostdeutschen Staates, die Politik, die darin besteht, ihn zu ignorieren. Gerade die Orientierung auf dieses Dogma wirkt sich in unseren Tagen als eines der Haupthindernisse auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands aus. Die Ablehnung von Verhandlungen zwischen den Deutschen über die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ist gleichbedeutend mit der Ablehnung des Rechtes der Deutschen auf Selbstbestimmung. Sich solchen Verhandlungen zu entziehen, bedeutet, in der Vergangenheit zu leben.

Nur Verhandlungen zwischen den Deutschen können zur Wiedervereinigung Deutschlands führen. Jederlei Maßnahmen, darauf gerichtet, militärische Stützpunkte auf deutschem und nichtdeutschem Territorium zu errichten, können die Regelung dieses Problems nur komplizieren. Zur Lösung dieses Problems werden auch die Ratschläge von Politikern nicht beitragen, die mit irgendwelchen deutschen Trümpfen paradieren. Wenn man sich schon, gleich B a r n i c k , an die Terminologie des Kartenspiels hält, so kann man nur eines sagen: aus der Vergangenheit ist es nur allzu gut bekannt, daß H i t l e r und andere politische Falschspieler das Schicksal des deutschen Staates und des deutschen Volkes aufs Spiel gesetzt haben. Was kann ein neuer Versuch, mit dem Schicksal zu spielen, den Deutschen Gutes bringen? In ihrer Spielleidenschaft vergessen die Liebhaber scharfer politischer Empfindungen offenbar die Tatsache, übersehen sie oder ignorieren sie absichtlich, daß positive Fortschritte in Richtung auf die Lösung des Deutschlandproblems die größte Erfolgsaussicht bei einer Minderung der internationalen Spannung und Liquidierung des kalten Krieges haben.

Die Gegner der sowjetischen Vorschläge zum Deutschlandproblem bringen alle möglichen Versionen vor, um ihre Position zu rechtfertigen. Bisweilen artete diese geradezu ins Lächerliche aus: Man bricht über sowjetische Vorschläge den Stab, noch bevor man sie überhaupt gründlich studiert und analysiert hat.

Die sowjetische Regierung hatte fest damit gerechnet, daß die Pariser Gipfelkonferenz die wichtigsten internationalen Probleme, einschließlich des Friedensvertrages mit Deutschland, lösen werden. Die Delegation der UdSSR, mit N. S. Chrustschow an der Spitze, hatte sich mit den besten Absichten nach Paris begeben und mit konstruktiven Vorschlägen, die den Forderungen und Wünschen beider Seiten gerecht wurden.

Bekanntlich aber wurde das Treffen der Regierungschefs durch die unverantwortliche Politik der Regierung der USA und durch ihre aggressiven Handlungen gegen die Souveränität der UdSSR vereitelt. Dennoch erklärte sich N. S. Chrustschow bereit, in sechs bis acht Monaten an einer neu einzuberufenden Konferenz der Regierungschefs teilzunehmen, um die spruchreif gewordenen Fragen in gemeinsamen Verhandlungen zu lösen.

Hierzu gehört vor allen Dingen auch der Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten. Es ist jedermann klar, daß die Sowjetunion und ihre Regierung seit nunmehr über 15 Jahren geduldig und mit überzeugenden Argumenten für den Abschluß eines solchen Vertrages eingetreten ist. Wenn sie jetzt erneut erklärte, auf kommenden Konferenzen zusammen mit den Westmächten eine gemeinsame Lösung dieses Problems anzustreben, so ist dies doch kein Freibrief für Verhandlungen und Diskussionen von unbegrenzter Dauer. „Man darf unsere Geduld nicht mißbrauchen", erklärte N. S. Chrustschow unmißverständlich in seiner Rede vom 20. Mai 1960 zu Berlin. Sollten die Westmächte auch weiterhin das sowjetische Bemühen ignorieren, mit dem Abschluß eines Friedensvertrages den Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg zu ziehen, so werden die UdSSR und andere am Krieg gegen Hitlerdeutschland beteiligte Nationen ihrerseits handeln und mit jenem deutschen Staat den Friedensvertrag unterzeichnen, der dazu bereit ist — mit der Deutschen Demokratischen Republik.

Horst Andel

Afrika wohin?

Eine Bilanz der afrikanischen Gegenwart

I.

Afrika ist ein Kontinent im Aufbruch. Es hat seine Gegenwart entdeckt und ist dabei, selbstbewußt das Tor zu einer erregenden und in hoffnungsfrohen Farben schillernden Zukunft aufzustoßen. Fast täglich liefert der alte karthagische Volksstamm der Afer, nach denen der römische Dichter und Annalist Quintus Ennius vor über zweitausend Jahren den schwarzen Erdteil benannte, der Weltpresse neue Schlagzeilen.

Als in der letzten Silvesternacht die Glocken der noch aus der Kolonialzeit stammenden weißen Kathedrale von Duala an der afrikanischen Westküste das Jahr 1960 einläuteten, mischte sich in ihren spröden Klang der Jubel der Ein-

wohner des ehemaligen deutschen Schutzgebietes Kamerun über die zu dieser Stunde gewonnene Unabhängigkeit. Ende April wurde Togo selbständig. Und ehe dieses Jahr seinen Lauf vollendet hat, werden mindestens weitere vier afrikanische Staaten — Somalia, Kongo, Nigeria und Kenia — ihre Freiheit erhalten. Innerhalb der nächsten sechs Monate fällt auch die Entscheidung über die Zentralafrikanische Union, die Nord- und Südrhodesien umfassen soll.

Während 1950 nur etwa ein Viertel der afrikanischen Bevölkerung unabhängig war, sind es bis Ende 1960 fast drei Viertel.

In der Vorliebe für mehr oder weniger zutreffende Superlative hat man hierzulande 1960 als „Afrikanisches Jahr" kreiert. In der Tat scheint selbst im Zeitalter der Entdeckung und Erforschung in der übrigen Welt niemals so viel über Afrika nachgedacht und geschrieben worden zu sein wie heutzutage. Die zivilisierte Menschheit blickt gebannt auf diesen Erdteil, der buchstäblich über Nacht aus dem Nebel geschichts- und staatenlosen Daseins, kolonialer Bevormundung und wirtschaftlicher und sozialer Unmündigkeit an die Oberfläche politischer Realität getaucht ist. Die sich überstürzenden Nachrichten über Stammesfehden, Aufstände, Kriege, Konferenzen und die Gründung junger Staaten, von denen uns bestenfalls der Name aus dem Geographieunterricht der Schule noch vertraut ist; die Meldungen von der Wahl neuer Häuptlinge und der Entstehung großartiger Industrieanlagen, über die Errichtung von Staudämmen und über Erdölfunde, die unsere gewohnten Dimensionen sprengen, schildern Afrika eindringlich als eine Macht, deren Gewicht wir nicht abschätzen und deren Weg wir noch kaum erkennen können.

Das Antlitz des heutigen Afrikas hat mit dem dunklen Erdteil unserer Kindheit, dem unsere kühnsten Sehnsüchte galten, nichts mehr gemein. Die Zeit dramatischer Entdeckungen und brennender Abenteuer ist vorüber. Die Route des portugiesischen Edelmannes Vasco da Gama, der 1497 zum erstenmal das Kap der guten Hoffnung umsegelte, wird nicht mehr befahren; die Fußstapfen des mutigen Deutschen Gustav Nachtigal, der als erster Europäer die Sahara durchquerte und Tibesti betrat, sind verweht; die Spuren des amerikanischen Journalisten Henry Morton Stanley, der den verschollenen britischen Missionar David Livingstone an den Quellen des Nils auffand, sind überwachsen; die Schlachtfelder, auf denen das tapfere Expeditionscorps Lord Kitcheners of Khartum gegen den Mahdi focht, sind von den Geiern leergefegt; die goldenen Lettern auf dem monumentalen Grabstein Cecil Rhodes in der Felswüste von Bulawayo hat die sengende afrikanische Sonne ausgebleicht. Afrika ist entdeckt und erforscht. Es gibt fast kein Stückbreit seines Bodens mehr, den nicht der Fuß des Landmessers betreten hätte.

Die wilden Tiere wurden in Reservate gedrängt, die kriegerischen Negerstämme trifft man nur noch in den Krals im tiefen Innern der Steppen und des unwegsamen Dschungels an. Die Trommeln sind verstummt. Wo ihr hallendes, melodisches tam-tam noch ertönt, geschieht es zur Unterhaltung der Touristen, denen die Illusion gefahrvoller Safaris auf stilechten Expeditionen durch die Nationalparks — wilde Kriegstänze buntbemalter Bantus oder Kikuyus und die Jagd auf Löwen oder Elefanten einbegriffen — gegen harte Dollars, Pfunde, Rubel oder Mark erhalten blieb; oder die Trommeln rufen die schwarzen Minenarbeiter, das eingeborene Personal in den Erzgruben und auf den Ölfeldern zum Streik . . .

Afrikas Antlitz hat sich verwandelt. Doch will uns scheinen, daß es nicht weniger rätselvoll sei als der „Schwarze Erdteil" unserer Jugend. In dem Augenblick, in dem es in seine moderne Geschichte und in die Weltpolitik eintritt, ist uns sein Gesicht so unvertraut wie je. Die weißen Flecke auf seiner Landkarte verschwan-

den — die weißen Flecke in unserem Wissen über seine Bevölkerung und ihre Probleme, über seine Möglichkeiten und seine Grenzen, über seine Seele und seine Zukunft sind geblieben. Aber wir beginnen dumpf zu ahnen, daß die Emanzipation der afrikanischen Völker am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts wohl mit vollem Recht als die umwälzendste Entwicklung seiner zweiten Hälfte gelten wird und daß der künftige Weg dieses Kontinentes eines Tages auch das Ringen zwischen Ost und West unwiderruflich entscheiden könnte. Es ist für uns Europäer an der Zeit, sich mit dem neuen Afrika — das nicht mehr allein in unserer geographischen, sondern in unserer unmittelbaren politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Nachbarschaft liegt — zu beschäftigen, seine Fragen zu beantworten, seine Wünsche erfüllen zu helfen, seine Menschen verstehen und sie achten zu lernen!

II.

Afrika ist ein Kontinent, es ist kein Land! Es ist ein Schlagwort, und Schlagworte sind Mißverständnisse

Die Tageszeitungen quellen über von bestürzenden Nachrichten aus diesem Erdteil, so daß der unbefangene Leser entweder meint, die „Schwarzen" seien undankbar — oder er glaubt, die „Weißen" seien reaktionär. Beides ist unrichtig. Es gibt nämlich keine „Schwarzen" und erst recht keine „Afrikaner"; es gibt nur Tuaregs und Bantus, Sudanesen, Hottentotten, Buschmänner und Kikuyus. Und es gibt keine „Weißen"; auch in Afrika — und gerade dort! — unterscheidet man sehr genau zwischen Engländern und Franzosen, Italienern, Portugiesen, Russen oder Deutschen. Ein Erlebnis, das ein westdeutscher Journalist auf dem Flughafen der ghanesischen Hauptstadt Accra hatte, ist dafür symptomatisch. Auf die Frage des Zollbeamten nach seiner Nationalität antwortete er arglos: „Deutscher!" „Was für ein Deutscher?" wollte darauf der Zöllner wissen. Erstaunt und belustigt fragte der Zeitungsmann zurück: „Interessiert es Sie, ob ich ein guter Deutscher bin?" Geduldig belehrte ihn der Beamte: „Wenn Sie Journalist sind, sollten Sie wissen, daß es zwei Deutschlands gibt. Sind Sie also West- oder Ostdeutscher?" So traurig diese Reminiszenz für uns Deutsche ist, so aufschlußreich ist sie für die Situation in Afrika und so sehr zeigt sie, wie falsch die landläufigen Vorstellungen von diesem Kontinent sind, die man hierzulande hegt.

Die Zeitungsmeldungen von Stammeszerwürfnissen, Rassenkonflikten, Staatenbildungen und Bewässerungsprojekten verdichten sich im Gehirn des normalen Mitteleuropäers zu einem kraftstrotzenden, farbenfrohen, mitunter auch beängstigenden und aufregenden, aber doch einheitlichen Bild von Afrika, das das wahre Antlitz dieses Erdteiles etwa so genau wiedergibt wie ein Gemälde Salvator Dalis die barocken Konturen der Gina Lollobrigida. In Wirklichkeit sind kaum größere Gegensätze denkbar, als die von einer tropischen Sonne ausgeglühte Sahara und die fruchtbaren Kaffeepflanzungen am Fuß des heiligen Kilimandscharo, über dessen Gipfel ewiger Schnee liegt. Die hellhäutige Bevölkerung des Atlasgebirges unterscheidet sich von den Pigmäen in den fiebrigen Urwäldern Äquatorialafrikas oder von den Buschmännern der Kalahari mehr als etwa die Skandinavier von den Spaniern. Zwischen den von einer jahrtausendealten Hochkultur beeinflußten Ägyptern, die in der Gestalt Allahs an den einen Gott und an seinen Propheten Mohammed glauben, und den Negerstämmen Tanganjikas, deren Leben sich noch auf steinzeitlicher oder mittelalterlicher Stufe abspielt und die noch dem primitiven Götzenkult huldigen, klafft ein fast unüberbrückbarer Abgrund. Und ein typisch afrikanisches Denken, aus dem etwa die Emanzipationstendenzen in den jungen Staaten gemeinsam ihre Kraft bezögen, existiert noch nicht. Im Gegenteil, die historischen, regionalen und stammesmäßigen Ver-

schiedenheiten werden ergänzt von den speziellen Merkmalen der Kolonialmächte, die unleugbar tiefe Spuren hinterlassen haben.

Man lebt in Afrika zwar afrikanisch — sofern die Cadillacs der Araber und die in mehreren Jahrtausenden kaum veränderte Lebensweise der von der Jagd mit Pfeil und Bogen lebenden Buschmänner überhaupt eine sichtbare einheitliche Komponente bieten —, aber man denkt vielfach englisch oder französisch oder portugiesisch. In den früher französischen Gebieten berufen sich die Intellektuellen auf Voltaire, Rousseau und Sartre, versuchen die Frauen, Pariser Chic nachzuahmen und baut man — wie in Conakry — im Stil Corbusiers. In den ehemaligen englischen Kolonien fährt man im Straßenverkehr links, die schwarzen Richter tragen feierliche Roben und gepuderte Perücken, vom „Speaker" bis zur Sitzordnung wird das Parlament von Westminster eifrig kopiert, und es kann passieren, daß kohlschwarze Gentlemen, würdevoll mit steifem Hut angetan, durch die Straßen stolzieren, die sich einen Augenblick lang nur dadurch von der geschäftigen City of London zu unterscheiden scheinen, daß ihr Asphalt unter der tropischen Sonnenglut flimmert.

Eine weitere wichtige Tatsache wird bei uns leider viel zu oft übersehen. Die Kolonialherrschaft hat die alten Stammesordnungen meistens nicht zerstört, sondern sie sich (durchaus erfolgreich) zunutze gemacht. Indem die Schutzmächte zunächst einen Stamm gegen den anderen ausspielten, festigten sie allmählich ihre Machtpositionen. Und die Stammesfürsten erkannten ihrerseits, nachdem sie sich unterworfen hatten, meistens sehr rasch, wie vorteilhaft es für sie war, mit den Weißen zusammenzuarbeiten. Für die jungen Intellektuellen und Politiker, die so stürmisch die Selbstbestimmung fordern, geht es daher nicht allein um die Befreiung vom Kolonialismus, sondern die alten Stammesordnungen sind ihren Plänen aus zwei Gründen mindestens ebenso hinderlich wie jener. Einmal stehen sie der völligen staatlichen Integration der Bevölkerung im Weg, und zum anderen sind sie durch ihre „Kollaboration" mit den Kolonialmächten suspekt geworden. Die Politiker rebellieren also gegen die Kolonialherrschaft und zugleich gegen die Häuptlinge. Daraus folgt, daß die Stammesfürsten, die um ihren bislang uneingeschränkten Einfluß bangen, erneut zu natürlichen Verbündeten der Kolonialmächte wurden. Man muß diese Tatsachen kennen, um die Situation in Afrika richtig zu erfassen. Sie rücken die Forderung „Afrika den Afrikanern" erst in das richtige Licht.

Unser Nachbarkontinent erscheint also zunächst nur von Europa aus gesehen als Einheit. Gewiß führen auch die schwarzen Revolutionäre und Reformer aller Schattierungen den Begriff „Afrika" ständig im Mund. Er ist zur großen Inspiration geworden für jene, die der Wunsch zur Selbstbestimmung an die Oberfläche der politischen Realität dieses Erdteiles gespült hat. Das heißt aber nicht, daß es überall schon konkrete Vorstellung darüber gibt, wie das freie Afrika eines Tages aussehen soll.

Es ist kein Zufall, daß die Emanzipationsbestrebungen fast ausschließlich von den Städten ausgehen und die jungen Politiker zuerst dort ihre Anhänger finden, während die Dörfer sich zunächst durchaus passiv verhalten. Das hat eine sehr einleuchtende Ursache. Die Weißen, die in Afrika leben, versuchen ihre Abwehr gegen die Selbstbestimmung meistens damit zu rechtfertigen, daß sie sagen, die Farbigen seien gar nicht imstande, mit der plötzlich errungenen Unabhängigkeit etwas anzufangen. Sie seien viel zu wenig gebildet, um zu erfassen, was es bedeute, selbständig zu sein. Doch wird kein Gegner der Selbstbestimmung ernsthaft behaupten können, die Farbigen wüßten nicht, daß der weiße Mann mit seinen Automobilen, mit seinen Kühlschränken, seinen Klimaanlagen und mit seinem regelmäßigen Einkommen ein besseres Leben führt als sie. Der einge-

borene Minenarbeiter in Rhodesien, der für lumpige zwanzig oder dreißig Cents einen Tag lang schwer arbeiten muß und der seine Nächte womöglich in einer schmutzstarrenden Wellblechbaracke verbringt, die überquillt von zerlumpten kraushaarigen Kindern, mag nicht wissen, was eine vom Volk gewählte demokratische Regierung ist (weil ihm der Weiße nicht erlaubte, es zu erlernen), aber er sieht, daß kein Weißer so erbärmlich vegetiert wie er!

Hier liegt ein wichtiger Schlüssel zur gegenwärtigen Entwicklung Afrikas. Ein großer Teil des Kampfes um die Unabhängigkeit muß zuerst einmal als die Forderung nach einem gerechten Anteil der Farbigen am Volkseinkommen verstanden werden, den ihm die Weißen hartnäckig vorenthalten. Um diesen Anteil zu erringen, muß die weiße Vorherrschaft infolgedessen beseitigt werden. Wir haben gesagt, daß diese Entwicklung zunächst nur in den Städten zu beobachten gewesen sei. Das „freie Leben" der Städte zieht aber naturgemäß auch die dörfliche Jugend an. Die jungen Leute verdingen sich also in einer Aluminiumfabrik in Edea, in einer Kupfermine in Katanga oder im Hafen von Mombassa und merken rasch, daß persönliches Eigentum höchst erstrebenswerte Vorzüge aufweist. Sie sind aufgewachsen in der Ehrfurcht vor den Häuptlingen und in der Angst vor den Zauberern und kannten nur das gemeinschaftliche Stammeseigentum. In dem Maß, in dem sie durch ihrer Hände Arbeit Fahrräder kaufen können, Autos fahren und englisch oder französisch sprechen lernen, verlieren sie die angeborene Scheu vor den überlieferten Sitten und Bräuchen. Der schwarze Arbeiter, der um Besitz und Wissen reicher in das heimatliche Dorf zurückkehrt, erkennt den Stammesvorderen, der vielleicht noch Analaphabet ist, nicht mehr als Herrscher an. Es ist daher ganz logisch, daß er plötzlich nicht mehr nur gegen die Weißen, sondern auch gegen die Häuptlinge aufbegehrt. Nun wird es verständlich, warum die Stammesfürsten eifrig befürworten, daß die weißen Schutzmächte noch im Land verbleiben sollen. Diese haben ihre Macht nicht angetastet, sondern sie gewähren lassen, also erhoffen sie von ihnen Hilfe gegen die ungehorsamen Stammesgenossen.

Wir haben festgestellt, daß der Wunsch, des industriellen Konsums in größerem Maß teilhaftig zu sein, der Forderung nach Selbstbestimmung oft den Anstoß gibt. Doch ist damit das eigentliche Problem keineswegs in seiner ganzen Tragweite gekennzeichnet. Die Unruhen in Afrika sind in erster Linie weder kommunistisch, noch antieuropäisch oder antiweiß. Sie sind natürliche Konsequenzen erwachender Völker gegenüber der gegebenen Lage. Es mindert die Bedeutung dieses Erwachens durchaus nicht, daß es sich am sichtbarsten in dem Wunsch nach Autos, Kühlschränken und Klimaanlagen äußert. Der schwarze Mann folgt darin ja nur dem Vorbild des Europäers. Freilich steht der Farbige, hat er die erste Stufe der erstrebten Freiheit in der Gestalt irdischer Konsumgüter erst einmal erreicht, sogleich vor der Frage, was er mit dieser Freiheit anfangen soll. Er ist die Herrschaft der Weißen und die Macht der Häuptlinge und ihrer primitiven Götzen los, aber er fühlt plötzlich, daß er sie nicht allein durch Grammophone, weiße Kragen und goldene Manschettenknöpfe ersetzen kann. Der Kolonialismus war, trotz allem, was sich gegen ihn einwenden läßt, immerhin eine intakte Ordnung. Die Stämme repräsentierten auf ihre Weise gleichfalls eine, wenn auch heutzutage anachronistische, aber doch einige Jahrtausende lang funktionierende Zucht, in die sich der Schwarze willig schickte, bis der weiße Mann ihn durch sein Beispiel ermunterte, sich ihr zu widersetzen. Die Weißen zeigten ihm die Ohnmacht seiner Götter — doch es fragt sich, ob sie etwas besseres an ihre Stelle setzten! Das Christentum ist den meisten Farbigen unverständlich und fremd geblieben, trotz aller — scheinbaren — Erfolge der Missionen. Die Weißen haben viel zu wenig getan, um den Kindern des primiti-

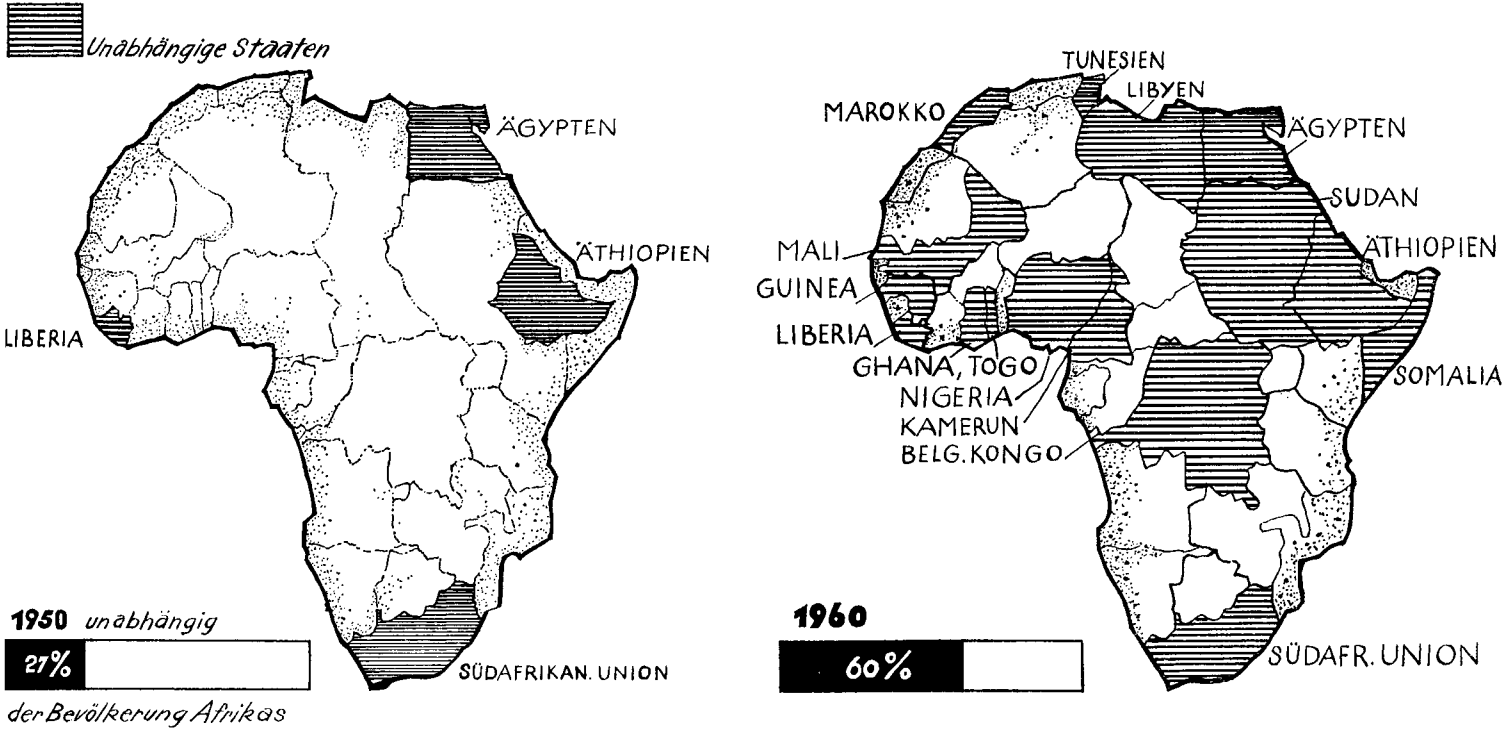
ven Götzenkultes ihren Gott näherzubringen. Sie hätten die Religion, die sie so emphatisch predigten, auch praktisch vorleben müssen. Statt dessen boten sie das abstoßende Bild ständiger Zerwürfnisse untereinander, übertrafen sich im hemmungslosen Egoismus, zogen sengend und raubend durch das Land und nahmen sich, was ihnen nicht gehörte. Als sie nach Afrika kamen, hatten sie die Bibel in der Hand, und die Schwarzen besaßen das Land; heute haben diese die Bibel und die Weißen das Land — sagen die Afrikaner bitter. Das ist das eigentliche Problem Afrikas, wie es sich gegenwärtig vielfach noch hinter der allerdings nur allzu berechtigten Sucht nach dem Konsum verbirgt: die Weißen nahmen den Menschen dieses Erdteiles ihre Götter, und sie ließen ein leeres Podest dafür zurück.

Was für die Religion gilt, trifft auch auf die Politik zu. Die neuen Staaten brauchen neue Staatsformen. Der überlieferte Typus der Stammesverbände ist aus den erwähnten Gründen nicht mehr tragbar; er hätte, wollte man ihn erhalten, wahrscheinlich einen heillosen Partikularismus zur Folge, der sich auf die noch ungesicherte staatliche Konstitution dieser Staaten verheerend auswirken müßte. Die westliche parlamentarische Demokratie wird zwar in ihren äußeren Formen vielerorts nachgeahmt, sie entspricht aber ihrem inneren Wesen und ihrer Funktion nach nicht den Entwicklungkmerkmalen der jungen Staaten. Ganz abgesehen davon ist sie auch deshalb problematisch, weil sie die Staatsform der Kolonialmächte ist, gegen die man kämpft.

Hierin liegt die erste Chance für den Kommunismus.

Im Westen kann man immer wieder die Befürchtung hören, ganz Afrika sei gefährdet, kommunistisch zu werden, und entwickle sich dadurch zu einer wachsenden Bedrohung des Westens und zu einer Gefahr für das auf diese Weise in eine unglückliche Zwei-Fronten-Stellung gedrängte Europa. Diese Befürchtung simplifiziert zu sehr, um wahr zu sein. Gewiß stoßen die westlichen Warnungen vor dem Kommunismus in Afrika auf taube Ohren. Die Farbigen beargwöhnen mit Recht solche Warnungen vor einer Ideologie, die ihnen keinerlei Nachteile brachte; sie beargwöhnen sie um so mehr, als sie aus dem Mund derjenigen kommt, die so viel Leid über Afrika gebracht haben. Für die Entwicklungsländer, die vor ganz ähnlichen Aufgaben stehen wie die Russen von 1917 oder die Chinesen von 1950, sind die Fortschritte der Sowjetunion und Rotchinas auf allen Gebieten zu imponierend, als daß sie sie übersehen könnten. Hinzu kommt, daß die sozialistischen Länder die Forderung nach Selbstbestimmung nicht nur mit Worten, sondern durch großzügige Finanz- und Wirtschaftshilfe unterstützen, während der Westen an ähnliche Angebote oft Bedingungen knüpft, die das Selbstbewußtsein der jungen Staaten demütigen. Westliche Kredite werden den unabhängigen afrikanischen Ländern ohnedies immer noch sehr zögernd gegeben. Man betrachtet sie hierzulande vielfach als unwiederbringliches Opfer oder als Almosen und übersieht, daß man sich dadurch freiwillig der letzten Einflußmöglichkeit in diesem Kontinent begibt, die heute noch denkbar ist. Westliche Experten zeigen sich oft schockiert darüber, daß die politischen Führer Afrikas ihr Verlangen nach wirtschaftlicher Auslandshilfe so unbescheiden und ultimativ vorbringen. Man sollte sich aber einmal überlegen, daß die Schutzmächte fast dreihundert Jahre lang die Bodenschätze des Kontinentes abgebaut, ihn seines Wildreichtums beraubt und die Arbeitskraft der Eingeborenen ausgebeutet haben, ohne in den Augen der Farbigen nennenswerte Gegenleistungen dafür zu hinterlassen. Die jungen Staaten brauchen wirtschaftliche Investitionen, wenn sie ihrer Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen wollen. Industrialisierung, Prosperität heißen auch dort die Forderungen des Tages. Sie sind nur mit Hilfe ausländischer Mittel erfüllbar. Wer aber will sich wundern, daß die Regie-

Die Entwicklung in Afrika



Zeichnungen: Günter Lantelme

rungen in Accra, Conakry, Lome und Lagos die zinsgünstigen Gelder aus dem Ostblock den teuren Offerten des Westens vorziehen? Wenn man Hunger hat, fragt man nicht nach dem kürzesten Weg zur Kirche, sondern man will sich den Magen füllen!

Afrikanische Diplomaten begegnen in den westlichen Hauptstädten oft hochmütigem Achselzucken. „You know, they are children", „ils sout des enfants", „im Grund seid ihr ja noch Kinder", bekommen sie mehr oder weniger deutlich zu hören. Im Ostblock hingegen hat man sehr rasch erkannt, daß Hand in Hand mit praktischer und ohne viel Aufhebens gegebener Hilfe noch etwas anderes gehen muß, nämlich der Wille, die jungen Staaten ernst zu nehmen, sie als gleichberechtigt zu behandeln und ihnen menschliche Achtung entgegenzubringen. Die europäischen Kolonialmächte haben sich zwar allmählich damit abgefunden, daß ihre Herrscherrolle in Afrika endgültig ausgespielt ist. Aber sie neigen jetzt unausgesprochen dazu, sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen und überheblich und hämisch zuzusehen, wie ihre ehemaligen Besitzungen allein mit ihren Problemen fertig werden.

Gewiß ist es schockierend, innerhalb eines halben Menschenalters vom Sockel des Herrschers und des rassischen Vorurteiles heruntergestoßen zu werden und zu erleben, wie junge Staaten das politische Weltbild mit kräftigen Strichen verändern. Aber es nicht einzusehen, in welcher Weise die seit je ausgeprägteste europäische Charaktereigenschaft — die Arroganz — uns helfen sollte, mit diesem Tatbestand fertig zu werden. Wir haben uns angewöhnt, Weltgeschichte eo ipso als europäische Geschichte anzusehen. Das alte China und die großen orientalischen Reiche haben wir eigentlich niemals ganz ernst genommen. Daß die Türken vor den Toren Wiens geschlagen wurden, scheint uns im Abstand der Historie zu selbstverständlich, um vieler Worte zu bedürfen. Wobei wir allerdings geflissentlich übersehen, daß zum Beispiel die majestätische Hagia-Sophia-Moschee in Konstantinopel, die der Kaiser Justinian der Große erbauen ließ, mehrere hundert Jahre lang ein christlicher Dom war und daß der nachhaltige Einfluß der Mauren in Spanien noch heutzutage auf Schritt und Tritt zu spüren ist. Doch auch der moderne Aufstieg der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion erscheint uns im Unterbewußtsein als unglückliche Fehlentwicklung der Geschichte. Je mehr die Weltgeltung Europas schwindet, um so stärker sind die Europäer geneigt, ihre politischen Systeme, ihre Weltanschauungen und ihre Lebensweise zum Maß und zur Mitte aller Dinge zu machen. Sie sehen mitleidig oder überheblich auf alle Völker herab, die ihr Ziel der Klasse nicht erreichen, weil sie andere Ziele haben. Aus diesem Grund halten sie es für unnötig, sich mit den wahren Problemen dieser jungen Staaten zu befassen, die in ihren Augen nichts als neureiche Emporkömmlinge sind, die noch lange keinen Anspruch darauf haben, in die High Society, in den exklusiven Klub der Arrivierten, aufgenommen zu werden.

Hierin liegt die zweite Chance des Kommunismus.

Es gibt zum Beispiel in Moskau ein Institut, das die afrikanische Geschichte und Kultur mit wissenschaftlichen Methoden erforscht. Die Ostblockdiplomaten, die den Boden Afrikas betreten, sind denkbar gründlich geschult, über die speziellen Fragen ihrer Gastländer genau unterrichtet und mit ihren wirtschaftlichen und politischen Sorgen eng vertraut. Dadurch erweist sich ihr Urteil für die unerfahrenen jungen Politiker in vielen Fällen als sachverständig und hilfreich, was man von den Ratschlägen westlicher Vertreter nicht immer sagen kann.

Die afrikanischen Politiker stehen ja vor der gewaltigen Aufgabe, zahlreiche verschiedene Stämme (in einem Land bis zu sechzig), Menschen unterschiedlichster Entwicklungsstufen, Religionen, Anschauungen und Bräuche, die in ihrem

Bereich leben und denen vielfach sogar das einigende Band einer gemeinsamen Sprache fehlt, zu einem Staat zu verschmelzen. Wir sprechen gedankenlos von Nigeria und Togo, Kongo und Kamerun, und vergessen, daß dies Begriffe sind, die wir geschaffen haben und nicht die Eingeborenen. Die Grenzen dieser Gebiete wurden von den europäischen Eroberern willkürlich gezogen und im Lauf der Zeit so weit in das Innere des Kontinentes vorgeschoben, bis sie mit den Interessen anderer Kolonialmächte zusammentrafen. Auf die historischen Voraussetzungen und die völkischen Gegebenheiten wurde dabei wenig Rücksicht genommen. Die neuen Staaten stehen daher auch in dieser Hinsicht fast unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten gegenüber. Sie brauchen ein System, das es ihnen erleichtert, sie zu überwinden.

Hierin liegt die dritte Chance des Kommunismus.

Aus geographischen Begriffen sollen Nationen werden. Das ist das Ziel. Die marxistische Ideologie bietet sich als Katalysator dieses Zieles geradezu an. Die politischen Führer müssen erreichen, daß die Bevölkerung ihrer Staaten sich nicht mehr als Luo oder Bamileke, sondern ghanesisch oder nigerisch oder kamerunisch fühlt. Hierfür stehen ihnen nur wenige Möglichkeiten zur Verfügung. Die afrikanische Nuance des „Wohlstands für alle", von der wir vorhin sprachen, ist eine davon. Sie reicht aber bei weitem nicht aus. So bleibt nur eines: Befehl und Gehorsam. Sie sind den Farbigen durch die Stammesgemeinschaft angeboren. Freilich heißt das nicht, daß man auf die Stammesstruktur zurückgriffe; denn das wäre aus den schon geschilderten Gründen verhängnisvoll. Aber man übernimmt ihre Prinzipien, die sich schließlich als wirkungsvoll erwiesen haben. An die Stelle des Stammes tritt der Staat, der Häuptling wird durch den Politiker ersetzt. Die Autorität hat gewechselt, Befehlsgewalt und Gehorsamspflicht bleiben. Der Marxismus ist hierfür das geeignete Instrument. Seine Prinzipien decken sich offensichtlich mit den Erfordernissen der afrikanischen Gegenwart. Das gilt politisch und es gilt wirtschaftlich. Wachsender wirtschaftlicher Wohlstand und steigender Lebensstandard können in fast allen afrikanischen Gebieten nur durch staatliche Initiative, also durch die Planwirtschaft, erreicht werden. Auch sie entspricht der marxistischen Doktrin. Manche westlichen Beobachter folgern aus dieser Situation, daß die jungen afrikanischen Staaten in ihrer Mehrzahl doch früher oder später sozialistisch, um nicht zu sagen kommunistisch, würden. Auch das ist nur bis zu einem gewissen Grad richtig. Vor allem aber ist es falsch, zu meinen, aus den selbstbewußten jungen Politikern würden, nachdem sie eben erst das kolonialistische Joch abgeschüttelt haben, über Nacht subalterne Befehlsempfänger einer Moskauer oder Pekinger Zentrale. Das demokratische Ideal dieser Politiker sieht aber anders aus als das Modell von Westminster. Das komplizierte Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition führt in den Entwicklungsländern oft zur Korruption oder artet zu permanenter Bedrohung der staatlichen Autorität aus. Daher ist der Einparteienstaat in jeder Hinsicht die den politischen Voraussetzungen dieser Länder am besten entsprechende Staatsform.

Die Anziehungskraft der kommunistischen Ideologie auf die afrikanischen Nationen beruht, wie wir gesehen haben, auf sehr realen politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten. Sie fußt aber auch — und das auszusprechen, ist keine spekulative Phantasterei — auf einer schlechthin irrationalen historischen Wechselwirkung, die sowohl auf die afrikanische Gegenwart als auch auf die kommunistische Zukunft befruchtend wirken kann! Es geht dabei nicht um eine „Weltrevolution mit anderen Mitteln", sondern darum, die ursprünglichen Impulse dieses von der eigenen Geschichte belasteten weltanschaulichen Systems wieder zu entdecken. Was damit gemeint ist, wird vielleicht am deutlichsten sichtbar, wenn wir einen Satz zitieren, den der amerikanische Christus-public-

relations-Agent Billy Graham aussprach, als er in Lagos predigte: „Das Schicksal Afrikas wird nicht allein durch den wirtschaftlichen und politischen Fortschritt bestimmt, so wichtig dieser auch sein mag: Afrika muß in dieser Stunde der Entscheidung seine geistige Richtung wählen!"

Ja, in der Tat, darum geht es. Und darin liegt die letzte und die größte Chance des Kommunismus. Für ihn kann es sich nicht darum handeln, den Ost-West-Konflikt auf ein neues Schlachtfeld zu verlegen. Im Ringen um das geistige Gesicht der Entwicklungsländer und um die Seelen ihrer Menschen wird sich nämlich zeigen, welches politische und ideologische System die ethische Rechtfertigung und den Sieg davonträgt.

Afrika befindet sich gegenwärtig in einem Stadium des Überganges, das — genau genommen — schon in dem Augenblick begann, als der erste weiße Mann seinen Boden betrat, und das auch dann noch nicht zu Ende ist, wenn der letzte afrikanische Staat frei geworden ist. Die zahllosen sichtbaren und unsichtbaren, sich ergänzenden und sich widersprechenden Entwicklungsmerkmale und Emanzipationstendenzen müssen genauer kontrolliert und analysiert werden, als dies durch Schlagworte und ihre gedankenlose Verbreitung möglich ist. Wir müssen begreifen lernen, wie vielschichtig und unterschiedlich die Entwicklung der afrikanischen Völker verläuft. Es ist nicht damit getan, nonchalant zu sagen, man müsse „untersuchen, was in Afrika los ist". Das Schlagwort Afrika ist gefährlich, weil es zwangsläufig zum Mißverständnis Afrika wird. Dieses Mißverständnis kann sich Europa aber nicht leisten!

III.

Das Jahr 1960 steht tatsächlich in einem ungewöhnlichen Ausmaß im Zeichen Afrikas. Obgleich es in der übrigen Welt fast schon ein wenig zur Mode geworden ist, sich mit den Wandlungen in diesem Kontinent zu befassen, wird die Weltöffentlichkeit immer wieder von der ungewöhnlich raschen politischen und gesellschaftlichen Emanzipation zahlreicher neuer afrikanischer Staaten überrascht. Nachdem die Franzosen erst im Januar dieses Jahres der ehemaligen deutschen Kolonie Kamerun und vor wenigen Wochen der Mali-Föderation und Madagaskar die Unabhängigkeit gewährten, haben jetzt auch die aus dem früheren Französisch-Äquatorialafrika hervorgegangenen Staaten Kongo, Gabon, Tschad und die Zentralafrikanische Republik ähnliche Ansinnen gestellt. Die „Communauté", eine der anspruchsvollsten Schöpfungen des General de Gaulle, ist dadurch schon vor ihrer Geburt gestorben. In diesen Tagen, am 30. Juni, wird Belgisch-Kongo selbständig, und am 1. Juli entsteht aus Italienisch- und Britisch-Somaliland das freie Somalia. Am 1. Oktober wird der Staat Nigeria aus der Taufe gehoben, das an Größe und Bevölkerungszahl bisher bedeutendste unabhängige Land Afrikas.

Diese Entwicklung verändert die gegenwärtige weltpolitische Konstellation in einem Maß, dessen Tragweite bei uns noch viel zu wenig erkannt wird. Jeder unabhängige Staat, der auf afrikanischem Boden entsteht, erhält zum Beispiel Sitz und Stimme in den Vereinten Nationen. Dadurch wächst der Einfluß jener geschlossenen afro-asiatischen Front in der Weltorganisation, die sich bereits seit einigen Jahren laufend bemerkbar macht. Bei aller Verschiedenheit ihrer geschichtlichen Herkunft, ihrer gesellschaftlichen Motive und ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele, sind sich die farbigen Völker ihres gemeinsamen Schicksals durchaus bewußt. Die Staaten, die jetzt in Afrika entstehen, und die Grenzen, die dort gezogen werden, brauchen nicht endgültig zu sein. Der erklärte Ehrgeiz der heute tonangebenden Schicht junger afrikanischer Politiker zielt auf

weitergehende Bündnisse, Zusammenschlüsse und größere Machtkonstellationen, als sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen denkbar sind.

Die Unterschiede zwischen Einigkeit und Stärke sind nur graduell, das wissen auch die farbigen Staatsmänner; sie haben es rascher gelernt als ihre weißen Kollegen. Ein überzeugendes Indiz hierfür ist der „Afro-Asiatische Solidaritätsrat", der jetzt in Conakry seinen zweiten Kongreß abhielt. Diese Organisation führt die Zusammenarbeit, die im April 1955 von den Regierungsvertretern aus neunundzwanzig asiatischen und afrikanischen Staaten in der indonesischen Stadt Bandung beschlossen wurde, auf halboffizieller Ebene weiter. In Conakry hatten sich über dreihundert Delegierte aus etwa fünfzig Ländern Asiens und Afrikas, darunter Regierungsvertreter, Parteiführer und Mitglieder religiöser und sozialer Organisationen, eingefunden. Die Konferenz rief unter anderem die farbigen Nationen auf, alle südafrikanischen Waren zu boykottieren, um den Gleichheitsanspruch der schwarzen Bevölkerung der Südafrikanischen Union zu unterstützen. Außerdem wurde den Regierungen der auf dem Kongreß vertretenen Länder nahegelegt, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Südafrika zu erwägen. Jede diplomatische, finanzielle und militärische Hilfe für die Kolonialmacht Frankreich wurde nachdrücklich verurteilt. Damit brandmarkte der Solidaritätskongreß indirekt auch die westdeutsche Frankreichpolitik, die den französischen Anspruch auf Algerien in vielfacher Hinsicht fördert.

Die Konferenz von Conakry kann weitreichende Folgen haben. Sie hat deutlich gemacht, wie weit die Einigung der farbigen Menschheit bereits fortgeschritten ist. Diese könnte eines Tages ebenso plötzlich vollendet sein wie die Emanzipation Afrikas. — Das Gebot der Stunde heißt Partnerschaft zwischen Weiß und Farbig, und es heißt für die Weißen, die Gunst des Augenblicks zu nutzen, denn er läuft unaufhaltsam ab. Jede Umdrehung des Uhrzeigers kann mit dem Paukenschlag zusammenfallen, der die furchtbare Erkenntnis bringt, daß es für eine echte Partnerschaft zu spät ist. Dann aber hieße es für die weiße Erdbevölkerung, nicht mehr nur um die Gleichberechtigung, sondern um das Überleben zu kämpfen!

Major a. D. Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz

Abrüstung ist der Preis des Friedens!

Wir leben in einer Zeit des „bewaffneten Friedens" oder in einer „Atempause" zwischen zwei Kriegen. Der letzte Krieg endete vor 15 Jahren mit dem Abwurf von 2 Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Der dritte Weltkrieg würde mit dem Abwurf von Wasserstoffbomben und dem Abschuß von interkontinentalen Raketen mit Atomsprengköpfen beginnen.

Machen wir uns bei dieser nicht zu widerlegenden Feststellung klar, was das bedeuten würde: eine einzige Wasserstoffbombe hat eine so starke Sprengwirkung wie sämtliche im letzten Kriege abgeworfenen Bomben zu einer Ladung zusammengeballt, wobei diese Explosions- und Zerstörungswirkung dann noch 6mal so stark ist. Unter dieser täglichen Bedrohung leben wir, in dieser schauerlichen Erkenntnis ziehen wir unsere Kinder groß, unter diesem Damoklesschwert gehen wir Tag für Tag unserer Arbeit nach. Müssen wir deshalb nicht immer wie-

der daran erinnern, daß die Menschheit aus diesem labilen Zustand des „Gleichgewichts des Schreckens", wobei die Wasserstoffbombe der „Garant des Friedens" (!) ist, von einem Tag zum anderen in eine noch nie dagewesene Katastrophe gestürzt werden kann?

Die Welt starrt von Waffen, die Völker ächzen unter der Last der Militärausgaben. Bereits in den „friedlichen" Zeiten des „Kalten Krieges" werden jährlich 100 Milliarden Dollar in der Welt für die Aufrüstung ausgegeben, das ist 25mal mehr als in der Zeit vor dem 2. Weltkrieg. Rund 100 Millionen Menschen, die intelligent und fähig wären, für die friedliche Arbeit ihre Kräfte nutzbringend einzusetzen, arbeiten ausschließlich für die Rüstung, das heißt für Zerstörung und Vernichtung. 20 Millionen Menschen stehen dauernd unter Waffen, während Atombomber am Himmel Tag und Nacht ihre Bahn ziehen und Raketen mit Atomsprengköpfen abschußbereit auf ihren Startplätzen stehen.

Vergegenwärtigen wir uns diese gespenstische Situation, dann dürfte doch jedem vernünftig denkenden Menschen klar sein, daß es höchste Zeit ist, wenn von seiten der Völker endlich wirksame Maßnahmen gegen diese noch nie dagewesene allgemeine Gefahr ergriffen werden. Man kann nicht darauf warten, daß ein Wunder geschieht, welches diese ungeheuerliche Bedrohung aus der Welt schaffen wird. Dieses Wunder kommt nie! Hier helfen nur kühne Handlungen und weitreichende Entschlüsse, um uns alle von der Gefahr eines Atom- und Raketenkrieges zu befreien. Je eher, desto besser.

Der sowjetische Abrüstungsplan

Das aufsehenerregende Abrüstungsprogramm, welches der sowjetische Ministerpräsident Chrustschow am 18. September 1959 der UNO unter dem donnernden Beifall aller Delegierten aus 81 Ländern vorlegte, beinhaltete folgendes:

- Auflösung aller Streitkräfte, Vernichtung des gesamten Kriegsmaterials, der Ausrüstungen und Munition.
- Völliges Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen.
- Vollständige Einstellung jeglicher Produktion von Raketenwaffen.
- Verbot aller chemischen und bakteriologischen Waffen.
- Beseitigung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien.
- Einstellung der Rüstungsproduktion.
- Abschaffung des Militärdienstes in jeder Form.
- Auflösung der Kriegsministerien, Generalstäbe und anderer militärischer Behörden.
- Streichung aller Mittel für militärische Zwecke.
- Strengste Bestrafung jeglicher Verstöße.
- Wirksame Kontrolle durch eine internationale Überwachungskommission.

Dieses Programm sollte binnen 4 Jahren in drei Etappen und in folgender Reihenfolge durchgeführt werden:

1. Etappe: Ausschließlich Reduzierung der Streitkräfte und der sogenannten konventionellen (herkömmlichen) Rüstung; Herabsetzung der zahlenmäßigen Streitkräfte der UdSSR, der USA und der Volksrepublik China auf 1 700 000, Großbritanniens und Frankreichs auf je 650 000 Mann. Diese Zahlen hatten die Westmächte 1957 im Abrüstungsunterausschuß eingebracht.

Rüstungsmaterialien werden so vermindert, daß sie mit der Stärke der Streitkräfte übereinstimmen.

Die Stärke der Streitkräfte aller anderen Staaten wird auf einer Sondertagung der UNO-Vollversammlung vereinbart.

2. Etappe: Auflösung sämtlicher Streitkräfte und aller Militärstützpunkte auf fremden Territorien. Truppen auf Stützpunkten in fremden Staaten werden ins eigene Land zurückgezogen und demobilisiert.

3. Etappe: Vernichtung aller Vorräte an nuklearen, bakteriologischen und chemischen sowie Raketen-Waffen. Ihre Produktion wird eingestellt. Abschaffung der Kriegsministerien und Generalstäbe, sowie aller militärischen und paramilitärischen Einrichtungen und Organisationen. Waffenübungen und militärische Ausbildung werden eingestellt, Mittel für militärische Zwecke werden nicht mehr bewilligt. Nach Durchführung dieser Maßnahmen dürfen die Staaten nur noch zahlenmäßig beschränkte Miliz- und Polizeikräfte behalten, die ausschließlich zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung bestimmt sind.

Dabei ist folgendes zu beachten. Der Abrüstungsvorschlag beginnt mit den konventionellen Waffen und endet mit den Kernwaffen. Warum? Weil die Westmächte immer wieder erklärt hatten, ein sofortiges Verbot der Kernwaffen würde sie benachteiligen, da die Sowjetunion ihnen dann an herkömmlichen Streitkräften und Waffen überlegen sei. Diesen Befürchtungen ist in dem sowjetischen Abrüstungsvorschlag Rechnung getragen. Die Kernwaffen sollten deshalb als letzte vernichtet werden.

Die Vereinten Nationen beschlossen auf ihrer 14. Tagung, diesen Plan und westliche Gegenvorschläge in einem Zehnerausschuß (zusammengesetzt aus 5 westlichen und 5 östlichen Staaten) zu prüfen und ein Programm für die allgemeine, vollständige und kontrollierte Abrüstung vertraglich festzulegen. Dieser Ausschuß trat im März 1960 zusammen und beendete seinen ersten Sitzungsabschnitt am 29. April, ohne daß ein Fortschritt bei den Verhandlungen erzielt werden konnte. Im westlichen „Neun-Punkte"-Dokument und in einem späteren, am 26. April vorgelegten neuen Dokument sind keine wirklichen Abrüstungsmaßnahmen vorgesehen. Man findet darin Punkte über die Einstellung der Produktion von Spaltstoffen zu militärischen Zwecken, über den Austausch militärischer Informationen, über den Aufbau einer Rüstungskontrolle und dgl. m. Auf keinen Fall wollen die Westmächte nach den Ausführungen des französischen Sprechers, Jules M o c h , Generalstäbe und sonstige militärische Organisationen abschaffen, militärische Stützpunkte in fremden Ländern aufgeben und sich konkreten Abrüstungsterminen unterwerfen.

D e r n e u e V o r s c h l a g d e r S o w j e t u n i o n

Am 2. Juni 1960 legte nun die Sowjetunion, ungeachtet des Fiaskos von Paris, den Regierungschefs aller Staaten einen neuen Abrüstungsvorschlag vor, mit dem die 10-Mächtekonferenz, die am 7. Juni ihre Beratungen nach 5wöchiger Pause wieder aufgenommen hatte, sich z. Z. befaßt. Der neue 3-Stufenplan der Sowjetunion basiert auf dem 1. Abrüstungsvorschlag, ist jedoch in der Reihenfolge der praktischen Durchführung geändert, um in wesentlichen Punkten den westlichen Vorstellungen entgegenzukommen. Der sowjetische Plan sieht 3 Etappen vor:

1. Etappe: Auf einen Vorschlag d e G a u l l e s zurückgreifend rückt jetzt das Verbot aller Atomträger an die erste Stelle. Denn wenn alle Mittel, mit denen Kernwaffen zum Ziel gebracht werden können, wie strategische und taktisch-operative Raketen, Kriegsflugzeuge, Spezialapparate im kosmischen Raum, Kriegsschiffe, U-Boote und besondere Artillerie für Atomgeschosse, vernichtet und Militärstützpunkte auf fremden Territorien aufgegeben werden, dann ist die Möglichkeit eines plötzlichen Überfalls ausgeschaltet.

Selbstverständlich ist in der Frage der stufenweisen Abrüstung jeder Verhandlungspartner darauf bedacht, daß nicht durch die eine oder andere Maßnahme die gegnerische Seite einen Vorteil erhält. Wenn also nach westlichem Verlangen die Waffe ausgeschaltet werden soll, in der die Sowjetunion eindeutig überlegen ist, nämlich die Interkontinentalrakete, mit der die Sowjetunion das amerikanische Mutterland tödlich treffen kann, dann ist es nur logisch, wenn die Sowjetunion die westlichen Stützpunkte in fremden Ländern, als Basen für Atombombenträger, ebenfalls ausgeschaltet wissen will. Selbstverständlich sind bei der Forderung auf Zurückziehung aller auf fremdem Boden stehenden Truppen auch die sowjetischen einbezogen. Der sowjetische Delegierte Sorin unterstrich dieses mit den Worten: „Sie wissen ganz genau, daß wir die besseren Waffen haben, daß wir in der Raketenentwicklung weit voraus sind, deshalb bringen wir das größere Opfer!"

Obgleich hier ein Weg ohne Vorteil für beide Seiten geebnet wäre, erklärten demgegenüber die Westmächte, daß diese Stufe „unannehmbar" sei, weil der Westen dadurch seine nukleare Abschreckungsmacht beseitigen und seine Truppen aus Europa zurückziehen müßte. Mit Bedauern kann man nur vermerken, daß der Westen damit in unaufrichtiger Weise gegen seinen eigenen Grundsatz vom Gleichgewicht der Macht verstößt und einen konstruktiven Abrüstungsschritt als „indiskutabel" bezeichnet. Denn die Ausschaltung der Fernwaffenträger ohne Einbeziehung der amerikanischen Stützpunkte rings um die Sowjetunion würde eine Verschiebung des militärischen Gleichgewichts zugunsten der USA bedeuten.

Ein weiterer wichtiger Punkt der ersten Etappe ist die Forderung, keine Atomwaffen und Informationen an Länder zu geben, die keine Kernwaffen besitzen. Hiermit ist deutlich die westdeutsche Aufrüstung mit Atomwaffen gemeint, womit uns erneut klar werden sollte, wie sehr diese Maßnahme auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung belastet.

2. Etappe: Auch hier werden gleichwertige Maßnahmen beider Seiten verlangt, nämlich Zerstörung und totales Verbot aller nuklearen, chemischen und biologischen Massenvernichtungsmittel, sowie gleichzeitige Herabsetzung der Streitkräfte auf die im ersten Plan angegebenen Truppenstärken.

3. Etappe: Auflösung aller Streitkräfte. Jedem Land bleiben nur vereinbarte Polizeikontingente. Die Rüstungsproduktion wird eingestellt und alle militärischen Einrichtungen aufgelöst. Die Partner des Abrüstungsvertrages stellen den Vereinten Nationen Kontingente für eine internationale Polizei zur Verfügung.

Westvorschläge berücksichtigt

Die Vorschläge Chrustschows enthalten eine Serie eigener Gedanken der Westmächte: im Gegensatz zu früheren westlichen Forderungen, die Abrüstung nun mit den Raketen und Atomwaffen zu beginnen; den kosmischen Raum in die Abrüstung einzubeziehen; eine internationale Polizeitruppe aufzustellen; vor jedem weiteren Abrüstungsschritt die Möglichkeiten der Kontrolle zu studieren; Produktionsstätten der Rüstung neben der Überwachung jedes einzelnen Abrüstungsschrittes zu kontrollieren; die gesamte Abrüstung nicht an einen bestimmten Termin von 4 Jahren zu binden.

Die Verminderung der Streitkräfte rückt also, entgegen dem ersten Plan, von der bisherigen ersten in die zweite Etappe, die Auflösung aller Stützpunkte im Ausland von der bisherigen zweiten in die erste Phase und die Vernichtung der Raketen und Atomwaffen von der dritten in die zweite Stufe.

Der neue sowjetische Vorschlag stellt damit eine weitgehende Berücksichtigung der westlichen Einwände gegen den früheren sowjetischen Vorschlag einer totalen Abrüstung dar, insbesondere der Kontrollfrage.

Kontrolle

Von westlicher Seite wird immer wieder die Frage der Kontrolle in den Vordergrund gerückt, mit der Behauptung, die Sowjetunion wolle sich bei der Abrüstung keiner Kontrolle unterwerfen. Dagegen hat die Sowjetunion immer wieder erklärt, daß sie für eine internationale Kontrolle auch auf ihrem Gebiet eintritt. Es sei daran erinnert, daß Kontrollvorschläge dieser Art von ihr am 10. 5. 1955, am 27. 3. 1956, am 17. 11. 1956, während der Londoner Abrüstungsverhandlungen und im Memorandum der Sowjetregierung, das der 12. Tagung der UNO-Vollversammlung vorgelegt wurde, enthalten sind. Die Sowjetunion schlägt vor, zum selben Zeitpunkt, an dem man die Abrüstungsmaßnahmen in Angriff nimmt, auch mit der Kontrolle über die Ausführung dieser Maßnahmen zu beginnen. Der Westen dagegen will zunächst ein Kontrollsystem ausarbeiten und einsetzen, ehe man sich über die eigentlichen Abrüstungsmaßnahmen geeinigt hat. Damit wird die vermeintliche Abrüstungskontrolle zur Rüstungskontrolle und letzten Endes zur Spionage. Man mag die Rüstungen noch so streng kontrollieren, deswegen werden sie nicht aufhören zu bestehen und die Armeen nicht um einen Soldaten verkleinert. Solange keine klare und bindende Vereinbarung über eine wirkliche Abrüstung getroffen ist, wird eine Rüstungskontrolle unwirksam sein und auch die Kriegsgefahr nicht bannen und die Rüstungslasten nicht vermindern.

Chrustschow sagte am 25. April 1960 in Baku ganz eindeutig:

„Wir sind für strenge Kontrolle unter der Bedingung der Abrüstung, und wir sind gegen Kontrolle ohne Abrüstung. Die Sowjetunion bleibt auf diesem Standpunkt und wird ihn nie aufgeben."

Einen Tag später schrieb die „New York Harald Tribune" unter Bezugnahme auf diese Erklärung, wie auch einige andere westliche Presseorgane:

„Rußland besteht darauf, daß Abrüstungsverpflichtungen übernommen werden, bevor konkrete Kontrollmaßnahmen auch nur zur Erörterung kommen," womit eine offenkundige Falschmeldung verbreitet wurde.

Ein anderes Beispiel: Die Genfer Verhandlungen zur Einstellung der Kernwaffenversuche hatten bisher zur Fertigstellung von 17 Paragraphen des Abkommens geführt. Auch hier hatte die Sowjetunion einer Kontrolle durch Beobachtungsposten auf ihrem Boden zugestimmt. Die Expertenkonferenz von 1958 hatte für die ganze Welt 170 Kontrollposten an Land und 10 auf See zur Feststellung von Atomexplosionen als ausreichend angesehen. Jetzt behaupten plötzlich Teilnehmer der Atomenergiekommission des Kongresses, allein in der Sowjetunion müßten 600 (!) Kontrollposten eingerichtet werden.

Die Sowjetunion hat auch in ihrem jetzigen Vorschlag für jede einzelne Abrüstungsetappe ausführlich die dafür notwendigen Kontrollmaßnahmen vorgeschlagen, die unter Aufsicht der UNO durchgeführt und mit Fortschreiten der Abrüstung immer mehr erweitert werden sollen. Chrustschow sagte dazu: „Wenn die Abrüstungsmaßnahmen verwirklicht sind, dann wird wohl kaum jemand Einwände gegen ein Überfliegen der Territorien von Ländern zum Zwecke des Fotografierens beliebiger Orte aus beliebigen Höhen erheben".

Aus diesen Beispielen wird deutlich, daß das Kontrollproblem immer wieder zu dem Versuch benutzt wird, die Sowjetunion zu diffamieren, sie wolle die Kontrolle hintertreiben oder gar ablehnen.

Reaktion der Westmächte

Die Einwände des Westens gegenüber dem neuen Abrüstungsplan müssen dagegen allmählich den Verdacht aufkommen lassen, daß er die Abrüstung gar nicht will. Wenn man auch die Bereitschaft Moskaus, trotz des Fiaskos die Genfer

Abrüstungsverhandlungen fortzusetzen, als erfreulich bezeichnet und die Vorschläge einer sorgfältigen Prüfung unterziehen will, so erklären amtliche Kreise in den westlichen Hauptstädten bereits, daß die neuen Vorschläge kaum annehmbar seien. Der französische Vertreter, Jules Moch, stimmte der 1. Etappe des sowjetischen Vorschlages zu, da eine Vereinbarung über die Abschaffung der Kernwaffenträger von allen bisher vorgeschlagenen Maßnahmen am einfachsten zu verwirklichen sei.

Sofort erklärte der amerikanische Sprecher Eaton, „daß die Sowjets mit ihrem Abrüstungsvorschlag versuchten, den Westen zu spalten, indem sie Zugeständnisse an Frankreich machten". Zum anderen bestehe auf westlicher Seite der Eindruck, „der neue Vorschlag sei als ein Paket in die Diskussion geworfen worden nach dem Motto: Entweder nehmt ihr ihn, so wie er ist, oder ihr laßt ihn!" Eine Behauptung, die schon deswegen nicht stimmt, weil es bereits der 2. Vorschlag der Sowjetunion ist, in den eine Reihe westlicher Vorstellungen aufgenommen sind, während der Westen bisher noch keine eigenen Vorschläge zu machen bereit war. Natürlich sind, wie die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" vom 7. Juni schreibt, „die sowjetischen Zugeständnisse an den Westen nur scheinbar. Nichts deutet darauf hin, daß die Sowjets jetzt bereit seien, ihr gesamtes Kriegspotential bereits von Anfang an der internationalen Kontrolle zu unterstellen." Auch die Erfüllung der amerikanischen Forderung nach einer internationalen Polizeitruppe „hat einen Haken". Denn „die Unterstellung dieser Truppen unter den Sicherheitsrat sei keine Gewähr, um die Exekution des Völkerrechts überall auf der Welt zu garantieren." Auch die Hamburger Zeitung „Die Welt" vom 10. Juni gibt dem Plan schlechte Aussichten: „... trotz einiger Punkte, in denen er einzelnen westlichen Vorstellungen entgegenkommt, ist er mit harten Nüssen gespickt ... Durch geschickte Umstellung einzelner Phasen gegenüber seinem im September 1959 den Vereinten Nationen unterbreiteten ersten Plan hat er (Chrustschow) dem Westen die Zustimmung nicht erleichtert." Schließlich setzt sich der Bundesverteidigungsminister Strauß mit Nachdruck für eine verstärkte gemeinsame Planung, Produktion und Ausrüstung innerhalb der Nato ein und sagt, „wirtschaftliche Interessen staatlicher und privater Art müssen grundsätzlich hinter militärischen Notwendigkeiten zurückgestellt werden." Da kann die westdeutsche Presse einem Abrüstungsplan natürlich nur mit Skepsis, Ablehnung und Pessimismus begegnen.

Dabei sollte man bedenken, daß der militärische Wettlauf zwischen West und Ost nicht zugunsten der USA auszugehen scheint, wie der Raketen- und Weltraumvorsprung der Sowjetunion beweist, und auch das Stützpunktsystem auseinanderzufallen droht, wie die Unruhen in Südkorea, Südvietnam, Japan und der Türkei als Anfänge zeigen. Die Zeit arbeitet also gegen den Westen, wodurch er gezwungen sein wird, sehr bald einen eigenen Abrüstungsvorschlag vorzulegen, wenn er in Zukunft weiter eine aussichtsreiche Verhandlungsposition einnehmen will.

Abrüstung ist Existenzfrage

Das Abrüstungsproblem ist heute der neuralgische Punkt der Weltpolitik, das Problem aller Probleme. Die Lage hat sich nach dem Nichtzustandekommen der Gipfelkonferenz wohl verschlechtert, ist aber nicht hoffnungslos. Das zeigt sich an der weiteren Verhandlungsbereitschaft der Regierungschefs aller vier Großmächte und besonders an dem neuen Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion, wodurch eine weitere Grundlage zur Fortführung der Abrüstungsverhandlungen gegeben ist.

Die Völker dürfen jetzt nicht dulden, daß sie in die schlimmsten Zeiten „Kalten Krieges" zurückgeworfen werden, das hemmungslose Wettrüsten fortgesetzt wird und die Gefahr eines bewaffneten Konflikts sich immer weiter ausdehnt. Die allgemeine und vollständige Abrüstung unter internationaler Kontrolle muß Wirklichkeit werden, wenn der Frieden erhalten bleiben soll.

Johannes Weidenheim

Denkt schneller, Christen!

Nach dem Donnerschlag von Paris befleißigte sich ein bestimmter Typus unter unseren deutschen Zeitgenossen, eine ganz spezielle, nur noch psychiatrisch erklärbare Genugtuung an den Tag zu legen:

Da habt ihrs nun, ihr spinneten Intellektuellen und Koexistenzler! Haben wirs euch nicht immer schon gesagt: die Soffjets wollen gar keine Koexistenz? Adenauers Politik ist eben doch das einzig Richtige . . .

So und ähnlich hörte, sah und fühlte sich das an, und es konnte ja allerdings im ersten Augenblick tatsächlich den Anschein haben, als hätten die Kräfte der Verständigung eine harte, folgenschwere Niederlage erlitten; einen lähmenden Tag lang grinste die Fratze des Mars sie an.

Inzwischen hat der Mond nur einmal gewechselt, und schon sieht wieder manches anders aus: Die angebliche Unvermeidbarkeit des großen Krieges ist durch das Pariser Debakel um keinen Deut mehr bewiesen worden, als sie es zuvor gewesen. Fassen wir uns kurz: Es befindet sich erneut alles in Fluß. Der separate Friedensvertrag mit der DDR — und damit auch eine eventuelle Zuspitzung der Lage in Westberlin — wurde abermals um ein Stück hinausgeschoben, und die neuesten Abrüstungsvorschläge der Sowjets kommen den Vorstellungen des Westens immerhin näher als jemals bisher.

Der Kampf um den Frieden geht also weiter — angereichert um den Blick in den Abgrund, den Paris uns allen beschert hat, den Anhängern der Koexistenz ebenso wie den Kalten Kriegern. Mögen die ersten sich ihrer vollen Verantwortung bewußt werden, und mögen die zweiten sich an die Nase fassen und sich klar werden, daß sie mit der Hölle spielen. Und mögen vor allem diejenigen in den USA, die demnächst diesen so jammervoll zusammengeschlagenen Präsidenten und seinen Stab abzulösen haben, sich nach Paris bewußt machen, daß ihnen der Fluch einer ganzen irritierten Menschheit droht, wenn sie zwischen materieller Kraft und Führungsanspruch einer- und verstandesmäßiger Bewältigung der Zeit andererseits eine auch nur halb so breite Lücke klaffen lassen, wie der dem politischen Kunstspiel nicht gewachsen gewesene, wenn auch noch so ehrenwerte General Eisenhower das getan hat. Ungezählte Millionen der Welt erwarten von ihnen gebieterisch nicht die Fortsetzung des aussichtslosen, nihilistischen Abenteuers, wie man die offensichtlich mit mehr Wassern gewaschenen Russen doch noch militärisch übertölpeln könnte, sondern eine entscheidende, musterhafte Anregung zugunsten des Friedens — an den man natürlich erst dann ohne jedes Spannungsirresein herangehen kann, wenn man sich mit der durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Machttopographie — an der die Westmächte ja nach Kräften mitgearbeitet haben — abfindet.

Aber bleiben wir nicht bei den USA stehen — wo ohnehin, wie es scheint, wieder einmal eine Gewissenserforschung im Gang ist; hoffentlich nimmt sie diesmal

Die Völker dürfen jetzt nicht dulden, daß sie in die schlimmsten Zeiten „Kalten Krieges" zurückgeworfen werden, das hemmungslose Wettrüsten fortgesetzt wird und die Gefahr eines bewaffneten Konflikts sich immer weiter ausdehnt. Die allgemeine und vollständige Abrüstung unter internationaler Kontrolle muß Wirklichkeit werden, wenn der Frieden erhalten bleiben soll.

Johannes Weidenheim

Denkt schneller, Christen!

Nach dem Donnerschlag von Paris befleißigte sich ein bestimmter Typus unter unseren deutschen Zeitgenossen, eine ganz spezielle, nur noch psychiatrisch erklärbare Genugtuung an den Tag zu legen:

Da habt ihrs nun, ihr spinneten Intellektuellen und Koexistenzler! Haben wirs euch nicht immer schon gesagt: die Soffjets wollen gar keine Koexistenz? Adenauers Politik ist eben doch das einzig Richtige . . .

So und ähnlich hörte, sah und fühlte sich das an, und es konnte ja allerdings im ersten Augenblick tatsächlich den Anschein haben, als hätten die Kräfte der Verständigung eine harte, folgenschwere Niederlage erlitten; einen lähmenden Tag lang grinste die Fratze des Mars sie an.

Inzwischen hat der Mond nur einmal gewechselt, und schon sieht wieder manches anders aus: Die angebliche Unvermeidbarkeit des großen Krieges ist durch das Pariser Debakel um keinen Deut mehr bewiesen worden, als sie es zuvor gewesen. Fassen wir uns kurz: Es befindet sich erneut alles in Fluß. Der separate Friedensvertrag mit der DDR — und damit auch eine eventuelle Zuspitzung der Lage in Westberlin — wurde abermals um ein Stück hinausgeschoben, und die neuesten Abrüstungsvorschläge der Sowjets kommen den Vorstellungen des Westens immerhin näher als jemals bisher.

Der Kampf um den Frieden geht also weiter — angereichert um den Blick in den Abgrund, den Paris uns allen beschert hat, den Anhängern der Koexistenz ebenso wie den Kalten Kriegern. Mögen die ersten sich ihrer vollen Verantwortung bewußt werden, und mögen die zweiten sich an die Nase fassen und sich klar werden, daß sie mit der Hölle spielen. Und mögen vor allem diejenigen in den USA, die demnächst diesen so jammervoll zusammengeschlagenen Präsidenten und seinen Stab abzulösen haben, sich nach Paris bewußt machen, daß ihnen der Fluch einer ganzen irritierten Menschheit droht, wenn sie zwischen materieller Kraft und Führungsanspruch einer- und verstandesmäßiger Bewältigung der Zeit andererseits eine auch nur halb so breite Lücke klaffen lassen, wie der dem politischen Kunstspiel nicht gewachsen gewesene, wenn auch noch so ehrenwerte General Eisenhower das getan hat. Ungezählte Millionen der Welt erwarten von ihnen gebieterisch nicht die Fortsetzung des aussichtslosen, nihilistischen Abenteuers, wie man die offensichtlich mit mehr Wassern gewaschenen Russen doch noch militärisch übertölpeln könnte, sondern eine entscheidende, musterhafte Anregung zugunsten des Friedens — an den man natürlich erst dann ohne jedes Spannungsirresein herangehen kann, wenn man sich mit der durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Machttopographie — an der die Westmächte ja nach Kräften mitgearbeitet haben — abfindet.

Aber bleiben wir nicht bei den USA stehen — wo ohnehin, wie es scheint, wieder einmal eine Gewissenserforschung im Gang ist; hoffentlich nimmt sie diesmal

tiefere Dimensionen an als die eines Quiz für Interne. Das Mindeste, was dabei herauskommen müßte, wäre zum Beispiel die Erkenntnis, daß man die schweren antiamerikanischen Demonstrationen in Japan so lange nicht richtig einschätzen kann, als man sie hilflos und schlicht dem „internationalen Kommunismus" in die Schuhe schiebt.

Und in der Bundesrepublik? Wie sieht es hier nach der nicht stattgefundenen Gipfelkonferenz aus? Da sticht die Neigung ins Auge, die sowjetische Politik auf Chrustschows Pariser Gebrüll festzunageln und so zu tun, als sähe man nicht, daß seither bereits wieder allerhand Wasser, am Bundeshaus vorbei, den Rhein hinabgeflossen ist. Es mutet wie Wollust am Katastrophalen an, wenn Chrustschows Pariser Unzugänglichkeit immer noch höher bewertet wird als etwa die inzwischen erfolgte Zustimmung der sowjetischen Regierung zu kontrollierter Abrüstung oder auch als jener kürzlich erschienene, wirklich bedeutungsvolle Aufsatz in der parteiamtlichen „Pravda", der just nach Paris den Gegnern der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und militärischen Koexistenz mit dem Westen im eigenen Lager die Leviten liest (von einer ideologischen Koexistenz ist ja ohnehin nie die Rede gewesen).

Ist es demgegenüber so abwegig, gerade jetzt von der Bundesregierung eine Initiative zu fordern? Brennt die Krise nicht gerade uns Deutschen am heißesten auf der Haut, und hat Paris nicht mit einer Drastik, die nichts zu wünschen übrig läßt, gezeigt, daß die Gefahr des Untergangs nur immer weiter zunehmen kann, so lange jede Seite fortgesetzt über den Frieden monologisiert, statt auch nur das Geringste für ihn zu tun?

Es ist zu wenig, viel zu wenig, wenn unsere Regierung monoton die Versicherung wiederholt, sie werde sich einem zustandegekommenen Abkommen über die kontrollierte Abrüstung „anschließen". Der neueste diesbezügliche Entwurf, auch wenn er aus dem Kreml kommt, sollte ihr die Möglichkeit geben, endlich aus ihrer verdächtigen Passivität auszubrechen und auf ihre Verbündeten aktiv einzuwirken — freilich in anderer Richtung, als Adenauer das vor Paris so fleißig getan hat. Aber sie tut es nicht. Stattdessen stellen ihre Vertreter im Parlament der „Westeuropäischen Union" den, gottlob noch einmal abgelehnten, Antrag, die Truppen der WEU — also auch die der Bundesrepublik — mit taktischen Kernwaffen auszurüsten!

„Aufrüstung: nun erst recht!" — ist das vielleicht die Konsequenz, die man in Bonn aus der Flammenschrift von Paris gezogen hat? Das würde dann allerdings Weltrekord in Gedankenträgheit bedeuten — nicht einmal zu unterbieten von jenen Illusionisten in Washington, die allen Ernstes geglaubt zu haben scheinen, „Politik der Stärke" sei nur im Westen möglich. Denn in Wirklichkeit liegt ja alles genau umgekehrt: Gerade das Rüstungsfieber hat eine Entspannung bis auf diesen Tag verhindert, hat Paris zum Fehlschlag verdammt, wird, wenn es sich weiter steigert, auch in Zukunft jede neue Annäherung von vornherein zum Verdorren verurteilen und wird zukünftigen „nicht stattgefundenen" oder gar „gescheiterten" Gipfelkonferenzen von Mal zu Mal nur noch die gesteigerte Rolle einer Introduktion zum Krieg zudiktieren.

Paris war nicht nur schrecklich, es war auch heilsam: man sieht jetzt manches schärfer. Die „Politik der Stärke" hat die Sowjets nicht nur nicht nachgiebiger, sondern sie hat sie schlichtweg unnachgiebiger gemacht. Der Slawe, das sollten wir auch politisch nicht übersehen, ist als Mensch mit dem Pfirsich vergleichbar: außen weich, nach innen immer fester und im Kern schließlich hart. Es steht dazu in keinerlei Widerspruch, wenn „der Kreml" unmittelbar nach einem dramatischen Spektakel neue und nunmehr auch praktikable Demobilisationsvorschläge macht. Was sich hier ausdrückt, ist unter anderem auch jene pragmatische

Lebensklugheit, die sich und anderen sagt: Wenn wir uns auch im Innersten nicht verstehen — auskommen müssen wir doch miteinander ...

Und das müssen wir in der Tat, denn unter dem Aspekt der Massenvertilgungsmittel — zu denen die thermonuklearen Bomben ja nur den Anfang bilden — sind die Bewohner der Erde, ob ihnen das paßt oder nicht, zur Entwicklung eines gewissen Familienbewußtseins verurteilt! Die Frage ist nur, ob dieses Bewußtsein sich schnell genug entwickelt wird, um noch eingreifen zu können in den Lauf der Dinge. Diese Frage ist durchaus vergleichbar mit dem Problem, ob eine einem Ertrinkenden zugedachte Rettungsleine diesen noch erreicht, bevor die Kräfte ihn verlassen.

Wiederholen wir es nur: In Paris ist der Menschheit ein Blick auf die Apokalypse gewährt worden. Danach kann nur noch eines einen politischen Sinn haben: die für den Bestand unserer Welt unerläßliche Entschärfung entschlossener und schneller als bisher zu betreiben, damit die Waffenarsenale und die Generalstäbe sich nicht beliebig weiter blähen können — bis sie sich eines Tages unserer Kontrolle entzögen und nach eigenen Gesetzen zu wirken begönnen. Es gilt, schneller denken zu lernen, als das dumpfe Unheil, genährt von allerlei Enterbten der Zeit, wachsen kann.

In diesem Beschleunigungsprozeß kommt der Bundesregierung eine historische Pflicht zu. Wird sie diese auch nur erkennen? Paris war nicht nur Schlußpunkt, sondern auch Neuanfang, für alle; darum soll man nicht jetzt schon behaupten, der und jener habe daraus wieder einmal nichts gelernt; man wird beobachten müssen, wie es nach der Sommerpause weitergeht. Nur: die Zeichen bei uns stehen nicht eben gut, das ist es. Hier zwei Exempel aus jüngster Zeit, aus Nachpariser Tagen, ein außen- und ein innenpolitisches, die beide den Vorzug haben, nicht schon von der Tagespresse breitgetreten worden zu sein:

Unsere Regierung brachte das einzigartige Weltkunststück fertig, dem osmanischen Undemokraten und Vabanquespieler Menderes von unseren guten Steuergeldern 150 Millionen Mark Barkredit in dem Augenblick zuzuschanzen, als er schon im Fallen war, — eine unserer vielen Opfergaben an das Gestern und eines jener Symbole, die zeigen, wie schwer wir es mit der unerläßlichen Grundstimmung für das Morgen haben: der Nüchternheit.

Und das andere: Zu Pfingsten eben wieder trafen sich nicht nur allerlei Landsmannschaften, sondern auch, von der Presse weniger beachtet, die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) — und zwar auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Es hatten auch Vertreter des sowjetischen Verbandes der Kriegsveteranen ihre Teilnahme zugesagt, in der Absicht, bei dieser Gelegenheit Kränze an dem in der Nähe des Lagers liegenden Totenmal für 50 000 sowjetische Kriegsgefangene niederzulegen. Zwei Russen hätten also kommen sollen, beides ehemalige deutsche Kz-Häftlinge, doch kamen sie schließlich nicht, weil das Bundesinnenministerium ihnen die Einreise verweigerte. Das geschah zur gleichen Zeit, als sich in der mittelfränkischen Stadt Windsheim 1300 Waffen-SS-Veteranen versammelten, um den Kommandeur der einstigen „Leibstandarte", Sepp Dietrich, stürmisch zu feiern; auch sangen sie natürlich Lieder, unter anderen „Wir sind die schwarze Garde, die Adolf Hitler liebt" und „Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu", — wogegen die Bevölkerung bei der Polizei protestierte, doch sah diese sich zu ihrem Bedauern außerstande, einzuschreiten, weil sie diese Lieder „auf der Verbotsliste" nicht finden konnte ...

An wen oder was ist diese Opfergabe gerichtet, und wofür ist das ein Symbol? Jedenfals nicht für das Zu-uns-selbst-kommen, das Paris uns noch einmal dringlichst empfohlen hat.

Dr. Hans-Wilkin von Borries

Handel zwischen den „Blöcken" und Koexistenz

Nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz ist es heute mehr denn je notwendig, Entspannung überall dort zu suchen, Koexistenz überall dort zu verwirklichen, wo immer sich Ansatzpunkte finden lassen. Ein solcher Ansatzpunkt, und noch dazu ein realer, ist ohne Zweifel der internationale Handel, hier also der Handel von Block zu Block. Dieser Handel kann allerdings Koexistenz und Entspannung nur fördern, wenn es ein wirklich friedlicher, der Wohlfahrt der Völker dienender, nicht ein imperialistischer, politischen Zielen nutzbar gemachter Handel ist.

Es dürfte schwerlich ein Land zu finden sein, das — im Hinblick auf seine eigene Wohlfahrt — nicht von einem Handelsaustausch über die Grenzen hinweg profitiert. Wo nicht die Politiker aus anderen denn wirtschaftlichen Motiven heraus dem internationalen Handel Grenzen setzen, gibt es für ihn keine ernsthaften Hindernisse. Wirtschaftliche Autarkie, die bewußte Selbstabschnürung eines Landes vom Weltmarkt, ist noch immer aus politischen oder militärischen Gesichtspunkten heraus angestrebt worden, nicht aus Gründen ökonomischer Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit.

Der Umfang des Welthandels

Einem weltweiten internationalen Handel stehen heute praktisch keine technischen Hemmnisse mehr entgegen. Die verfügbaren Kommunikationsmittel und Verkehrsträger sind vielfältiger, leistungsfähiger und schneller als zuvor. Wo es noch „unerschlossene" Gebiete auf der Erde gibt, ist dies weniger ein Zeichen für eine (technische) Unerschließbarkeit als für einen niedrigen Entwicklungsgrad, dessen Gründe zumeist in der politischen und sozialen Entwicklung liegen. Es braucht heute keine „abseitigen" Länder mehr zu geben. Die Schätze, die die Erde birgt, und die Produkte, die irgendwo erzeugt werden, können allen Ländern und Völkern zugänglich gemacht werden. Wohlfahrt braucht kein Prvileg einiger weniger begünstigter Staaten zu sein.

Trotz mancherlei politischer Hemmnisse hat sich denn auch ein weltweiter Handel entwickelt, wie es ihn niemals früher gegeben hat. Welthandel bedeutet heute nicht mehr nur Handel zwischen Ländern eines Kontinents oder bestimmter Regionen; Welthandel in der Mitte unseres Jahrhunderts ist wirklich ein Handelsaustausch aller Länder der Erde, aller fünf Kontinente untereinander. Ohne die Staaten des Ostblocks betrug das Volumen des Welthandels im Jahre 1957 rund 207 Mrd. Dollar gegenüber 51 Mrd. Dollar im Jahre 1937. Das reale Ausfuhrvolumen der Welt (auf der Basis 1953 = 100) stieg von 70 im Jahre 1938 auf 131 im Jahre 1957 (ohne Ostblockländer).

Welthandel nach Ländergruppen (in Mrd. Dollar)

Ländergruppe	1937	1950	1957
USA und Kanada	9,0	26,2	46,8
Lateinamerika	4,0	12,4	17,6
Kontinental-Westeuropa	15,9	29,7	64,4
Sterlinggebiet	15,4	31,9	48,6
Restliche Länder (ohne Ostblock)	7,1	15,8	29,7
Insgesamt (ohne Ostblock)	51,4	116,0	207,1

Quelle: Börsen- und Wirtschafts-Handbuch 1959.

Der Außenhandelsumsatz der Ostblockländer (ohne Mongolische Volksrepublik, Nordkorea und Nordvietnam) wird für das Jahr 1957 auf 23,6 Mrd. Dollar geschätzt. Der gesamte Welthandel belief sich also in diesem Jahr auf mehr als 230 Mrd. Dollar.

Internationale Handelsverflechtungen der Bundesrepublik

Als hochentwickeltes „altes" Industrieland ist die Bundesrepublik ein gewichtiger Partner auf dem Weltmarkt. Sie braucht den Weltmarkt zum Absatz ihrer Industrieprodukte ebenso sehr wie zur Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsgütern. Angebot und Nachfrage der Bundesrepublik auf den internationalen Märkten liegen aber im gleichen Maße auch im Interesse ihrer Handelspartner.

Im Jahre 1959 betrug das Außenhandelsvolumen der Bundesrepublik 77 Mrd. DM. Wichtigster Handelspartner der Bundesrepublik sind die Vereinigten Staaten. Die übrigen bedeutenderen Handelspartner liegen vornehmlich im westlichen Europa.

Demgegenüber ist das Volumen des Handels mit den Ländern des Ostblocks noch immer verhältnismäßig gering.

Außenhandel der Bundesrepublik 1959

Land/Gebiet	Einfuhr [1]		Ausfuhr [2]	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Außenhandel insgesamt	35 823	100,0	41 184	100,0
EWG-Länder	10 334	28,9	11 463	27,8
EFTA-Länder	7 420	20,7	11 107	27,0
europ. OEEC-Länder	18 905	52,8	23 997	58,2
USA	4 576	12,8	3 776	9,2
europ. Ostblockländer [3]	1 367	3,8	1 320	3,2
Sowjet-Union	443	1,2	383	0,9
asiatische Volksrepubliken	280	0,8	548	1,3

Quelle: Wirtschaft und Statistik H. 3/1960.

[1]) nach Herstellungsländern [2]) nach Verbrauchsländern [3]) einschließlich Sowjet-Union

Allein diese Zahlen lassen schon den Schluß zu, daß im Osthandel der Bundesrepublik noch erhebliche Reserven liegen. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Rückblick auf die „große Zeit" des deutsch-sowjetischen Handels um 1930 herum. Gemessen am Volumen des gegenseitigen Handelsaustausches stand damals die Sowjet-Union zeitweilig an zweiter Stelle unter den Handelspartnern des Deutschen Reiches. Weltwirtschaftskrise, allgemeiner Rückgang des Welthandels und Arbeitslosigkeit machten die lieferfähige und aufnahmebereite Sowjet-Union zu einem besonders interessanten Handelspartner.

Deutsch-sowjetischer Handel 1928—1932

Jahr	Einfuhr		Ausfuhr	
	Mill. RM	% [1])	Mill. RM	% [1])
1928	378,6	2,7	403,4	3,3
1929	425,7	3,2	353,9	2,6
1930	436,3	4,2	430,6	3,6
1931	303,5	4,5	762,7	7,9
1932	270,9	5,8	625,8 [2])	10,9 [2])

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, 1933.

[1]) Jeweils in Prozent der gesamten Einfuhr bzw. Ausfuhr.

[2]) Zum Vergleich Ausfuhr in die USA: 632,8 Mill. RM = 11,0 %.

Wenn sich auch die wirtschaftlichen Interessen der Länder — im Zuge teils politischer, teils ökonomischer Strukturwandlungen — bis zu einem gewissen Grade verlagert haben, so ist dennoch nicht einzusehen, warum der Osthandel der Bundesrepublik keiner wesentlichen Erweiterung fähig sein sollte. Das gilt besonders für den Handelsaustausch mit der Sowjet-Union, obgleich gerade für diesen — eingedenk der Entwicklung der Sowjet-Union und der konjunkturellen Situation in der Bundesrepublik — heute andere Gegebenheiten entscheidend sind als vor dreißig Jahren. Nicht zuletzt wird es darauf ankommen, die Märkte des östlichen Auslandes und dessen Liefermöglichkeiten genauer zu erforschen sowie sich mit den speziellen Bedingungen des Osthandels vertraut zu machen. Diese Aufgabe kann von den privaten Unternehmern allerdings nicht allein erfüllt werden. Notwendig ist gleichermaßen eine Förderung des Osthandels durch den Staat, die mehr sein muß als die bloße Duldung eines solchen Handels.

Internationale Handelsverflechtungen der DDR

Wie die Bundesrepublik — im Rahmen zahlreicher internationaler wirtschaftlicher Organisationen — überwiegend Handel mit den Ländern der sog. westlichen Welt treibt, so ist umgekehrt der Außenhandel der DDR weitgehend nach Osten ausgerichtet. Der Zusammenschluß der Ostblockstaaten im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (COMECON = Council of Mutual Economic Aid) hat ein übriges getan, die DDR eng an den Ostblock zu binden. Dabei greift die Zusammenarbeit im Rahmen des COMECON insofern tiefer in die wirtschaftliche Selbständigkeit der beteiligten Länder ein, als das bei den wirtschaftlichen Zusammenschlüssen des Westens der Fall ist, als es sich nicht einfach um eine Organisation zur Intensivierung des gegenseitigen Handels handelt, sondern darüberhinaus bei der Produktion bestimmter Güter eine gewisse Arbeitsteilung innerhalb der Länder dieser Gruppe bezweckt wird. Jedes Land soll sich auf die Produktion der Güter spezialisieren, für die bei ihm die günstigsten Voraussetzungen gegeben sind.

Der weitaus überwiegende Teil des Außenhandels der DDR wird mit einigen wenigen Ländern abgewickelt. Der Handel mit der Sowjet-Union allein machte im Jahre 1958 48,5 % des Außenhandelsvolumens der DDR aus. Der Anteil der vier wichtigsten Handelspartner der DDR (Sowjet-Union, Tschechoslowakei, China, Polen) am Gesamtumsatz des Außenhandels betrug im gleichen Jahre 72,4 %. Die Ost-Orientierung des Handels der DDR ist also noch wesentlich ausgeprägter als die West-Orientierung des Außenhandels der Bundesrepublik.

Außenhandel der DDR 1958

Land	Einfuhr		Ausfuhr	
	Mill. Rubel	%	Mill. Rubel	%
Insgesamt	5 959,0	100,0	6 713,4	100,0
sozialistische Länder	4 765,2	80,0	5 801,8	86,4
andere Länder	1 193,8	20,0	911,6	13,6
Sowjet-Union	2 776,6	46,6	3 383,8	50,4
Tschechoslowakei	567,4	9,5	602,5	9,0
China	415,3	7,0	533,0	7,9
Polen	338,9	5,7	575,5	8,6

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1958.

Der Interzonenhandel

Der Interzonenhandel, noch immer so benannt, obgleich es längst keine „Zonen" mehr gibt, ist ein handelspolitisches Kuriosum, nur verständlich aus der Art

und Weise der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und der staatsrechtlichen Situation in ihrem Verhältnis zueinander. Formell ist der Interzonenhandel eine besondere Form des Binnenhandels. Er wird nicht zum Außenhandel gerechnet, sondern die Fiktion eines einheitlichen Handelsgebietes der beiden Länder aufrecht erhalten. Faktisch ist der Interzonenhandel ein Handelsaustausch zwischen zwei verschiedenen Staatsräumen, Währungsgebieten und Wirtschaftssystemen. Er basiert nicht auf echten Handelsverträgen, sondern auf besonderen Vereinbarungen, die von den Beauftragten der beiden Regierungen getroffen werden. Durch diese Konstruktion des Interzonenhandels war es bisher immerhin möglich, ungeachtet der staatsrechtlichen und politischen Probleme, die das Verhältnis zwischen Bundesrepublik und DDR belasten, einen unter den gegebenen Umständen recht beachtlichen Güteraustausch in Gang zu bringen.

Das Volumen des Interzonenhandels erreichte im Jahre 1959 nahezu 2 Mrd. VE (Verrechnungseinheiten = DM-West). Davon entfallen auf Lieferungen der Bundesrepublik 1062,6 Mill. VE, auf Bezüge der Bundesrepublik 935,5 Mill. VE. Trotz der stetigen Steigerung des Interzonenhandels (1957: 1683 Mill. VE, 1958: 1753 Mill. VE) ist sein Umfang im Verhältnis zum Außenhandel der beiden deutschen Teilstaaten doch noch als ziemlich gering anzusehen. Sowohl bei der Bundesrepublik als auch bei der DDR ist der Handelsaustausch mit einigen außerdeutschen Staaten bedeutender als der Interzonenhandel.

Nicht nur die Unterschiedlichkeit der Wirtschaftssysteme und die Zugehörigkeit zu verschiedenen Wirtschaftsblöcken, sondern auch die wirtschaftsstrukturellen Umschichtungen nach dem Kriege wirken sich erschwerend auf den Warenaustausch zwischen den beiden deutschen Wirtschaftsgebieten aus. Insbesondere in der DDR sind in den letzten Jahren zahlreiche neue Produktionsanlagen, vor allem solche der Schwerindustrie, enstanden, die sie von den traditionellen Lieferungen aus dem westlichen Deutschland unabhängig gemacht haben. Die Lieferungen der Bundesrepublik an die DDR betrafen im Jahre 1958 vor allem folgende Güter: Eisen und Stahl (202,3 Mill. VE), Erzeugnisse des Maschinenbaues (105,2 Mill. VE), landwirtschaftliche Erzeugnisse (131,6 Mill. VE). Die Bundesrepublik bezog aus der DDR insbesondere Braunkohlenbriketts (222,4 Mill. VE), landwirtschaftliche Erzeugnisse (119,6 Mill. VE), Textilien (90,3 Mill. VE), Kraftstoffe und sonstige Mineralölerzeugnisse (150,7 Mill. VE).

Der Interzonenhandel vollzieht sich auf der Basis von Warenlisten bzw. sog. Unter- oder Sonderkonten, in denen die jeweils gegeneinander auszutauschenden Waren und sonstigen Leistungen zusammengestellt sind. Die Güterstruktur des Interzonenhandels ist also sehr spezifiziert. Einer Ausweitung des innerdeutschen Handelsverkehrs stehen die teilweise unterschiedlichen Lieferungswünsche und -möglichkeiten entgegen. Hinzu kommt auf seiten der Bundesrepublik die Notwendigkeit, auf die jeweilige konjunkturelle Situation Rücksicht zu nehmen. So war es z. B. unmöglich, die im Austausch gegen Stahl vereinbarten Brikettbezüge in der Bundesrepublik in den letzten beiden Jahren voll unterzubringen. Hier wirkte sich der Einfluß der Krise im westdeutschen Kohlenbergbau negativ auf den Interzonenhandel aus. Auf der anderen Seite kam es jedoch zu einem Sonderabkommen, nach dem die DDR bereit war, kurzfristig 4 Mill. t Steinkohle gegen Braunkohlenbriketts und Getreide auszutauschen. Damit wurde der konjunkturellen Situation in der Bundesrepublik wiederum einigermaßen entsprochen, auch wenn dieses Angebot der DDR in der Bundesrepublik zunächst als bloße Propaganda abgetan worden war.

Der Interzonenhandel, als ein innerdeutscher Güteraustausch zwischen zwei Wirtschaftssystemen und zwei Wirtschaftsblöcken, bildet ein wesentliches Binde-

glied der beiden deutschen Teilstaaten. Ende 1957 wurde erstmalig ein zweijähriges Abkommen anstelle der bisher nur für ein Jahr gültigen Vereinbarungen über den Interzonenhandel getroffen. Im November 1959 wurde ein Übereinkommen über die Warenlisten für 1960 erzielt und damit der Anschluß an das neue Wirtschaftsjahr hergestellt. Es zeigt sich somit, daß durchaus beide Staaten an diesem Handelsverkehr interessiert sind und er der wirtschaftlichen Entwicklung beider Teilstaaten förderlich sein kann. Auf der Basis möglichst langfristiger Vereinbarungen und unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessenlage sollte es durchaus möglich sein, den Interzonenhandel zum beiderseitigen Nutzen noch erheblich zu steigern.

Wirtschaftssystem und Außenhandel

Wenn wir den internationalen Handel zwischen allen Ländern und politischen Blöcken als einen Weg oder als ein Mittel zur friedlichen Koexistenz ansehen, so dürfen doch die praktischen Schwierigkeiten wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlichem Wirtschaftssystem nicht unterschätzt werden. Im Falle des Ost-West-Handels wird man sich über die besonderen Handelsprinzipien der beiden Seiten und die möglichen und notwendigen Modalitäten im klaren sein müssen. Vereinfacht soll im folgenden von staatswirtschaftlichen und von privatwirtschaftlichen Ländern gesprochen werden. Auf einige Probleme des Handels zwischen staatswirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Ländern soll hier hingewiesen werden:

1. Im staatswirtschaftlichen System sind sowohl die Güterpreise als auch die Löhne festgesetzt. Alle Betriebe haben eine gleiche Kalkulationsbasis, die unabhängig von irgendwelchen Marktverhältnissen ist. Produktions- und Absatzmengen sind im Staatswirtschaftsplan festgelegt. — Alles das gilt für die Unternehmen im privatwirtschaftlichen System nicht. Ihre Produktionskosten hängen von den — auf dem „Markt" zustandegekommenen — Kosten der Produktionsfaktoren ab. Die Produktionsmengen sind das Ergebnis einer Schätzung der Absatzchancen. Die Güterpreise sind nicht nur von den Produktionskosten, sondern auch von den Marktverhältnissen abhängig.

2. Im staatswirtschaftlichen System werden nicht nur die eigenen Produktionsmengen bestimmt, sondern auch die Exporte und Importe im Wirtschaftsplan festgelegt. Ein solches Land kann also auf dem Weltmarkt Güter in ganz bestimmten Mengen anbieten oder nachfragen. — Länder des privatwirtschaftlichen Systems können dagegen die Mengen des Güteraustausches nicht von vornherein bestimmen, sondern höchstens obere Grenzen festsetzen. Ob in diesen Grenzen oder in welchem Umfange überhaupt ein Handelsaustausch zustande kommt, hängt von den einzelnen Unternehmen ab, unter gegebenen Umständen und Bedingungen Güter ein- oder auszuführen.

3. Entsprechend ihrer zentralen Außenhandelsorganisation und der Allzuständigkeit des Staates können Länder des staatswirtschaftlichen Systems auf dem Weltmarkt in gewisser Weise als Monopolisten auftreten. — In privatwirtschaftlich organisierten Ländern regelt der Staat nur einige Rahmenbedingungen des internationalen Handelsaustausches. Auf dem Markt selbst treten dagegen als Anbieter und Nachfragende die einzelnen, miteinander konkurrierenden (so will und verlangt es das System) Unternehmer auf.

4. Wirtschaftspolitik in privatwirtschaftlichen Ländern ist zu einem gut Teil Konjunkturpolitik. Bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und beim Handelsaustausch mit anderen Ländern wird also der konjunkturelle Faktor berücksichtigt werden müssen. — Staatswirtschaftlichen Ländern ist — vom System her — der Begriff der Konjunktur fremd. Ihr Außenhandel ist dagegen in die wirtschaft-

lichen Mehrjahrespläne einbezogen. Diese sind die Richtschnur der gesamten Wirtschaftspolitik und, da der Staat oder seine Organe auch Träger aller wirtschaftlichen Funktionen sind, verbindliche und im Prinzip realisierbare Programme der wirtschaftlichen Entwicklung.

5. Ein besonderes Problem bildet das Dumping, das Angebot von Gütern unter den Gestehungskosten (den eigenen sowohl als auch denen des Partnerlandes). Dumping können jedoch — bei Ländern annähernd gleichen Lebensstandards und Entwicklungszustandes — nur staatswirtschaftliche Länder ausüben, in denen die Güterpreise beliebig und unabhängig von den Produktionskosten festgesetzt werden können. Durch Dumping kann natürlich der Ablauf des Marktgeschehens in privatwirtschaftlichen Ländern erheblich gestört werden, und das Interesse an einem Schutz vor Dumping ist durchaus berechtigt und verständlich.

Während einem völlig freien Handel zwischen Ländern des privatwirtschaftlichen Systems prinzipiell nichts im Wege steht, ja ein solcher Handel gerade als systemgerecht zu bezeichnen ist, ist ein freier Handel zwischen privatwirtschaftlichen und staatswirtschaftlichen Ländern gerade vom System her nicht ohne weiteres möglich. Den direkten Mitteln der Wirtschaftspolitik in staatswirtschaftlichen Ländern stehen nur mehr oder weniger indirekte wirtschaftspolitische Mittel in privatwirtschaftlichen Ländern gegenüber. Während hier eine Vielzahl einzelner Unternehmer das wirtschaftliche Risiko trägt, liegt es dort letztlich allein beim Staat. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ländern unterschiedlicher Wirtschaftssysteme bedürfen also besonderer Regelungen, um auf beiden Seiten einen störungsfreien Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens zu sichern.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und internationale Wirtschaftsorganisationen

Die Sowjet-Union hat in der letzten Zeit mehrfach ihr Interesse daran bekundet, in wirtschaftlichen Organisationen der westlichen Länder mitzuarbeiten, z. B. im GATT und in der Nachfolgeorganisation der OEEC. Grundsätzlich ist, das sei eindeutig klargestellt, jeder Schritt in Richtung auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Westens und denen des Ostens zu begrüßen. Dennoch wird zu fragen sein, ob für eine Mitarbeit östlicher, staatswirtschaftlicher Länder in westlichen Wirtschaftsorganisationen eine reale Basis gegeben ist. Zeigt es sich doch, daß die Zielsetzungen vieler dieser Organisationen die Mitgliedschaft staatswirtschaftlicher Länder eigentlich von vornherein ausschließen. Die OEEC beispielsweise wurde im Jahre 1948 durch die am Marshall-Plan teilnehmenden Länder zur Durchführung des amerikanischen Hilfsprogrammes und zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dieser Länder gegründet. Die verbindende Klammer war, das darf nicht vergessen werden, auch ein im Prinzip gleiches — privatwirtschaftlich ausgerichtete — Wirtschaftssystem. Was für die OEEC gilt, trifft auch für die Gemeinschaft der im GATT (General Argreement on Tariffs and Trade) zusammengeschlossenen Länder zu. Das GATT basiert auf dem Prinzip der unbedingten Meistbegünstigung, so daß zweiseitig ausgehandelte Zollvergünstigungen auch allen anderen Vertragsländern eingeräumt werden müssen. Das GATT bestimmt ferner, daß die Partnerländer auf Einfuhrbeschränkungen verzichten müssen, wenn ihre Zahlungsbilanz positiv ist.

GATT und OEEC, um nur diese beiden Organisationen zu nennen, regeln die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ländern mit im Prinzip privatwirtschaftlichem System. Derartige Organisationen werden jedoch den Erfordernissen und Gegebenheiten des Handelsverkehrs zwischen privatwirtschaftlichen und staats-

wirtschaftlichen Ländern nicht gerecht, da sie allein auf das privatwirtschaftliche System zugeschnitten sind. So ist beispielsweise der Abbau von Zöllen und Mengenkontingenten im Handelsverkehr zwischen privatwirtschaftlichen Staaten ein wesentliches Erfordernis zur Ausweitung des Handels. Für staatswirtschaftliche Länder sind Zölle jedoch kein Mittel zur Beeinflussung des Güterverkehrs mit anderen Ländern, da Einfuhren und Ausfuhren von vornherein festgelegte Plangrößen sind. Oder etwas anderes: Zur Förderung des Handels zwischen privatwirtschaftlichen Ländern gehören Erleichterungen des Kapitalverkehrs, der Niederlassungsfreiheit (privater Unternehmen), des freien Austausches von Arbeitskräften, patentrechtliche Vereinbarungen u. ä. Es ist leicht einzusehen, daß es sich hier um Fragen handelt, die im staatswirtschaftlichen System nicht in derselben Weise relevant sind und für die es keiner oder gänzlich anders gearteter Regelungen bedarf.

Insofern wird man die jüngst ergriffene Initiative der Sowjet-Union zur Mitarbeit in westlichen Wirtschaftsorganisationen als unrealistisch bezeichnen müssen. Sie geht am Kern der Sache vorbei. Worauf es ankommt, ist die Schaffung von Vereinbarungen, die die Art und Weise speziell des Handelsaustausches zwischen Ländern mit unterschiedlichem Wirtschaftssystem regeln. Staaten mit gleichem Wirtschaftssystem haben gewisse gleichgerichtete Interessen auch bezüglich ihrer gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen. Der Zusammenschluß in gemeinsamen Organisationen, wie sie GATT und OEEC, auch EWG und EFTA auf der einen Seite, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe auf der anderen Seite darstellen, ist dementsprechend nur folgerichtig und — lassen wir die politischen Hintergründe mancher dieser Organisationen außer acht — durchaus vernünftig. Diese speziellen Organisationen durch die gegenseitige Mitgliedschaft von Ländern mit anderem Wirtschaftssystem miteinander verbinden zu wollen, ist jedoch ein müßiges, weil einfach für beide Seiten systemwidriges Unterfangen.

Das Bestehen solcher — dem System nach gegensätzlicher — handelspolitischer Organisationen sollte und braucht aber den Handel zwischen Ländern mit unterschiedlichem Wirtschaftssystem nicht zu behindern. Voraussetzung ist natürlich, daß derartige Organisationen keine Regelungen treffen, die gegen den Handel mit Ländern außerhalb der Organisation gerichtet sind, und daß sie nicht im Dienste außenpolitischer Blockbildungen oder militärpolitischer Interessen stehen, sondern bleiben, was sie der Natur der Sache nach sein sollen: Organisationen zur Förderung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Embargopolitik, wirtschaftliche Hilfsleistungen mit politischen Absichten und die Einflußnahme auf die wirtschaftliche Struktur und Entwicklung anderer Länder passen allerdings nicht in ein solches Konzept.

Zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Länder untereinander, unabhängig von ihrem politischen und wirtschaftlichen System, bieten sich die Organisationen der UNO an, die nach ihren Zielsetzungen über allen Blöcken und Interessengruppen stehen. So ist z. B. die Sowjet-Union auch Mitglied in der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE). Auf einer solchen neutralen Ebene dürften Bemühungen um eine allgemeine Förderung des Welthandels ohne Beschränkung auf bestimmte systemgebundene Interessen den größten Erfolg haben. Insofern verdient das Aktionsprogramm, das der Generalsekretär der ECE, Dr. Tuomioja, auf der Mitgliederversammlung dieser Organisation im April 1960 in Genf vorgelegt hat, Beachtung, nach dem Vertreter der ECE-Staaten die sich aus der Spaltung Europas in wirtschaftliche Blöcke ergebenden Probleme besprechen sollen. Der Vorschlag sieht weiter vor, daß bestimmte Handelsregeln ausgearbeitet werden sollen, die auf beide Wirtschaftssysteme Anwendung finden können. Gerade darum aber geht es. Es wäre daher nur zu begrüßen, wenn es im

Verfolg dieses Vorschlages zu multilateralen Vereinbarungen über die Handelsbeziehungen zwischen den Ländern beider Wirtschaftssysteme kommen würde.

Es wäre aber auch denkbar, daß Vertreter der systemgebundenen wirtschaftlichen Organisationen, z. B. der neuen OEEC-Nachfolgeorganisation und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, gemeinsam Fragen des Handelsverkehrs zwischen den beiden Blöcken behandeln. Die beiderseitige — unterschiedliche — Interessenlage kann nicht übersehen werden. Aber sie steht, wie die Erfahrung lehrt, dem Handelsaustausch zwischen Ländern verschiedener Wirtschaftssysteme nicht entgegen. Die Festlegung der Modalitäten eines solchen Handelsaustausches, die den Interessenlagen und den speziellen Erfordernissen beider Seiten gerecht werden, könnte gleichwohl durch Verhandlungen von Block zu Block erreicht werden.

So betrachtet, ist die Initiative der Sowjet-Union für eine gesamteuropäische wirtschaftliche Zusammenarbeit sehr zu begrüßen. Sie verdient Beachtung und zusammen mit den Vorschlägen von Dr. Tuomioja Berücksichtigung, um den Ost-West-Handel auf eine beiderseits befriedigende und dauerhafte Grundlage zu stellen. Dann kann und wird der Handel mehr noch als bisher die Völker der Erde miteinander verbinden und über alle politischen Unterschiede hinweg mithelfen, den Weg zu einer echten Entspannung zu bereiten. Jede Förderung der friedlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der industriell entwickelten Staaten der Welt unabhängig von ihrem Wirtschaftssystem wird nicht zuletzt auch den hilfsbedürftigen Entwicklungsländern zugute kommen und dazu beitragen, diese als gleichberechtigte Partner zum Nutzen aller in den weltumspannenden Handel zu integrieren. Eine wirtschaftliche Verständigung zwischen den Ländern unterschiedlicher Wirtschaftssysteme ist die Voraussetzung dafür, daß der internationale Handel nicht als ein Mittel zur Durchsetzung einseitiger Interessen gehandhabt wird, sondern der Wohlfahrt aller Länder, gleich welcher Entwicklungsstufe, wirtschaftlicher Struktur oder wirtschaftlicher Organisation dient.

Dr. Eugen Koller

Untergang des Abendlandes?

Die Gefahr einer kulturellen Niederlage

„Rettet die Kultur! Wenn wir uns nicht verteidigen, können wir bald nicht mehr Schule halten!" Von diesem Dogma lebt die Rüstungsindustrie.

Aber gerade dieses Dogma führt zum Niedergang der Kultur. Mächtige Kasernen überschatten notleidende Universitäten, und das Schulkind wird zum Stiefkind.

Das Dogma von der Verteidigung der Kultur führt zum Vorrang des Schwertes und damit zur Geringschätzung geistiger Arbeit. Im Osten aber zeigt sich mehr und mehr, daß der Bildungshunger der erwachenden asiatischen Völker die größte Gefahr für den Westen wird.

Der Westen verteidigt sich nach einer Richtung, aus der kein Angriff kommen kann, und vergißt darüber die andere Seite, von der heute und in Zukunft die größte Gefahr droht.

Der Kampf um Sein oder Nichtsein der Völker hat sich längst verlagert auf nichtmilitärische Gebiete. Warum? Militärischer Krieg ist unmöglich geworden,

weil heute jedermann weiß, daß Krieg niemandem Sieg oder Rettung bringen kann, sondern nur noch sicheren Untergang für alle.

Das Ringen um die Weltherrschaft ist heute zu einem Wettkampf der Erfinder und Wissenschaftler geworden, der Laboratorien und Schulstuben. Seit 1917 hat uns Propaganda eingehämmert, Bolschewismus sei kulturfeindlich, geistfeindlich. Aber am 19. 3. 1956 berichtete der amerikanische Senator B e n t o n im amerikanischen Senat über seine Studienreise durch die Sowjetunion: „Ich kam aus Rußland zurück, überzeugt, daß die Erziehung die Hauptbühne des kalten Krieges geworden ist. Die Klassenzimmer und die Bibliotheken, die Laboratorien und die Forschungsinstitute Rußlands mögen uns mehr bedrohen als ihre Wasserstoffbomben und Raketen. Die künftigen Bataillone der Sowjetexperten und Sowjettechniker versammeln sich jetzt im letzten Vorbereitungsstadium der Offensive ... Wenn wir selbstzufrieden sind in der Frage unserer Erziehungsbemühungen und unserer Erziehungssysteme, wenn wir uns den Luxus leisten, hinter die Russen zurückzufallen, dann werden wir eines Tages von den Russen übertroffen an Verstand, Unternehmungsgeist, Gedanken und Leistungen." („Bayerische Schule" 1958, Seite 319.) Senator Benton war jahrelang Leiter der amerikanischen Informationsdienste.

Die Mondraketen, wenn auch praktisch noch ohne Nutzen, sind immerhin Warnzeichen am Himmel, daß sowjetische Wissenschaft sich anschickt, den Westen zu überrunden. „Der archimedische Punkt ist rot!" schrieben westdeutsche Zeitungen. „Die psychologischen Auswirkungen (der Mondraketen) auf die Bevölkerung der Vereinigten Staaten hatten das Ausmaß einer nationalen Katastrophe." („Süddeutsche Zeitung" vom 28. Mai 1960.)

Die ganze farbige Welt ist von einer ungeheuren Gärung ergriffen, insbesondere Asien. Ungeheure Menschenmassen wurden von einer Revolution erfaßt, die ihnen geistigen Auftrieb gibt. Ein stahlharter Wille faßt alle Potenzen zusammen und bringt sie geschlossen zum Einsatz. Die Führer sind keine ungebildeten Attilas und Dschingis Khans. M a o T s e T u n g ist Akademiker, schreibt gute Gedichte, und seine Frau ist die Tochter eines Universitätsprofessors. Noch vor Ende dieses Jahrhunderts wird China eine Milliarde Menschen zählen. Ein riesiges unausgeschöpftes Reservoir von Begabten steht in Asien zur Verfügung. China und die Sowjetunion sind dabei, diese geistigen Potenzen ebenso zu heben wie ihre unerschlossenen Bodenschätze.

„Rußland zählte beim Ausbruch der bolschewistischen Revolution achtzig Prozent Analphabeten. Sowjetrußland ist heute ein Staat der Schulen, der Universitäten, der Laboratorien. Bis 1960 soll die zehnjährige, bis 1965 die zwölfjährige Volksschule durchgeführt sein. Die Universitäten und Hochschulen werden von zwei Millionen Studenten besucht. 1914 gab es in Rußland 289 wissenschaftliche Institute mit rund zehntausend Mitarbeitern. Heute arbeiten 298 000 Forscher und Dozenten in 2756 Instituten. Auf zwanzig Schüler trifft ein Lehrer. Ein erfolgreicher Gelehrter hat ein Ansehen wie ein siegreicher General, wie in Amerika ein Millionär, ein Olympiasieger oder ein Hollywoodstar." („Bayerische Schule" 1958, Seite 319.)

Für das Bildungswesen werden pro Kopf der Bevölkerung aufgewendet: In der Sowjetunion 90 Dollar. In USA 56 Dollar. In der Bundesrepublik 16 (sechzehn) Dollar. („Bayerische Schule" 1956, Seite 263.)

In Westdeutschland wird aus öffentlichen Mitteln ausgegeben: Für einen Volksschüler: 300 DM. Für einen höheren Schüler: 800 DM. Für einen Hochschulstudenten: 1800 DM. Für einen Soldaten der Bundeswehr: 18 000 DM. („Bayerische Schule" 1956, Seite 345.)

Die Bundesrepublik (50 Millionen Einw.) gibt für Begabtenförderung 50 Millionen DM aus, die Ostzone (18 Millionen Einwohner) 235 Millionen, in DM gerechnet . . . Auf den einzelnen Studenten entfallen in der Bundesrepublik im Jahr durchschnittlich 500 DM Förderung, in der Sowjetzone 6200 Mark, in DM gerechnet. („Bayerische Schule" 1956, Seite 346/347.)

Dabei fehlt es in der Bundesrepublik durchaus nicht an Geld. Nach einer Verlautbarung von Bundeswirtschaftsminister Erhard stieg das westdeutsche Sozialprodukt bereits in einem einzigen Jahre (1954 auf 1955) von 147 auf 165 Milliarden und erreichte bereits 1956 eine Höhe von 175 Milliarden. Die Steigerung beträgt 14 Prozent, gegenüber einer heute in der Wirtschaftswelt als normal angenommenen Zuwachsrate von 4 Prozent. Das Steueraufkommen liegt um anderthalb bis zwei Milliarden höher als der Steuervoranschlag. („Nürnberger Nachrichten" vom 24. 4. 1956.) 24 Prozent des Sozialproduktes, das sind 40 Milliarden, wurden investiert.

Aber der Anteil von rund 7,5 Prozent, den wir unter den Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden dem Erziehungswesen zuweisen, ist beschämend gering. Wir stehen hier unter den westeuropäischen Staaten erheblich unterhalb des Durchschnitts. Die Sowjetunion hat für 1954 der Erziehung 12 Prozent ihrer öffentlich ausgewiesenen Ausgaben zukommen lassen. („Bayerische Schule" 1956, Seite 230.)

Die Universität Moskau enthält nicht nur Hörsäle, sondern Wohnungen für fünftausend Studenten und zweihundert Professoren. 80 % der Studenten erhalten Stipendien von je 300 bis 500 Rubel monatlich (Kaufkraft 70 bis 130 DM). Lehrbücher sind sehr billig. Der russische Student ist vom Militärdienst befreit. („Bayerische Schule" 1956, Seite 149—151.)

Die „Bildzeitung" berichtet am 1. 11. 1958: „Der Winter steht vor der Tür. Aber noch wissen 90 000 deutsche Studenten nicht, wo sie wohnen werden . . . Über 800 haben Hannover enttäuscht den Rücken gekehrt. Von 200 DM monatlich können sie nicht 150 DM allein für ein Zimmer ausgeben . . . In Hamburg sind 1000 Studenten ohne Zimmer . . . In München warten 5000 auf ein Zimmer. Kein Wunder, daß man Studenten in Hauseingängen übernachten sieht . . . Und so ist es in Aachen und Münster, in Heidelberg und Stuttgart. Und besonders schlimm ist es in den neuen deutschen Garnisonen . . . Der bundesdeutsche Materialismus feiert Feste. Leider auf dem Rücken derer, die unsere Hoffnung für morgen sind."

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb am 28. 12. 1957: „Deutsche Soldaten wunderten sich im zweiten Weltkrieg immer wieder, wenn sie russische Dorfschulen kennenlernten, wie reichlich und modern die Lehrräume ausgestattet waren. Es besteht kein Zweifel, daß die Dorfschulen aller westdeutschen Länder den russischen gegenüber zurückgeblieben sind. Ebenso bedenklich ist, daß es uns im Gegensatz zu den Russen nicht gelungen ist, den Lehrerberuf wieder attraktiv zu machen. Unser Lehrermangel wurzelt in einschneidenden gesellschaftlichen Umschichtungen, in der Abneigung vor dem Dienst am Menschen."

47 % der lesefähigen Bevölkerung der Bundesrepublik besitzen kein einziges Buch. 34 % haben noch nie in ihrem Leben ein Buch gekauft. Und das im Zeichen des Wirtschaftswunders! Man gönnt sich Autos, Fernsehen, Italienreisen, aber kein Buch! Im heutigen Rußland aber werden Jahr für Jahr immer mehr Bücher gelesen. („Welt der Schule", Dezemberheft 1959, Verlag Ehrenwirth, München.)

Angesichts dieser Geringschätzung geistiger Arbeit im Westen, angesichts des Bildungshungers der erwachenden asiatischen Völker denkt man an die Vision Oswald Spenglers vom Untergang des Abendlandes. Im Westen geht die Sonne unter. Soll auch die Sonne des Geistes im Westen untergehen?

1945 haben die Amerikaner versichert, daß sie unsere bis dahin kriegslüstern erzogene Jugend fortan zu Friedensliebe und Kultur erziehen würden. Hier eine kleine Auslese aus den vielen amerikanischen Filmen, die seit 1945 der deutschen Jugend Tag für Tag gezeigt werden: Jack der Killer; Cowboy-Rache; Zorros Rache; Rache des Korsaren; Gangsterkönig; Der Mann mit der Totenmaske; Hände hoch, old boy!; Todesfelsen von Colorado; Ein Satansweib; Der Kettensträfling; Gefährliches Blut; Teufel der weißen Berge; Erpresserin; Revolverlady; Gangster in Chikago; Roboter des Grauens; Schüsse in Mexiko; Schrei aus dem Dschungel; Rauchende Pistolen; Blutrache von Montana; Vergeltung am Teufelsfelsen; Brandmal der Rache; Braut des Gorilla; King Kong und die weiße Frau; Tarzan und das Leopardenweib; Mörder ohne Maske; Mit stahlharter Faust; Gangsterblut.

Resumée: Blutgier, Brutalität, Rache, Mord, Haß. Wer nicht in jeder Hand eine Pistole hält, ist kein echter Mann. Solche Filme duldet der Staat und straft dann die Jungen, wenn sie Gangster werden.

Englische Pressestimmen urteilen über den englischen Film, er vermittle den Kindern die Überzeugung: Die höchsten Güter im Leben sind Reichtum, Luxus, Macht, öffentliche Bewunderung, und es ist gleichgültig, wie man das alles erwirbt und wie man es verwendet.

Über den russischen Film von heute berichtet die „Welt der Schule" 1957, Seite 202 (Verlag Ehrenwirth in München): Der russische Jugendfilm von heute zeigt Kampf in der wirklichen Welt. Aber der Feind ist nicht ein pockennarbiger Schuft mit Maschinenpistolen, sondern die eigene Faulheit und Denkfaulheit. Der Film „Maxim Gorki" lehrt, wie Kinder ärmster Schichten sich nach oben arbeiten können. Der Film zeigt keine Traumwelt, sondern Maxim Gorkis wirkliches Leben.

Wo ist nun eigentlich Barbarei, im Osten oder im Westen? Die Schlagzeilen der Sowjetpresse gehören den Wissenschaftlern, nicht Verbrechern oder Schönheitskönigginnen. Nicht Gangster und Detektive sind die Helden der sowjetischen Jugendliteratur, sondern Wissenschaftler, Entdecker, Erfinder. („Die Bayerische Schule" 1956, Seite 149—151.)

Und was bringen westdeutsche Illustrierte? Fürstenhochzeiten, strotzbusige Filmsternchen, denen ganz zufällig das Kleid verrutscht ist, Hofklatsch, Sensationsprozesse, prominente Ehescheidungen und Schlafzimmergeheimnisse, Hungerkünstler, Liebesleben einer Prinzessin, Bikinis, Schönheitskönigginnen, Rekorde im Dauertanzen oder Dauerklavierspielen, Wettessen, Verbrecherromane, aber sehr wenig Kultur. Die Anklage aus dem Osten „Der Westen verfault!" sollte uns mindetens zur Reinigung der Illustrierten, vor allem unserer Jugendliteratur veranlassen. Groschenhefte in Millionenauflagen verherrlichen sogar das Grauen des Krieges.

Seit vierzig Jahren sagt man uns, der westliche „Idealismus" sei dem östlichen „Materialismus" turmhoch überlegen. Aber Landesbischof Lilje, Hannover, sagte in New York vor einem theologischen Seminar: Das religiöse Leben des Abendlandes habe sich nicht über den Horizont eines Jugendlichen von fünfzehn Jahren hinaus entwickelt. Die moderne Welt scheine die Fähigkeit, christliche Denkkategorien zu verstehen, vollständig verloren zu haben. Noch schlimmer sei, daß die christlichen Kirchen in demselben Maße die Fähigkeit verloren zu haben scheinen, über ihren Glauben in einer Weise zu sprechen, die den Eindruck von etwas Realem und Lebendigem vermittle. Die Sprache der Theologen erscheine gegenwärtig als künstlich und weit vom realen Leben entfernt. Gleichzeitig sei ein Wiedererwachen alter Weltreligionen festzustellen. Der Buddhismus z. B. habe neue Kraft gewonnen, die sich durch missionarischen Eifer kundtue. („Süddeutsche Zeitung" vom 15. 3. 1960, Seite 2.)

Über „Asiatische Religionsmission in Europa" sprach am 20. 3. 1960 um 10.00 Uhr über die Mittelwelle von Radio Stuttgart Professor Ernst Benz aus Marburg: Die vergleichende Religionswissenschaft seit hundert Jahren hat uns östliche Religionen nahegebracht. An jedem Kiosk in Europa gibt es billigste buddhistische Bücher in Mengen. In amerikanischen Zeitungen sind heute bereits mehr buddhistische Versammlungen und Feiern inseriert als christliche, obwohl es in Amerika viele christliche Sekten gibt.

Radio München brachte in der „Minute der Besinnung" (7 Uhr) folgende Anekdote: Ein Christ fragte einen Buddhisten, warum er sich nicht bekehren lasse. Schweigend nahm der Buddhist aus dem nahen Bach einen Stein und schlug ihn mit einem Hammer entzwei: „Jahrtausende lag dieser Stein im Wasser und dennoch blieb sein Inneres trocken. Zweitausend Jahre seid Ihr vom Christentum umgeben, und doch blieb Euer Inneres unberührt."

Als die Jünger den Herrn fragten, wer der Größte sei im Reiche Gottes, da zeigte er ihnen ein Kind. Gilt diese Meinung Christi wirklich im christlichen Westen? Die westdeutsche Presse hat oft festgestellt, daß mitten im Wirtschaftswunder das deutsche Schulkind vergessen wurde. Laut Presseberichten fehlen in Westdeutschland 21 000 Klassenräume in allgemeinbildenden Schulen und 18 000 Räume in berufsbildenden Schulen, das sind 39 000 Schulzimmer. Aber wenn unser Schulwesen endlich einmal auf einen neuzeitlichen Stand gebracht werden sollte, fehlen hierzu sogar 63 000 Klassenräume und 53 000 Lehrer. („Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung" Frankfurt/Main, 1960, Seite 57.)

Man tröstet uns: „Reichtum allein macht nicht glücklich und Wissenschaft allein auch nicht. Unsere Schulen sollen Herz und Charakter bilden!" Diese Weisheit kann kein Vernünftiger bestreiten. Leider hat sie einen Pferdefuß: Sie wird uns oft von jenen gepredigt, welche hoffen, Charakterbildung käme billiger und lasse sich auch mit alten Schulhäusern und überfüllten Klassen und billigen Schmalspurlehrern erreichen.

In der „Schweinfurter Volkszeitung" vom 23. 4. 1960 schreibt ein Anonymus H. J. W. aus dem Dorfe Seubrigshausen: „Jeder gut veranlagte Schüler muß meines Erachtens auch in der Lage sein, nach Prüfung seiner Fähigkeiten Kinder das zu lehren, was er selbst erlernt hat, wenigstens bis zum vierten Schuljahr. — Das Wichtigste ist die Herzensbildung. — Man spricht heute von Helfern in allen Berufen, wie Arzthelferin, Pfarrhelferin, Missionshelferin usw. Warum soll nicht auch eine Schulhelferin oder ein Schulhelfer angebracht sein, wenn es an Lehrpersonal fehlt und wenn ein junger Mann vor zu langem Studium zurückschreckt und besonders, wenn es an den nötigen Ausbildungsgeldern fehlt?"

Mit solch armseliger Bescheidenheit, mit halbgebildeten „Helfern" soll das Schulwesen den Abendlandes konkurrenzfähig erhalten werden gegenüber dem reichausgestatteten, von Jahr zu Jahr weiter ausgebauten Schulsystem der Sowjets? Soll Europa zu einem Blinddarm des aufstrebenden asiatischen Kontinents werden?

Seubrighausen ist ein kleines Dorf in Unterfranken, und es gibt dort nur zwei Leute, die einen solchen Stil schreiben könnten: Der einzige Lehrer oder der einzige Pfarrer des Ortes. Welcher von beiden kommt wohl als Autor in Frage?

Ängstlich klammert man sich an die Konfessionsschule, als ob sie das Christentum retten könne. Katholische und evangelische Kinder dürfen nicht im gleichen Zimmer unterrichtet werden, obwohl sie daheim beisammen wohnen. Konfessionelle Schulbildung ist als Elternrecht verankert. Gibt es ein Anrecht auf einen quadratischen Kreis? Katholischen Physikunterricht oder evangelischen Erdkundeunterricht bringt ein Lehrer ebensowenig zustande wie einen quadratischen Kreis. Christliche Grundsätze sind allen Kirchen und allen Schulen gemeinsam. Den

christlichen Grundsätzen zuliebe sollte man also die Schulen lieber vereinen statt zerreißen. Die speziellen theologischen Unterschiede zwischen den Konfessionen (Abendmahl, Beichte) passen weder in die Mathematik, noch in die Turnstunde. Wenn es wirklich einen Lehrer gäbe, der in jeder Stunde von Religion redet, so würde er der Religion den schlechtesten Dienst erweisen. Denn seine Kinder bekämen so heftige Abneigung, als müßten sie dauernd Schlagsahne essen.

Konfessionelle Trennung schwächt unser Schulwesen. Leistungsschwache Zwergschulen entstehen nicht nur aus geographischer Zwangslage. An manchem Ort hat man zwei Einlehrerschulen errichtet, eine katholische und eine evangelische. Was ist eine Einlehrerschule? Da unterrichtet ein einziger Lehrer in einem einzigen Schulraum alle acht Schülerjahrgänge in allen Fächern. Kann man sich vorstellen, daß ein Gymnasialprofessor allein alle neun Klassen in allen Fächern zugleich unterrichtet? Wer nähme ein solches Gymnasium als vollwertig? Die Einlehrer-Volksschule aber empfiehlt man uns als vollwertig! Aber Dr. Hans Dümmler hat eine Dissertation über diese Schulart geschrieben. Dort lesen wir als Endergebnis Seite 181: „Die ungeteilte Schule ist eine pädagogisch nicht verantwortbare, nur aus wirtschaftlichen Gründen noch aufrecht erhaltene Noteinrichtung." (Verlag der Süddeutschen Lehrerbücherei, München.)

In der Ostzone wurden fast alle Einlehrerschulen abgeschafft durch Zusammenfassung zu leistungsfähigen Zentralschulen. 1945 gab es in der Sowjetzone 4 400 Einlehrerschulen, 1951 nur noch 600 und 1956 nur noch 51. Heute wahrscheinlich gar keine mehr.

Bayern hatte 1948 nur 779 Einlehrerschulen = 12 % aller Schulen. Aber in sieben Jahren hat sich diese Zahl fast verdreifacht. 1955 waren es 2 040 Einlehrerschulen = 32 % aller Volksschulen.

Im Bundesgebiet waren 1952 20,2 % aller Volksschulen einklassig (Einlehrerschulen), 26,4% zweiklassig, 14,3% dreiklassig. Aber 60,9% aller Volksschulen waren ungenügend gegliedert. (Dr. Jos. Müller „Strukturwandel des Dorfes", Verlag Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände, Darmstadt.)

Der Landkreis Haßfurt in Unterfranken hat 63 Volksschulen. Davon sind 32 einklassig und 21 zweiklassig. Bleiben dem Landkreis höchstens zehn leistungsfähige Schulen. („Pressespiegel" des unterfränkischen Lehrervereins vom 25. 5. 1960, Seite 4.)

Kerschensteiner hat gesagt: „Demokratie muß aristokratisch sein oder sie wird nicht sein." Lebenswichtigste Entscheidungen wie die Gliederung des Schulwesens überläßt man bei uns einer Masse von Ahnungslosen. Sachverständige und Fachleute müssen schweigen, sie dürfen ins „Elternrecht" nicht dreinreden. Im Osten aber plant ein auserwählter Stab bewährter Wissenschaftler, ausgestattet mit allen Vollmachten.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Einlehrerschule den katastrophalen Lehrermangel mitverschuldet und verschärft. Erfahrene Lehrer melden sich kaum noch auf solche Schulen, selbst wenn sie mehrmals angeboten werden. Also müssen Jüngstlehrer auf Einlehrerschulen kommandiert werden, obwohl sie begreiflicherweise Angst empfinden vor den besonderen Schwierigkeiten solcher Schulen. Die Aussicht, auf Einlehrerschulen versetzt zu werden, schreckt viele Abiturienten vom Lehrerstudium ab.

Ist es überhaupt wahr, daß unsere Bauern eine dorfeigene bäuerliche Schule wollen? Tatsache ist, daß in Bayern in den letzten vier Jahren die Zahl der landwirtschaftlichen Berufsschüler von rund hunderttausend auf rund vierzigtausend zurückging. Also zwei Drittel unserer Bauernjugend sind mit der dörflichen Bildung nicht zufrieden. Wer sich aufregt über das „Bauernlegen" in der Sowjetzone, sollte nicht übersehen, daß unsere Bauern anfangen, sich selber zu „legen".

Vielleicht blieben sie lieber im Dorf, wenn ihnen der Staat vollwertige moderne ausgebaute Schulen gäbe? Begreiflich, daß man den Bauern als konservativen Wählerstamm erhalten will. Aber es zeigt sich, daß der Bauer gerade dann verstädtert, wenn man ihm Kultur vorenthalten will!

Heben wir unsere Begabungen aus allen Volksschichten? Der heutige Mangel an Ingenieuren und Wissenschaftlern läßt darauf schließen, daß entweder die Begabungen in unserem Volke erschöpft sind oder daß viele verborgene Begabungen nicht hochkommen können. Wir pochen darauf, daß im Westen die reichsten Bodenschätze liegen. Aber abgesehen davon, daß Sowjets und Chinesen mit Riesenschritten nachholen, die Bodenschätze ihrer riesigen Reiche zu entdecken, sollten wir nicht vergessen, daß die Begabungsschicht eines Volkes entscheidender ist als der Besitz von Erdöl und Uran, das schon in naher Zukunft wertlos sein kann, wenn z. B. das Wasserstoffatom für friedliche Zwecke gezähmt wird. Nimmt die Begabungsschicht ab, dann gehen alle Leistungen zurück, die Konkurrenzfähigkeit sinkt, die Kultur geht unter.

Eine westdeutsche Statistik hat ergeben, wieviele von je hundert o b e r s c h u l f ä h i g e n Kindern in der Volksschule bleiben.

3,4 Knaben und	4,3 Mädchen	aus der sozialen Oberschicht
7,8 Knaben und	11,4 Mädchen	aus der gehobenen Mittelschicht
18,2 Knaben und	33,8 Mädchen	aus der Mittelschicht
27,9 Knaben und	48,8 Mädchen	aus der gehobenen Grundschicht
59,5 Knaben und	73,0 Mädchen	aus der Grundschicht

Man beachte, daß hier nur von lauter begabten, oberschulfähigen Kindern die Rede ist. Die Gründe ihres Nichtaufstiegs sind also meistens finanzieller Art. Einer anderen Statistik zufolge kommen 87 % der Begabten aus der Oberschicht, aber nur 26 % der Begabten aus der sozialen Grundschicht in die höheren Schulen. Kann man da noch sagen, daß wir die besten Schätze unseres Volkes heben?

Radikale sozialistische Staaten sind hier im Vorteil. Die Sowjetunion und China heben ihre Begabungen aus allen, auch aus den untersten Volksschichten. Der gesamte Unterricht an allen Schulen ist kostenlos. Sozialismus heißt nicht, daß alle Menschen gleich sind, sondern daß alle das gleiche Recht und die gleichen Startchancen haben zur Entfaltung ihrer Begabung und zum Aufstieg. So erneuert sich die geistige Oberschicht ständig von unten herauf, während eine starre Oberschicht meistens degeneriert.

Die Sowjetunion plant, jährlich eine Million Ingenieure und Spezialisten auszubilden. Bereits 1954 hatte die Sowjetunion zweimal sowiel Ingenieure wie die USA, zweimal soviel Landwirtschaftswissenschaftler, dreimal soviel Ärzte. Mit diesem Überschuß an Ingenieuren und Wissenschaftlern will die Sowjetunion ganz China und ganz Asien versorgen. China allein hat heute 680 Millionen Bewohner und wird noch vor Ende dieses Jahrhunderts eine Milliarde haben. Bald wird auch China seine Begabungen heben in gleichem Ausmaß wie die Sowjets. Was geschieht, wenn ganz China industrialisiert ist? Die Waren des billigen chinesischen Arbeiters werden die ganze Welt überschwemmen. Der Westen, nicht mehr konkurrenzfähig, stapelt seine Waren auf Halden, schließt seine Fabriken, versinkt in Arbeitslosigkeit, Not und inneren Revolten.

Die Kolonien, einst als Rohstoffquellen und als Konsumentenmärkte gedacht, werden heute selbständig. Und wo der weiße Mann auszieht, werden die Chinesen einziehen, denn sie kommen als farbige Brüder zu den farbigen Völkern in Afrika, in Südamerika und überall. Und sie nützen geschickt die von den Kolonialherren hinterlassenen Ressentiments gegen den weißen Mann. Chinesische Ingenieure, chinesische Kaufleute, chinesische Waren, chinesische Intelligenzen werden alle Erdteile erobern.

Gegen den friedlichen kulturellen und wirtschaftlichen Krieg kann der Westen seine A-Bomben und H-Bomben niemals einsetzen. Und die Sowjets und die Mao-Chinesen haben keinen Grund, Atomkrieg und Weltuntergang herbeizuführen. Denn sie haben sich ausgerechnet, daß die Zeit für sie arbeitet.

Aus Angst vor dem Osten bauen wir Kasernen und Kanonen. Aus Angst vor dem Osten sollten wir bessere Schulen bauen!

Die Gefahr einer kulturellen Niederlage ist heute und in Zukunft größer als die Gefahr eines Atomraketenkrieges.

Kann noch jemand zweifeln, ob das für Schulen ausgegebene Geld sich rentiert? Den soll man erinnern, auf welche Weise die militärische Aufrüstung Kaiser Wilhelms und Adolf Hitlers sich jedesmal rentierte. Hätte man nicht besser getan, auf der ganzen Welt neue Schulen zu bauen, anstatt Kasernen und Kanonen?

Sogar angesichts der Türkenkriege schrieb Martin Luther an die Ratsherren aller deutschen Städte, eher sollten sie hundert Taler für die Schulen geben als einen einzigen Taler für die Türkenkriege. Und Pestalozzi sagte: „Vaterland, lehre deine Kinder nicht das Schwert lieben, sondern das Licht!"

Rudolf Pikola

Der Ruf der Völker

Nachdem wir enttäuschte und erschreckte Zeugen des Trauerspiels von Paris waren, erleben wir nun noch — wie in der antiken Tragödie — als Zugabe das Satyrspiel, wie sich die Staatsmänner, gleich Knaben, die einen dummen Streich begangen haben, gegenseitig die Schuld am Scheitern der Gipfelkonferenz zuzuschieben versuchen, ja, sich diese Schuld in den unverblümtesten Worten vorwerfen. Die sogenannten öffentlichen Meinungen — vielfach recht unöffentlich fabriziert — leisten ihnen dabei so viel als möglich Schützenhilfe. Der vielbeschrieene Mann auf der Straße — je nach Bedarf als gesundes Volksempfinden oder Pöbel bezeichnet — hat dabei einen schweren Stand: meint er, das Überfliegen fremden Territoriums, noch dazu in Spionageabsichten, sei eine unkorrekte Handlung und die Forderung, sich dafür zu entschuldigen, sei nicht unbillig, so ist er russophil und also verdächtig; meint er, in bezug auf Spionage solle jeder den Balken im eigenen Auge sehen und nicht mit den berühmten Steinen im Glashaus um sich werfen, so ist er amerikophil und auch verdächtig. Auf die Idee, daß, wie überall im Leben, beide Teile ihren Anteil Schuld tragen, darf man anscheinend nicht kommen, das ist nicht propagandogen, denn es würde als nächste Folgerung mit sich bringen, daß auch beide Seiten nach Wegen der Verständigung suchen, etwas zurückstecken, auf die Argumente der Gegenseite eingehen müßten. Es wäre indes allerhöchste Zeit dazu, denn wenn nicht alle miteinander bereit sind, Kompromißbrot zu essen, werden wir sehr bald bereitgemacht sein, Kommißbrot zu essen — und nicht einmal das in ausreichender Menge, wie wir ja wissen.

Als gutwillige Menschen sind wir gewohnt, die großen Politiker als die verantwortungsvollen Sachwalter der Geschicke ihrer Völker anzusehen und bangen Herzens zu hoffen, sie möchten entsprechend handeln — um immer wieder zu

erleben, wie sie mit unser aller Leben und bißchen Glück geradezu ein Vabanque-Spiel treiben, das dämonisch sein könnte, wenn man es nur auf seine Ausmaße und Folgen hin betrachtet, das grotesk wirkt, wenn man die Methoden studiert. Dem „Mann der Straße" kann man es wohl nicht verdenken, wenn er sich als Erklärung für die Diskrepanz zwischen seinen Hoffnungen und den Leistungen der Politiker in das populäre Schlagwort „alles Schwindel" flüchtet, und wenn er nicht begreift, warum man von den Staatenlenkern nicht dasselbe verlangen kann, wie von jedem Geschäftsführer eines großen Betriebes, der einfach von seinem Posten fliegt, wenn er in schwierigen Situationen nicht zu einer vernünftigen Lösung findet, wenn nicht beim ersten, so doch beim zweiten, dritten oder vierten Versuch.

Vielleicht ist es sogar angesichts der erschütternden Sprache, die in den letzten Monaten die Erde selbst in Riesenkatastrophen gesprochen hat, noch unrealistisch, zu sagen, daß wir alle in einem Boot sitzen, das wir noch dazu hinten und vorne, rechts und links mit höchst empfindlichen Sprengladungen bestückt haben, die uns alle hochgehen lassen können, wenn nur ein Fehler gemacht wird — obwohl es doch die eigentlich und einzig wahrhafte Einsicht in die Realität ist. Der fanatischste Fraktionskollege in einem Gemeindeparlament wird einsehen, daß bei einer Feuersbrunst, daß bei der Gefährdung der Wasserversorgung oder bei einer Seuche alle an nichts anderes als an die Eindämmung der Gefahr und damit an die Hilfe für die Gemeinschaft denken müssen. Im großen ist das wohl nicht praktizierbar? Im Berufsstand der Staatsmänner gibt es noch kein verbindendes Berufsethos, das sich aus der allen obliegenden Sorge für das Wohl der Gemeinde Menschheit herleitet? Schade!

Ist es denn so schwer, einzusehen, daß wir tatsächlich schon zur „Gemeinde Erde" geworden sind und mit unseren Partikularismen nicht nur nicht mehr weiterkommen, sondern dem Rande einer endgültigen Katastrophe immer rascher zueilen? Sind denn nicht genug Probleme im Weltmaßstab da, die gemeinsam beraten und gelöst gehören? Um nur die augenfälligsten zu nennen: das rapide Anwachsen der Menschheit mit den sich daraus ergebenden Schwierigkeiten der Ernährung, des Wohnraums und des Verkehrs — Tag für Tag nimmt die Menschheit um eine Großstadt zu, und das Jahrbuch der Vereinten Nationen stellt fest: „Von Mitte 1955 bis Mitte 1956 wuchs die Menschheit um rund 47 Millionen Köpfe. Es dauerte 200 000 Jahre, bis die Bevölkerung der Erde 2,7 Milliarden Menschen erreichte, diese Zahl kann sich in 40—50 Jahren verdoppelt haben." Also, in einem Jahr vermehrt sich die Menschheit um die Bevölkerung der Bundesrepublik — und das sollte uns nicht alle angehen, sollte unsere Globus-Gemeinderäte nicht zu gemeinsamem Nachdenken anregen? Ach nein, sie denken nach, wie sie nach Art der „alten Rittersleut" die Weltprobleme mit dem sattsam bekannten Blut und Eisen lösen bzw. nicht lösen.

Seien wir nicht ungerecht — sie denken vielleicht schon über andere Wege nach (und dann erblüht einmal wie eine Oase ein Camp David) — aber bald finden wir die Männer, auf deren Einfallsfreudigkeit und Bereitschaft sich die Sehnsucht von Millionen und Abermillionen richtet, wieder in der sterilen Wüste der alten Politik des Spiels mit der Gewalt, die immer und immer nur Unglück gebracht hat.

Und die schlechten Beispiele verderben die an sich schon oft so schlechten Sitten: kaum streiten sich die Politiker, ergreifen ihre Völker — und vor allem die jeweiligen Zeitungen — ihre Partei, alle die ungezählten und immer bereiten Straßenhändler des „Da sieht man's ja!" und „Wir haben es immer schon gesagt!" finden für ihre billigen und gefährlichen Artikel reißenden Absatz, altes Freund-Feind-Denken, alte Ressentiments (auf deren Wiederbelebung viele Men-

schen nur warten) sprießen wie die Saat im Mairegen, und es scheint, als sei man froh darüber — jedenfalls im Unterbewußtsein und uneingestanden —, daß man durch eine Haltet-den-Dieb-Aufregung sich und andere von der Einsicht in die Tatsache ablenken kann, daß in Wirklichkeit wieder einmal gar nichts geschehen ist. Allgemeiner Trost: Die drängenden Probleme sind zwar nicht gelöst — aber Gott sei Dank, die andern sind schuld!

Doch wer bezahlt die Rechnung?

Immer wir! Immer die vielen einzelnen, die Familien, die Völker! Mit unerledigten Maßnahmen der Hilfe, der Lebenserleichterung, -verschönerung, -erhöhung! Mit Angst und Sorgen um die nächste Zukunft! Schließlich mit Krieg, Leid und Vernichtung!

Und kein Ausweg? „Es ginge schon, aber es geht nicht", möchte man mit dem volkstümlichen Witzwort sagen, wenn die Situation noch zu Witzen angetan wäre.

Gläubige Zeiten bestürmten den Himmel. Für uns angeblich fortgeschrittene Menschen des 20. Jahrhunderts sind die Staatsmänner — trotz noch so viel Demokratie — zu den Wesen geworden, die wie die alten Götter Leben oder Untergang der Völker in Händen haben. So müssen wir also sie bestürmen. Bestürmen mit unserem unablässigen Rufen und Warnen: zerstört nicht, sondern erhaltet! Denkt an die Menschen, an die ganz einfachen Menschen, an die Männer, Frauen und Kinder, die doch in Wirklichkeit alle brüderliche Wesen sein könnten und sollten, wenn man ihnen nur die Möglichkeit dazu gibt, wenn man sie nicht immer wieder gegeneinander aufbringt, in sinnlosem Morden sich gegenseitig vernichten läßt. Wir alle erwarten von euch, daß ihr aufhört, den Krieg als eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln anzusehen und einzukalkulieren. Wir müssen es im Privatleben ja auch fertigbringen, unsere Tagesfragen ohne Gewalt zu lösen und zu einem modus vivendi zu kommen — so laßt doch ihr euch nicht von uns beschämen!

Dokumente zum Zeitgeschehen

Grundbestimmungen des sowjetischen Vertrages über allgemeine und völlige Abrüstung

Die Regierungen der Teilnehmerstaaten des im Jahre 1959 gebildeten Abrüstungsausschusses der zehn Staaten, geleitet von der Resolution der 14. Tagung der Vollversammlung der Uno vom 20. November 1959 „Über die allgemeine und vollständige Abrüstung", erkennen es als notwendig an, im Interesse der Befreiung der Menschheit von der Gefahr eines neuen Krieges und im Interesse der Gewährleistung dauerhaften, unverbrüchlichen Friedens auf der Erde, ohne Verzug an die praktische Lösung der Aufgabe der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu gehen, und haben zu diesem Zweck beschlossen, einen Vertrag über die allgemeine und vollständige Abrüstung auszuarbeiten, der die nachstehend angeführten Grundbestimmungen einschließen wird.

I.

Die allgemeine und vollständige Abrüstung sieht vor:

Auflösung aller Streitkräfte der Staaten und Verbot ihrer Wiederaufstellung in jeder Form;

Verbot und Vernichtung aller Vorräte und Einstellung der Erzeugung aller Arten von Waffen, einschließlich der Atom-, Wasserstoff-, chemischen, biologischen und anderer Arten von Massenvernichtungswaffen;

Vernichtung aller Mittel, die für die Zielbeförderung der Massenvernichtungswaffen bestimmt sind;

Auflösung der Militärstützpunkte aller Art, Abzug und Auflösung aller auf dem Territorium irgendeines Staates befindlichen ausländischen Truppen;

Abschaffung aller Arten von Militärdienstpflicht der Bürger;

Einstellung der militärischen Ausbildung der Bevölkerung und Schließung aller Militärschulen;

Abschaffung der Kriegsministerien, der Generalstäbe und ihrer örtlichen Organe ebenso wie aller anderen militärischen und militarisierten Institutionen und Organisationen;

Einstellung der Bewilligung von Mitteln für militärische Zwecke sowohl durch den Staatshaushalt als auch durch gesellschaftliche Organisationen und Privatpersonen.

Nach Vollendung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung sollen den Staaten nur streng begrenzte, für jedes Land vereinbarte Polizei-(Miliz-)Kontingente zur Verfügung bleiben, die mit leichten Feuerwaffen ausgerüstet und zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zum Schutz der persönlichen Sicherheit der Bürger bestimmt sind.

II.

Die allgemeine und vollständige Abrüstung muß durch alle Staaten zur gleichen, vereinbarten und genau bestimmten Zeit durchgeführt werden, wobei der Prozeß der Abrüstung schrittweise, in drei aufeinander folgenden Etappen, ablaufen wird und auf keiner einzigen dieser Etappen irgendein Staat aus dem Verlauf der Abrüstung erwachsende militärische Vorteile gegenüber anderen Staaten erlangen wird.

Zur Behandlung der Frage des Beitritts anderer Staaten zum Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung wird eine Konferenz unter Beteiligung aller Länder einberufen werden.

III.

Alle Abrüstungsmaßnahmen von Anfang bis zum Ende werden unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle durchgeführt werden, und zwar:

a) Gleich nach der Unterzeichnung des Vertrages wird eine Vorbereitungskommission gebildet, deren Aufgabe in der Durchführung praktischer Maßnahmen zur Schaffung einer internationalen Organisation für die Kontrolle über die allgemeine und vollständige Abrüstung bestehen wird.

b) Die Kontrollorganisation muß im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen im Moment des Inkrafttretens des Vertrags geschaffen sein. Sie wird aus allen Partnerstaaten des Vertrags zusammengesetzt sein, deren Vertreter periodisch zu Konferenzen zusammentreten werden, um die mit der Durchführung einer wirksamen Kontrolle über die Abrüstung verknüpften Fragen zu erörtern. Die Konferenz wählt einen Kontrollrat, bestehend aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern, der lokale Organe haben wird. Der Kontrollrat wird aus Vertretern der sozialistischen Länder, aus Vertretern der Staaten, die jetzt westlichen militärpolitischen Bündnissen zugehören, und aus Vertretern der neutralen Staaten bestehen. Ausgenommen besonders festgesetzter Fälle, werden in dem Kontrollrat Beschlüsse in wesentlichen Fragen mit Zweidrittel der Stimmen und in Verfahrensfragen mit einfacher Stimmenmehrheit zur Annahme gelangen.

c) Dem Kontrollrat obliegt die praktische Leitung des Kontrollsystems, er arbeitet Instruktionen aus und nimmt auch die rechtzeitige Analyse und Bearbeitung der bei ihm einlaufenden Meldungen vor. Die Staaten stellen dem Kontrollrat die Angaben über ihre Streitkräfte und Rüstungen zur Verfügung.

d) Die Kontrollorganisation wird in allen Teilnehmerländern des Abkommens über eigenes Personal verfügen, das auf internationaler Grundlage, unter Berücksichtigung des Prinzips gerechter geographischer Verteilung und im Einklang mit den Vertragsbestimmungen, ausgewählt wird. Die Kontrollorganisation setzt ihre Inspektoren auf den Territorien der Staaten so ein, daß sie an die Ausübung ihrer Funktion in dem Moment gehen können, wo die Staaten die Durchführung der Maßnahmen im Bereich der Abrüstung beginnen. Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, den rechtzeitigen und unbehinderten Zutritt der Kontrolleure und Inspektionsgruppen innerhalb seines Territoriums zu jedem

Punkt zu gewährleisten, wo der Prüfung unterliegende Abrüstungsmaßnahmen durchgeführt werden oder zu jedem Gebiet, wo Inspektionen an Ort und Stelle über derartige Maßnahmen vorgenommen werden.

Die Vertragspartner werden zu diesem Zweck auf Kosten der Kontrollorganisation alle erforderlichen Verkehrsmittel für die Reisen des Personals der Kontrollorganisation innerhalb ihres Territoriums zur Verfügung stellen.

e) Das Personal der Kontrollorganisation wird auf dem Territorium eines jeden Vertragspartners die Privilegien und die Immunität genießen, die für eine unabhängige und ungehinderte Durchführung der Kontrolle über die Ausführung des Abrüstungsvertrages notwendig sind.

f) Die Finanzierung aller Aufwendungen der internationalen Kontrollorganisation erfolgt durch von den Teilnehmerstaaten des Vertrags zugewiesene Mittel. Die Skala der Beiträge der Staaten wird im Text des Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung fixiert.

Die Kontrollorganisation muß auf jeder Etappe über Befugnisse hinsichtlich des Umfangs und des Charakters der Maßnahmen im Bereich der Abrüstung verfügen. Die Hauptmaßnahmen im Abrüstungsbereich verteilen sich auf die drei Etappen des Programms zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung folgenderweise:

Erste Etappe

1. Alle Mittel zur Kernwaffenbeförderung werden aus den Streitkräften der Staaten ausgeschaltet, die Erzeugung solcher Waffen eingestellt und alle diese Mittel vernichtet, einschließlich:

— Raketen strategischer und taktisch-operativer Bestimmung; unbemannte Fluggeschosse aller Art; alle Militärflugzeuge, die Kernwaffen zu befördern vermögen;

— Kriegsschiffe, die als Kernwaffenträger verwendet werden können;

— U-Boote aller Klassen und Typen;

— alle Artilleriesysteme sowie andere Mittel, die als Träger von Atom- und Wasserstoffwaffen verwendet werden können.

2. Es werden alle ausländischen Truppen von fremden Territorien in den Bereich ihrer nationalen Grenzen zurückgeführt. Die ausländischen Militärstützpunkte und Depots jeder Bestimmung, sowohl die nach dem Abzug der Truppen freigewordenen als auch die als Reserve bestimmten, werden aufgelöst.

3. Vom Anfang der ersten Etappe an und weiter bis zur endgültigen Vernichtung sämtlicher Mittel zur Beförderung von Kernwaffen ist es verboten, spezielle Einrichtungen in eine Flugbahn zu bringen oder im Weltraum einzusetzen, Kriegsschiffe aus den Territorialgewässern auslaufen zu lassen und Militärflugzeuge, die Massenvernichtungswaffen tragen können, über die Grenze des eigenen nationalen Territoriums fliegen zu lassen.

4. Der Start von Raketen darf ausschließlich zu friedlichen Zwecken in Übereinstimmung mit den im voraus festgesetzten und gegenseitig vereinbarten Kriterien erfolgen und wird von vereinbarten Überprüfungsmaßnahmen begleitet sein, einschließlich der Inspektion an der Stelle, wo Startplätze für solche Raketen vorhanden sind.

5. Die Staaten, die über Kernwaffen verfügen, verpflichten sich, an Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, weder solche Waffen noch die für deren Produktion erforderlichen Informationen zu übergeben. Gleichzeitig verpflichten sich die Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, sich der Produktion solcher Waffen zu enthalten.

6. Demgemäß schränken die Staaten ihre Ausgaben für militärische Zwecke ein.

7. In der ersten Etappe werden folgende Kontrollmaßnahmen durchgeführt:

Es wird eine internationale Kontrolle an Ort und Stelle über die Vernichtung der Raketenwaffen, der Militärflugzeuge, der Überwasser-Kriegsschiffe und U-Boote und sonstiger Mittel, die als Träger von Atom- und Wasserstoffwaffen verwendet werden können, eingeführt.

Zu den Stellen, wo sich Militärstützpunkte und ausländische Truppen auf fremden Territorien befinden, werden internationale Inspektionstruppen entsandt, um die Auflösung dieser Stützpunkte und den Abzug des militärischen Personals und der Truppen in die eigenen Territorien zu überwachen. Es wird auch eine Kontrolle auf den Flugplätzen und in den Häfen eingeführt, die es gewährleistet, daß diese Flugplätze und Häfen nicht zu militärischen Zwecken benutzt werden. Gleichzeitig werden unter der Aufsicht der inter-

nationalen Kontrollorganisationen die Raketenstartplätze zerstört, mit Ausnahme jener, die für den Start von Raketen zu friedlichen Zwecken erhalten bleiben.

Die Kontrollorganisation wird befugt sein, ungehindert sämtliche Betriebe, Werke, Fabriken und Werften, die ehedem ganz oder teilweise mit der Produktion von Raketen, Flugzeugen, Überwasser-Kriegsschiffen, Unterseebooten und aller übrigen Mittel zur Beförderung von Kernwaffen beschäftigt waren, zu inspizieren, damit die Organisierung einer geheimen Produktion von Rüstungen, die als Träger von Atom- und Wasserstoffwaffen benutzt werden könnten, nicht zugelassen wird. Auf Vereinbarung können ständige Kontrollgruppen in einigen Werken und Anlagen geschaffen werden.

Die von der Kontrollorganisation entsandten internationalen Inspektionsgruppen werden befugt sein, die Raketenanlagen, die zu friedlichen Zwecken gestartet werden, allseitig zu besichtigen und deren Start beizuwohnen.

Die Verbindung der Kontrolleure mit dem Kontrollrat wird über die bestehenden Verbindungskanäle aufrechterhalten, wobei Vorzugsrechte gewährt werden, die die rasche Zustellung von Meldungen und Anordnungen gewährleisten.

8. In der ersten Etappe werden die in der zweiten Etappe durchzuführenden Maßnahmen zur Einstellung der Produktion nuklearer, chemischer und biologischer Waffen und zur Vernichtung der Bestände an solchen Waffen gemeinsam studiert werden.

9. Die erste Etappe soll in etwa ein bis anderthalb Jahren vollendet werden. Die internationale Kontrollorganisation faßt die Ergebnisse der Durchführung der Maßnahmen der ersten Etappe zusammen, um darüber den Teilnehmerstaaten des Vertrages wie auch dem Sicherheitsrat und der Vollversammlung der UNO Bericht zu erstatten.

Zweite Etappe

1. Völliges Verbot der nuklearen, chemischen, biologischen und sonstigen Massenvernichtungswaffen einschließlich Einstellung der Produktion und Vernichtung sämtlicher Bestände an solchen Waffen.

2. Die Streitkräfte sämtlicher Staaten werden bis zur festgesetzten zahlenmäßigen Stärke verringert, darunter die Streitkräfte der USA und der UdSSR auf nicht mehr als 1,7 Millionen Mann. Die freigewordenen Waffen und Munition konventioneller Typen unterliegen der Vernichtung, und die Kriegstechnik der Vernichtung oder der Verwendung für friedliche Zwecke. Die militärischen Ausgaben der Staaten werden entsprechend verringert.

3. Auf der zweiten Etappe werden folgende Kontrollmaßnahmen durchgeführt:

Die Vertreter der Kontrollorganisationen inspizieren an Ort und Stelle die Vernichtung aller vorhandenen Vorräte an Kernwaffen, chemischen und biologischen Waffen. Die Kontrollorganisation wird das Recht haben, alle Betriebe zu inspizieren, die Atomrohstoff gewinnen, atomare Materialien oder Atomenergie erzeugen oder benutzen. Durch Übereinkommen können ständige Kontrollgruppen bei manchen Betrieben und Anlagen eingerichtet werden.

Es wird eine internationale Kontrolle an Ort und Stelle über die Auflösung der Truppen und über die Vernichtung der Waffen vorgenommen.

Zu den Aufgaben der Kontrolleure gehören: Die Kontrolle über die genaue und zeitgerechte Ausführung der Beschlüsse zur Auflösung der Verbände und Einheiten, die Ausschaltung und die Vernichtung des materiellen Teils der konventionellen Waffen, der Kriegstechnik und der Munition; die Vorlage der Berichte an den Kontrollrat und an die Regierung des Gastlandes.

Zu den internationalen Kontrolleurgruppen sollen Fachleute entsprechend dem Charakter der aufzulösenden Einheiten und der Arten der zu vernichtenden Waffen gehören.

Die Kontrollorganisation erhält unbegrenzten Zutritt zu den Materialien, die Haushaltsbewilligungen der Staaten für militärische Zwecke betreffend, darunter zu allen in diesen Fragen gefaßten Beschlüssen der legislativen und exekutiven Körperschaften der Staaten.

4. Auf der zweiten Etappe wird das gemeinsame Studium der auf der dritten Etappe durchzuführenden Maßnahmen vorgenommen:

a) Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung des Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung nach der Vollendung aller Maßnahmen, die in einem solchen Vertrag vorgesehen sind.

b) Maßnahmen zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit im Einklang mit der UNO-Charta unter den Bedingungen der allgemeinen und vollständigen Abrüstung.

5. Wie auch beim Übergang von der ersten zur zweiten Etappe, wird die internationale Kontrollorganisation ein Fazit der Ergebnisse der Durchführung der Maßnahmen in der zweiten Etappe ziehen, um darüber den Teilnehmerstaaten des Vertrages sowie dem Sicherheitsrat und der Vollversammlung der UNO Bericht zu erstatten.

Dritte Etappe

1. Vollendung der Auflösung der Streitkräfte aller Staaten. Zur Verfügung der Staaten bleiben nur streng begrenzte, für jedes Land vereinbarte Polizei-(Miliz-)Kontingente, die mit Handfeuerwaffen ausgerüstet und zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zum Schutze der persönlichen Sicherheit der Bürger bestimmt sind.

2. Es werden alle übriggebliebenen Arten von konventionellen Waffen und Munition, die sich bei den Streitkräften oder in Depots befinden, vernichtet, und die Kriegstechnik unterliegt der Vernichtung oder der Verwendung für friedliche Zwecke.

3. Die Rüstungsproduktion wird in allen Werken eingestellt, und dabei auch die Erzeugung von Waffen konventioneller Typen eingestellt, mit Ausnahme streng begrenzter Erzeugung von Handfeuerwaffen, die für die Polizei-(Miliz-)Kontingente bestimmt sind, die nach der Vollendung des Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung den Staaten verbleiben.

4. Die Kriegsministerien, die Generalstäbe, alle militärischen und militarisierten Institutionen und Organisationen werden abgeschafft. Alle Übungen der Reservisten werden eingestellt. Im Einklang mit ihren verfassungsmäßigen Verfahren beschließen die Staaten gesetzgebende Akte, durch die eine militärische Ausbildung der Jugend verboten und Militärdienst in jedweder Form aufgehoben wird.

5. Die Zuweisung von Mitteln für militärische Zwecke in jeder Form sowohl durch staatliche Organe als auch durch Privatpersonen oder öffentliche Organisationen wird eingestellt.

Die infolge der Durchführung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung freigesetzten Mittel werden zur Senkung oder zur völligen Abschaffung der Steuern von der Bevölkerung für die Subventionierung der nationalen Wirtschaft, für wirtschaftliche und technische Hilfe an schwachentwickelte Länder benutzt.

6. In der dritten Etappe werden folgende zusätzliche Kontrollmaßnahmen durchgeführt:

Die internationale Kontrollorganisation entsendet Kontrolleure, die an Ort und Stelle die Auflösung der Kriegsministerien, der Generalstäbe, sämtlicher militärischer und militarisierter Institutionen und Organisationen, die Einstellung der militärischen Ausbildung und der militärischen Tätigkeit jeder anderen Art überprüfen sollen.

Es wird eine Kontrolle über die Einstellung der Bewilligung von Mitteln zu militärischen Zwecken eingeführt. Die Kontrollorganisation kann nötigenfalls ein System der Überwachung von der Luft aus und der Luftaufnahmen über den Territorien der Staaten einführen.

7. Nach vollendeter Durchführung des Programms der allgemeinen und vollständigen Abrüstung bleibt die Kontrollorganisation bestehen und überwacht ständig die Einhaltung der von den Staaten übernommenen Verpflichtungen. Der Kontrollrat wird befugt sein, mobile Inspektionsgruppen an jeden beliebigen Ort und in jede beliebige Anlage auf den Territorien der Staaten zu schicken.

Die Staaten teilen der Kontrollorganisation Angaben über die Stationierungsorte der Polizei-(Miliz-)Kontingente, über deren zahlenmäßige Stärke an jedem Ort (Bezirk), auch über alle Versetzungen bedeutender Polizei-(Miliz-)Kontingente in die Nähe der Staatsgrenzen mit. Die internationalen Inspektionsgruppen üben eine allseitige Kontrolle aus, damit die zahlenmäßige Stärke der Polizei (Miliz) und deren Bewaffnung den für jedes Land vereinbarten Normen entspricht.

8. Es treten andere ausgearbeitete Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung des Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung in Kraft.

9. Es werden Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Übereinstimmung mit der UN-Charta getroffen. Die Staaten verpflichten sich, nötigenfalls dem

Sicherheitsrat Formationen aus dem Bestand der Polizei-(Miliz-)Kontingente zur Verfügung zu stellen, die den Staaten zur Verfügung verbleiben.

Mit der Verwirklichung des Abrüstungsprogramms und der Einschränkung der militärischen Ausgaben der Staaten wird ein Teil der dadurch freigesetzten Mittel für Hilfeleistungen an schwachentwickelte Länder verwendet.

*

Das ist der Vorschlag der Sowjetunion über die Reihenfolge in der Durchführung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, der den von den Westmächten geäußerten Erwägungen Rechnung trägt.

Bei der Einbringung dieses Vorschlages verleiht die Sowjetregierung ihrer Bereitschaft Ausdruck, über die Durchführung der Abrüstung auf der Grundlage dieser Vorschläge übereinzukommen, die die weitere Entwicklung des am 18. September 1959 vorgelegten Programms darstellen. Das Wichtigste ist, ein Abkommen zu schließen und endlich zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung überzugehen, die die Völker erwarten und zu der die Organisation der Vereinten Nationen aufruft. Die Sowjetregierung ist bereit, dies unverzüglich zu tun, ohne Zeit zu verlieren, und sie spricht die aufrichtige Hoffnung aus, daß auch die anderen Staaten so handeln werden, im vollen Bewußtsein der Verantwortung für die Abrüstung, die auf den Regierungen aller Staaten, besonders den Regierungen der Großmächte liegt.

2. Juni 1960

Herters Aussagen vor dem Senat

Außenminister Herter: Das U-2-Programm war ein wichtiger und erfolgreicher Spionageeinsatz. Wir wußten, daß ein Fehlschlag ernste Folgen haben würde, aber wir waren der Meinung, daß die großen Vorteile das Risiko rechtfertigten. Die Entscheidung, die Flüge während der Zeit vor der Gipfelkonferenz nicht zu unterbrechen, war richtig. Spätere Bedingungen hätten es verhindert, sehr wichtige Informationen zu erhalten. Es ist niemals eine „gute Zeit" für den Fehlschlag einer Spionagemission. Aber wir hielten es für falsch, unsere Wachsamkeit wegen politischer Verhandlungen zu vermindern. Die ersten Äußerungen der Regierung sollten den Piloten und seinen Auftrag schützen und dazu dienen, alles geheimzuhalten, was noch geheimgehalten werden konnte. Das U-2-System wurde dann aufgegeben, weil es kompromittiert war.

Senator Fulbright: War vor dem 1. Mai (dem Tag des Abschusses) ein Aufschub der Flüge beschlossen worden für die Zeit nach dem 1. Mai?

Herter: Nicht, daß ich wüßte, ich habe nur Andeutungen in dieser Richtung gehört.

Fulbright: Wurde ein solcher Aufschub im Außenministerium erwogen?

Herter: Nicht von Mister D i l l o n oder von mir.

Fulbright: Von irgend jemand anderem?

Herter: Ich wüßte nicht.

Fulbright: Sind irgendwelche Flugzeuge vor dem 1. Mai verlorengegangen?

Herter: Nicht über russischem Gebiet.

Fulbright: Der Flug am 9. April, den Chrustschow erwähnt hat, wußten Sie über den Bescheid?

Herter: Ja.

Fulbright: Er war erfolgreich?

Herter: Ja.

Fulbright: Sie haben sehr überzeugend dargelegt, daß Chrustschow nach Paris kam mit der Absicht, die Konferenz auffliegen zu lassen. Glauben Sie, daß der U-2-Zwischenfall dazu beigetragen hat?

Herter: Ja, ich glaube. Er war einer der Faktoren.

Fulbright: Herr Minister, warum ließ nach Ihrer Meinung Chrustschow einen Ausweg offen, indem er die Ansicht vertrat, daß der Präsident keine Ahnung von den Flügen gehabt habe?

Herter: Ich kann darüber nur Vermutungen anstellen, aber Chrustschow hatte sich in Rußland sehr stark in bezug auf seine Freundschaft mit Präsident Eisenhower engagiert.

Er wollte diesen Weg fortsetzen mit der Möglichkeit, daß der Präsident seine Verantwortung für den Flug abstreiten konnte.

Fulbright: Was war der Grund dafür, daß wir diesen Ausweg nicht beschritten haben?

Herter: Es war eben die Frage, ob es nicht besser sein würde, daß die amerikanische Regierung die Tatsache zugeben sollte, nachdem alle wichtigen Dinge durch die Gefangennahme des Piloten und die Beschlagnahme der Maschine mit all den Instrumenten bekannt geworden waren. Diese Entscheidung wurde vom Präsidenten selbst getroffen.

Senator Humphrey: Wurden Sie ständig über diese Flüge, ihren Kurs und ihre Absicht informiert?

Herter: Das allgemeine Programm war zwischen dem Außenministerium und dem Geheimen Nachrichtendienst besprochen worden. Es ist selbstverständlich unmöglich, im voraus genau festzulegen, wann solche Flüge stattfinden, weil sie von der Jahreszeit und den Wetterbedingungen abhängig sind.

Humphrey: Wußten Sie über diesen speziellen Flug im voraus Bescheid?

Herter: Nein, nicht bis das Flugzeug runterkam.

Humphrey: Besteht nicht ein gewisser Unterschied zwischen der normalen Spionage und solchen Flügen in Anbetracht der Gefahr eines Überraschungsangriffs aus der Luft?

Herter: Es ist ein gewisser Unterschied. Auf der anderen Seite glaube ich, daß wir es schnell hätten identifizieren können. Diesen Flugzeugtyp kann niemand mit einem Bomber verwechseln, wenn er nahe genug herankommt.

Fulbright: Herr Minister, Sie haben eingangs erklärt, daß die Entscheidung, die Flüge vor der Gipfelkonferenz nicht zu unterbrechen, richtig gewesen sei. Wurde eine solche Entscheidung getroffen?

Herter: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich war nicht dabei.

Fulbright: Wurde eine Entscheidung getroffen, die Flüge zu unterbrechen?

Herter: Als ich mit der Sache befaßt wurde — das war vor einiger Zeit in bezug auf die Frage, ob man generell die Flüge fortsetzen sollte —, machte ich keine Einwände wegen irgendwelcher diplomatischer Ereignisse, die bevorstünden.

Fulbright: Man kann also sagen, daß keine besondere Entscheidung getroffen wurde, die Flüge nicht zu unterbrechen. Sie konnten also einfach fortgesetzt werden?

Herter: Ich glaube, das ist korrekt.

Fulbright: Es scheint mir allerdings, daß zu irgendeinem Zeitpunkt vor dem 1. Mai doch eine besondere Entscheidung getroffen wurde, selbst unter Berücksichtigung der Gipfelkonferenz die Flüge nicht zu unterbrechen. Wurde diese Entscheidung vom Präsidenten gefällt?

Herter: Er wurde bestimmt unterrichtet.

Fulbright: Wissen Sie, wann das war?

Herter: Nein.

Senator Gore: Wie ich Ihre Antwort verstanden habe, haben Sie nicht an einer Entscheidung darüber teilgenommen, diesen besonderen Flug anzuhalten oder durchzuführen.

Herter: Ich hatte die Flüge genehmigt. Die Frage, sie anzuhalten, stand zu jener Zeit nicht zur Debatte, obwohl ich wußte, daß die Gipfelkonferenz herannahte.

Gore: Wie lange ist es her, daß Sie das U-2-Programm bewilligt haben?

Herter: Ich kann es Ihnen nicht genau sagen.

Gore: War es eine Angelegenheit von Wochen?

Herter: Es war eine Angelegenheit von Wochen. Wir stimmten dem Routineplan dieser Flüge zu.

Gore: Vor einigen Wochen?

Herter: Ja.

Gore: Bezog sich Ihre Zustimmung auch auf Flüge während der Periode der Gipfelkonferenz?

Herter: Nicht ausdrücklich. Sie bedeutete, daß man damit fortfahren sollte, wann immer die Bedingungen angemessen seien.

Gore: Haben Sie nicht überlegt, die Flüge vor oder während der Konferenz zu unterbrechen?

Herter: Herr Senator, ich habe vorhin gesagt, daß es niemals eine gute Zeit für einen Fehlschlag ist. Ich meine, daß, wenn die Gipfelkonferenz die Flüge ausgeschlossen haben würde, die Reise des Präsidenten nach Rußland der nächste Vorwand gewesen sein

würde, sie zu unterbrechen, oder auch, als Chrustschow in Frankreich war. Es hätten also jede Menge diplomatischer Gründe vorgebracht werden können, warum die Flüge nicht durchgeführt werden sollen. Nach meiner Meinung erzwang der Wert der Informationen die Notwendigkeit, die Flüge durchzuführen.

Gore: Ich versuche herauszufinden, ob Sie, als Sie die Flüge vor einigen Wochen allgemein genehmigten, die Frage der Gipfelkonferenz besonders geprüft haben.

Herter: Natürlich. Die Gipfelkonferenz hat meine Gedanken in jeder Zeit sehr stark beherrscht.

Gore: Und Sie haben trotzdem Ihre Genehmigung gegeben?

Herter: Ja.

Abrüstungsvorschlag entspricht westlichen Vorstellungen

In Genf hat am Dienstag die zweite Runde der Zehn-Mächte-Konferenz über die Abrüstung begonnen. Die Delegationen stehen vor einer neuen Situation, die durch Chrustschows Vorschläge vom 2. Juni geschaffen wurde . . . Die Vorschläge Chrustschows kommen in folgenden Punkten westlichen Vorstellungen entgegen: Sie greifen Frankreichs Wunsch auf, die Abrüstung bei den Raketen und Atomwaffen beginnen zu lassen; sie gehen auf den amerikanischen Wunsch ein, eine internationale Polizeitruppe aufzustellen; sie berücksichtigen zum erstenmal die Gefahr, die von „kosmischen Spezialapparaten" drohen kann; sie enthalten die bisher weitgehendsten Zugeständnisse der Sowjets hinsichtlich der Kontrolle. Neben der Überwachung jedes einzelnen Abrüstungsschrittes bietet Chrustschow auch die Inspektion von Produktionsstätten an. Die Sowjets sind mit der vom Westen vorgeschlagenen Methode, vor jedem weiteren Abrüstungsschritt die Möglichkeiten der Kontrolle zu studieren, einverstanden.

Deutsche Zeitung vom 8. Juni 1960

Text der gemeinsamen Erklärung Präsident Nassers und Ministerpräsident Nehrus vom 20. Mai 1960

Während des Besuchs des indischen Ministerpräsidenten Nehru in Kairo, der auf Einladung von Präsident Nasser in der VAR weilte, führten beide Staatsmänner eine Reihe von Gesprächen über Angelegenheiten, die für ihre Länder von gemeinsamem Interesse sind. Die besondere Aufmerksamkeit galt jedoch der Lage, die nach dem Scheitern des Gipfeltreffens entstanden ist.

„Wir haben mit großer Bestürzung von dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz Kenntnis genommen. Diese langerwartete Konferenz hat die Hoffnung der Menschheit und der Völker aller Länder geweckt, die damit gerechnet hatten, daß auf dieser Konferenz ein wirksamer Schritt hinsichtlich der Einstellung von Kernwaffenversuchen erzielt werden würde, weiterhin ein Fortschritt in der allgemeinen Abrüstung und eine Verringerung der Spannungen, die die Welt in Sorge versetzt haben, und der Zusammenarbeit und dem Fortschritt im Wege stehen.

Man hat allgemein erkannt, daß der Frieden und die Beendigung des Kalten Krieges das Wichtigste für eine progressive Lösung der Weltprobleme ist, sowie auch für den Fortschritt der unterentwickelten Länder. Der Zusammenbruch der Gipfelkonferenz, noch bevor sie sich mit diesen Problemen befaßt hatte, ist überall als ein Schock empfunden worden. Die Befürchtung, daß dies zu einer Intensivierung des Kalten Krieges sowie zu einer erhöhten Aktivität auf dem Gebiet der Rüstung führen könnte, ist besonders schmerzlich. Die Welt muß Frieden haben. Für Länder wie die VAR und Indien sowie für andere Länder, die nach Fortschritt und Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung streben, ist der Frieden von außerordentlicher Wichtigkeit, da kein wirksamer Fortschritt in einer Atmosphäre von Auseinandersetzungen und Kaltem Krieg erzielt werden kann.

Die wahren, grundlegenden Probleme der heutigen Welt bestehen in der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und der Integrität aller Länder, sowie in der Anwendung aller in der Welt verfügbaren Mittel auf die Entwicklung eines jeden Landes und Volkes, ganz besonders aber derjenigen Länder, die seit langem unter der Unterentwicklung leiden. Wir bedauern daher zutiefst, daß die Gipfelkonferenz gescheitert ist. Wir sind der Ansicht, daß die Großmächte eine besondere Verantwortung in bezug auf Frieden

und Krieg tragen, da sie auf industriellem und technologischem Gebiet sowie in der Produktion der furchtbaren Waffen moderner Kriegführung fortgeschritten sind. Aber diese Verantwortung beschränkt sich nicht nur auf sie allein.

Es ist eine Verantwortung, die alle Länder und Völker gleichermaßen tragen, da das Schicksal eines jeden Landes von der richtigen Lösung der wichtigen und schrecklichen Frage von Frieden und Krieg abhängt. Es ist von äußerster Wichtigkeit, zu verhindern, daß der Rückschlag, der durch das Scheitern der Gipfelkonferenz eingetreten ist, die gegenwärtige internationale Lage verschlechtert; sonst würde er zu einer Intensivierung des Kalten Krieges und zur Möglichkeit eines grauenhaften Krieges führen, der alle Hoffnungen auf Fortschritt zunichte machen würde, zu einem Weltunglück, dessen schreckliche Folgen nicht auszudenken sind.

Jedes Land, ob groß oder klein, muß seinen Teil an Verantwortung für die Weltlage tragen. Wir möchten daher an alle Staatsoberhäupter und Länder der Welt appellieren, jeder Verschlechterung der Weltlage entschlossen entgegenzutreten und im Dienste der guten Sache des Friedens keine Mühe zu scheuen sowie eine Weltgemeinschaft aller Nationen zu schaffen. Dieser großen Sache widmen wir uns von neuem und erbitten die Unterstützung unserer Länder."

Cairo-Brief vom 30. Mai 1960

Nehru: Ereignisse zwingen zu neuen Verhandlungen

Der indische Ministerpräsident N e h r u bekräftigte die Hoffnung auf neue Ost-West-Gespräche. Die „Logik und der Zwang der Ereignisse" würden die Großmächte veranlassen, die Gespräche wiederaufzunehmen. Es werde zu den Gesprächen kommen, weil die Welt anderenfalls einer „schrecklichen Katastrophe" entgegengehen könnte . . . Die einzige Alternative zum Krieg seien Verhandlungen. Der Zusammenbruch der Pariser Gipfelkonferenz und der Abschuß des amerikanischen Aufklärers über der Sowjetunion hätten „eine sehr gefährliche Lage" geschaffen. Der Abschuß der „U-2", die mit ihrem Flug das Völkerrecht verletzt habe, stelle einen „Wendepunkt in der Gipfelgeschichte" dar. Der geringste Vorfall nach Swerdlowsk hätte zum Kriege führen können und könne noch dazu führen.

Die Welt vom 7. Juni 1960

Pfarrer gegen Wehrpflicht

Der Wehrbefreiung der Pfarrer entspricht die Kriegsdienstverweigerung der Wehrpflichtigen. Die Antwort der Christen auf den Wehrzwang ist die Weigerung.

Die wehrdienstbefreiten Pfarrer werden von der Bundesrepublik nicht genötigt, das Gebot „Du sollst nicht töten" durch den Waffengebrauch zu übertreten. Die Angehörigen aller anderen Berufe unterwirft der gleiche Staat der Wehrpflicht und zwingt sie damit, sich zum Töten ausbilden zu lassen.

Das Eingeständnis und Zugeständnis der Bundesrepublik an die Pfarrer bedarf aber der Ausdehnung auf alle Christen. Denn es gibt nicht zweierlei, sondern nur einerlei Gebot für alle. Was für die Pfarrer gilt, die Befreiung vom Wehrzwang, gilt für jeden anderen Christen auch.

Dies zu erinnern und zu fordern, wird vor allem Sache der durch die Wehrdienstbefreiung bevorzugten Pfarrer selber sein. An den Gemeinden wird es liegen, ihre Pfarrer darauf hinzuweisen und dazu nachhaltig zu ermuntern. Lassen die Pfarrer die Gemeindeglieder stillschweigend benachteiligen, sich selber aber begünstigen, werden sie nicht als treue Wächter, sondern als Mietlinge handeln. Diejenigen Pfarrer, welche als wehrbefreite Kleriker von den Christen den Waffendienst gar noch offen verlangen, zeigen sich als Seelenverkäufer . . .

Durch das Hitlerkonkordat sind alle katholischen Kleriker vom Wehrdienst in der Bundesrepblik ausgenommen. Durch Bundesgesetz sind auch sämtliche evangelischen Pfarrer wehrdienstbefreit.

Diese Bevorzugung nötigt die Pfarrer, auch für alle anderen Christen die Aufhebung der Wehrpflicht zu verlangen.

Wir erinnern und bitten alle Pfarerer, die ihnen gesetzlich gewährte Wehrdienstbefreiung auch für sämtliche anderen Glieder der Gemeinde unermüdlich zu reklamieren.

gezeichnet:

Ahne, Essen-Altenessen
Andres, Frankfurt/M.-Nied
Bähr jun., Trippstadt/Pfalz
Bars, Frankfurt/Main-Ginnheim
Bausch, Ebersbach/Fils
Beisel, Dietschweiler/Pfalz
Brandt, Offenbach/Main
Bühler, Weiterstadt/Hessen
Christ, Schotten/Hessen
Clotz, Rüsselsheim/Hessen
Clotz, Schwanheim/Hessen
Conradi, Holzheim/Hessen
Dannemann, Frankfurt/Main
Essen, Duisburg-Neuenkamp
Farr, Alzey/Rheinhessen
Fellner, Strinzmargarethä/Hessen
Fresenius, Frankfurt/Main
Friedrich, Frankfurt/Main
Fuhrmann, Gelnhausen
Garlipp, Bremen
Gerlach, Bremen
Gette, Roigheim/Württ.
Greiffenhagen, Bremen
Gress, Neuenstadt/Kocher
Grißhammer, Hitzkirchen/Hessen
Handrich, Speyerdorf/Pfalz
Heintzeler, Stuttgart-Zazenhausen
Hickel, Dillenburg/Hessen
Heipp, Homburg/Saarpfalz
Hiersemann, Untersteinbach/Württ.
Hilbrig, Landenhausen/Hessen
Hild, Finkenbach/Pfalz
Hinz, Hopfgarten/Hessen
Holzträger, Baumerlenbach/Württ.
Iber, Gelnhausen
Immer, Hinte üb. Emden
Jakobi, Eppstein im Taunus
Jaspers, Dortmund
Jockers, Vorderweidenthal/Pfalz
Kaffka, Annweiler/Pfalz
Karwehl, Düsseldorf-Wersten
Koch, Gundersheim/Rheinhessen
Koch, Netphen/Sieg
Kögel, Frankenthal/Pfalz
Krail, Kroppach/Hessen
Kratz, Offenbach/Main
Kreis, Essen-Stoppenberg
Kronauer, Kaiserslautern/Pfalz
Kuby, Zweibrücken/Pfalz
Müller, Hartershausen/Hessen
Oeffler, Morlautern/Pfalz
Ohly, Frankfurt/Main
Reimann, Östrich/Hessen
Rieger, Reilingen/Baden
Rücker, Ebersbach/Fils
Rudolph, Kirchhain/Hessen
Schappert, Ransweiler/Pfalz
Schäufele, Schlaitdorf/Württ
Schlunk, Dudenrode/Hessen
Schmid, Schorndorf/Württ.
Schnarrenberger, Usenborn/Hessen
Scholz, Braunschweig
Schreiner, Niederkirchen/Pfalz
Seidat, Winterborn, Bez. Köln
Seufert, Thundorf/Ufr.
Sieber, Bleichenbach/Hessen
Stetter, Schwabach/Württ.
Stöhr, Wiesbaden-Amöneburg
Stroh, Obersaulheim/Rheinhessen
Strohmeier, Frankfurt/Main
Thumann, Erlach/Ufr.
Tiedtke, Frankfurt/Main
Treblin, Alzey/Rheinhessen
Trey, Bad Vilbel/Hessen
Ude, Grundlsee/Steiermark
Vogel, Untermünkheim/Württ.
Vollrath, Gießen
Waas, Anspach im Taunus
Wagner, Oberdorf a. Ipf
Weber, Sprendlingen/Hessen
Weimar, Offenbach/Main
Wenzel, Braunschweig
Werner, Kaiserslautern
Wiegand, Kirchhain/Hessen
Wisseler, Lüdenscheid/Westf.
Witt, Widdern a. d. Jagst
Wicke, Braunschweig
Wollweber, Schlitz/Hessen
Wörbelauer, Stockstadt/Rhein
Zeller, Belsenberg/Württ.

Sensationelle Vorwürfe im Fall Oberländer

Der Probst Dr. Alexander Demetra-schwily, Erzpriester der Georgisch-Orthodoxen Kirche in München, behauptet, Oberländer habe im Dezember 1952 vor einem Münchener Gericht zugegeben, „auf Befehl" die Erschießung von zwölf Angehörigen des Bataillons „Bergmann" durchgeführt zu haben. Bereits im November 1953 sei der Bundeskanzler in einem streng vertraulichen Brief Dr. Demetra-schwilys vor Oberländer gewarnt worden.

Durch diese Enthüllungen ist der Fall Oberländer um eine Sensation bereichert worden, die möglicherweise nicht nur für Oberländer, sondern auch für Bundeskanzler Adenauer weitreichende Folgen nach sich ziehen kann. Das gleiche gilt für den

derzeitigen Botschafter der Bundesrepublik in London, von Herwarth . . . . Dr. Demetra-schwily wirft dem ehemaligen Bonner Protokollchef und jetzigen Botschafter der Bundesrepublik in London, Dr. von Herwarth, vor, den Brief abgefangen zu haben.

Ferner behauptet der georgische Priester, Oberländer habe vor dem Münchener Amtsgericht zugegeben, „auf Befehl" die Erschießung von 12 Angehörigen der „Bergmann"-Einheit durchgeführt zu haben. Trotz dieser Zeugenaussage Oberländers hätten es die Anklagebehörden in München unterlassen, ein Verfahren gegen Oberländer einzuleiten.

Schließlich teilt Dr. Demetra-schwily mit, daß er den neugewählten Bürgermeister von München, Dr. Vogel, am 2. Mai 1960 von diesen ganzen Vorgängen unterrichtet, aber keine Antwort bekommen habe.

Es sei darauf hingewiesen, daß es sich bei dem georgisch-orthodoxen Erzpriester um einen Antikommunisten handelt, der während des letzten Krieges vier Jahre in der Wehrmacht gedient hat . . . Der Bundeskanzler hat jahrelang an Theodor Oberländer festgehalten, weil er ihn als Ostexperten und Ratgeber für seine „Todfeind"-Politik der Sowjetunion brauchte und weil er sich dessen Konzept der „psychologischen Kriegführung bis zum Ausbruch des Waffenkrieges" — wie Oberländer es 1948 in einer Denkschrift an den Fürsten zu Waldenburg-Zeil niederlegte — offenbar zu eigen gemacht hat. Allein dadurch wurde der Fall Oberländer schon zu einem Fall Adenauer, zu einem Fall bundesdeutscher Politik. Er ist es jetzt noch mehr. Ein solcher Fall kann mit der Entlassung des untragbar gewordenen Oberländer als Minister nicht als abgeschlossen gelten . . .

Die Tat, Frankfurt, Nr. 23/1960

Von Eichmann bis Oberländer

Nach der sensationellen Gefangennahme Adolf Eichmanns vernimmt die öffentliche Meinung im Westen nicht ohne Unbehagen Nachrichten, die aus der Bundesrepublik über Kongresse ehemaliger SS-Leute oder von Flüchtlingen aus dem Sudetenland oder den Ostprovinzen kommen . . . der Skandal, der den Abgang Oberländers veranlaßt hat, veranlaßt, eine doppelte Frage zu stellen: In welchem Maße werden die aggressiven revisionistischen Tendenzen von der Bundesregierung ermutigt, und welche wirkliche Stärke haben sie?

Le Monde

Fader Geschmack

Löffelholz ist schuldig. Kilb ist nicht schuldig. Koenecke ist vielleicht schuldig. Staelin ist nicht schuldig. Aber alle ent- oder verliehen Leihwagen.

Das klingt wie ein Abzählspiel. Aber es ist makabre Wirklichkeit, nachdem Löffelholz verurteilt und die drei übrigen vom Oberlandesgericht Köln jetzt teils entlastet wurden, teils belastet bleiben. Abgesehen von einigen anderen, mit denen man das Abzählspiel noch fortsetzen könnte.

Angesichts so subtiler Unterscheidungen kann der Laie nur noch völliges Unverständnis bekennen. Aber wir sind überzeugt: auch mancher Jurist wird den Eiertanz der Kölner Kollegen kopfschüttelnd quittieren.

Verhaftung im geheimen, Ehrenerklärung der Bundesregierung für Kilb, Vernehmungen sogar des Bundeskanzlers; Anklage wegen „schwerer passiver Bestechung"; wegen Flucht- und Verdunkelungsgefahr verlängerter Haftbefehl, als Bonn, Haftentlassung vier Wochen später, als Köln zu entscheiden hat; Umgliederung der Bonner Strafkammer, so daß deren Vorsitzender, Quirini, zwar noch Löffelholz in die Finger bekommt, nicht aber Kilb; neue, die frühere zugunsten Kilbs korrigierende Vernehmung des Bundeskanzlers — das ist der trübe Stoff der ersten Akte dieses Spiels.

Vierter Akt: Im November 1959, rund ein Jahr nach der Erhebung der Anklage, lehnt die verwandelte Strafkammer Bonn schon einmal ab, das Hauptverfahren gegen Kilb zu eröffnen. Die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hat den fünften Akt, die Wiederholung dieser Entscheidung jetzt durch Köln, nicht verhindern können. Nur eine schnell verhallende Dissonanz in dieser prästabilierten Harmonie ist die Ablehnung der Haftentschädigung für Kilb.

Was bleibt? Nun, sicher ein Nachspiel auf der politischen Bühne. Vorwürfe, Verdächtigungen, Beschuldigungen. An dem, was geschehen ist, ändern sie nichts. Vor allem aber bleibt zurück — und das möge man in Köln und Bonn verantworten — ein tiefes Unbehagen, ein verteufelt schlechter Geschmack bei allen, die an den Rechtsstaat und an die Kraft der Demokratie zur Selbstreinigung glauben.

Freispruch nach sorgfältiger Verhandlung — das hätte respektiert werden müssen. Das jetzige Ergebnis kann man nur hinnehmen, weil einem nichts anderes übrigbleibt.

Kölner Stadtanzeiger vom 1. Juni 1960

Bei der Bundeswehr

Durch ein Mitglied des Bundestages wurde dem Wehrbeauftragten folgender Fall zur Kenntnis gebracht: Ein 22jähriger Leutnant äußerte sich vor Unteroffizieren . . . „Ich möchte eines Tages General sein, dann würde ich den Bundestag zusammenstauchen." Bei einem Unterricht über Partisanenbehandlung im Kriegsfall sagte derselbe Leutnant vor den Lehrgangsteilnehmern, er würde jeden Partisanen erschießen, auch wenn dieser als Kombattant gekennzeichnet sei. Der Bundesminister für Verteidigung teilte in seiner Stellungnahme mit, der Leutnant sei verwarnt worden.

Bundestags-Drucksache 1796, Seite 21

Ermittlungen gegen 126 Juristen

Vor dem Rechtsausschuß des hessischen Landtags berichtete der hessische Generalstaatsanwalt B a u e r am Freitag, daß von seiner Dienststelle 126 Ermittlungsverfahren gegen Richter und Staatsanwälte eingeleitet worden seien. Sie stehen im Verdacht der Beteiligung an Unrechtsurteilen während der nationalsozialistischen Zeit.

Die Welt vom 4. Juni 1960

Strauß fordert Heraufsetzung der Tonnage-Begrenzung

Für eine Heraufsetzung der Tonnage-Begrenzung für Schiffe der Bundesmarine setzte sich Verteidigungsminister S t r a u ß , der sich zur Zeit in den USA aufhält, erneut ein. Er prüft, wie er in Bath sagte, zur Zeit, ob die nur 3000 Tonnen großen deutschen Zerstörer mit Tartar-Raketen bestückt werden könnten oder ob die Marine größere Schiffe brauche.

Kölner Stadtanzeiger vom 9. Juni 1960

Sonnwendfeier mit SS-Fahne

In einer Gastwirtschaft der Gemeinde Birkenhördt (Kreis Bergzabern) in Rheinland-Pfalz wurde eine zehnköpfige Gruppe angeblicher Pfadfinder von der Polizei festgenommen. Wie das Landeskriminalamt in Koblenz mitteilte, hatte die Gruppe auf dem Rappenfelsen bei Bergzabern in schwarzer Tracht, ähnlich der SS-Uniform, eine Sonnenwendfeier begangen und dabei nationalsozialistische Lieder, darunter das Horst-Wessel-Lied, gesungen. Bei den Verhafteten wurden auch Waffen und Munition, eine schwarze Fahne mit SS-Emblem sowie Hakenkreuz- und SS-Abzeichen gefunden.

Deutsche Zeitung vom 20. Juni 1960

CDU will Kernwaffen

Die CDU ist dafür, daß die Truppen der Westeuropäischen Union (WEU) mit taktischen Kernwaffen ausgerüstet werden. Zur WEU gehören: England, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Italien und die Deutsche Bundesrepublik. Im WEU-Parlament war ein Antrag abgelehnt worden, der die Ausrüstung der WEU-Truppen in Europa mit taktischen Waffen vorsah . . . Als Sprecher der CDU bedauerte der Abgeordnete Kliesing die Ablehnung dieses Antrags . . . Die Ablehnung des Kernwaffen-Antrags entspreche nicht der NATO-Politik . . . Weil das WEU-Parlament den Kernwaffen-Antrag abgelehnt hatte, enthielten sich die CDU-Vertreter bei der Abstimmung über die Gesamtempfehlung des Parlaments an die Regierungen der Stimme. Sie wurde mit 51 gegen zwei Stimmen bei zehn Enthaltungen angenommen . . .

Neue Rhein Zeitung vom 2. Juni 1960

Atombomber kreisen um die Erde

Britische und amerikanische Generäle haben einen Plan für gemeinsame Bomber-Patrouillen ausgearbeitet. Danach soll ein Teil der 1500 amerikanischen strategischen Bomber mit H-Bomben an Bord Tag und Nacht in der Luft sein . . . Nach dem Plan, den der britische Verteidigungsminister Watkinson mit seinem amerikanischen Kollegen Gates kürzlich in Washington erörterte, ist auch vorgesehen, daß Amerikaner und Engländer ihre Stützpunkte in der Welt miteinander teilen. Schätzungsweise besitzen allein die USA 120 Atombomber-Flugplätze in den verschiedenen Teilen der Erde . . . Das Blatt der Labour-Party, „Daily Herald", befürchtet: „Was geschieht, wenn durch irgendeinen Zufall ein Bomber über Ostblock-Gebiet gerät? Dies würde sehr nach einem kriegerischen Akt aussehen. Und es gebe dann keine Zeit mehr für Erklärungen".

Neue Rhein Zeitung, vom 14. Juni 1960

Frankfurt — Basisflughafen für Spionageflüge

Einen Tag nach der Bekanntgabe der Sowjetregierung, die Rote Armee habe Anweisung erhalten, die Abflug- und Zielhäfen eventueller Spionageflüge über sowjetischem Gebiet mit Raketen zu beschießen, hat der sowjetische Botschafter in Bonn gestern zum erstenmal offiziell die Frage aufgeworfen, ob der Frankfurter Flughafen von der US-Luftwaffe zu solchen Flügen benutzt werde. Staatssekretär van Scherpenberg hat dem Botschafter erklärt, daß ihm über „Spionage- und Aggressionsflüge" von Flugplätzen in der Bundesrepublik aus nichts bekannt sei. Solche Flüge würden im übrigen auch der Politik der Bundesregierung widersprechen. Zu der vom Botschafter aufgestellten Behauptung, Bundeskanzler Dr. Adenauer billige diese Flüge, erübrige sich jede Stellungsnahme, da der Botschafter nicht in der Lage war, irgendwelche Quelle für seine Behauptung zu nennen.

Düsseldorfer Nachrichten vom 1. Juni 1960

US-Kommandeur bestätigt

Oberst Henry J. Amen, der Kommendeur des Frankfurter Militärflughafens, wollte sich zu der Anfrage Smirnows nicht äußern. Er meinte: Es handelt sich um eine Regierungsangelegenheit. Es ist kein Geheimnis, daß auf dem Frankfurter Flughafen Maschinen vom Typ U-2 stationiert sind.

Düsseldorfer Nachrichten vom 1. Juni 1960

Norwegen erlaubt keine Erkundungsflüge mehr

Der norwegische Außenminister Lange erklärte gestern in einer neuen „U-2"-Debatte vor dem Parlament in Oslo, Norwegen werde künftig alliierten Flugzeugen keine Erkundungsflüge mehr erlauben. Norwegen sei von den Vereinigten Staaten auch nicht um eine Landeerlaubnis für die U-2-Maschine vom 1. Mai ersucht worden.

Der Mittag vom 31. Mai 1960

Luftschutz

Im Kriegsfall kann die Bevölkerung des größten deutschen Industriegebiets an der Ruhr nicht evakuiert werden, erklärte der nordrhein-westfälische Innenminister Dufhues gestern vor der Presse in Münster. Der Bau großer Schutzräume für die Zivilbevölkerung sei daher auf die Dauer nicht zu umgehen. Im Innenministerium werde zur Zeit geprüft, ob Großgaragen gleichzeitig für den Luftschutz ausgebaut werden könnten. Das Innenministerium werde sich intensiver als bisher mit den Problemen des Bevölkerungsschutzes beschäftigen, ohne Rücksicht darauf, ob entsprechende Maßnahmen populär seien oder nicht.

Der Mittag vom 20. Juni 1960

NS-Spezialist für Zwangsarbeit entwarf Notdienstgesetz

Dem Bundestag liegt der Entwurf eines Notdienstgesetzes vor. Diese Vorlage erinnert nach Inhalt und Aufbau an die berüchtigte Notdienstverordnung aus dem Jahre 1938.

Der Referent für diese Vorlage ist einer der führenden Zwangsarbeitsspezialisten des Nazigauleiters S a u c k e l . . . Nach unseren Informationen wurde mit dem Entwurf und der Durchführung eines solchen Notdienstgesetzes Dr. Walter S t o t h f a n g, leitender Verwaltungsdirektor und kommissarischer Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung beauftragt. Dieses Gesetz, mit dem Arbeitnehmer zur gegebenen Zeit wieder zwangsverpflichtet werden sollen, wurde damit im Bundesarbeitsministerium mit aus der Taufe gehoben von einem Mann, der von 1943 bis 1945 bei Gauleiter Sauckel, dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, tätig war. In den Presseberichten der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) aus den Jahren 1940 bis 1944 wurde Stothfang als „eigentlicher Leiter des Zwangsarbeitsapparates der Nazidiktatur", als „einer der engsten Mitarbeiter des von Hitler mit der Rekrutierung ausländischer Zwangsarbeiter beauftragten Nazigauleiters" und als „Stellvertreter des Generalantreibers Sauckel" bezeichnet . . . Es ist wie ein Schlag ins Gesicht. Dieser Mann, der zur damaligen Zeit an hervorragender Stelle für den Arbeitseinsatz, die Zwangsrekrutierung, die Zwangsarbeit zuständig war, ist im Bundesarbeitsministerium mit einer derartigen Aufgabe betraut worden. Spielen bei dieser Beauftragung von Dr. Stothfang seine langjährigen Erfahrungen eine Rolle?

Welt der Arbeit vom 10. Juni 1960

Regierung bestimmt Verteidigungsfall

Auch im Frieden soll die Möglichkeit bestehen, Vorkehrungen für einen drohenden Verteidigungsfall zu treffen. Dies sieht eine Novelle zum Bundesleistungsgesetz vor, über die der Bundesrat am 10. Juni erstmals beraten wird. Danach soll der Zeitpunkt des „drohenden Verteidigungsfalles" durch einen einfachen Beschluß der Bundesregierung bestimmt werden. Nach dem Regierungsentwurf der Novelle zum Bundesleistungsgesetz ist bereits vor dem drohenden Verteidigungsfall die Anforderung von Leistungen für Verteidigungszwecke durch die Bundeswehrverwaltung möglich. Dazu gehört die Überlassung von Kraftfahrzeugen, optischen Geräten und Fernmeldegeräten, Notstromaggregaten, Werkzeugen, Gerätschaften und Maschinen, Betriebs- und Brennstoffen, Baustoffen und Baugeräten.

Rheinische Post vom 10. Juni 1960

SS-Führer Mitarbeiter des Verfassungsschutzes

Der ehemalige SS-Hauptsturmführer Konrad F i e b i g, der am Dienstag von der Münchener Polizei unter dem Verdacht der aktiven Beteiligung an einer Massenexekution von Juden festgenommen worden war, wurde am Mittwochabend dem Haftprüfungsrichter vorgeführt . . . Informationen zufolge soll Fiebig . . . als Mitarbeiter des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz tätig gewesen sein.

Frankfurter Rundschau vom 3. Juni 1960

Die USA erhöhen Rüstungsausgaben

Angesichts der verstärkten Spannungen in der Welt hat der Unterausschuß des amerikanischen Senats für militärische Bewilligungen weitere 285 Millionen Dollar zur Entwicklung des Überschallbombers vom Typ B—70 bewilligt. Damit hat der Unterausschuß seit dem U-2-Zwischenfall und dem Scheitern der Gipfelkonferenz insgesamt 895 Millionen Dollar Mehrausgaben im Verteidigungsbudget zugestimmt. Die B—70 soll eine Stundengeschwindigkeit von über 3000 Kilometern erreichen und als Prototyp für das erste atomgetriebene Flugzeug dienen.

Der Mittag vom 9. Juni 1960

Stevenson greift Eisenhower an

Der Präsidentschaftskandidat der Demokraten und Bewerber für eine dritte Kandidatur, Adlai S t e v e n s o n, hat gegen die Regierung Eisenhower schwere Vorwürfe wegen des Scheiterns der Pariser Gipfelkonferenz erhoben. Stevenson sagte auf einer Parteiveranstaltung in Chikago, die Regierung Eisenhower habe „mit einer Serie von Versagern Chrustschow den Vorschlaghammer in die Hand gegeben". „Wir können nicht den ganzen üblen Dreck im Namen der nationalen Eintracht unter den Teppich kehren",

sagte Stevenson. Eisenhower habe die Verbündeten in eine schwierige Lage gebracht, und er habe es unmöglich gemacht, mit Moskau weiter zu verhandeln, solange er an der Macht sei. „Wir alle, Amerikaner wie Russen, haben einen gemeinsamen Feind", sagte Stevenson, „der Feind ist die Kriegsgefahr. Wir müssen den Feind gemeinsam besiegen."

Deutsche Zeitung vom 21. Mai 1960

Warnung vor militärischer Stärke

Der polnische Außenminister Rapacki hat am Mittwoch vor Kopenhagener Studenten die Bundesrepublik scharf angegriffen. Er sagte, die militärische Stärke der Bundesrepublik und die Nichtanerkennung der deutschen Ostgrenze durch den Westen bedeuteten in der Praxis „grünes Licht" in Richtung Osten für die deutschen Expansionisten und Revanchisten. Der Weg nach Osten sei jedoch nicht frei, und deshalb könne eine solche Politik keine Lösung der Deutschlandfrage bringen, sondern nur in die Katastrophe führen. Die „chauvinistischen, militaristischen und expansionistischen Kräfte in Westdeutschland" sehe Polen Dank seiner Bündnisse nicht als Gefahr für seine Grenzen an, sondern als Gefahr für den Frieden in Europa und damit für alle Völker einschließlich der Deutschen selbst . . . Ohne Bedeutung für den Kriegsfall stelle sie andererseits eine Gefahr für den Frieden dar. Es bestehe die Gefahr, daß die Bundesrepublik durch Förderung der Gegensätze zwischen West und Ost wie auch innerhalb des Westens es schließlich erreichen werde, ihre Verbündeten in ihr eigenes gefährliches Spiel hineinzuziehen . .

Frankfurter Allgemeine vom 10. Juni 1960

Westberliner Osthandel steigt

Wie aus einer Tabelle des Statistischen Amtes des Westberliner Senats hervorgeht, haben im Februar 1960 die Ostblockstaaten aus Westberlin Waren für 11 470 000 DM-West bezogen, England und die USA für 10 121 000 DM-West. Im gleichen Monat führte Westberlin aus Ostblockstaaten Waren für 11 276 000 DM-West ein, aus Großbritannien und USA für 9 946 000 DM-West.

bdd-informationen

Adenauer unterstützte Menderes mit 150 Millionen Mark

Die neue türkische Regierung ist gestern von den Westmächten diplomatisch anerkannt worden. Von der Bundesrepublik ist darüber hinaus auch die Finanzhilfe an die Türkei fortgesetzt worden. Der Vorgang hat in Bonn heftige Kritik ausgelöst. Bundeskanzler Adenauer hatte noch vor dem Putsch die vorzeitige Freigabe eines Kredites von 150 Millionen DM gegen den Rat der Fachleute durchgesetzt . . . Aus Regierungskreisen wurde dazu erklärt, daß es sich bei der Kreditgewährung nicht um einen normalen wirtschaftlichen Kredit handle, sondern um eine „politische Hilfsaktion" . . . Das Bundesfinanzministerium habe noch in letzter Minute vergeblich versucht, die vorzeitige Erfüllung des Abkommens zu verhindern. In Bonner Parlamentskreisen aber ist man darüber empört, daß die Regierung wieder einmal den Bundestag ausgeschaltet hat. Es müsse sich jetzt zeigen, ob eine Mehrheit des Parlaments bereit sei, sich gegen die Übergriffe der Regierung zur Wehr zu setzen.

Westfälische Rundschau vom 31. Mai 1960

Austausch Ostberlin-Havanna

Eine Delegation, der Vertreter verschiedener Außenhandelsunternehmen der Sowjetzone angehören, ist nach Kuba gereist. Die Reise folgt dem Abschluß des Handelsabkommens zwischen dem Banco Nacional de Cuba und der Notenbank der Zone, das am 1. März in Kraft getreten ist. Nach der jetzt bekanntgewordenen Warenliste will die Zone vor allem Zucker, Tabak, Kaffee, Kakao und Gewürze, aber auch Erze und Alteisen sowie Süd- und tropische Früchte von Kuba beziehen. Auf der Exportliste der Zone sind verzeichnet: Industrieanlagen, Werkzeug- und Landwirtschaftsmaschinen, Druckerei-Maschinen, Schreib-, Addier- und Rechenmaschinen, Radio- und Fernsehgeräte, medizinische Instrumente, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Produkte

der organischen und anorganischen Chemie, Papiere aller Art, Textilerzeugnisse, Zuchtvieh und Jagdwaffen einschließlich Munition.

Auf Grund der in dem Abkommen getroffenen Vereinbarung, Handelsvertretungen auszutauschen, trifft die Zone gegenwärtig entsprechende Vorbereitungen in Havanna. Sie wird, dem Wunsch der kubanischen Regierungsstellen folgend, noch in diesem Jahr Spezialisten der Zuckerchemie und der chemischen Industrie, des Schiffbaus und der Metallindustrie nach Kuba entsenden.

Frankfurter Allgemeine vom 2. Juni 1960

Afrikanische Konferenz für Unabhängigkeit

Kaiser Haile Selassie hat am Dienstag im modernen Parlamentsgelände Äthiopiens in Addis Abeba die zweite Konferenz unabhängiger afrikanischer Staaten eröffnet. Vor den mehr als 250 Delegierten und Beobachtern aus 20 afrikanischen Staaten und Territorien, die etwa 100 Millionen Afrikaner vertreten, forderte der Kaiser „eine zweite Bandung-Konferenz" mit dem Ziel, die vollständige Unabhängigkeit aller Völker Afrikas herzustellen . . . Ziel der Konferenz ist es, . . . die Unabhängigkeit in allen Gebieten Afrikas vorzubereiten . . . Außerdem werden Aussprachen über die Rassentrennungspolitik in Südafrika, einen Boykott der Südafrikanischen Union und Frankreichs sowie über die französischen Atombombenversuche in der Sahara und die Beseitigung ausländischer Stützpunkte vom afrikanischen Boden erwartet . . .

Frankfurter Allgemeine vom 15. Juni 1960

Bonner Theologen stehen zu Iwand

Mit einer einstimmig beschlossenen Erklärung hat sich die evangelisch-theologische Fakultät der Universität Bonn gegen „eine unwürdige Entstellung" des Bildes des verstorbenen Professors D. Hans Joachim Iwand gewandt. Sie weist damit eine Veröffentlichung zurück, in der Iwand nach seinem Tode als „Theologe der Neutralität" bezeichnet worden war. Die Fakultät, die Iwand ausdrücklich „einen ihrer bedeutendsten Lehrer" nennt, unterstreicht, daß Iwand den Glauben der östlichen Christen gestärkt und gefestigt habe, „allerdings nicht als Glauben an eine politische Ideologie, sondern als Glauben an das Evangelium, wie das Neue Testament ihn bezeugt". Durch Iwands Wirken sei außerdem in weiten Bereichen ein neues und besseres Verständnis der deutschen Geschichte und der deutschen Gegenwart vermittelt worden. Bekanntlich hatte die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit einer Veröffentlichung der „Rheinische Konvent" mit einer Materialsammlung zu Werken Iwands Stellung genommen.

Kölner Stadt-Anzeiger vom 9. 6. 60

Ost-Deutschland anerkennen

Großbritannien sollte Ostdeutschland anerkennen. Es erkennt schon Rotchina an. Die Vereinigten Staaten erkennen keines der beiden Länder an. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß wir uns durch die Anerkennung Ostdeutschlands von den USA isolieren würden. Unsere Anerkennung Chinas — eines weit wichtigeren Landes — hatte auch nicht diese Wirkung. Es ist höchste Zeit, daß in diesen Angelegenheiten ein realistischer Standpunkt eingenommen wird. Schließlich ist Ostdeutschland ein Staat. Wenn man sagt, er sei als Ergebnis eines Krieges entstanden, so könnte die gleiche Kritik gegen viele andere Staaten in der Welt vorgebracht werden.

Daily Express vom 1. Juni 1960.

25

Es schrieben bisher u. a.:

Dr. Walther Ammann - Dr. Günther Anders - Stefan Andres - Prof. Manfred von Ardenne - Prof. Dr. Dr. Hans Bayer - Prof. Dr. Karl Bechert, MdB - Arno Behrisch, MdB - General a. D. Dr. Franz Beyer - Lucie Beyer, MdB - Dr. Wilhelm R. Beyer - Dr. Achim von Borries — Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner - Klemens Brockmöller S. J. - Dr. Hildegard Brücher, MdL - Dr. Gerhard Caemmerer - Harold Davies, M. P. - Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann - Dr. Wolf Donner - Dr. Helmut Dörr - Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard - Klaus Ehrler, Master of Arts - Prof. Dr. Fritz Eichholtz - Otto Eisenmann, MdB - Dr. Hermann Etzel - Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick - RA Erwin Fischer - Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. - Gertrud von le Fort - Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt) - Major a. D. Hans Moritz von Frankenberg und Proschlitz - Prof. Dr. Wolfgang Friedmann - Prof. D. Emil Fuchs - Dr. Werner Gerth - Albrecht Goes - Prof. Gerhard Gollwitzer - Dr. Dr. Georg Groeninger - Prof. Dr. Walter Hagemann - Prof. Dr. Werner Hahlweg - Prof. Johannes Harder - Prof. Dr. Wilhelm Hasenack - Esther Sophia Hayfron - Dr. Friedrich Heer - Minister a. D. Dr. Arno Hennig - Dr. Elsa Hennings - Dr. Hans Henrich - Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig - Dr. Walther Herbst - Prof. D. Dr. Johannes Hessen - Dr. Irene Hilgers-Hesse - Kurt Hirsch - Hans Heinz Holz - Professor D. J. L. Hromádka - Professor Rolf Italiaander - Professor D. Hans Joachim Iwand † - Hans Henny Jahnn † - Dr. Viktor Kadalie - Alexander Karev - Hans Hellmut Kirst - Prof. Dr. Friedrich Klein - Wilhelm von Kleist - Dr. Arno Klönne - DD. Heinz Kloppenburg - Dr. Eugen Koller - Prof. J. Korowin - Dr. Erich Küchenhoff - Prof. Dr. Bernard Lavergne - Dr. Jonas Lesser - Prof. Dr. Hanns Linhardt - Hans Lipinsky-Gottersdorf - Dr. Bodo Manstein - Wladimir Massitsch - Dr. Basil Mathiopoulos - Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May - Mathias Joseph Mehs - Dr. Wilhelm Ritter von Meng - Prof. Dr. Eberhard Menzel - Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB - Herbert Mochalski - Dr. Girya K. Mookerjee - Prof. Dr. Wilhelm Müller - Hans Nätscher - Peter Nellen, MdB - Prof. Dr. Anton Neuhäusler - Anna Nieklewicz - Prof. Hermann Oberth - Prof. Dr. László Mârton von Pâkozdy - Prof. Dr. Linus Pauling - Rudolf Pikola - Senator a. D. Ernst Plate - Kurt Pritzkoleit - Prof. Dr. A. J. Rasker - Prof. Dr. Franz Rauhut - Dr. Hermann Rauschning - Prof. Dr. Gerhard Reintanz - Prof. Dr. Hans Rheinfelder - Prof. Dr. Helmut Ridder - Prof. Dr. Renate Riemeck - Prof. Dr. Karl Rode - Ludwig Ritter von Rudolph - Lord Bertrand Russell - E. S. Sachs - Prof. Dr. Michael Seidlmayer - Dr. Seiei Shinohara - Paul Schallück - Adolf Schmidt - Prof. Dr. Franz Paul Schneider - Rolf von Schoen - Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl - Prof. Dr. Rudolf Schottlaender - Prof. Dr. L. Schücking - Hermann Schwann - Dr. Ernst Schwarz - Prof. Dr. Dr. H. Schweigart - Richard E. Sperber - Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg - Prof. Dr. Karl Stoevesandt - Prof. D. Hermann Strahmann - Stephen Swingler, M. P. - Dr. Ruth Tangemann - Dr. Hans-Joachim Tepe - Reinhard Tietz - Dr. Ing. Jan Friedrich Tönnies - Hellmut Traub - Prof. Dr. Gregori Tunkin - Prof. D. Heinrich Vogel - William Warbey M. P. - Philipp Wehr, MdB † - Johannes Weidenheim - Günther Weisenborn - Prof. Dr. Leo Weismantel - Prof. Dr. Aloys Wenzl - Hans Wirtz - Botschafter Dr. Zairin Zain - Konni Zilliacus M. P. - Prof. Dr. Ernst Zinner - Anton Zischka.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten **nur, wenn Rückporto** beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.